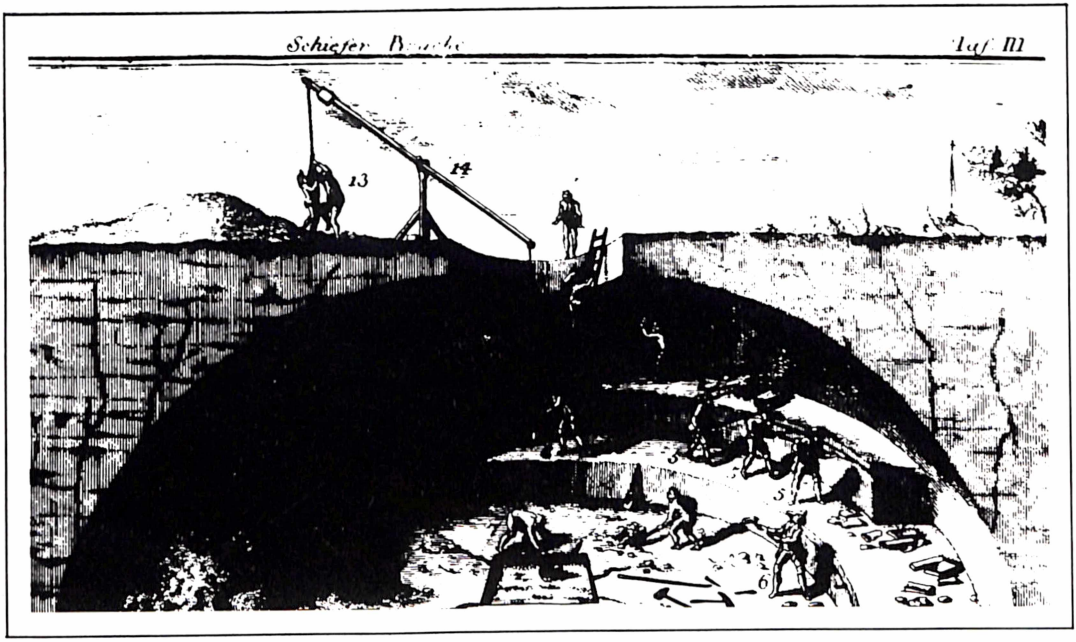
Bochumer Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit



No. 7

Germinal

Aus dem Inhalt:

Schieferdörfer im Linksrheingebiet

Die blutigen Marktunruhen vom 2. Juli 1919 in Dortmund

Arbeiterbewegung und Widerstand in Wetzlar 1933

Intelligencija-Frauen und Arbeiterinnen in städtischen Zirkeln Rußlands, 1870-1900

Ein Streik in Sowjetrußland, 1918-1920

b
f
h

Bochumer ARCHIV für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Jörg Hausmann, Johannes Materna

Anschrift der Redaktion: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Straße 121
D-4630 Bochum 1
Tel.: 0234/33 07 56

Umschlagentwurf: Renate Schürmann

Das **ARCHIV** kann abonniert werden; da die Herausgeber sich weder hinsichtlich des Umfangs noch der Erscheinungsweise bestimmten Regeln unterwerfen, werden die Hefte mit einer Preisermäßigung von 20% einzeln berechnet.

(c) Germinal Verlag GmbH
Friederikastr. 38
D-4630 Bochum 1
1. Auflage 1985
Satz: Germinal Verlag
Druck: Werkstatt für Druck & Grafik, Osnabrück
ISBN 3-88663-407-8
ISSN 0177-9400

Inhalt

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Zu diesem Heft 4

Christoph Bartels
Schieferdörfer im Linksrheingebiet. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeit in ländlichen Mittelgebirgsregionen seit dem Ende der Feudalzeit 7

Martin Chalmers
Von Kirschen, Erdbeeren und einer Ente. Die blutigen Marktunruhen vom 2. Juli 1919. Ein Beitrag zur unruhigen Geschichte Dortmunds und der Dortmunder 57

Dieter Gündisch
Arbeiterbewegung und Widerstand in Wetzlar 1933 67

Beate Fieseler
'Dienst am Volk' oder revolutionäre Massenbewegung? Intelligencija-Frauen und Arbeiterinnen in städtischen Zirkeln Rußlands, 1870-1900 89

Vladimir Brovkin / Beate Fieseler
Ein Streik in Sowjetrußland. Arbeiterprotest und bol'ševistische Reaktion: Elemente von Kontinuität und Wandel im Zeitraum 1918-1920 101

Petra Weber
Der Assoziationsgedanke der Anarchisten zwischen frühsozialistischem Erbe und Praxis der Arbeiterbewegung 119

Wolfgang Dengel
Stadtsanierung in Bochum: Das Heusnerviertel 143

Wolfgang Braunschädel / Alexander Brandenburg
Anmerkungen zur Auferstehung alter Mythen in neuem Gewand 155

Rezensionen und Hinweise 161

Zu diesem Heft

Christoph Bartels beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den von der Geschichtsforschung nahezu vergessenen Schieferbergarbeitern der Eifel und des Hunsrück; am Beispiel zweier Dörfer der Vordereifel, Müllenbach und Laubach, verfolgt er die Entwicklung des Schieferbergbaus und seiner Auswirkungen auf die dörflichen Strukturen von Anfang des letzten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Entgegen aller gerade auch im Kontext der organisierten Arbeiterbewegung tradierten Vorurteile gegenüber ländlichen Lebensstrukturen kommt er zu dem Ergebnis, daß die Schieferbergarbeiter, auch wenn sie sich von den Ereignissen der großen Politik eher fern gehalten haben, in anstehenden Konflikten ihre Interessen immer wahrzunehmen und zu verteidigen wußten.

Martin Chalmers greift in seinem Beitrag über Marktunruhen in Dortmund im Sommer 1919 einen Vorfall auf, der darauf hinweist, daß der Widerstand der Unterklassen gegen ökonomische Bevormundung weiter greift, als dies ritualisierte Lohnverhandlungen ahnen lassen. In einer historischen Situation, in der die Hoffnungen auf grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen noch akutell waren, erinnert das Verhalten der Aufständischen an alte Traditionen der direkten Aneignung der zu einem befriedigenden Leben unmittelbar notwendigen Dinge, die die eventuellen Bindungen an Parteien und sonstige Interessenorganisationen in dem Maße, in dem die Organisierung eigener Existenz- und Lebensinteressen im Vordergrund steht, sekundär werden lassen.

Dieter Gündisch widmet sich in seiner Studie dem Prozeß der nationalsozialistischen Machtübernahme im Frühjahr 1933 in der hessischen Kleinstadt Wetzlar. Gündisch konzentriert sich dabei, nach einem Rückblick auf die Entwicklungen der zwanziger Jahre, auf die einzelnen Aspekte und Stufen der Machtergreifung, auf die organisierte Zerschlagung der Arbeiterorganisationen sowie auf antifaschistische Widerstandsaktionen. Auch in Wetzlar erwiesen sich, wie zumeist im damaligen Deutschland, auf der einen Seite Industrie und Mittelstand als ökonomisches und ideologisches Rückgrat der nationalsozialistischen Politik und auf der anderen Seite die unter sich zerstrittenen Arbeiterorganisationen als unfähig, einen tatsächlich effektiven Widerstand gegen das sich etablierende Terrorregime zu entwickeln.

Beate Fieseler beschäftigt sich in ihrem Text mit den Versuchen russischer sozialdemokratischer Frauen, im Rahmen der allgemeinen sozialdemokratischen Agitationstätigkeit gegen Ende des letzten Jahrhunderts eigenständige Frauenzirkel ins Leben zu rufen, in denen spezifische Frauenprobleme thematisiert werden sollten. Wie die sozialdemokratische Zirkelarbeit überhaupt nur sehr marginal Arbeiter für eine weitergehende politische Arbeit gewinnen konnte, mußten auch die sozialdemokratischen Frauen erkennen, daß sie mit ihren Vorstellungen allzuweit von der Realität der Fabrikarbeiterinnen entfernt waren, um diese für ein unmittelbares und weitergehendes politisches Engagement zu interessieren.

Im Mittelpunkt des Beitrages von **Vladimir Brovkin** und **Beate Fieseler** steht das hier erstmals veröffentlichte Dokument russischer Men'ševiki über einen Fabrikarbeiterstreik in Tula im Sommer 1920. Zusammen mit einem kommentierenden Text entwirft dieser Bericht, der zur Information der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien bestimmt war, ein Bild des nachrevolutionären Rußland, das durchaus nicht jenem Mythos entspricht, der von der parteioffiziellen Geschichtsschreibung immer noch und immer wieder an die Stelle realer Geschichte gesetzt wird. Die Hoffnungen, die die russischen Indu-

striearbeiter in die revolutionären Umwälzungen des Jahres 1917 gesetzt hatten, sahen sich offensichtlich sehr schnell in vielfacher Hinsicht enttäuscht. Die vielfältigen Versuche, ihre Interessen eigenständig und gegebenenfalls auch gegen die herrschenden Bol'ševiki wahrzunehmen, wurden von diesen, mit der Absicht, den eigenen Vorstellungen eines sozialistischen Entwicklungsmodells zum unbedingten Durchbruch zu verhelfen, aus legitimatorischen und herrschaftsstabilisierenden Gründen unterdrückt.

Petra Weber versucht, im Anschluß an aktuellle Diskussionen um das Ende der Arbeitergesellschaft und daran anknüpfende Versuche, die Organisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit erneut zu reflektieren, an entsprechende Ideen und Vorstellungen in der anarchistischen Tradition zu erinnern. Sie skizziert Überlegungen, die besonders Proudhon, Bakunin und Kropotkin einerseits in Anknüpfung an frühsozialistische Überlegungen, andererseits in Absetzung von staatssozialistischen Modellen angestellt haben. Eine Rückbesinnung auf den Assoziationsgedanken, wie er in der anarchistischen Tradition überliefert ist, könnte, so Webers These, der heutigen Kritik am Industrialismus sowohl in seiner kapitalistischen wie auch seiner sozialistischen Variante zu einem auch historisch verwurzelten Selbstbewußtsein verhelfen.

Wolfgang Dengel thematisiert in seinem Beitrag jenen offensichtlich unaufhaltsamen Drang zu einer Modernisierung, der, gegen jedes bessere Wissen, immer wieder alte, vielfach noch intakte Wohn- und Lebensstrukturen zum Opfer fallen. Mit dem Bochumer Heusnerviertel wird eine Wohngegend wegsaniert, die, erst im Zuge der Industrialisierung entstanden, nicht einmal hundert Jahre alt werden konnte.

Die **Anmerkungen** zum letzten Heft des von seinem Trägerkreis nunmehr als abgeschlossen betrachteten »Projekts Autonomie« verstehen sich als ein erster Versuch einer Auseinandersetzung mit jener langen Reihe intellektueller Unternehmungen, die darauf abzielten, dem »revolutionären Subjekt« Proletariat gleichermaßen auf die Spur zu kommen wie auf die Sprünge zu helfen. In dem Maße, in dem das imaginierte »revolutionäre Subjekt« offensichtlich nicht willens war und ist, sich der ihm von einer mittelständischen Intelligenz zugesprochenen historischen Mission dienlich zu zeigen, wird sich eben diese Intelligenz die Frage stellen müssen, welche Interessen ihren theoretischen und vielfach auch praktischen Zuordnungsversuchen tatsächlich zugrundeliegen.

Die Bilder auf der ersten Umschlagseite, der zweiten Umschlagseite/Seite 1 sowie der dritten Umschlagseite sind folgendem Buch entnommen: Auguste-Denis Fougeroux de Bondaroy, Die Kunst den Schiefer aus den Steinbrüchen zu brechen, ihn zu spalten und zu schneiden, Berlin 1763 (frz. Originalausgabe Paris 1762). Die Zeichnung auf Seite 15 sowie die beiden Aufnahmen auf den Seiten 42 und 44 – eine Haldenlandschaft im Kaulenbachtal bei Laubach/Müllenbach sowie eine sogenannte »Schichtlei« mit der Lohnabrechnung vom September 1910 aus Bundenbach – stammen vom Autor des Artikels, Christopf Bartels.

Christoph Bartels

Schieferdörfer im Linksrheingebiet

Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeit in ländlichen Mittelgebirgsregionen seit dem Ende der Feudalzeit

I. »... sehr wenig erfährt die Öffentlichkeit von der Fron des Schieferarbeiters ...«

Ein 'Sklavenleben' nannte der Wuppertaler Metallarbeiter Hans Schmitz 1923 das Los der Schieferbergleute und Landarbeiter in der südöstlichen Eifel, wo er seine Jugend verbracht hatte. *»Schon viel ist geschrieben worden über den Bergmann, der Kohle schafft, aber sehr wenig erfährt die Öffentlichkeit von der Fron des Schieferarbeiters, der doch mit den primitivsten Produktionsmitteln schafft«*[1], stellte er seinerzeit fest. Hans Schmitz meinte nicht diffus irgendeine Öffentlichkeit, sondern er beklagte, daß die Arbeiterbewegung von diesen Bergleuten in den 'Hinterwäldern' der Eifel praktisch nichts wußte. Die Geschichtsschreibung heutzutage weiß nicht nur so gut wie nichts über das Los der Schieferbrecher (was – vordergründig – angesichts der geringen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Industriezweigs Schieferbergbau und der vergleichsweise geringen Zahl seiner Arbeiter nicht verwunderlich ist), sondern sie zeichnet gewöhnlich ein Bild von der Region Hunsrück-Eifel, das nach Industriearbeitern erst gar nicht fragen läßt. So meint beispielsweise Horst Lademacher in einem 1976 erschienenen Beitrag zur dreibändigen »Rheinischen Geschichte«[2], in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier sei für den gewerblichen Sektor schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts *»ein deutlicher Entwicklungsrückstand festzustellen, der ... in der Phase der Frühindustrialisierung nicht wieder aufgeholt worden ist und dessen Nachwirkungen bis heute spürbar sind«*[3]. Populärwissenschaftliche Publikationen und die Touristikwerbung preisen denn auch die Region Hunsrück-Eifel als heiteres Arkadien, das von der Industrialisierung niemals berührt wurde. In einem kürzlich erschienenen Naturführer für den Hunsrück heißt es in einleitenden Betrachtungen zur Geschichte und Geographie: *»Das 'Naturparadies Nahe-Hunsrück' ... versteht sich auch heute noch als intakte, ökologisch wirksame Pufferzone. 'Hunsrück' steht für Wandern, aktive Erholung, ausgedehnte Wälder, Kultur, Sonne, Wein und natürliche Fossilien und Mineralien«*[4]. Eine wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung stellt nüchtern fest: *»Das Eifel-Hunsrück-Gebiet ist sozusagen als traditionell ungünstiger Standort für die wirtschaftliche Betätigung anzusehen«*[5].

Bilden also die Mittelgebirge links des Rheins und beidseits der Mosel noch heute eine bukolische Landschaft im Zustand 'industrieller Unschuld'? Im Jahr 1779 schrieb der kurtrierische Hofkammerrat v. Fritsch in einem Bericht über Bergbau und Hüttenwesen im Hunsrück und in der Südeifel, daß die Bodenschätze der Region, *»dieser beträchtliche Segen des Himmels und reiche Schatz der Erden ... in Sonderheit zum Dienste deren erzstiftischen Untertanen«* seien, *»weil davon so viele Tausend Gewerbe treiben und ihre Nahrung finden können«*[6]. Ein Bericht aus dem Jahr 1809 beschreibt detailliert mehrere hundert Bergwerke (teils produzierende, teils aufgelassene) in derselben Region und formuliert als Resümee: *»Alle in dieser Übersicht zusammengetragenen Fakten beweisen höchst augenfällig, daß das Rhein-Mosel-*

Département durch sinnvolle Ausbeutung der dort vorkommenden Mineralien Grundlage sehr vorteilhafter Geschäfte in verschiedenen Indsutriezweigen sein kann«[7]. Dies blieb nicht bloß Programm. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlebte der Bergbau im Hunsrück-Eifel-Gebiet einen steilen Aufschwung, der unter anderem zu einer *»schamlosen Waldverwüstung«*[8] führte: Die Verhüttung der Erze erfolgte seinerzeit noch in mit Holzkohle befeuerten Hochöfen. Zwischen 1815 und 1830 befanden sich von 64 Eisenhütten der preußischen Rheinprovinz 41 in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, die bedeutendsten Hüttenwerke lagen in den abgelegenen Waldgebieten von Hunsrück und Eifel.[9] Allein im Hunsrück waren im Verlauf des 19. Jahrhunderts 209 Eisenerzgruben (großenteils zeitweilig) in Betrieb, einige davon entwickelten sich zu Großgruben; genannt sei die Grube 'Amalienhöhe' bei Waldalgesheim, die 1918 mit 1136 Arbeitern ihren Belegschaftshöchststand erreichte.[10]
Diese wenigen Angaben mögen belegen, daß es eine Industriegeschichte des Raumes Hunsrück-Eifel durchaus gibt. Die Gewinnung und Verhüttung von Blei-, Zink-, Kupfer- und Silbererzen, Mangan-, Dolomit- und Schwerspatbergbau, Gewinnung von Halbedelsteinen und ihre Verarbeitung, Abbau und Verarbeitung von Steinen und Erden, Gerberloheproduktion und Lederverarbeitung, Köhlerei, Pottaschegewinnung, aber auch Spezialzweige wie die Herstellung von Flaschen-Strohhülsen, Laubsägeblättern und Nägeln, Drechslerei, Bürstenbinderei und Korbflechterei sind hier zu nennen; die Aufzählung ist keineswegs vollständig.[11] Gerade in der Phase der Frühindustrialisierung hat die Region (vor allem durch Bergbau und Hüttenwesen) eine bedeutende Rolle gespielt. Sie wurde aber niemals industrieller Ballungsraum; vielmehr führte der Gesamtprozeß der Industrialisierung ab etwa 1850 zu einer fortschreitenden De-Industrialisierung der linksrheinischen Mittelgebirge. Dies hatte einschneidende Folgen für die Bewohner des ganzen Hunsrück-Eifel-Raumes, insbesondere für diejenigen Einwohner, die im Verlauf der Frühindustrialisierung vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig geworden waren.
Die Geschichte der Schieferbergleute ist ein Beispiel für Entwicklungen, die für dörflich strukturierte Regionen der linksrheinischen Mittelgebirge typisch sind, denn es handelt sich beim Schieferbergbau nicht um die einzige und auch keineswegs um die wichtigste Industrie der Region. Und es trifft auch keineswegs bloß auf die Schieferbergleute zu, daß von ihrem Sklavenleben, ihrer Fron, die Öffentlichkeit (1923 so gut wie zu jeder anderen Zeit) fast keine Notiz nahm, auch die organisierte Arbeiterbewegung – gleich welcher politischen Richtung – nicht.
Es wäre eine detaillierte Untersuchung wert, die Gründe bloßzulegen, die seitens der großen Arbeiterorganisationen dahin geführt haben, das Dasein von Schieferbergleuten und anderen, in ähnlicher Lage befindlichen Industriearbeitern in 'hinterwäldlerischen', dörflich strukturierten Nicht-Ballungsräumen faktisch zu ignorieren. Diese Fragestellung kann hier nicht näher erörtert werden; es seien aber wenigstens zwei Ansichten über grundlegende Wesenszüge des **dörflichen Lebens** mitgeteilt, und zwar aus der kommunistischen Sicht sowie von einem Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung.
In der 1928 erschienenen »Illustrierte(n) Geschichte der russischen Revolution 1917« heißt es: Die Bedeutung der 'Gesinnung' der 1921 gegen die junge Sowjetrepublik revoltierenden Metallarbeiter Kronstadts werde *»ganz klar, wenn man erfährt, daß die Parteizelle auf die Frage, inwiefern die Arbeiter mit dem Lande verbunden seien, antwortete: 'Zirka 60 Prozent haben Beziehungen zum Lande'.«* Die Quelle der Anschauungen, die die Kronstädter zur Rebellion bewogen haben, heißt es dort, muß *»man ... doch auf dem Lande suchen«*. Wenig später werden die aufständischen Matrosen als *»dieser neue Matrose, dieser als Matrose verkleidete Bauernbursch«* bezeichnet. Und die Schlußfolgerung: *»Also es ist ganz klar: die Anregung für*

die Kronstadt-Ereignisse hat ihre Wurzeln in der Gesinnung ds Dorfes«. Der praktische Inhalt dieser Gesinnung ist so definiert: »*Von den parteilosen Sowjets – zur bourgeoisen Restauration – so hieß der Weg, den die Kronstädter im März 1921 betraten*«.[12]
Ein katholischer Professor der Moraltheologie am erzbischöflichen Priesterseminar in Trier, der zuvor Pfarrer im Hunsrücker Schieferbrecher- und Kleinbauerndorf Rhaunen gewesen war und in einer Schrift seine Gedanken niedergelegt hat, wie sich die katholische Arbeiterbewegung der Schieferbergleute anzunehmen habe (die allerdings weitgehend Theorie blieben), definierte 1909 die Geisteshaltung der Schieferbrecher als bäuerlich bestimmt und urteilte über Bauern so: »*Der Bauer denkt in erster Linie immer an sich, weil er selbst keinen Herrn über sich dulden kann, er hat wenig Gemeinsinn*«.[13] So feindselig die heiligen Büros sich gegeneinander gebärden: in ihrer Verketzerung der 'Gesinnung des Dorfes' sind sie durchaus einig.

II. Die Entstehungsbedingungen der Schieferindustrie

Landschaft und Landwirtschaft

Die Flüsse Rhein und Mosel und ihre Nebengewässer bestimmen die Großgliederung der linksrheinischen Mittelgebirge. Hunsrück und Eifel bilden flachgewellte Hochebenen mit über die Hochflächen sich erhebenden Bergrücken. Die Gewässersysteme schneiden tief in das Hochland ein und zerteilen die Gebirgsblöcke besonders an ihren Rändern. Die Höhenrücken und die steilen Talhänge von Hunsrück und Eifel sind zumeist bewaldet. Die Hochflächen mit ihren wenig tiefgründigen und oft sehr steinigen Böden werden seit Jahrhunderten von einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft genutzt. Gemeindeländereien (Allmende) hatten früher einen recht hohen Anteil an den Nutzflächen. Die Landwirtschaft des Eifelraumes charakterisierte Theodor Brinkmann 1913 so:
»*Nach dem, was uns von Agrarschriftstellern aus dem Anfang und der Mitte des vorigen Jahrhunderts berichtet wird, war der Betrieb der Eifelbauern damals von einer so ausgeprägten Extensität, daß er seinesgleichen nur noch in wenigen Teilen Deutschlands gefunden haben dürfte; wurden doch noch Formen der Bodennutzung in großer Verbreitung gehandhabt, die in den besseren Gegenden schon seit Jahrhunderten, wenn nicht einem Jahrtausend dem Fortschritt der Zeit hatten weichen müssen.*«[14]
1836 stellte der zeitgenössische Landwirtschaftsexperte Johann Nepomuk von Schwerz in einer Beschreibung der Landwirtschaft in den linksrheinischen Mittelgebirgen fest:
Der Einwohner lebt mehr von seinen Händen als vom Schoße der Erde. Hat er einen Teil seines Tagwerks auf diesen verwendet, so kehrt er nach Hause, greift zur Spindel und Spuhl. Er ziehet, er rödet, er sprödet, er brackt, er strippt, er bocket, er durchstößt, er schwingt, er hechelt, er spinnt, er webt, er bleicht, er kalandert, er geht zum Markte. Es ist eine Arbeit ohne Ende, zwischen welcher nur der Sonntag ihm einen Augenblick der Erholung gestattet; ein Brot, welches nur mit Schweiß und Mühe erkämpft wird.«[15]
In der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung in der Region stark an. Die Zuwachsraten betrugen durchschnittlich 2 bis 3 % jährlich. Zwischen 1790 und 1817, und nochmals zwischen 1817 und 1852, verdoppelte sich z. B. die Einwohnerzahl der Dörfer im Kreise Cochem (am Rand der Südeifel) ungefähr.[16] Insbesondere an den zerklüfteten Gebirgsrändern war die Bodennutzung kaum zu verbes-

sern. Dort war das uralte System der Schiffelwirtschaft an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert noch gebräuchlich, das Brinkmann so beschreibt:
»Die betreffende Fläche bleibt 18-20, ja unter Umständen bis zu 50 Jahre sich selbst überlassen, öde liegen. Während dieser Zeit überzieht sich der Boden mit einer Decke der verschiedensten Unkräuter; namentlich Ginster und Heidekraut entwickeln sich, deren Wurzeln allmählich eine dicke Filzdecke bilden. Dieser Rasen wird dann in dem Jahre, in welchem die Fläche bebaut werden soll, in möglichst großen Plaggen mit der Hacke abgeschält, zusammengerollt und kegelförmig zum Trokknen aufgestellt. Die trockenen, durch Schlagen von der anhaftenden Erde befreiten Plaggen werden mit Reisig zu Haufen von 1 bis 1,50 m Durchmesser zusammengestellt und verbrannt. Die Asche wird zur Düngung auf dem Boden ausgebreitet und das so vorbereitete Feld schließlich mit Roggen bestellt, dessen Ernte wegen seiner Reinheit von Unkräutern als wertvolles Saatgut geschätzt wird. Nach dem Roggen folgt zwei bis dreimal Hafer oder einmal Hafer und einmal Buchweizen, gelegentlich wohl auch eine Kartoffelpflanzung. Entscheidend für den Erfolg dieser Kultur ist die Mitwirkung der Sonne; ein sehr nasser Sommer, in welchem die Plaggen nicht genügend austrocknen, kann zu einer bösen Kalamität für den Schiffelbauern werden.«[17]
Insbesondere in Regionen mit solchen Bewirtschaftungsformen mußte eine anwachsende Bevölkerung sich neben der Landwirtschaft andere Erwerbsquellen zur Sicherung ihrer Subsistenz erschließen. Neben der Weiterverarbeitung von Produkten der Land- und Forstwirtschaft (beispielsweise in Textil-Heimindustrie, auf die Schwerz im obigen Zitat eingeht) bot hier der Bergbau Möglichkeiten.

Der Schiefer

Zahlreiche Dachschieferlager unterschiedlicher Mächtigkeit stehen im Untergrund von Hunsrück und Eifel an. Durch Taleinschnitte werden diese durch Gebirgsbildungsvorgänge steil aufgerichteten Schichten aufgeschlossen. Seit Jahrhunderten schon beutet man die Dachschieferlager aus. Die Anfänge der Schiefergewinnung liegen vermutlich in der Römerzeit: Bei Ausgrabungen in Xanten wurde festgestellt, daß dort Türme und Wehrgänge der römischen Anlagen Schieferdächer hatten; übrigens in Techniken ausgeführt, die bis heute angewendet werden. Der dort benutzte Stein wurde wahrscheinlich im Eifelraum gebrochen.[18] Bis ins zweite Drittel des 18. Jahrhunderts gewann man in vergleichsweise geringem Umfang Dachschiefer; über die näheren Umstände des Schieferbergbaus vor etwa 1780 ist wenig bekannt.
Das Vorkommen der Schieferlager und eine alte Tradition der kleinbetrieblichen Gewinnung bilden zusammen mit einer überaus ärmlichen und kaum entwicklungsfähigen Landwirtschaft und starkem Bevölkerungswachstum die Grundbedingungen, unter denen Schieferbergbau im Zuge der Frühindustrialisierung an vielen Orten rasch an Bedeutung gewinnen konnte. Allerdings mußte ein weiterer Faktor hinzutreten: eine halbwegs günstige Lage des Gewinnungsgebietes zu den Fernverkehrswegen.
Dachschiefer ist niemals für den Gebrauch vorwiegend in der Gewinnungsregion selbst abgebaut worden. Seit Jahrhunderten schon verwendet man das Material vor allem zur Dachdeckung und Fassadenverkleidung von Repräsentativbauten. Die Dächer und Fassaden von Burgen und Schlössern, Kirchen, Klöstern, Rathäusern und Patrizierhäusern in den Städten wurden mit Schiefer gedeckt und verkleidet. Auch wenn Schieferdächer und -fassaden zusammen mit Lehmfachwerk für die Ortsbilder im Mittelrheinraum charakteristisch sind, wurde der Hauptteil der Produktion stets über den Fernhandel abgesetzt. Im

übrigen entstanden die vom Schiefer geprägten Ortsbilder in Hunsrück und Eifel (von den kleinen Städten einmal abgesehen) erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts unter dem Druck der Feuerversicherungen, die auf ein Verbot der allgemein üblichen, stark brandgefährdeten Strohdächer drängten und dieses Ziel auch weitgehend erreichten.[19]
Eine einigermaßen günstige Lage der Gewinnungsgebiete zu den Hauptverkehrswegen der Region war daher stets ein wichtiger Faktor für die Entwicklungsmöglichkeiten von Schieferindustrie an einem jeweiligen Ort. Entscheidend war über lange Zeit hinweg die Verbindung zu den Tälern von Rhein und Mosel. Zunächst bot die Binnenschiffahrt die wichtigste Verfrachtungsmöglichkeit; auch das Straßen- und Eisenbahnnetz wurde vornehmlich in den großen Flußtälern ausgebaut.

Das Bergrecht

Einen weiteren, für die Entwicklung der Schiefergewinnung bedeutsamen Faktor bildet das staatliche Bergrecht. Der linksrheinische Raum war im Zeitraum seit 1790 im Besitz verschiedener Staaten. Zunächst gehörte der Raum zum Kurfürstentum Trier. 1792 fiel das Linksrheingebiet an Frankreich; durch den Wiener Kongreß kam Preußen 1815 in den Besitz des größten Teils der Region, das kleine Fürstentum Birkenfeld wurde Oldenburg zugesprochen.
Zur kurtrierischen Zeit war zwar nach dem Landrecht von 1713 (Tit. 8, § 9) sowie der Bergordnung von 1565 das Recht der Schiefergewinnung nicht in der Hand des Landesherren, sondern es lag beim Grundbesitzer. Aber schon im frühen 18. Jahrhundert maßte sich der in steter Finanznot befindliche Landesherr ein Dachschieferregal an; 1778 wurde diese Praxis in einer Verordnung eigens bekräftigt und festgeschrieben.[20] Die Schiefergewinnung wurde damit zehntpflichtig, zumeist wurde der zehnte Teil des Ertrages in Naturalien (Dachschiefer) an den Landesherrn abgeführt.
Die französische Berggesetzgebung überließ die Schiefergewinnung dem jeweiligen Grundbesitzer, dem Staat war keine Abgabe zu entrichten.[21]
Die preußische Verwaltung war zunächst unentschlossen, ob sie das französische Recht beibehalten oder zum Dachschieferregal zurückkehren sollte. Letztlich wurden die französischen Bergrechtsvorschriften beibehalten. Die rechtliche Unsicherheit zu Beginn der Preußenzeit hat zusammen mit den Widersprüchen zwischen kodifiziertem und praktiziertem Recht zur kurtrierischen Zeit auf die Entwicklungen des Schieferbergbaus einigen Einfluß gehabt; darauf wird unten eingegangen.
Die rechtliche Fixierung der Schiefergewinnung als **Grundeigentümerbergbau** besteht seit 1792 im Linksrheinraum unverändert. Die Bindung des Gewinnungsrechtes an das Grundeigentum hat die ökonomische Entwicklung des Schieferbergbaus stark beeinflußt; sie ist auch bedeutsam, indem die Einflußmöglichkeiten der staatlichen Bergbehörde auf die bergpolizeiliche Überwachung der Grubensicherheit beschränkt wurden. Dies unterscheidet den Schieferbergbau grundlegend von anderen Bergbauzweigen, in denen auch die ökonomische Verfügungsgewalt bis 1851 beim Staat lag.[22]

III. Grundtechniken der Schiefergewinnung und -verarbeitung[23]

Zum Verständnis der Entwicklungen des Schieferbergbaus sind einige Kenntnisse der technischen Erfordernisse und alltäglichen Arbeitsanforderungen in diesem Industriezweig erforderlich. Wie erwähnt, bildet der gewinnungswürdige Dachschiefer Lager (Flöze), die aufgrund von Gebirgsbildungsvorgängen steil aufgeschichtet sind: An den Hängen von Taleinschnitten treten diese Lager zutage; sie erreichen eine maximale Mächtigkeit von 30 Metern. Gewöhnlich bilden mehrere, von unbrauchbaren Zwischenschichten getrennte Lager Dachschieferzüge, deren Gesamtmächtigkeit – unbrauchbare Zwischenschichten mitgerechnet – in der Regel 200 Meter nicht übersteigt. Die Flächen, in denen gewinnungswürdiger Stein ans Tageslicht tritt, sind daher recht klein, aufgrund ihrer Lage an steilen Talhängen sind sie oft unwegsam. Schiefergewinnung in größerem Umfang kann daher – wenigstens ohne den Einsatz moderner Bagger und Raupenfahrzeuge – nur in Untertagearbeit erfolgen.

Das gewonnene Rohmaterial muß in bergfeuchtem Zustand weiterverarbeitet werden, denn nur solange die natürliche Bergfeuchte (Porenwasser) noch vorhanden ist, kann das Gestein optimal in die dünnen, zur Dachdeckung geeigneten Platten aufgespalten werden. Besonders gegen Frost ist der Rohstein anfällig; wenn das Porenwasser gefriert, wird das innere Gefüge des Materials verändert. Auch diese Umstände setzen einer Schiefergewinnung im Tagebauverfahren enge Granzen. Die Notwendigkeit, den Stein in berfeuchtem Zustand weiterzuverarbeiten führt außerdem dazu, daß eine Schiefergrube stets mit einem **Verarbeitungsbetrieb** verbunden ist.

Als Folge ihres erdgeschichtlichen Werdegangs sind die bauwürdigen Schieferlager von Störungszonen durchsetzt (Einlagerungen unbrauchbaren Materials – von den Schieferbrechern »Krapp« genannt, Klüfte, Risse, Verbiegungen). Nicht jede Partie eines prinzipiell bauwürdigen Lagers liefert in gleicher Menge und Qualität tatsächlich verwertbaren Schiefer. Erst im Zuge der Gewinnungsarbeit ist letztlich festzustellen, ob der Aufwand der bergbaulichen Erschließung des Lagerbereichs tatsächlich lohnend war.

Die bauwürdigen Schieferlager werden gewöhnlich durch Stollen bzw. Schächte von der Oberfläche her zugänglich gemacht; vor etwa 1880 erfolgte Schiefergewinnung in aller Regel im **Stollenbau**. Von einem Talhang ausgehend legte man einen Stollen im abzubauenden Lager selbst oder im angrenzenden tauben Nebengestein an. War die Verwitterungsrinde durchstoßen und ein genügend großer Abstand von der Erdoberfläche erreicht, so begann man mit der Anlage der eigentlichen Abbauhohlräume.

Charakteristisches Merkmal der Schiefergesteine ist die Ausbildung einander paralleler Schieferungsflächen im Gestein (durch Auswirkung von hohem Druck), längs deren das Material in Platten zerlegt werden kann. An diesen Flächen orientiert sich die Gewinnungsarbeit vornehmlich. Nach Anlage des Stollens wird an der Grenze zum tauben Nebengestein auf einige Meter Erstreckung in der Höhe und Weite eine solche Fläche freigelegt, eine sogenannte »Wand« entsteht. Unten (bergmännisch: söhlig), an den Seiten (Stößen) und oben (an der Firste) wird dann jeweils ein einige Dezimeter tiefer Schlitz (Schram) aufgebrochen; dies geschah bis etwa 1900 mit der Keilhaue in reiner Handarbeit. Danach kamen in großen Gruben mechanische Abbauhämmer in Gebrauch. Den nunmehr an allen Seiten vom umgebenden Gestein getrennten Block löste man dann großflächig von der Unterlage ab; dies geschah gewöhnlich mithilfe von Keilen und Brechstangen. Auf das Sprengen (Schießen) verzichtete man in der eigentlichen Gewinnungsarbeit möglichst, um Materialverluste zu vermeiden. Der mehrere Quadratmeter große Block

mußte anschließend in transportable Brocken zerlegt werden. Zu diesem Zweck sägt oder schlägt man randlich Kerben ein, in die dann Keile eingetrieben werden, die den Block senkrecht zur Schieferungsebene aufsprengen; dieser Vorgang wird »köpfen« genannt. Die so entstandenen großen Steinbrocken werden schließlich mithilfe von Keilen in der Schieferungsebene in etwa 10 Zentimeter starke Platten aufgespalten. Dies sind die Rohsteine, die zur Verarbeitung nach über Tage gefördert werden. Die hier geschilderten Arbeitsvorgänge erscheinen simpel, verlangen jedoch sehr gute Materialkenntnisse und viel Übung. Es gilt ja nicht, das Gestein irgendwie zu zertrümmern, sondern längs vorausgeplanter Linien kunstgerecht zu zerteilen, um Materialverluste so gering wie möglich zu halten.
Die Förderung des Rohsteins erfolgte in Lasten von bis zu drei Zentnern und über Höhendistanzen von mehreren zehn Metern auf dem Rücken der Arbeiter; diese »Buckeln« genannte Schwerstarbeit wurde im Schieferbergbau erst spät durch den Einsatz von Förderwagen auf Schienen ersetzt.
Über Tage werden die Rohsteine zunächst durch »köpfen« weiter zerlegt, wobei die Formate der Brocken schon etwa denen der gewünschten Rohschieferplatten entsprechen müssen. Nach etwa 1880 wurden zu diesem Zweck in größeren Gruben mechanische Steinsägen eingesetzt. Die Brocken werden schließlich mit Hilfe eines etwa 5 Zentimeter breiten und 20 Zentimeter langen Spezialmeißels mit Handgriff, dem Spalteisen, aufgespalten. Man lehnt dabei den Brocken an einen Metallbügel und treibt das Spalteisen mit leichten Holzhammerschlägen in der Schieferungsebene in den Stein, der dann aufreißt. Dieser Vorgang wird so oft wiederholt, bis der Brocken in etwa 5 bis 7 Millimeter starke Platten zerlegt ist. Durch Augenschein und am Klang der Platte erkennt der Schieferspalter, ob sie frei von Rissen oder sonstigen Fehlern ist. Es gehört zu den wichtigen Aufgaben des Spalters, unbrauchbare Platten auszusortieren. Die Qualität der Produktion ist sehr weitgehend von seiner Aufmerksamkeit abhängig.
Die Schieferplatten müssen nach dem Spalten nur noch formatisiert und mit Löchern für die Befestigungsnägel versehen werden. Man führt bei diesem letzten, »zurichten« genannten Arbeitsgang die Schieferplatte über einen Metallbügel, der in einen hölzernen Bock eingelassen ist, und schlägt die Kanten der Platte mit dem Dachdeckerhammer ab. Verschiedene Basiswinkel und Rundungen sind dabei einzuhalten, rein nach Augenmaß; auch diese Arbeit verlangt sehr viel Geschick und Übung.
Beim Zurichten der Schieferplatten verzahnen sich Schiefergewinnung und Dachdeckerhandwerk. Oftmals wurden die Platten bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts unbehauen in den Handel gebracht und vom Dachdecker erst an seiner Arbeitsstelle formatisiert. Sofern die Dachdecker ihr Material unmittelbar bei den Gruben einkauften, richteten sie die massenhaft verwendeten Formate oft schon dort zu. Das Gewicht der Schieferplatten reduziert sich beim letzten Arbeitsgang nochmals um 15 bis 20 %, was bei den Transportkosten zu Buch schlägt. Relativ früh gehörte daher das Zurichten auf den größeren Gruben zur Tätigkeit der Schieferarbeiter. Ab etwa 1880 hielten alle größeren Gruben des Linksrheingebietes die massenhaft verwendeten Formate vorrätig.
Ein gelernter Schieferarbeiter beherrscht gewöhnlich alle Techniken der Unter- und Übertagearbeit. Da sowohl die Gewinnungsarbeit als auch das Spalten und Zurichten sehr viel Übung verlangen, spezialisierten sich die Arbeiter bald auf die einzelnen Arbeitsgänge. Aufgrund der Eigenarten des Materials ist die Schiefergewinnung und -verarbeitung weitgehend Handarbeit. Einer Mechanisierung sind enge Grenzen gesetzt, das betrifft besonders die arbeitsintensiven Vorgänge in der eigentlichen Gewinnung sowie in der Verarbeitung.

IV. Die Beispielorte

Die Dörfer Laubach und Müllenbach, die im folgenden im Zentrum der Darstellung stehen werden, liegen etwa 15 Kilometer Luftlinie vom Kreisstädtchen Cochem / Mosel entfernt auf der Voreifel-Hochfläche. Das Gelände ist durch zahlreiche, zur Mosel hin entwässernde Bäche in einzelne Höhenrücken zerlegt.

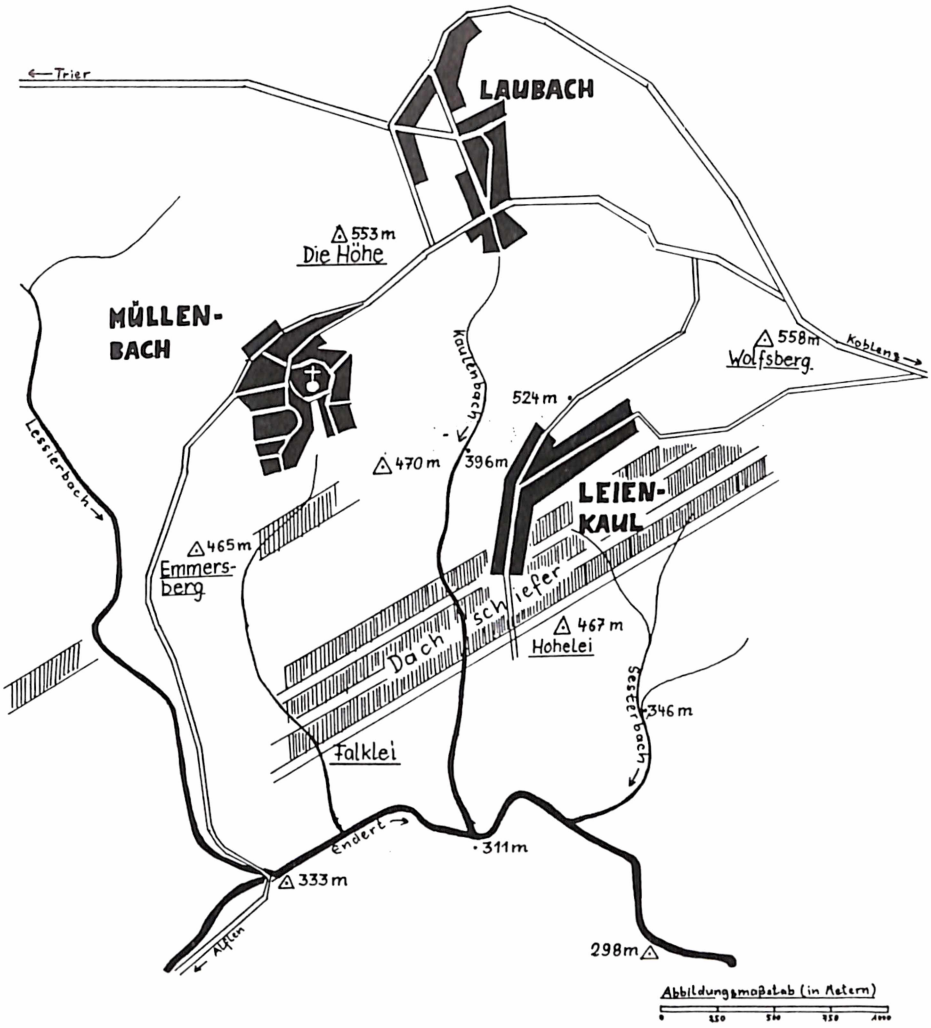
Müllenbach liegt ungefähr 500 Meter über dem Meeresspiegel an einem Bergrücken, der durch tief eingeschnittene Täler westlich, östlich und südlich begrenzt wird; ein kleiner Taleinschnitt zerlegt den Höhenrücken nochmals in zwei Zungen. Einige hundert Meter nördlich, in einem weiteren Taleinschnitt im Quellgebiet des Kaulenbachs, befindet sich der Ortskern von Laubach. Über dem Osthang des Kaulenbachtals zieht sich der Ortsteil Leienkaul hin; dazu gehört auch der Bezirk Sesterbach mit einigen Häusern, etwas weiter östlich in einem Tal gelegen. Die Namensbestandteile 'Lei' und 'Kaul' weisen auf den Schieferbergbau hin. 'Lei' (auch Ley oder Lay geschrieben; Pl. Layen) bedeutet (Schiefer-)Stein, 'Kaul' ist der mundartliche Ausdruck für Grube; eine Schiefergrube heißt mundartlich 'Layenkaul'.

Die Gemarkungen beider Dörfer weisen Höhenunterschiede von bis zu 200 Metern auf. Nur ein geringer Anteil der Flächen ist so gelegen, daß der Boden einigermaßen gut bearbeitet werden kann. Ein großer Teil des Geländes ist stark geneigt, oft felsig. Die Bedingungen für die Landwirtschaft sind hier besonders schlecht, sehr viel schlechter noch als im in dieser Hinsicht auch nicht gerade begünstigten Umland. In den beiden Dörfern lag um 1820 der Anteil der Bewohner, die keine Landwirtschaft betrieben, etwa doppelt so hoch wie in den umliegenden Orten.[24] Die ungünstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich auch in der Bauweise. 1816 / 17 entfielen in Laubach und Müllenbach auf sieben Wohnhäuser durchschnittlich nur ein landwirtschaftliches Nebengebäude. Die Wirtschaften waren so ärmlich, daß ein Lagerraum im Erdgeschoß des Hauses, der schon nicht mehr Scheune genannt werden kann, sowie ein Stall für ein bis zwei Schweine oder Ziegen, eine Kuh und ein Zugtier schon zur Unterbringung von Feldfrüchten und Vieh ausreichten. Außer diesen Wirtschaftsräumen befand sich im Erdgeschoß gewöhnlich noch die Küche, im Obergeschoß waren eine Stube und ein bis zwei Schlafkammern. Das ganze Wohnhaus war nur etwa 4 Meter breit. Durchschnittlich sechs Personen bewohnten um 1820 ein solches Haus. Die Einwohnerzahlen der Orte betrugen knapp 300 (Müllenbach) und knapp 200 (Laubach).[25]

Von den beiden Dörfern aus ist das Moseltal relativ gut zu erreichen. Auf der Höhe verläuft eine Straße von Laubach nach Landkern und weiter durch das Fahrendeier Tal nach Cochem; sie wurde früher auch »Grubenstraße« genannt.[26]

Ein mächtiger Dachschiefer-Lagerzug steht südlich der Dörfer im Gelände an. Er besteht aus sechs Hauptlagern von 16 bis 28 Metern Mächtigkeit und einer großen Zahl von geringmächtigen Lagern (5 bis 8 Meter), von denen allerdings nur zwei aufgrund einer günstigen Position zu Hauptlagern in größerem Umfang ausgebeutet werden konnten.[27] Die nachstehende Kartenskizze gibt einen Überblick über die örtlichen Verhältnisse.

Bei Laubach und Müllenbach trafen die Grundbedingungen zusammen, unter denen sich Schiefergewinnung in größerem Umfang entwickeln konnte. Daher entstand dort früh ein Zentrum der linksrheinischen Schieferproduktion.



V. Schieferbergbau im Saisonbetrieb. Die Entwicklung bis 1825

Ende der kurtrierischen Zeit: die Ausgangslage

Schon seit Jahrhunderten wird linksrheinisch Dachschiefer gewonnen, die ältesten urkundlichen Belege stammen aus dem 13. Jahrhundert.[28] Die Gewinnung erfolgte in Kleingruben, die im Familienbetrieb vornehmlich während der Wintermonate bearbeitet wurden. Ein kurzer Stollen erschloß das Lager; schon in wenigen Metern Entfernung von der Erdoberfläche legte man eine Weitung an, in die noch das Tageslicht fiel. Dort wurde der Rohstein gebrochen. Den anfallenden Schutt kippte man teils vor der Grube, teils in be-

reits ausgebeuteten Teilen des Hohlraums ab. Vor der Grube planierte man eine Arbeits- und Lagerfläche; dort wurde der Stein zu Rohplatten verarbeitet, die man senkrecht aufgestellt in Reihen vor der Grube lagerte. Diese Stapel wurden in Reis (1 Reis = 2,33 m) abgemessen und verkauft. Man unterschied glatt aufgespaltene, dunkelblaugraue Steine erster Qualität und durch Verwitterung bereits bräunlich verfärbte oder etwas unebene Platten zweiter Wahl (»*Tabaks*«- bzw. »*Fleckleyen*«), die billiger verkauft wurden. Grubengebäude gab es zumeist nicht, höchstens leichte Schutzdächer, unter denen die Verarbeitung erfolgte. Sechs solcher Kleingruben waren um 1790 bei Müllenbach in Betrieb.[29] Es handelte sich dabei allerdings nicht mehr ausschließlich um die althergebrachten Familienbetriebe Ortsansässiger. Um 1785 hatte aufgrund der kurfürstlichen »Verordnung Leyenbrüchebearbeitung« von 1778 der Kölner Kaufmann Tilmann Joseph Paffrath Belehnungen für drei Schiefergruben erhalten.[30]

Paffrath betrieb auf der Breiten Straße im Kölner Stadtzentrum einen Handel »*in Wein, Mineralwässern, Leyen* (Schiefer, d. V.), *Sand-, Schleiff- und Mühlen-Steinplatten, in Gips, Trass etc.*«, eine Art 'Gemischtwarenhandlung' mit Bergbau- und Landwirtschaftsprodukten aus dem Mosel-Eifel-Raum.[31]

Die Schieferkonzessionen (Belehnungen) Paffraths waren 1791 an Carl Rido aus Müllenbach verpachtet, der seinerzeit mit 2000 Talern bei Paffrath verschuldet war.[32] Wir treffen damit schon am Ende des 18. Jahrhunderts im Schieferbergbau von Laubach / Müllenbach Verhältnisse an, die für die Entwicklungen von entscheidender Bedeutung werden sollten: Paffrath verfolgte einen den besonderen Verhältnissen angepaßten *Verlagshandel.* Er brachte Grundeigentum bzw. Gewinnungsrechte für Schiefer an sich, verpachtete diese zur Ausbeutung und streckte dem Pächter die Mittel zum Betrieb vor. Dieser war verpflichtet, ausschließlich dem verpachtenden Händler Schiefer zu liefern; einen hohen Anteil der Produktion mußte er ihm als Abgeltung von Pacht und Krediten kostenlos überlassen. Damit befand sich der Pächter in völliger Abhängigkeit vom Verlagshändler.

Dieses System führte zu Raubbau und einer Vernachlässigung der Grubensicherheit, wie ein Bericht des Bergbeamten Jacobi von 1791 betont. Jacobi befürchtete, daß der Schieferbergbau bei Laubach und Müllenbach durch die Praktiken von Paffrath / Rido zugrunde gerichtet würde. Er empfahl deshalb, daß die Verwaltung

»*künftig nicht mehr gestatte, daß Joseph Paffrath dem Carl Rido die Leyensteine veraccordire, sondern einen Abrichter in Wochenlohn anstelle, der den Betrieb führet und auch [über] sämtl. Arbeiter die Aufsicht führet*«, weil »*Rido keine ordentliche Arbeit betreibt, er sucht nur viel zu verdienen ... Unterthänigster weis also kein anderes in Vortrag zu bringen, wann die dasigen Gruben erhalten werden sollen und wo von dermalen viele Unterthanen so wohl zu Land als zu Wasser* (nämlich als Binnenschiffer, d. V.) *ihr Brod verdienen.*«[33]

Die Schieferbrecher werden im Bericht als »*arme Arbeiter*« bezeichnet, denen ein Einschreiten gegen die Praktiken des Verlagshändlers auch »*zum Besten*« sein werde. Der Begriff 'Arbeiter' kann nicht so verstanden werden, daß die Schieferbrecher allein von der Bergarbeit lebten – es handelte sich noch um eine saisonale Schiefergewinnung im Winterhalbjahr – aber sie waren offensichtlich auf das Einkommen aus dem Bergbau angewiesen. Aufgrund des Jacobischen Berichts beschloß die kurfürstliche Kammer, den Schieferbergbau bei Laubach und Müllenbach grundsätzlich neu zu ordnen.[34] Dazu kam es aber nicht mehr. Die Kriegsereignisse im Zusammenhang mit der französischen Besetzung des Linksrheinraumes machten die Aktivitäten der kurtrierischen Herrschaft 1792 ein Ende.

Mit dem Anschluß des Territoriums an Frankreich fielen alle Rechte der Feudalherren weg. Die französischen Behörden überließen die Schiefergruben jahrelang sich selbst; damit hatten auch die Verlagshändler freie Hand.

Bergbau und Hüttenwesen erlebten im Linksrheinraum während der Zeit französischer Herrschaft einen steilen Aufschwung.[35] Die liberale Wirtschaftspolitik des revolutionären und napoleonischen Frankreich sowie die Eröffnung eines lohnenden Marktes im Westen waren Grundlagen dieser Entwicklung. Sie führte innerhalb kurzer Zeit aufgrund eines enormen Holzkohlenbedarfs der Hütten und der metallverarbeitenden Betriebe zu einem Kahlschlag in den Wäldern; Holzkohle – der Hauptenergieträger – wurde knapp.

Diese Umstände begünstigten und forcierten die Entwicklung des Schieferbergbaus zu einem eigenständigen, nicht mehr allein an die landwirtschaftlichen Bedingungen geknüpften Gewerbezweig, die schon um 1790 in Ansätzen zu beobachten war.

Im Jahr 1809 bereiste im Zuge von Vorarbeiten zur Novellierung der französischen Berggesetzgebung (sie erfolgte 1810[36]) der kaiserliche Bergwerks- und Fabrikingenieur M. F. T. Calmelet das Département Rhin-et-Moselle und erstellte eine Übersicht des dortigen Bergbaus.[37] Er betont in seinem Bericht, man habe gerade wegen der Brennstoffknappheit dem (wie er hervorhebt noch sehr unentwickelten) Schieferbergbau besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er produziere ohne Brennstoffverbrauch feuerfestes Dachdekkungsmaterial, das daher sowohl dem Stroh als auch dem Ziegel vorzuziehen sei.

53 Schiefergruben hat der französische Ingenieur im Linksrheinraum ermittelt, 40 davon produzierten – vornehmlich im Winter – Dachschiefer und beschäftigten nach seiner Schätzung 150 bis 200 Arbeiter. Die Gruben bei Laubach und Müllenbach, die nach einem anderen Bericht damals 25 Arbeiter beschäftigten und jährlich 2000 Reis Schiefer im Wert von etwa 6000 Franken lieferten[38], hebt er durch eine genauere Beschreibung unter den linksrheinischen Gruben besonders hervor.[39]

Wie ein Vergleich des Calmeletschen Berichts mit preußischen Bergamtsakten zeigt[40], gewann die Schieferausbeutung vor allem ab etwa 1810 rasch an Bedeutung. Der Aufstieg von zwei Schieferhandlungen im Raum Cochem, die über lange Zeit bestimmenden Einfluß auf den Bergbau bei Laubach und Müllenbach ausübten, fällt in die französische Zeit. 1812 wurde in Klotten / Mosel die Schieferhandlung Schunk gegründet, in Cochem betrieb Franz Rinck einen ausgedehnten Schieferhandel und eine Pottaschefabrik.[41]

Sowohl Rinck als auch Schunk bedienten sich der oben umrissenen Verlagshandelspraktiken. Insbesondere Rinck muß in den Jahren der französischen Herrschaft einen sehr bedeutenden Einfluß erworben haben, denn ein Bericht von 1819 nennt ihn den »*Vormund*« aller Schiefergruben des Raumes Müllenbach mit Ausnahme der des Kölner Händlers Paffrath.[42] Der war inzwischen vom System der Grubenverpachtung und Kreditvergabe abgegangen; wir wissen nicht, wann und warum dies geschah. Er betrieb seine Gruben nun in eigener Regie mit Lohnarbeitern und einem angestellten Verwalter. Er bemühte sich darum, einen Schieferbergbau größeren Stils in Gang zu setzen. Allerdings kam er hier in Konflikte mit den Müllenbachern. Die Paffrathschen Gruben befanden sich auf Gemeindeland, das man seit undenklicher Zeit als dörflichen Gemeinbesitz (Allmende) im oben beschriebenen System der Schiffelwirtschaft genutzt hatte. Die Belehnung Paffraths mit Schiefergruben durch den trierischen Kurfürsten in diesem Gelände stellte zweifellos einen Rechtsbruch seitens des Fürsten dar, der die Dorfbewohner erbittert haben wird. Denn das seinerzeit geltende Landrecht von 1713 überließ das Schiefergewinnungsrecht dem

Grundeigentümer – hier der Dorfgemeinschaft. Zur französischen Zeit verlangte die Gemeinde Pacht von Paffrath (gestützt auf die nun gültigen Rechtsvorschriften, die ihr als Grundbesitzerin dieses Recht ausdrücklich einräumten). Die Firma Paffrath verweigerte die Zahlung.[43] Die französischen Behörden ließen den Streit ungeklärt; Paffrath zahlte nicht. Die Gemeinde ging daraufhin dazu über, Terrains aus ihrem Grundbesitz an Ortseinwohner zur Schiefergewinnung zu verpachten. Aber auch die ortsansässigen Pächter verweigerten zunächst die Pachtzahlung – unter Berufung auf Paffrath. So entwickelten sich in den Jahren der französischen Herrschaft ungeklärte rechtliche Verhältnisse und Spannungen, die bald wichtig werden sollten.

Notjahre zu Beginn der Preußenzeit

Als 1815 das Linksrheingebiet durch den »Wiener Kongreß« Preußen zugesprochen wurde, war der Schieferbergbau gegenüber dem Zustand von 1808 schon stark angewachsen. Etwa 15 Gruben waren nun bei Laubach und Müllenbach in Betrieb. Sie befanden sich vornehmlich auf Privatgrundstücken am Osthang des Kaulenbachtals und waren zumeist von den Verlagshändlern Rinck und Schunk abhängig. Die Händler nahmen die Grundstücke als Sicherheit für vergebene Darlehen. Sofern die Grubenbetreiber Kredite nicht in der vorgesehenen Frist zurückzahlen konnten (was angesichts der unsystematischen Grubenanlage und der komplizierten Natur der Lager sehr oft der Fall war), ließ sich der Verlagshändler die Besitzrechte an der Grube ganz oder zum überwiegenden Teil überschreiben. Nahezu alle Gruben waren innerhalb weniger Jahre von diesen Enteignungspraktiken betroffen.[44] Das konnte in der geschilderten Art nur bei Gruben geschehen, in denen vom Grundbesitzer selbst Schiefer ausgebeutet wurde. Die Aktivitäten der Verlagshändler konzentrierten sich daher auf Gruben unter Privatland.

Die Gruben bei Laubach und Müllenbach produzierten um 1817 jährlich etwa 4000 bis 5000 Reis Dachschiefer, damit war die Förderung gegenüber 1808 (etwa 2000 Reis) innerhalb von knapp zehn Jahren gut verdoppelt worden.[45] Im Winter 1816 / 17 arbeiteten etwa 80 Schieferbrecher in den Gruben, für Mai 1817 wird von 42 Schieferbrechern berichtet.[46] In den Zahlen spiegelt sich zum einen die rasche Ausweitung des Schieferbergbaus, zum anderen der noch immer stark saisonabhängige Betrieb wider. Aber die Schiefergewinnung wurde nunmehr nicht allein im Winterhalbjahr betrieben, sondern beschäftigte auch im Sommer schon etwa 40 Menschen.

Die Ursachen für diese Entwicklung lagen nicht im Schieferbergbau selbst. Vor allem bedingt durch umfangreiche Importe aus England sowie die Abkoppelung vom französischen Markt nach der preußischen Machtübernahme geriet die Landwirtschaft des Linksrheinraums in eine schwere Krise, in deren Folge die Abnahmepreise für Agrarerzeugnisse drastisch sanken. Von 1817 (= 100) fielen beispielsweise die Getreidepreise auf durchschnittlich 48,8 im Jahr 1820; auch die Erlöse für Fleisch und Milchprodukte gingen um 30 bis 50 % zurück. Die Agrarkrise wurde durch Mißernten verschärft. Im Hunsrück-Eifel-Raum herrschte Hungersnot.[47] Die Einwohner suchten die Einkommensausfälle in der Landwirtschaft durch verstärkte gewerbliche Produktion auszugleichen.

In diesen Notjahren wurden zahlreiche Schürfversuche nach Schiefer unternommen und sehr viele Kleingruben neu angelegt. Angesichts der schweren Notlage ist es nicht verwunderlich, daß man dabei sehr planlos zu Werk ging und auf systematische Gewinnungsweise und Arbeitssicherheit wenig achtete. In einem bergamtlichen Bericht von 1819 heißt es:

»An einen regelmäßigen Abbau ist bei der hier eingeführten unterirdischen Gewinnung nicht zu denken, man hilft sich so gut man kann, sucht so viel als möglich mit den wenigsten Kosten und dem geringsten Zeitaufwand herauszureißen.« Die Schieferbrecher seien *»lauter arme oder nach augenblicklichem Gewinn geitzende leut«*.
Sie werden als unfähig beschrieben, die Gefahren des Berbaus zu erkennen[48]. Freilich erwähnt der Bericht die Hungersnot und den Niedergang der Landwirtschaft mit keinem Wort. Er ereifert sich vielmehr über die technisch unzureichende Gewinnungsweise (sie führte tatsächlich zu schrecklichen Unfällen) und schlug vor, untertägige Schiefergewinnung nicht mehr zuzulassen. Daß die Schieferbrecher so *»leichtsinnig«* mit den Gefahren umgingen, weil sie aus Not dazu gezwungen waren, kam dem Bergbeamten nicht in den Sinn. Seine Vorschläge wurden mit zur Grundlage eines »Bergpolizei-Reglements für die Dachschieferbrüche«, das das Oberbergamt Bonn 1824 erließ und das für den Grubenbetrieb *»in der Regel«* Tagebau vorschrieb und untertägige Gewinnung nur als Ausnahme zuließ. Das Reglement blieb nahezu 50 Jahre lang gültig[49], allerdings widersprach die Tagebau-Vorschrift den geologischen Gegebenheiten ganz und gar. Die Ignoranz und Gleichgültigkeit, mit der man behördlicherseits an die Probleme des Schieferbergbaus heranging, wird hier sehr deutlich. Dabei hätte es Maßahmen zur Unfallverhütung sicher bedurft. Zu Beginn der Preußenzeit stürzten oft Grubenteile oder ganze Gruben ein und begruben dort arbeitende Bergleute. Die Ursachen lagen aber weder im Prinzip der Untertagegewinnung (das heute noch praktiziert wird), noch in der Profitsucht der Schieferbrecher. Die Leute hungerten und suchten deshalb so viel verkäuflichen Stein *»herauszureißen«* wie irgend möglich.
Während die Krise der Landwirtschaft andauerte, erholten sich Handel und Gewerbe ab 1818 wieder von den Folgen des Machtwechsels in der Region. Schon im März 1818 berichtete der Cochemer Landrat:
»Nie war der Handel mit den Schiefersteinen so lebhaft wie jetzt, welches man schon daher entnehmen kann, daß heute schon die Bestellungen bis zum künftigen Juny gemacht und bis dahin keine Steine zu haben sind.«[50]
Agrarkrise, Hungersnot und eine günstige Schieferkonjunktur sind die Faktoren, die eine rasche Ausweitung des Schieferbergbaus zu Beginn der Preußenzeit bewirkten. Man ging dabei noch in den altgewohnten Betriebstechniken vor, bearbeitete zahlreiche Kleingruben mit kurzem Zugangsstollen, nur einem Abbauhohlraum und einer kleinen Belegschaft, die gewöhnlich unter 10 Arbeitern lag. Man war so gezwungen, sehr viele Kleingruben neu in Betrieb zu nehmen.

Widerstand gegen Enteignungsversuche der Händler

In dieser Lage verschärften sich die Streitigkeiten zwischen der Firma Paffrath und den Müllenbacher Einwohnern, die schon seit Jahren schwelten. Schon 1791 hatte der kurtrierische Bergbeamte Jacobi die ruinösen Praktiken Paffraths scharf kritisiert, die auf die Belange der Schieferbrecher keinerlei Rücksicht nahmen. Den Paffraths war auch in der Notlage um 1817 der Brotverdienst der Einwohner der Schieferdörfer gänzlich gleichgültig. Sie wünschten aus ihren Gruben angesichts einer günstigen Konjunktur möglichst großen Profit zu erwirtschaften. Dazu suchten sie auch (wie andere Händler/Grubenbesitzer) die unsichere Rechtslage nach der preußischen Machtübernahme (Verlust von behördlichen Unterlagen, Besitznachweisen usw.) zu nutzen, um sich Gewinnungsrechte anzueignen

und ihren Betrieb auszuweiten. Die Inhaber der Firma Paffrath unternahmen nun verstärkt Versuche, sich das Schiefergewinnungsrecht unter dem gesamten Müllenbacher Gemeindeland anzueignen, um ihren Betrieb auszuweiten. Eine unsichere Haltung der Behörden bezüglich der künftigen bergrechtlichen Vorschriften kam ihnen hier entgegen.
Wie im einzelnen die Firma Paffrath ihre Ziele durchzusetzen versuchte, ist hier nicht weiter interessant. Es sei lediglich erwähnt, daß sie u.a. durch alle Instanzen um die Gewinnungsrechte unter Müllenbacher Gemeindeland prozessierte; 1827 (als die Dinge faktisch längst entschieden waren) erging ein höchstrichterliches Urteil des Rheinischen Revisions-und Kassationshofs in Berlin, das die Ansprüche der Paffraths als unbegründet zurückwies.[51]
Wichtig sind hingegen die Auseinandersetzungen vor Ort zwischen den Inhabern der Firma Paffrath und den Einwohnern der Schieferdörfer. Zahlreiche Kleingruben wurden in den Notjahren auch von Ortseinwohnern auf Gemeindeland neu angelegt; die Gemeindebehörden gestatteten dies, handelte es sich doch um Flächen, die seit undenklicher Zeit von der Dorfgemeinschaft genutzt wurden. Aus einer landwirtschaftlichen Bearbeitung im System der Schiffelwirtschaft war kein Ertrag mehr zu ziehen, jedoch durch Schiefergewinnung.
Die Firma Paffrath brach in benachbarte, an Ortsansässige vergebene Gewinnungsfelder ein (was sie mit kurfürstlichen Genehmigungen zu rechtfertigen suchte), die ortsansässigen Grubenbetreiber reagierten mit Störungen des Paffrathschen Betriebes. Die Firma klagte, die Nutzung der Grube sei ihr schließlich unmöglich gemacht worden.[52] Auch die Müllenbacher Gemeindeverwaltung machte gegen Paffrath Front: man ließ die jahrelang verweigerte Pacht unter Gendarmerieschutz in Naturalien aus der Grube PAFFRATHSSTOLLEN herausholen.[53] In Eingaben an die übergeordneten Behörden klagten die Paffraths über die *»große Undankbarkeit«* der Schieferbrecher, ihre *»Gewalttätigkeiten und fraglichen Maßregeln«*, den schlechten Charakter der Ortseinwohner von Müllenbach, besonders der Gemeindevertreter; zu einem höchst negativen Urteil werde jeder *»durch die nähere Bekanntschaft mit den Bewohnern gedachter Gemeinde berechtigt«*. Gleichzeitig suchten sie sich die Behörden durch liebedienerische Unterwürfigkeit günstig zu stimmen[54]. Die hatten aber zunächst ihr neues Herrschaftsgebiet zu übernehmen und kümmerten sich um Geschehnisse in unbedeutenden Dörfern wenig.
Während es über die Auseinandersetzung zwischen den Müllenbachern und der Firma Paffrath nur sehr summarische Unterlagen gibt, sind über ganz ähnliche Auseinandersetzungen im Schieferbrecherdorf Bundenbach im Hunsrück genaue Aufzeichnungen erhalten[55]. Gleichzeitig mit Paffrath sucht sich auch dort ein kleiner Unternehmer, Philipp Weidner, ohne Rücksicht auf die Einwohner in den Besitz von Schieferfeldern zu setzen, zahlte keine Pacht und reklamierte Gemeindeland als sein zu Zeiten des »Ancien Régime« rechtmäßig erworbenes Eigentum. Um sich gegen die Weidnerschen Enteigungsbemühungen zu wehren, hackten die Ortseinwohner seine Obstbäume ab, die er bei der Grube gepflanzt hatte. Sie verwüsteten nachts das Betriebsgelände, warfen an Weidners Haus die Scheiben ein (er wohnte im Gegensatz zu Paffrath am Ort) und zerschlugen den gewonnenen Schiefer. Als diese Maßnahmen nichts halfen, verschüttete man den Zugangsweg zu Weidners Grube mit Bergen von Steinblöcken und machte ihn unpassierbar; einen Umgehungsweg gab es am steilen Hang nicht. Die Gemeindevertreter erklärten den Weg zu einem bloß alle Jahrzehnte einmal zur Holzabfuhr genutzten, sonst eher die Bewirtschaftung störenden Pfad, der ja Gemeindeeigentum sei. Man werde ihn in zehn oder zwanzig Jahren schon aufräumen, bis dahin könne er so bleiben. Die Ortseinwohner handelten so-

lidarisch, organisiert und planvoll genug, um den Betrieb Weidners für mehr als ein Jahr zum Erliegen zu bringen. Dann ordnete die zuständige oldenburgische Regierung in Birkenfeld an, den Weg aufzuräumen. Gleichzeitig wurde verfügt, daß Weidner Pacht an die Gemeinde zahlen mußte.
Nicht nur Gemeindeland war vom Zugriff der Händler betroffen, sondern auch der Besitz einzelner Familien. So heftig die Gegenwehr gegen den Griff nach Gemeindeeigentum (und nicht nur in einem Einzelfall) gewesen ist: gegen die Enteigung von Privatland ist kein Widerstand festzustellen. Das wirft ein Licht darauf, wie stark man seinerzeit auf gemeinwirtschaftliches Wirtschaften und Leben eingestellt war.
Zurück zur Firma Paffrath. Sie beklagte in Eingaben ganz am Rande, unverständlicherweise zögen die Schieferbrecher von Laubach und Müllenbach eine Verbindung zu den (ja auch enteignenden und skrupellos ausbeutenden) Verlagshändlern von der Mosel der Arbeit in einer geplanten Paffrathschen Großgrube vor. Das war tatsächlich der Fall. Die Einwohner der Schieferdörfer wünschten offensichtlich, **beide** Grundlagen ihrer Subsistenzwirtschaft zu erhalten, Schieferbergbau und Landwirtschaft. Wenngleich die Abhängigkeit vom Verlagshandel drückend war (Lieferpflicht zu Niedrigpreisen, Kreditrückzahlungen, Verpfändung und schließlich zumeist Verlust von Grundeigentum), war sie doch einer Verbindung von Landwirtschaft und Schieferbergbau eher angemessen, als die Paffrathschen Pläne. Verlangte die Landwirtschaft Arbeitseinsatz, so konnte die Kleingrube eine Zeit liegenbleiben. Man organisierte im vom Verlagshändler abhängigen Familienbetrieb die Arbeit selbst. Lohnarbeit in einer größeren Schiefergrube, wie Paffrath sie plante, hätte das nicht gestattet. Da hätte man täglich in zwölfstündiger Schicht Schiefer brechen müssen. Die Schieferbrecher wehrten sich seinerzeit gegen eine reine Lohnarbeiterexistenz.
Allerdings stand eine anhaltend negative Entwicklung der Landwirtschaft dem Bestreben der Einwohner Laubachs und Müllenbachs entgegen, sich Bergbau und Landwirtschaft als Grundlagen der Subsistenz zu erhalten. Bis 1830 gingen die Einkommen aus der Landwirtschaft stark zurück, 1825 erreichten die Abnahmepreise für Landwirtschaftsprodukte einen Rekordtiefstand.[56] Auch die Abhängigkeit von den Händlern übte einen Zwang dahin aus, sich in immer stärkerem Umfang der Bergarbeit zuzuwenden.
Schon im Jahr 1817 hatten Schiefergruben auch während der Sommermonate produziert. Bis 1823 führte die Intensivierung des Bergbaus dazu, daß neun von inzwischen 25 bei Laubach und Müllenbach betriebenen Schiefergruben ganzjährig arbeiteten. Nach den bergamtlichen Berichten war die Belegung dieser Gruben über das ganze Jahr hinweg recht gleichbleibend. Mit 4350 Reis (rund 10100 Metern) Rohschiefer hatten die neun Gruben einen Anteil von gut $^2/_3$ an der Produktion aller Gruben bei den beiden Dörfern, die sich auf 6400 Reis (rund 14900 Meter) belief.[57] Die Quellen erlauben es, die Produktivität in den ganzjährig betriebenen Gruben pro Mann im Jahresdurchschnitt zu errechnen. Der Wert liegt bei 180 Metern Rohschiefer und entspricht damit etwa der Produktivitätsziffer für den Zeitraum um 1900. Damals wurde in zwölfstündigen Schichten und ohne Maschineneinsatz bei Laubach und Müllenbach Schiefer gebrochen, die Werte können daher verglichen werden. Auch die Löhne der Schieferbrecher sprechen für hauptberufliche Bergarbeit in den ganzjährig betriebenen Gruben. Förderleute erhielten einen durchschnittlichen Schichtlohn von 8 Silbergroschen, die Hauer verdienten zwischen 9 Silbergroschen (Lehrhauer) und 16 Silbergroschen (Vollhauer).[58] Die Löhne entsprechen in der Höhe etwa den Daten, die Kuczynski für 1818 im Regierungsbezirk Trier bei Bauarbeitern angibt. Der Hauerlohn entspricht etwa dem gelernter Maurer, der der Förderleute dem von

Handlangern.[59] Auch die Differenzierung zwischen Förderleuten (ungelernt) und Hauern (gelernt) und innerhalb der Gruppe der Hauer spricht für hauptberufliche Bergarbeit.
Der Rekordtiefstand der Landwirtschaftspreise im Jahr 1825 bewirkte, daß im folgenden Jahr bereits 99% der Schieferförderung aus Haupterwerbsgruben stammte (1823 waren es noch etwa 66% gewesen). 91% der Schieferbrecher gingen der Bergarbeit in einem Umfang nach, der die durchschnittliche Jahresproduktionsleistung erheblich über den langjährigen Durchschnittswert von 180-190 Metern Rohschiefer pro Mann und Jahr emporschnellen ließ; sie lag bei 240 Metern.[60]
Die Intensivierung der Schiefergewinnung führte das Betriebssystem des Spontanbergbaus in Kleingruben rasch an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Auch die Versuche der Bergbehörde, Tagebaugewinnung durchzusetzen, statt die Untertagearbeit systematisch zu verbessern, trugen dazu bei, daß sich ab 1825 eine Krise des Schieferbergbaus bei Laubach und Müllenbach abzeichnete. Die erschlossenen Schiefervorräte gingen zur Neige. Das Gelände mit dem Dachschieferzug war durch zahlreiche Kleingruben, auch 'Tagebaue', die zumeist kurzzeitig aus eingestürzten Untertagebauen entstanden, zerwühlt. Gerade in den unter dem Druck der Bergbehörde entstandenen offenen Gruben ging die Produktion zurück: der wenige von über Tage erreichbare Schiefer war abgebaut. Ungeregelt aufgehäufte Schuttberge versperrten den Zugang zu bauwürdigen Lagerpartien. In einer Situation, in der ein Teil der Ortseinwohner gerade von hauptberuflicher Bergarbeit abhängig geworden war, drohte der Schieferbergbau an den Folgen althergebrachter Gewinnungstechnik zu ersticken.
Die Ökonomie des Schieferbergbaus war bis dahin ganz von den Bedingungen familiärer Subsistenzwirtschaft geprägt. Die subsistenzwirtschaftlichen Produktionsanstrengungen sind auf die Sicherung eines gewissen Mindest-Gesamteinkommens der Familie gerichtet; nicht ein Kosten-Nutzen-Kalkül, eine Ratio der Verdienstmaximierung, setzt die Produktionsanstrengungen in Gang. Sie dienen der Erlangung der lebensnotwendigsten Güter für die Familie, das Interesse am Gebrauchswert ist bestimmend. Insbesondere in Krisenzeiten werden auch unter außerordentlich hohem Arbeitsaufwand marginale Verdienstmöglichkeiten genutzt.[61] Oben wurde J. N. v. Schwerz mit seiner Feststellung zitiert, die Bewohner der linksrheinischen Mittelgebirge hätten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in einer *»Arbeit ohne Ende«* eher *»von ihren Händen als vom Schoße der Erde«* gelebt. Schwerz fährt fort:
»Wollte man alles in Gelde anschlagen, so würde man freilich finden, daß der reine Ertrag unter Zero herabsinkt. Allein es wäre unbillig, die Arbeit hier voll in Anschlag zu bringen ..., indem sie ein Capital in Umlauf setzt, das sie nichts kostet ... Dieses Capital ist die Zeit«[62]
Solange sich das Familieneinkommen aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt, unter denen die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, kann es angehen, daß der Ertrag aus einer dieser Komponenten gemessen an gesellschaftlichen Durchschnittswerten unter Null fällt. Wo sich diese eine Komponente zum **Haupterwerbszweig** wandelt, kann ein solcher Zustand auf die Dauer nicht anhalten. Wo der Arbeitslohn, das verdiente **Geld**, Hauptgrundlage für die Beschaffung der lebensnotwendigen Güter wird, muß der Arbeitsertrag sich am Preis dieser Güter und damit auch am gesellschaftlichen Durchschnittswert der Ware Arbeitskraft orientieren. Nun war aber der Verlagshandel gerade auf dem Umstand aufgebaut, daß seitens der unmittelbaren Produzenten der Handelsware Schiefer Bergbau als ergänzende und untergeordnete Einkommensquelle neben der Landwirtschaft fungierte, daß hier bloß ein **Zusatz**einkommen erzielt wurde, ein geringer Geldbetrag, der bloß eine **Komponente** des Familieneinkommens darstellte.

Alle Aktivitäten der Händler gegenüber den Schieferbrechern zielten darauf ab, diese zur Abgabe des – in selbstorganisierter Arbeit produzierten – Schiefers zu Niedrigstpreisen zu zwingen. Die Abhängigkeiten der Schieferbrecher von den Verlagshändlern wurden zum Diktat von Abnahmepreisen unterhalb der durchschnittlichen Gestehungskosten der Ware genutzt, nicht etwa zum Diktat der Arbeitsbedingungen.[63]
Hier bauten die Händler auf den für die Dorfbewohner gegebenen Zwang zur Selbstausbeutung im Feld der gewerblichen Produktion. Dieser Zwang war solange vorhanden, als – was der Fall war – gewerbliche Alternativen zum Schieferbergbau in der engeren Region fehlten, sich ferner die Dorfbewohner an ihre Heimatdörfer, ihre kümmerlichen Häuschen und Äcker sowie an gewisse Besitzanteile an den Schiefergruben gebunden sahen und sich nicht entschlossen, das Leben im Dorf und allen dort etwa vorhandenen Kleinbesitz aufzugeben.
Der Übergang zu hauptberuflicher Bergarbeit setzte Schieferbrecher dem Zwang aus, den grundlegenden Funktionsmechanismus des Verlagshandels – Einkauf der Ware zu Preisen unterhalb der durchschnittlichen Produktionskosten durch die Händler – außer Kraft zu setzen oder den Bergbau zugunsten anderer Verdienstmöglichkeiten wieder aufzugeben (was eine Abwanderung aus dem Dorf, oftmals sogar eine Auswanderung nach Übersee voraussetzte).

VI. Arbeiterdörfer entstehen und geraten in eine Existenzkrise. Die Entwicklung 1826 bis 1853

Eine Großgrube entsteht

Der Versuch einiger Schieferbrecher, sich aus der Umklammerung der Verlagshändler zu befreien, sowie eine hieraus resultierende Wandlung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Schieferbrecher (wie auch der Schieferhändler) waren die wichtigen Folgen des Übergangs zu hauptberuflicher Schiefergewinnung. Die Firma Paffrath war mit ihrem Versuch, ein größeres Schieferbergwerk bei Müllenbach zu schaffen, am Widerstand der Ortsansässigen (und letztlich auch juristisch) gescheitert; sie hatte ab 1820 ihren Konkurrenten Rinck und Schunk bei Laubach und Müllenbach das Feld überlassen müssen.
Diese miteinander konkurrierenden Firmen hatten Zug um Zug die kleinen Gruben in ihre Abhängigkeit gebracht, besaßen Mehrheitsanteile an den Gewinnungsrechten, verpachteten diese Rechte gegen hohe Abgaben an ortsansässige Schieferbrecher zur Ausbeutung und zogen aus Grubenverpachtungen, Kreditvergaben und dem Handel mit Dachschiefer mehrfachen Profit, wobei auch die Gewinne aus Verpachtungen und Krediten über die Aneignung des Schiefers zu Niedrigpreisen realisiert wurden. Sie bedurften zu ihren Geschäften bloß minimaler Kapitalien. Ein Stapelplatz an den hauptsächlichen Umschlagplätzen des Schiefers war im Grunde alles, was diese Händler benötigten. Sie kümmerten sich nicht darum, wie die Schieferbrecher es fertigbrachten, ihr Produkt zu erzeugen und in welchem Zustand sich die Gruben befanden.
Für einige erfahrene Schieferbrecher scheint schon um 1820 deutlich geworden zu sein, daß sich das althergebrachte Betriebssystem der Kleingruben nicht mehr lange würde fortsetzen lassen. Eine Familie (Schneider), für die wohl der Schieferbergbau schon recht früh zur hauptsächlichen Existenzgrundlage wurde, sicherte sich bereits 1822 durch einen

Pachtvertrag einen Acker, unter dem bauwürdiger Schiefer zu vermuten war. Durch die herkömmliche Kleingrubentechnik war er allerdings nicht aufzuschließen. Die Schneiders bearbeiteten schon seit Jahren (wahrscheinlich Jahrzehnten) drei kleine Schiefergruben, die sich im Staatswald befanden. Die Inhaber der Schieferhandlung Schunk in Klotten / Mosel besaßen Konzessionen für diese Gruben, die sie vor 1790 vom trierischen Kurfürsten als dem **Besitzer** des Waldes erhalten hatten.[64] **Solche** Konzessionen wurden von den preußischen Behörden anerkannt, und zwar als Grubeneigentum der Belehnten; auf die komplizierten rechtlichen Hintergründe ist hier nicht einzugehen. Wichtig ist allein die Begrenzung der Berechtigung auf die vom Kurfürsten ehemals zugestandene räumliche Ausdehnung des alten Baufeldes. Das Grundeigentum der Händler war Grundlage des Vertrages mit einem Grubenpächter. Alle Bedingungen, die der Händler diktieren konnte, bezogen sich lediglich auf einen Grundbesitz bzw. den aus diesem geförderten Schiefer. Der erwähnte, 1822 durch die Familie Schneider gepachtete Acker grenzte an eine der von Schunk gepachteten Kleingruben der Schneiders. 1826 wurde der Vertrag mit den Besitzern des Ackerlandes, der ortsansässigen Schieferbrecher- und Kleinbauernfamilie Arentz, erneuert. Man vereinbarte eine sehr mäßige Pachtsumme sowie unbegrenzte Ausbeutungsrechte der Pächter für Schiefer, wobei die ackerbauliche Nutzung der Oberfläche dem Verpächter vorbehalten blieb.[65]

Die Schneiders begannen 1827, von einer der erwähnten Kleingruben ausgehend das Lager unter dem gepachteten Acker zu untersuchen. Man trieb einen Stollen tief in den Berg vor und schloß das Lager auf – vorläufig noch ohne dort auch in erheblichem Umfang Schiefer zu gewinnen. Die Produktion erfolgte noch vorrangig im alten Grubenfeld aus Schunkschem Besitz und unter Entrichtung der hohen Ablieferungen an den Verlagshändler.[66] Im Jahre 1829 erneuerte die Pächterfamilie ihre Verträge über die drei Konzessionsfelder der Firma Schunk als Erbpachtvertrag über 99 Jahre, sicherte sich damit also diese Gruben dauerhaft. Formaler Anlaß zu diesem Schritt war die Übernahme der Kleingruben durch Schneider junior zusammen mit zwei ortsansässigen Teilhabern.[67] Über diesen rechtlichen Schritt wurde der Zugang zum erwähnten Acker gesichert, der nur über eine der alten Kleingruben (KRAPP II) unterirdisch möglich war. Kurz nach der Erneuerung des Pachtvertrages mit der Firma Schunk wurden die beiden anderen Gruben durch die Erbpächter unterverpachtet; mit diesem Schritt gingen auch die Verpflichtungen gegenüber dem Händler an die neuen Betreiber der beiden Kleingruben über.[68] 1830 begann dann die Schiefergewinnung unter dem Acker, der im Zentrum all dieser Regelungen stand. Die Belegschaft der erweiterten Grube wurde auf 17 Mann erhöht, bis 1833 nahm man vier Abbauhohlräume neu in Betrieb und die Belegschaft stieg auf 35 Mann.[69] Innerhalb weniger Jahre war so das erste große Schieferbergwerk des Linksrheinraums entstanden.

Hier hatten ortsansässige Schieferbrecher die alten subsistenzwirtschaftlichen Bahnen verlassen, den Zwang zur hauptberuflichen Bergarbeit akzeptierend und zugleich in den Versuch ummünzend, sich aus den Zwängen des Verlagshandels zu befreien und selbst Unternehmer zu werden. Sie suchten den alten Plan der Firma Paffrath nun auf einem Terrain umzusetzen, das früher als für den Schieferbergbau wertlos gegolten hatte (und vielleicht deswegen sowie aus nachbarlicher Solidarität zu einem überaus niedrigen Pachtpreis überlassen worden war). Das ganze Vorgehen der Schneiders und ihrer Teilhaber von der Pachtung des Ackers über die unauffälligen Untersuchungsarbeiten, die Sicherung des alten Vertrages mit dem Verlagshändler, die Unterverpachtung der nun eher lästigen alten Kleingruben, bis hin zur konsequenten Ausweitung des Betriebs unter Ausnutzung der Krisenerscheinungen des kleinen Spontanbergbaus, entspringt einer wohlüberlegten Kal-

kulation, in der ein durchaus rabiates Gewinndenken leitend war.
Schon im Jahr 1827, als in den Schieferdörfern die Aktivitäten im Zusammenhang der Grube KRAPP II publik geworden sein dürften, erhielt dieser jahrzehntealte Betrieb einen neuen Namen: HÖLLENPFORTE; die neue Bezeichnung wird von da an in allen Unterlagen stets geführt, davor nicht genannt.[70] Unter vielen hundert ermittelbaren Grubennamen im Linksrheinraum (oft Flurnamen, Betreibernamen, Frauennamen, auch sehr optimistischen Bezeichnungen wie 'Glücksanfang' usw.) sticht diese Bezeichnung hervor, die den Inbegriff des Schreckens – die Hölle – auf das erste größere Schieferbergwerk der Region anwendet. Man muß sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, daß die Dorfbewohner seinerzeit strenggläubige katholische Christen waren,[71] in deren Gedankenwelt und Fühlen die Hölle ein ganz realer Ort in der Tiefe des Erdbodens war: der Ort ewiger Verdammnis, an dem man für unendliche Zeiten schrecklichste Leiden auszustehen hatte. Daneben war der Glaube an Zauberei, Hexerei und die verschiedensten magischen Praktiken seinerzeit in den Mittelgebirgsregionen weit verbreitet.[72] Die Tiefe des Berges, in die man hier – jahrhundertealte Traditionen der kleinbetrieblichen Schiefergewinnung verlassend – vorstieß, war eine tabuisierte Zone; noch um 1870 wehrten sich im Linksrheinraum Schieferbrecher gegen die Arbeit in tiefen Gruben mit dem Argument, der Schiefer werde je schlechter, je tiefer im Berg er sich befinde – aller praktischen Erfahrung zum Trotz, die erweist, daß die Verhältnisse gerade umgekehrt sind.[73]
Die neue Betriebstechnik setzte hauptberufliche Bergarbeit voraus. Lagererschließung in tieferen Bereichen des Berges forderte aufwendige Aufschlußarbeiten, ausgedehntere Strecken, bei größeren Grubendimensionen auch Wetterschächte; Einrichtungen also, die bloß bei intensiver Ausbeutung des Bergwerks in einem Verhältnis zum Ertrag stehen. Eine hauptberufliche und auch in der Arbeitsorganisation nicht mehr selbständige Bergarbeiterschaft mußte nun entstehen.
Die Kleingrube mit bloß einem Abbauhohlraum, in dem durch Störungszonen die Gewinnung immer wieder eingeschränkt oder gar unterbrochen werden mußte, waren einem größeren Bergwerk mit etlichen Betriebspunkten gegenüber nicht konkurrenzfähig. Zudem waren die Vorräte in den alten Kleingruben weitgehend erschöpft. Die kleinen Gruben mußten entweder auf die neue Betriebstechnik u[illegible]stellt werden oder recht bald eingehen.
Die hauptberufliche Lohnarbeit in einer größeren Grube wurde mit HÖLLENPFORTE zur unmittelbaren Zukunftsperpektive. Die Dorfbewohner werden zweifellos gesehen haben, daß dies das Leben grundlegend verändern würde, indem mehr und mehr die Bergwerke Lebensmittelpunkt der Männer wurden, das Haus und die bescheidene Kleinlandwirtschaft, die noch verblieb, Domäne der Frauen. Bei einer gewöhnlich mindestens zwölfstündigen Arbeitsschicht im Bergwerk würden die dort arbeitenden Männer auch kaum mehr in der Lage sein, in der Landwirtschaft mitzuarbeiten, was deren Verfall forcieren, den Zwang zur Lohnarbeit damit weiter verstärken würde.
Die Zukunftsängste, die mit den Entwicklungen um die Anlage einer ersten Großgrube unter den Einwohnern Laubachs und Müllenbachs wachgerufen wurden, sind im Namen HÖLLENPFORTE symbolhaft verdichtet. Durchaus berechtigte Ängste, wie sich bald zeigen sollte.

Reaktion der Händler

Natürlich sahen die Verlagshändler dem rasch aufstrebenden Betrieb der Grube HÖLLENPFORTE nicht tatenlos zu, allerdings sind sie wohl von der Entwicklung überrascht worden. Ihr Verhalten bis zum Jahr 1830, in dem der Erfolg der Grube unübersehbar wurde, läßt annehmen, daß sie die Pläne zum Ausbau entweder nicht gekannt haben oder nicht ernstnahmen; immerhin war ja ein etablierter Händler aus Köln mit ähnlichen Plänen kurz vorher gescheitert.

Die Reaktionsmöglichkeiten der Händler waren allerdings zunächst gering. Zwar hatten sie nahezu an allen Schiefergruben überwiegende Beteiligungen. Aber diese Gruben waren regellos im Gelände verstreut, sie waren von zwei konkurrierenden Händlern abhängig, weitgehend ausgebeutet und in technisch unzureichendem Zustand.

Ohne Anwendung der neuen Betriebstechnik von HÖLLENPFORTE bzw. der Anlage weiterer Bergwerke von dieser Größe, war dem Versuch einiger Schieferbrecher, sich aus der Umklammerung durch den Verlagshandel zu befreien, nicht zu begegnen. Bergwerke größerer Dimension setzten zwingend das Gewinnungsrecht für größere und zusammenhängende Abbaufelder voraus; dieses Gewinnungsrecht zu sichern war ja auch der erste Schritt der HÖLLENPFORTE-Betreiber gewesen. Die Verfügung über Grundbesitz (Grundeigentümerbergbau!) wurde damit zum Angelpunkt der Händleraktivitäten.

Der erste Schritt wurde von der Firma Rinck getan, mithin vom Konkurrenzunternehmen der Schieferhandlung Schunk, die vom Loslösungsversuch einiger Schieferbrecher in erster Linie betroffen war. 1831 gelang es den Inhabern der Firma Rinck, die Familie Arentz, unter deren Grundbesitz die neuen Gewinnungspunkte der HÖLLENPFORTE lagen, zur Abtretug von **50 %all ihrer Schiefergewinnnungsrechte** zu zwingen. Eine Verschuldung von Schiefergruben, die diese Familie schon lange betrieb, bildete den Hebel, den die Rincks ansetzten.[75] Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Händler stets nur **die verschuldete Grube** überschreiben lassen. Im Fall Arentz war das nicht möglich (und die Händler werden nun über diesen früher beklagten Umstand sehr froh gewesen sein), denn auch diese Gruben befanden sich auf Staatsland und gehörten nicht der Familie selbst. Das neue Vorgehen ist eine Konsequenz aus den Vorgängen um HÖLLENPFORTE. Die Firma Rinck legte damit die Hand nicht auf irgendein Baufeld, vielmehr auf das Terrain, das an HÖLLENPFORTE unmittelbar angrenzte und das in absehbarer Zeit zu einer weiteren Ausweitung dieser Grube benötigt werden würde. Die Geschäfte der Firma Rinck liefen seinerzeit nicht mehr so gut wie zuvor. Sie hatte sich (als nahezu einzige Besitzerin von Schiefergewinnungsrechten) auf die bergamtliche Tagebau-Forderung eingelassen und von ihr abhängige Grubenpächter zu Tagebau veranlaßt. Über einige wenige Jahre brachte das einen erheblichen Produktionsaufschwung, indem aus dem Schutt mehrerer zusammengestürzter Gruben das brauchbare Material heraussortiert und verarbeitet wurde. Neue Lagerbereiche wurden aber nicht erschlossen, die ehemaligen Untertagegruben verwandelten sich in schuttgefüllte Geländeeinschnitte, in denen der anstehende bauwürdige Fels tief vergraben lag.

Der vermutliche Gründer und langjährige Inhaber der Firma, Franz Rinck, starb um 1825; er hinterließ seinen Besitz seiner Witwe und drei (an entfernten Orten lebenden) Töchtern. Ein Familienmitglied, das den Schieferhandel auf längere Zeit forzuführen bereit und in der Lage war, gab es anscheinend nicht. Altersgründe und diese Umstände dürften die Familie Rinck zum Verkauf ihrer Schieferinteressen bewogen haben. Vielleicht erfolgte der Zugriff auf HÖLLENPFORTE schon mit Blick auf den Verkauf.

Ein Kaufinteresse mußten in erster Linie die konkurrierende Firma Schunk sowie die HÖLLENPFORTE-Betreiber haben; ob letztere dazu schon die Finanzkraft aufbrachten, erscheint sehr zweifelhaft. Die Firma Rinck wurde am 29.12.1833 mit allen bestehenden Besitzrechten, gültigen Verträgen usw. an die Inhaber der Schieferhandlung Schunk verkauft.[76] Für diese Firma bot der Kauf vier Vorteile:
1. hatte sie nun Zugriff auf nahezu alle betehenden Kleingruben. Die Zersplitterung der Grundstücke unter dem Zugriff zweier konkurrierender Handelsfirmen war damit aufgehoben. Es ist hier daran zu erinnern, daß die Händler im Zuge ihrer Geldverleihpraktiken Anteile von 50-75% am Grundbesitzrecht sowie das Verpachtungsrecht dort befindlicher Gruben an sich zu bringen pflegten, falls Kredite nicht rechtzeitig getilgt werden konnten.
2. war es nun möglich, mehrere Kleingruben zu größeren Bergwerken zu vereinigen, und man besaß nun das Verpachtungsrecht für nahezu alle Grundstücke mit Stollenmundlöchern, über die tiefere Lagerbereiche überhaupt erst technisch erschließbar waren.
3. hatte die Firma Schunk mit ihrem Kauf die 50%ige Beteiligung am Ackerland erworben, das für einen weiteren Ausbau von HÖLLENPFORTE bald benötigt werden würde.
4. wurde die Firma Schunk nunmehr zum Schieferhandels-Monopolisten für den Raum Laubach / Müllenbach; es ist daran zu erinnern, daß die Verlagshändler stets den Verkauf von Schiefer **nur an ihre Firma** zur Voraussetzung von – zunächst – Kreditvergabe, sowie – nach Inbesitznahme von Besitz- und Gewinnungsanteilen – Verpachtung ihrer Rechte an Grubenbetreiber machte.
Die Reaktion der Händler auf den Loslösungsversuch der HÖLLENPFORTE-Betreiber bewirkte zweierlei: Ohne weitestgehende Einfußmöglichkeiten der Firma Schunk konnten weitere Gruben bei Laubach und Müllenbach nicht entstehen. Die Betreiber von HÖLLENPFORTE mußten sich spätestens in dem Augenblick mit der Firma Schunk arrangieren, in dem sie zum weiteren Ausbau der Grube zusätzliches Gelände benötigten.
Mit ihrer Kaufaktion hatten die Inhaber der Firma Schunk die üblichen Praktiken des Verlagshandels verlassen. Sie **investierten** nun in den Erwerb von Gruben und Gewinnungsrechten, in den Bergbau also, den sie fortan auch nicht mehr der selbstorganisierten Arbeit ihrer Pächter überließen: Sie veranlaßten rasch den Ausbau weiterer Gruben, brachten Kleingruben gezielt zur Einstellung und bewirkten eine systematische und kontinuierliche Ausbeutung der Gruben. Aufgrund alter Verträge waren noch immer Pächter nominelle Grubenbetreiber. Sie leiteten den Betrieb, überwachten und organisierten die Arbeit und entlohnten die Arbeiter. Es handelte sich meist um Schieferbrecher, deren Familien minderheitlich noch am Grundbesitz sowie an Schiefergewinnungsrechten beteiligt waren. **Wer** in den Vorzug kam, nun Pächter einer größeren Grube zu werden, entschied sich einmal aufgrund alter Besitzanteile am Gelände mit Dachschiefer, zum zweiten aufgrund des Wohlwollens der Inhaber der Firma Schunk. Die Pächter kamen damit in die Stellung von abhängigen Kleinunternehmern in einer Art Vorarbeiterrolle und erhielten so eine herausgehobene soziale Funktion. Der Loslösungsversuch einiger Schieferbrecher, der Aufstieg zum Schieferunternehmer, war damit nicht geglückt, blieb aber bezüglich der sozialen Stellung nicht folgenlos.

Die Konsequenz: Boom des Schieferbergbaus

Die Ereignisse der Jahre 1826 bis 1834 wurden zur Grundlage eines steilen Aufschwungs der Schiefergewinnung bei Laubach und Müllenbach. 1833 lebten dort etwa 800 Men-

schen.[78] Zwanzig Schiefergruben beschäftigten insgesamt 110 Schieferbrecher, nun schon in der weit überwiegenden Zahl im Hauptberuf.[79] Fünf Jahre später waren bereits 170 Arbeiter in den Gruben beschäftigt, davon 40 in der Grube HÖLLENPFORTE, 29 in der (auf Schunkschem Gelände ausgebauten) Grube OLIGSKAUL I, vier weitere Gruben befanden sich im Ausbau (ebenfalls auf Terrain der Firma Schunk) und beschäftigten je 12 bis 15 Arbeiter. In fünfzehn noch weiterbestehenden Kleingruben arbeiteten noch knapp 50 Schieferbrecher, überwiegend die Pächter. Diese Gruben verfielen zunehmend, da sie immer sporadischer bearbeitet wurden; die Pächter gaben sie rasch nacheinander ganz auf, um sich im Tagelohn in den größeren Gruben zu verdingen. Sie verdienten dort mehr als durch ihren selbständigen Kleinbetrieb.[80] Bis zum Jahr 1845 stieg die Zahl der Schiefergrubenarbeiter bei Laubach und Müllenbach auf 250, nur mehr drei Kleingruben beschäftigten zusammen 12 Arbeiter, in den drei größten Gruben arbeiteten 28 bis 35 Mann, elf weitere Gruben hatten Belegschaften von 10 bis 20 Schieferbrechern. Von den drei Kleingruben abgesehen arbeiteten die Bergleute sämtlich in Zwölfstundenschicht an sechs Wochentagen.[81] Nahezu alle arbeitsfähigen Männer in den Schieferdörfern waren nun Bergarbeiter; der Schieferbergbau war die hauptsächliche Existenzgrundlage aller Dorfbewohner.

Maschineneinsatz hat für die Wandlungen der Ortschaften von Kleinbauern- zu Arbeiterdörfern in den Jahren zwischen 1825 und 1845 keine Rolle gespielt. Weder direkt (d. h. von der Verwertung des Produkts Dachschiefer her gesehen) ist das Arbeiterdasein der Schieferbergleute Folge einer Entfesselung der Technologie.

Die außerordentliche Ausweitung der Schiefergewinnung nach der Anlage des ersten größeren Bergwerks hat Schieferhändler als Bergwerksbesitzer und auch einige der mitbeteiligten Grubenbetreiber gut verdienen lassen. Daß sich dagegen die Lage der Arbeiter keineswegs verbesserte, wird nach einem kurzen Blick auf die Krise des Schieferbergbaus ab 1846 gezeigt werden.

Bis zur Jahresmitte 1846 dauerte der Boom für die Schiefergruben an, dann begann ein rapider Niedergang. Im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise sanken die Schieferpreise drastisch. Die Stapelplätze der Händler waren mit unverkaufter Ware belegt. Bis Ende 1847 ging die Belegschaftszahl der Gruben von Laubach und Müllenbach auf 147 Mann zurück (1845: 250 Arbeiter). Im Winter 1847/48 kam der Grubenbetrieb praktisch zum Erliegen. Noch 14 Mann – wohl die Pächter – fuhren auf vier Gruben ein, um Wartungsarbeiten durchzuführen.[82]

Die Krise traf den Schieferbergbau nachhaltig. Im Sommer 1848 kam zwar die Produktion zögernd wieder in Gang und bis Ende des Jahres erholte sich der Bergbau soweit, daß er wieder 150 Arbeiter beschäftigte – eine gegenüber 1845 jedoch um 40% verminderte Belegschaft. Gemessen an den vorherigen Entwicklungen dauerte die Krise bis 1852 an, erst im folgenden Jahr wurde der Zustand des Jahres 1846 wieder erreicht. Eine hohe Zahl von Schieferbrechern blieb über Jahre hinweg ohne Arbeit.[83]

Verelendung der Arbeiter

Während die Geschäfte mit Dachschiefer einen außerordentlichen Aufschwung nahmen, verschlechterte sich die Lage der Arbeiter vor allem nach 1840 zusehends. Die Ursachen liegen nicht in erster Linie im Schieferbergbau selbst. Wir besitzen keine Daten über die Lohnentwicklung der Boomjahre, die Quellen vermerken lediglich, daß die Löhne anstie-

gen. Die Lage der Arbeiter verschlechterte sich vor allem durch eine schwere Mißernte 1842 und eine dadurch verursachte Teuerung und Lebensmittelknappheit. Schon im Februar 1843 berichtete der Cochemer Landrat über einen *»fühlbaren Mangel an Brotfrüchten«*, Knappheit von Saatgut und Setzkartoffeln. Selbst die Kleinbauern mußten Lebensmittel zukaufen. Die Nahrungsmittel- und Saatgutpreise stiegen drastisch an.[84] In Müllenbach wurde die Lage durch eine Brandkatastrophe außerordentlich verschärft. In einem Landratsbericht vom März 1843 heißt es:

»Am Sonntag dem 19. d. M. nach dem Vormittagsgottesdienste brach zu Müllenbach ... unter einem Strohdache Feuer aus und verbreitete sich so schnell, daß die sämmtlichen [später] niedergebrannten Gebäude davon angegriffen waren. Es sind zum Glück dabei weder Menschenleben noch Viehverluste zu beklagen gewesen. 6 Gebäude sind nur theilweise, dagegen 32 Wohn- und 61 Oekonomie-Gebäude gänzlich niedergebrannt und wegen des schnellen Umsichgreifen des Feuers konnte von den Vorräthen, den Früchten, Futter und Hausgeräthschaften fast gar nichts gerettet werden.«[85]

Unterstellt, die Häuser waren wie 1816/17 von durchschnittlich sechs Personen bewohnt, verloren an die 200 Einwohner ihre ganze Habe.[86] Das wird die ohnehin starke Tendenz zur Lohnarbeit noch sehr verstärkt haben.

Bis zum Juli 1843 hatte sich die Notlage im ganzen Kreis Cochem so verschärft, daß der Landrat an die Regierung berichtete:

»Durch die vorjährige Mißernte ist die Noth im Allgemeinen so groß, daß selbst die bemitteltere Einwohnerklasse mit Mangel zu kämpfen hat. Fast alle Fruchtvorräte sind aufgezehrt und haben jetzt einen Preis erreicht, wie er seit dem denkwürdigen Jahr 1817 nicht wieder erreicht worden ist.«[87]

Mit Beginn der Ernte besserte sich die Lage etwas, aber noch immer herrschte große Not. Vor allem die Kleinbauern wurden oftmals gänzlich ruiniert.

Immer wieder finden sich Berichte über eine umsichgreifende *»Auswanderungssucht«*. Viele Familien verkauften ihren ganzen spärlichen Besitz für eine Passage nach Nordamerika, wo sie dann völlig mittellos eintrafen. Ganz eindeutig war die Auswanderung aus dem Eifel-Hunsrück-Raum in diesem Jahren ökonomisch motiviert, die den Auswanderungsgesuchen beigegebenen Begründungen belegen dies.[88]

Die Jahre 1844 und 1845 waren für die Dorfbewohner sehr schwer, da Lebensmittel knapp und teuer blieben. An der Jahreswende 1845/46 nahm die Versorgungslage erneut katastrophale Züge an. Schon im Januar verglich man die Zustände wieder mit denen der Jahre 1843 und 1817.[89] Im März mußte das Landratsamt Mehlvorräte der Regierung an die Hungernden verteilen lassen.[90] Im Mai waren Brot und Kartoffeln in Laubach und Müllenbach wieder knapp. Im Juli appellierte der Landrat dringend an die Bezirksregierung, sie möge Maßnahmen gegen die Hungersnot ergreifen. Die Krise traf nun auch Handel und Gewerbe.

»Handel und Schiffahrt zeigen sich ziemlich still, da durch den herrschenden Nothstand aller Verkehr gelähmt ist«,

berichtete der Landrat seinen Vorgesetzten. Die Lage verschärfte sich weiter, als auch noch die Kartoffelkrankheit ausbrach. Unter der hungernden und entkräfteten Bevölkerung grassierte das *gastrisch-nervöse Fieber*, gemeint ist wohl Ruhr.[91] Viele Bewohner begannen nun abzuwandern, um sich irgendwo eine Tagelöhnerstelle zu suchen. Es herrschte

»viel Noth unter allen Einwohnern, den Mittelstand nicht ausgenommen; daher die vielen Wanderungen nach Cöln und Elberfeld, zu den Arbeiten an Bauten und Eisenbahnen, wohin Männer und Taglöhner wegen Mangel an Arbeit schaarweise hinziehen. Wo übrigens der ärmere Taglöhner we-

gen der übermäßigen Theuerung kaum das Brod und die Kartoffeln sich zu verschaffen vermag, da darf es nicht beifällig werden, ein Capitel über den Wohlstand abzuhandeln.«[92]
Die allgemeine Teuerung hatte schon vor 1846 bewirkt, daß der Lohn der Schieferbrecher gerade noch für das Lebensnotwendigste ausreichte. Als die Krise den Bergbau ergriff, fiel auch diese Verdienstmöglichkeit weg. Die Bewohner der Schieferdörfer stellten aus getrocknetem Kohlrabi Mehl her und mischten es zu 50% unter das Roggenmehl.[93] Das Vieh verhungerte. Ab März 1847 breitete sich wieder eine Ruhrepidemie aus, die im Sommer zurückging, um sich ab September erneut auszubreiten.
Ein Müllenbacher Einwohner mißhandelte in diesen Monaten seine Frau so schwer, daß sie starb. Obgleich der Gemeindepfarrer, der Lehrer und der Ortsvorsteher davon wußten, erstatteten sie keine Anzeige. Man muß annehmen, daß die Tat so unmittelbar einsichtig Folge der furchtbaren Not gewesen ist, daß die Honoratioren des Ortes das Elend dieses Mannes nicht noch vergrößern wollten. Von zahlreichen Lebensmittel- und Holzdiebstählen wird berichtet. Im Kreis Cochem kursierte Falschgeld.[94]
Zahlreiche Details aus den Berichten der damaligen Zeit setzten sich zu einem Bild katastrophaler Verelendung der Schieferbrecherfamilien zusammen. Der Landrat klagte, daß *»die Noth und das Elend unter den Armen unbeschreiblich schwer eingerissen«* sei.[95]
In den Schiefergruben häuften sich die Unfälle. In der ersten Jahreshälfte 1846 verunglückten bei Laubach und Müllenbach vier Bergleute tödlich, ein fünfter starb nach schweren Kopfverletzungen an Lungenentzündung, zwei weitere waren nach Unfällen mehrere Wochen bettlägerig. Die entkräfteten Schieferbrecher wurden in Gefahrensituationen mit den Anforderungen ihrer Arbeit oft nicht mehr fertig.[96] Der Cochemer Landrat, dessen Berichte von einem klaren Blick für die sozialen Realitäten in seinem Verwaltungsbezirk zeugen, und der sich selbst sowie die Behörden insgesamt moralisch verpflichtet sah, den in Not geratenen Untertanen Hilfe zu leisten, kritisierte wegen der Unfälle die Bergbehörde. Diese habe *»ihre Schuldigkeit durchaus nicht gethan«*, es sei unerträglich und unverständllich, wie es binnen eines halben Jahres zu sieben schweren, überwiegend tödlichen Unfällen in den Schiefergruben von Laubach und Müllenbach kommen könne, ohne daß die Bergbehörde massiv tätig werde, schrieb er. Das Oberbergamt Bonn antwortete in einem Brief an die Bezirksregierung in Koblenz,
»daß das Verhalten der statt gehabten Beschädigungen zur Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht eben als unverhältnismäßig betrachtet werden kann. Unbemerkt kann hierbei übrigens nicht bleiben, daß von den nach dem vorgelegten Verzeichnisse beschädigten 7 Personen vier nach eigener Angabe an ihrer Beschädigung selbst schuldig sind, die ablehnende Erklärung der übrigen 3 wegen eigenen Verschuldens aber ebenfalls noch nicht unbedingt als sicher betrachtet werden kann«.[97]
Fünf der Verunglückten waren tot. Wie sie ihre Eigenschuld bekannt haben sollen, ist rätselhaft. Protestieren konnten sie jedenfalls nicht mehr.
Bezüglich des Landrates meinte das Oberbergamt:
»Wir dürfen voraussetzen, daß Eine Königliche Hochwohllöbliche Regierung den Berichts-Erstatter über die ihm fremden Verhältnisse belehren, demselben dabei auch bemerklich machen werde, daß es durchaus unpassend ist, ohne Kenntnis der bestehenden Grundsätze über die Handlungen einer anderen Königlichen Behörde zu urtheilen und abzusprechen, wie es in dem landräthlichen Berichte geschehen ist.«[98]
Gemeint war hier der Vorwurf der Untätigkeit, den der Landrat erhoben hatte. In der Tat bestand für die Bergbehörde keine Pflicht zu Hilfsmaßnahmen (aber durchaus die Möglichkeit[99]). Ob die Bezirksregierung dem Vorschlag des Oberbergamtes nachgekommen ist und dem Landrat von Cochem dahingehend Unterricht erteilt hat, daß seine Moralvor-

stellungen in den gesetzlichen Vorschriften jedenfalls keine Grundlage hatten, wissen wir nicht.
Der Landrat bemühte sich auch, Hilfsprogramme für die hungernden Schieferbrecher zu organisieren; so bewirkte er die Freigabe von Mitteln für Straßenbau in seinem Amtsbezirk, um den Arbeitslosen wenigstens vorübergehend eine Verdienstmöglichkeit zu geben. Aber der zuständige Gemeindebürgermeister klagte, all das bleibe *»ein Tropfen auf einen heißen Stein«*.[100]
Die zunehmende Verschlechterung der Lebenslage der Bergmannsfamilien hatte zunächst von der Landwirtschaft ihren Ausgang genommen. Die Tagelöhnerarbeit in der Schiefergrube bildete anfangs die Möglichkeit, den Schlimmsten Folgen der Krise zu entgehen; der hohe Arbeitskräftebedarf der Gruben bot vielen Bewohnern eine Verdienstmöglichkeit. Zugleich wurde man endgültig von diesem einen Erwerbszweig abhängig. Um so härter traf 1847/48 der Zusammenbruch der Schiefergewinnung die Arbeiterfamlien. Zur allgemeinen Nahrungsmittelknappheit trat nun auch noch der Verlust jeder Verdienstmöglichkeit.

Gewalttätigkeiten auf den Schiefergruben

Die allgemeine Wirtschaftskrise war ein wichtiger Auslösefaktor für die Revolution von 1848/49. Dieses Ereignis ging an den Schieferdörfern vorüber, ohne daß irgendeine Bevölkerungsgruppe hier aktiv wurde.
Ganz anders in der Kreisstadt Cochem, nur wenige Kilometer von Laubach und Müllenbach entfernt. Dort fanden im Verlauf des Jahres 1848 verschiedene Volksversammlungen statt, auf denen die Abschaffung der Monarchie gefordert wurde. Ende 1848 eskalierten die Ereignisse, wütende Bürger griffen die Gendarmerie und Wohnhäuser von Repräsentanten der Obrigkeit mit Steinwürfen an, der »Demokratische Club« gewann in der Einwohnerschaft Cochems (und wohl auch benachbarter Moselorte) beträchtlichen Einfluß. Dies veranlaßte Ende 1848 die Koblenzer Bezirksregierung zur Entsendung von Militär, das Razzien durchführte und ein halbes Dutzend Aktivisten des »Demokratishen Clubs« verhaftete; die übrigen Anführer, die geflohen waren, wurden zur Fahndung ausgeschrieben. Man verlegte dann Anfang Dezember die Soldaten nach Müllenbach in Quartier, um sie bei erneuten Unruhen wieder eingreifen zu lassen. Dazu kam es aber nicht mehr.[101]
Die Einquartierung belastete die Müllenbacher in ihrer ohnehin schlimmen Lage zusätzlich, es kam zu (verbalen) Protesten.[102] Wie schon oft erfuhren die Einwohner der Schieferdörfer die übergreifenden politischen Ereignisse nur als Leidende. Ihre Aktivitäten gingen in eine ganz andere Richtung.
Eigentumsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Schieferbergbau waren an der Tagesordnung. 1848 bis 1852 eskalierten sie zu einer Serie von gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die nahezu alle Einwohner der Dörfer verwickelt waren. Schon im Dezember 1847 kam es zwischen den Arbeitern zweier benachbarter Schiefergruben zu Auseinandersetzungen, bei denen die Schieferbrecher einander Schutt in die Gruben schafften und sich gegenseitig mit Steinen bewarfen.[103] Als gegen Ende 1848 der Bergbau wieder in einigem Umfang in Gang kam, häuften sich die Tätlichkeiten. Ein Bericht des zuständigen Gemeindebürgermeisters schildert einige Beispiele:
»So ist mir von Seite der in der Grube Morgenröthe beschäftigt gewesenen Arbeiter ... angezeigt worden, daß sie am 14ten d. Mts. abends sechs Uhr mit Gewalt aus ihren Arbeiten in der Grube vertrie-

ben worden seyen und zwar auf folgende Weise: Eine ganze Rotte hätte sich an diesem Abend zum Theil bewaffnet, in die gegnerische Grube ... begeben und drang nach den Arbeiten in der Grube Morgenröthe vor, welche durch eine starke Mauer von der anderen Grube getrennt war. Diese Mauer wurde gewaltsam zerstört und durch die davon erlangte Öffnung stürzten von der Seite [etliche Namen werden genannt, d. V.] ... vor und vertrieben mit Gewalt die oben genannten Arbeiter, nach denen auch geschlagen, gestoßen und geworfen wurde, ohne daß jemand verletzt worden ist. Von Seiten dieser Arbeiter wird nun aber auch ... geklagt, daß dieser [der Pächter der betroffenen Grube, d. V.] die Arbeiter ihrer Partei, welche einen verschütteten Grubeneingang aufräumten, mit der Schußwaffe verfolgt habe.«[104]

Solche Vorgänge ereigneten sich andauernd. Erst 1852 flauten die Auseinandersetzungen ab; in den vier Jahren davor zählten sie zu den Alltäglichkeiten in Laubach und Müllenbach. Neben direkten Angriffen auf Gruben bzw. deren Belegschaften bediente man sich sehr häufig einer weiteren, besonders gefährlichen Methode: Stark qualmende Feuer wurden vor Grubeneingängen entzündet, der Rauch drang durch den Wetterzug in die Grube ein und zwang die dort Arbeitenden zum fluchtartigen Verlassen des Bergwerks, wollten sie nicht ersticken. Im Anschluß an solche Ausräucheraktionen kam es zu schweren Schlägereien. Das Mitführen von Schußwaffen ist bei den Auseinandersetzungen mehrfach belegt.

Ende 1850 entschlossen sich die Behörden auf Drängen des zuständigen Bergpolizeibeamten, ein Exempel zu statuieren. Man verhaftete nach vier kurz hintereinander erfolgten Ausräucheraktionen einen Grubenbetreiber, Anton Walgenbach, brachte ihn ins Untersuchungsgefängnis und hielt ihn bis Mai 1851 in Haft. Dann wurde er mit den elf Arbeitern seiner Grube vor Gericht gestellt.[105] Es handelte sich hier um einen Schieferbrecher, der – wohl arbeitslos – 1848 auf einer Wiese im Kaulenbachtal eine Grube neu in Betrieb genommen hatte, um aufgrund der wieder einsetzenden, geringfügigen Schiefernachfrage eine Einkommensquelle zu erschließen. Die Firma Schunk scheint derweil ihre unverkauften Lagerbestände abgesetzt zu haben. Ob sie vielleicht dafür sorgte, daß die Inbetriebnahme neuer Gruben mit Gewalt verhindert wurde? Die Quellen belegen, daß sich die Gewaltaktionen zunächst besonders an solchen Gruben entzündeten, die in den Notjahren Ortsansässige unabhängig von der Firma Schunk neu in Gang zu setzen suchten; etwas später scheinen die Aktionen besonders gegen Schunksche Gruben gerichtet gewesen zu sein. Präzise aufhellen lassen sich die Vorgänge nicht mehr. Die Berichte sind ein unentwirrbares Dickicht von Aufzeichnungen über gegenseitige Beschuldigungen.[106]

Der Prozeß gegen Walgenbach und die mit ihm angeklagten Arbeiter geriet zu einem Debakel vor allem für den Bergbeamten, der den Zugriff der Justiz betrieben hatte. Er trat als Hauptbelastungszeuge der Anklage auf und legte eine Fülle detaillierter Schilderungen der Aktionen der Angeklagten vor, die er allerdings selbst nicht miterlebt hatte. Eine große Zahl betroffener Arbeiter benannte er als Zeugen. Aber weder Angeklagte noch Zeugen vermochten sich an irgendetwas zu erinnern. Zwar wurde die Tatsache des Ausräucherns gerichtlich festgestellt, aber weder Täter noch Opfer konnten identifiziert werden. Vor dem Koblenzer Landgericht wie auch vor der Revisionsinstanz, dem Kölner Appellationsgericht, endete das Verfahren mit Freispruch. Die Richter zeigten sich verärgert über den Bergbeamten, der da so weitschweifig einen Fall vortrug, der sich angesichts des Schweigens aller Akteure (immerhin an die 30 Personen) in Luft auflöste. Sie attestierten dem Bergbeamten Übereifer, stellten fest, er habe formale Rechte der Angeklagten verletzt und seine polizeilichen Befugnisse überschritten und sprachen Walgenbach wie seine Mitangeklagten frei.[107] In seitenlangen Briefen hat der so dem Spott der Leute preisgegebene

Bergbeamte seinem Ärger Luft gemacht. Angesichts der Urteile könne er *»nicht umhin, das Königliche Bergamt ergebenst zu bitten, geneigtest höheren Orts Maaßregeln zu beantragen, welche dem Revierbeamten in solchen Prozessen besser, wie bisher den Erfolg sichern und ihn gegen den Spott ... schützen«*.[108]

Er sei der Ansicht gewesen, sein Auftrag, für Grubensicherheit zu sorgen, müsse von der Justiz unterstützt werden; daß diese Sicherheit durch die Gewaltaktionen schwer gefährdet war, stand außer Frage. Aber die Justiz war daran uninteressiert. Sie prüfte, ob hier eine strafbare Auflehnung der Schieferbrecher gegen die Staatsgewalt – hier in Gestalt des Bergbeamten – stattgefunden hatte. Das war tatsächlich nicht der Fall gewesen. Nicht die Polizei oder andere Vertreter der Obrigkeit hatte man ausgeräuchert, verprügelt, mit der Schußwaffe verfolgt usw. Die Gewalttätigkeiten der Schieferbrechr – Arbeiter wie Grubenbetreiber – hatten sich gegeneinander gerichtet. Man darf sicher sein, daß ein einziger Versuch, den Bergbeamten selbst aus einer Grube herauszuräuchern beispielsweise, ein ganz anderes Urteil nach sich gezogen hätte als das, das *»Dämpfen«* (Ausräuchern) stelle an sich keinen Straftatbestand dar. Auch die Beweislage hätten die Richter sicher nicht ungenügend gefunden. Es sei hier an den berühmten *»Kölner Kommunistenprozeß«* von 1852 erinnert, der gleichzeitig mit dem Verfahren gegen Walgenbach vor derselben Instanz (Appellationsgericht Köln) stattfand. In diesem Prozeß war man um 'Beweise' auch für niemals stattgefundene Taten nicht verlegen, und auch nach der Entkräftung der 'Beweise' reichte das bloße Interesse der Staatsautorität an einer Verurteilung zur Verhängung drakonischer Strafen.[109]

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen sind ungewöhnliche Ereignisse. Mir ist aus der Geschichte der Industrialisierung bisher kein Fall bekanntgeworden, daß Lohnarbeiter einander an der Seite ihres jeweiligen Betriebsinhabers über Jahre hinweg unter dauernder Gewaltanwendung befehdet haben. Daß die Auseinandersetzungen sich rasch auf nahezu alle Gruben ausweiteten und zum Dauerzustand wurden, zeigt, daß nicht Einzelpersonen und ihr besonders rücksichtsloses Vorgehen Ursache der Ereignisse sind. Sie spielen höchstens die Rolle des Auslösers. Die Wandlungen Laubachs und Müllenbachs von ärmlichen Kleinbauerndörfern zu Arbeiterdörfern in den 50 Jahren von 1790 bis 1840 hatten tiefgreifende Auswirkungen. Zwar verlief das tägliche Leben noch in wenig veränderten Bahnen. Aber der einstige Zusammenhalt des Kleinbauerndorfs als Gemeinschaft des Lebens und Wirtschaftens, in der die Allmende noch eine wichtige Rolle gespielt hatte, war dauerhaft zerstört.

Im Widerstand gegen die Versuche Paffraths und Weidners, sich um 1820 die Gemeindeländereien anzueignen, hatte sich die dörfliche Gemeinschaft noch als intakt erwiesen. Der Preis war die Auflösung des Gemeinbesitzes in viele, verpachtete Kleingruben. Was um 1820 der materielle Hintergrund des solidarischen Auftretens gegen Paffrath oder Weidner gewesen war, existierte um 1850 nicht mehr. Das Aufeinandereinschlagen der Schieferbrecher, Arbeiter wie Kleinunternehmer, verdeutlich, wie tiefgehend die alten Strukturen zerbrochen waren. Die Notlage zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte die Dorfbewohner gezwungen, die alten subsistenzwirtschaftlichen Bahnen zu verlassen. Im Zerfall der Dörfer in einander mit allen Mitteln bekämpfende Parteien um 1850 manifestiert sich die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft in unverhüllter, aller »zivilisierten« Spielregeln beraubter Gestalt: in letzter Konsequenz als ein Kampf jeder gegen jeden.

Die Not war unerhört. Allgemeine Teuerung, Hunger, Seuchen, Mißernten, Feuer, schließlich der Verlust jeder Verdienstmöglichkeit hatte die Menschen in eine verzweifelte und ausweglose Lage gebracht. Als gegen Ende 1848 wieder eine geringfügige Schiefer-

nachfrage einsetzte, griffen alle nach diesem Strohhalm. In dieser Situation entluden sich bei den bis zur äußersten Grenze ihrer Leidensfähigkeit belasteten Menschen die aufgestauten Affekte in den Gewalttätigkeiten.
Aber ebensowenig wie die Schieferbrecher in den Notjahren um 1817 durch Weiterarbeit in den akut vom Einsturz bedrohten Kleingruben Zeugnis von ihrer *»Dummheit«* und ihrem abergläubischen Leichtsinn ablegen, beweist das Aufeinandereinschlagen um 1850 ihr Unverständnis für die Zusammenhänge, aus denen ihre Notlage entstand. Es belegt vielmehr die Verschärfung der Not, ihre Steigerung zur Unerträglichkeit. Das Verhalten der Schieferbrecher vor Gericht zeigt, daß sie keineswegs blind für ihr gemeinsames Interesse waren. Sich beispielsweise gegen Anton Walgenbach mithilfe der Justiz zur Wehr zu setzen, mußte bedeuten, die mit ihm angeklagten Arbeiter einer Verurteilung auszuliefern. Es hätte die Schließung der Walgenbachschen Grube zur Folge gehabt; die angeklagten Arbeiter wären wohl mit einer Geldstrafe davongekommen, hätten aber ihre Arbeitsplätze verloren. Ihre materielle Lage war so, daß eine Geldbuße von einiger Höhe existenzvernichtend sein mußte.
Von der preußischen Justiz erwarteten die Schieferbrecher nichts und sie verweigerten ihr jede Hilfe bei der Lösung der einzigen Frage, die die Justiz interessierte: ob hier eine strafbare Auflehnung gegen die Staatsgewalt stattgefunden hatte. Diese Haltung erwies sich vor Gericht als stärker als alle aus der Not geborenen Affekte, die zu den Gewalttätigkeiten geführt hatten. Man schützte durch beharrliches Schweigen auch in der einschüchternden und bedrohlichen Situation vor dem Richter den Nachbarn, so verfeindet man auch mit ihm sein mochte.
In Cochem revolutionäre Unruhe mit Volksversammlungen, Diskussionen, schließlich Militäreinsatz und Verhaftungen; in den Schieferdörfern furchtbare Notzustände, die einen Mann aus Verzweiflung seine Frau erschlagen ließen und zu ausufernden Gewaltanwendungen der Bewohner gegeneinander führten, zu Auseinandersetzungen, die letztlich nichts verändern konnten: Obgleich die Kreisstadt Cochem und die beiden Schieferdörfer nur wenige Kilometer voneinander entfernt sind und über den Schieferbergbau fest miteinander verbunden waren, sind das um 1848 zwei tief verschiedene Welten gewesen, durch die Klammer staatlicher Machtausübung oberflächlich zusammengebunden und durch die wirtschaftliche Nutzung des Schiefers voneinander abhängig.

VII. Stagnierender Schieferbergbau, ärmliche Lebensverhältnisse (1853-1880)

Während im allgemeinen ab 1852 ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, leitete die Krise vom Ende der vierziger Jahre für die Schiefergewinnung eine jahrzehntelange Stagnationsphase ein. Der Umfang und die Verhältnisse des linksrheinischen Schieferbergbaus veränderten sich bis 1880 nicht wesentlich.

Die Grube COLONIA

Allerdings gab es anfänglich Hoffnungen auf einen erneuten Aufschwung des Schieferbergbaus im Zuge des allgemeinen Booms. Eine Kölner Baustoff- und Steinbruchfirma

versuchte in diesem Zusammenhang, bei Müllenbach ein großes Schieferbergwerk nach modernen Grundsätzen der Bergbautechnik und Betriebsführung zu schaffen.
Schon in den 1830er Jahren waren die Gruben auf Müllenbacher Gemeindeland, die in den Auseinandersetzungen mit Paffrath eine wichtige Rolle gespielt hatten, ins Hintertreffen geraten, denn sie hatten die technischen Neuerungen beim Übergang zur Schiefergewinnung in größeren Stollenbergwerken größtenteils nicht mitvollziehen können. Durch den Konkurrenzdruck der größeren Gruben im Schunkschen Gelände am Osthang des Kaulenbachtals kamen die Müllenbacher Kleingruben zum Erliegen. Die Gemeinde- und Kreisbehörden entschlossen sich deshalb, einen kapitalkräftigen Pächter für das ganze Schiefergrubenterrain zu suchen. Man führte Verhandlungen mit mehreren Interessenten; schließlich pachtete am Jahresanfang 1853 die Kölner Firma Zervas zusammen mit dem Apotheker Mathias Joseph Helff, ebenfalls aus Köln, das Grubenterrain westlich vom Kaulenbachtal auf 30 Jahre.[110] Die Gemeindevertreter verfolgten nun selbst den alten Plan eines Paffrath, den sie 30 Jahre zuvor noch heftig bekämpft hatten. Auch daran zeigt sich die tiefe Veränderung in der Lage der Schieferdörfer und ihrer Bewohner.
Mit den Kölner Unternehmern kamen ein auswärtiger Betriebsleiter und ortsfremde Bergleute nach Laubach und Müllenbach. Das führte rasch zu Auseinandersetzungen mit den ortsansässigen Arbeitern. Sie verlangten insbesondere gleiche Entlohnung und auch sonst Gleichbehandlung mit den Auswärtigen.[111] Das ist angesichts der gerade beendeten Gewalttätigkeiten bemerkenswert. Es verdeutlicht erneut, daß die Arbeiter in den Dörfern ihre Interessen sehr wohl erkannten und vertraten. Leider gibt es über den Verlauf der Auseinandersetzungen keine genaueren Unterlagen. Daß die bergamtlichen Berichte sie wenigstens knapp **erwähnen** (im Gegensatz zu Hungersnöten, Brandkatastrophen, Epidemien, schwerer Arbeitslosigkeit usw.) macht deutlich, daß die Konflikte wichtig waren. Sie veranlaßten zusammen mit einer wirtschaftlich ungünstigen Entwicklung des Schieferbergbaus nach der Krise schon 1854 die Firma Zervas zum Rückzug aus dem Grubenprojekt; mit ihr gingen die auswärtigen Bergleute. Der Apotheker Helff wurde Alleininhaber der neuen Grube, die er COLONIA nannte.[112]
Helff war Inhaber der Apotheke »Zum Marienbilde« im Kölner Stadtzentrum (Hohestraße 138). Er ist ab 1844 in Kölner Adressbüchern zu ermitteln. Bis 1862 betrieb er die Grube COLONIA und einen Schieferhandel neben seiner Apotheke; ab 1863 findet er sich als Schieferhändler und Grubenbetreiber erwähnt, die Apotheke gab er dann vermutlich auf. Die Familie Helff betrieb einen ausgedehnten Schieferhandel (auch mit englischem und französischem Schiefer) und die Grube COLONIA bis 1937. Von 1896 bis 1937 gab es außerdem ein Baugeschäft Helff in Köln, sonst kommt der Name dort nicht vor. Nach 1941 verzeichnen ihn die Kölner Adreßbücher nicht mehr.[113]
Helff paßte sich in der Betriebsweise seiner Grube sehr rasch den ortsüblichen Gewohnheiten an. Die Grube COLONIA wurde zu einem größeren Stollenbergwerk mit etwa 30 Mann Belegung ausgebaut und entsprach damit in ihren Dimensionen älteren Gruben wie HÖLLENPFORTE. Einzige technische Neuerung war die Einführung von Förderwagen auf Stahlschienen, mit deren Hilfe man den Transport des gewonnenen Steins auf der Hauptstrecke bis zum Stollenmundloch und Verarbeitungsbetrieb (Spalthaus) besorgte. Die Förderung aus den Gewinnungshohlräumen zur Sohle des Förderstollens über Treppenschächte geschah dagegen weiterhin durch das berüchtigte »*Buckeln*«, das Tragen zentnerschwerer Lasten auf dem Rücken.[114] Die Förderwagen und Stahlschienen fanden zögernd Eingang auf den größeren Gruben im Linksrheingebiet; noch 1865 waren erst etwa 20 von rund 200 Gruben der Region mit solchen Einrichtungen ausgestattet.[115] Wenn sich auch

die Helffsche Grube in der Technik und Betriebsweise von anderen größeren Schieferbergwerken bei Laubach und Müllenbach nicht wesentlich unterschied, wurde sie doch wegweisend für den linksrheinischen Schieferbergbau: Sie entstand auf einer neuen Rechtsgrundlage. Das Grubengelände war auf 30 Jahre von der Gemeinde Müllenbach gepachtet; die Pacht wurde als festgesetzte, nicht mehr vom Produktionsumfang abhängige Summe jährlich entrichtet. Die Pachtung des Geländes ging nun als fester Kostenfaktor in die Betriebsrechnung ein, der Gewinn selbst war nicht mehr mit dem Grundbesitzer zu teilen. Minderheitlich mitbeteiligte Pächter, wie bei der Firma Schunk, gab es auch nicht. Helff war damit von den Bindungen befreit, die für die ältere Firma Schunk aus ihrer Entstehungsgeschichte – Verlagshandel – gegeben waren. Die Gewinnspanne lag mithin für den Unternehmer von COLONIA höher als etwa für die Inhaber der Firma Schunk. Die Rechtsgrundlage der Grube COLONIA wurde beispielgebend für die Schaffung neuer, größerer Gruben im Linksrheinraum. Allerdings zwang die an sich gewinnträchtigere Grundlage von COLONIA andere Firmen (etwa Schunk) solange nicht zu Änderungen, als Helff seine Möglichkeiten nicht durch große Investitionen und eine erhebliche Ausweitung des Betriebes zu nutzen suchte. Solange er seine Grube so führte, wie die anderen Stollenbergwerke auch arbeiteten, war das Verpachtungssystem an abhängige »Vorarbeiter« nicht in Frage gestellt. Angesichts einer über Jahrzehnte hinweg etwa gleichbleibenden Schiefernachfrage und der Möglichkeit, diese Nachfrage ohne größere Investitionen zu befriedigen, hatten weder Helff noch Schunk Anlaß, ihre Gewinne wiederum im Schieferbergbau anzulegen.

Stagnation

Die rege Bautätigkeit im Zug der ersten Industrialisierungswelle führte nicht zu einer wesentlich gesteigerten Nachfrage nach Dachschiefer. Man errichtete keine großen Repräsentationsbauten, sondern Zweckbauten, für die das kostbare Dachdeckungsmaterial Schiefer wenig geeignet war. Die Zeit der pompösen Verwaltungsbauten und Unternehmervillen hatte noch nicht begonnen.
Die anhaltende Stagnation der Schiefergewinnung führte bald dazu, daß die Pächter der größeren Stollenbergwerke ihre privilegierte Stellung weitgehend verloren. Sie hatte vor allem auf einer Mitbeteiligung am Grundbesitz und den Gewinnungsrechten beruht. Bis 1857 gingen beispielsweise die Minderheitsanteile der ursprünglichen Betreiber von HÖLLENPFORTE an insgesamt 49 Pesonen über. Verursacht wurde diese Entwicklung durch Vererbung auf dem Weg der Realteilung und durch Heirat. Um 1835 verteilte sich der Gewinn aus einer größeren Grube, nachdem der Schunksche Hauptanteil abgezogen war, auf zumeist drei bis vier Pächter. Zwanzig Jahre später hatte sich die Zahl der Anteilseigner verzehnfacht, während der Betriebsumfang noch immer derselbe war.[116]
Die Pächter und Miteigentümer waren nun durch ihre Verlagsrechte und durch den Anteil am Grundbesitz insofern gesichtert, als sie mit einem Arbeitsplatz und Arbeitseinkommen fest rechnen konnten, solange Schiefer in einigem Umfang nachgefragt wurde. Einkommen dagegen konnten sie aus ihren Besitzanteilen nur durch schwere körperliche Arbeit ziehen. Ihre Lebensverhältnisse waren genauso bescheiden, wie die eines Tagelöhners, von dem sie sich bald nurmehr durch eine Art »Arbeitsplatzgarantie« unterschieden.
Die vor 1848 begonnene Differenzierung der Einwohnerschaft von Laubach und Müllenbach in eine große Gruppe von Arbeiterfamilien und eine kleinere Gruppe abhängiger

Kleinunternehmer mündete so in die Herausbildung einer Anzahl Schieferbrecher, die über eine gewisse Garantie für die Aufrechterhaltung ihrer bescheidenen Lebensverhältnisse verfügte, und einer großen Gruppe von Tagelöhnern. Auch das war aber nur ein kurzlebiger Zustand. Die weitere Zersplitterung des Grundbesitzes durch Erbschaft und Heirat glich die Unterschiede rasch aus. So zementierten die Krise der Jahre 1847 bis 1852 und die nachfolgende Stagnationsphase den Charakter der Schieferdörfer als Arbeiterdörfer, der sich in den Jahren zuvor herausgebildet hatte; dabei blieb auch keine Minderheit Bessergestellter erhalten. Der Schieferunternehmer stand außerhalb des Dorfes. Im Betrieb gab es (wie üblich) Vorarbeiter mit herausgehobener Stellung; diese Rolle fiel nun denjenigen zu, die formale Inhaber der Pachtverträge waren.

Die Lage der Arbeiter

Die Lebensbedingungen der Schieferbrecher bleiben nach der Mitte des 19. Jahrhunderts ärmlich. Der Lohn wurde, vornehmlich weil Alternativen fehlten und dieser selbst stagnierte, sehr niedrig gehalten. Die Lohnauszahlung erfolgte höchst unregelmäßig.[117] Es herrschte drückendes Wohnungselend. Die Schieferbrecherfamilien besaßen zumeist kleine Häuser, die als feucht und dumpf beschrieben wurden. Oftmals stand für fünf- bis sechsköpfige Familien nur ein Raum zur Verfügung.[118] Abgesehen davon, daß die Bewohner auch Besitzer ihrer Häuser waren, unterschieden sich die Wohnverhältnisse kaum von denen der Arbeiter in den Industriestädten, sieht man von der Zusammenballung von nach Huderttausenden zählenden Menschenmassen einmal ab. Mitfreies Wohnen durch Hausbesitz lieferte eine Möglichkeit, den Lohn niedrig zu halten.
Die Schieferdörfer wurden periodisch von Epidemien heimgesucht. Insbesondere Typhus breitete sich wegen der schlechten Trinkwasserverhältnisse immer wieder aus.[119]
Während die Männer ihr Arbeits- und Lebenszentrum in der Schiefergrube hatten, bildeten Haus und kümmerliche Restlandwirtschaft das der Frauen. Der einstige Zusammenhalt des Lebens und Arbeitens der Generationen und Geschlechter in der Kleinbauernwirtschaft war durch die Bergarbeit zerschnitten. Sache der Frauen war es, den ganzen Lebensablauf der Familie zu organisieren. Unter Bedingungen eines großen Wohnungselends verrichteten sie die tägliche Hausarbeit als nicht endenden Kampf mit Mangel und Unzulänglichkeit. Mit aufgrund der Armut völlig unzureichendem Ackergerät hatten sie, zusammen mit den Kindern und den alten Leuten, auf dem wenigen noch genutzten und dazu sehr unfruchtbaren Boden Lebensmittel zu produzieren sowie Vorräte anzulegen und für halbwegs ausreichende Bekleidung zu sorgen. Sie zogen Kinder auf und pflegten Kranke und Alte. In den Ballungsräumen arbeiteten die Frauen und Kinder vielfach in den Fabriken. Im Grundsatz unterschied sich das Arbeiterleben in den Schieferdörfern nicht wesentlich von dem in den großen Städten. Allerdings waren – das ist einschränkend zu sagen – Wohnungs- und Arbeitsplatzwechsel in den Dörfern im Gegensatz zu den Ballungsräumen selten.[120]
Gemeinsame Mahlzeiten, wie sie im kleinbäuerlichen Leben üblich sind, konnte die Familie nicht einnehmen. Die Männer aßen gemeinsam in der zur Grube gehörigen Spalthütte. Ihre Frauen bereiteten das Essen daheim zu, die Kinder trugen es zur Grube. Dadurch wurden sie zu Mittlern zwischen den beiden Polen des Lebens der Erwachsenen; sie hatten so eine aufregend wichtige Funktion, ehe sie später in ihre Männer- oder Frauenrolle hineinwuchsen.

Wie für jeden Industriezweig finden sich in den Quellen Klagen von Unternehmern und Beamten über einen angeblich verbreiteten Alkoholismus unter den Arbeitern. Die seltenen Tage der Lohnauszahlung sollen vor allem vor 1880 den Anlaß zu *»ungeheuerlichen Schnapsgelagen«* geliefert haben, an denen auch die Frauen und Kinder beteiligt gewesen sein sollen. 30 Liter Schnaps sollen seinerzeit pro Einwohner jährlich in Müllenbach getrunken worden sein, 150 Liter pro Familie. Die Berichte legen nahe, daß man sich die Dorfbewohner als eine Horde von Trunkenbolden vorzustellen habe.[121] Nun haben aber Unfälle immer wieder Anlaß für genauere amtliche Untersuchungen in der Frage des Alkoholismus gegeben, denn Trunkenheit (und damit Selbstverschulden) wurde oftmals als Unfallursache betrachtet. Die Untersuchungen führten stets zum selben Ergebnis: *»Schon im Hinblick auf die mäßige Höhe der hier gezahlten Löhne hielt ich es für ausgeschlossen, daß von einem Mißbrauch alkoholischer Getränke bzw. dem Frönen der Trunksucht die Rede sein konnte«*, bemerkt ein Bergbeamter am Schluß eines Untersuchungsberichts, der – wieder einmal – erwiesen hatte, daß die Grubenarbeiter durchaus keine Trunkenbolde waren.[122]
Die *»ungeheuerlichen Schnapsgelage«* waren kleine Feiern, beispielsweise aus Anlaß von Geburts- oder Namenstagen, die zumeist im Spalthaus der Grube oder auf einer nahegelegenen Wiese stattfanden; dort war das im Gegensatz zu den Wohnungen von den räumlichen Verhältnissen her möglich. Manchmal kamen bei einer solchen Gelegenheit auch die Frauen und die Kinder zur Grube. Zehn, zwölf Bergleute tranken zusammen eine Flasche Schnaps und ein paar Kannen Bier. Wenn bei einem solchen Anlaß sogar einmal ein Ferkel über dem Feuer briet, war das ein so ungewöhnliches Ereignis, daß sich die Dorfbewohner noch nach Jahren unter blumigen Ausschmückungen davon erzählten. Man gab Geschichten zum besten, wenn man so zusammensaß. Sie handelten zumeist von allerlei haarsträubenden Begebenheiten bei der Grubenarbeit. Die Gabe, ausgefallene und drastische Schilderungen zu liefern, die Anwesenden mit allerlei Unsinn zu foppen und ihnen die unglaublichsten Dinge aufzubinden, war sehr beliebt. Die Kunst des Fabulierens wurde hoch geschätzt, weit höher als Nähe zur Realität; die erlebte man täglich hautnah.[123]
Natürlich kam es vor, daß sich ein Bergmann einen ordentlichen Rausch antrank. Dieses Ereignis war dann bemerkenswert genug, um noch Jahre später in den ausgefallensten Versionen den Söhnen und Enkeln bei ähnlich *»ungeheuerlichen Schnapsgelagen«* erzählt zu werden.
Das Bevölkerungswachstum kam durch die anhaltend sehr ungünstigen Lebensverhältnisse in den Dörfern ab etwa 1850 zum Stillstand. Bewirkt wurde das nicht durch ein Sinken der Geburtenrate, sondern durch eine anhaltende Tendenz zur Auswanderung, vornehmlich nach Nordamerika. Insbesondere negative Konjunkturphasen hatten gewöhnlich eine Auswanderungswelle im Gefolge.

Die Schieferbrecher und die Politik: Distanz und Widerstand

Schon in der Revolution von 1848/49 war eine Ferne der Schieferbrecher von diesem einschneidenden politischen Ereignis zu beobachten. Auch in den Jahrzehnten danach ist eine Distanz zu den Ereignissen der »großen Politik« zu spüren. Die Kriege Preußens gegen Dänemark und Österreich 1864/66, der deutsch-französische Krieg 1870/71 und die Reichsgründung berührten die Schieferdörfer nicht direkt, allerdings waren die Männer militärdienstpflichtig (darauf komme ich noch zurück). In den Dörfern ist keine Reaktion auf die Kriege und die Reichsgründung festzustellen.

Auch die großen Klassenauseinandersetzungen fanden dort keinen Widerhall. Wenn man den Blick auf die Schieferdörfer begrenzt, erscheinen Vorgänge wie die Konstituierung der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaftsbewegung, Sozialistengesetzgebung, Streiks und Demonstrationen von vielen zehntausend Arbeitern, Zusammenstöße mit der Polizei, Verhaftungen und politische Prozesse wie Ereignisse in einem fernen Land mit schwer verständlichen Lebensverhältnissen.

Die Reichstagswahlen nahm man augenscheinlich nicht sonderlich ernst, wie ein Bericht über das Hunsrücker Schieferdorf Bundenbach zeigt. Der katholische Pfarrer wachte dort darüber, daß die Stimmberechtigten die »richtige« Partei – das Zentrum – wählten. Der damalige Bürgermeister berichtet in seinen Lebenserinnerungen:

»*Wollte der 'Haarige'* (ein Schieferbrecher namens Hähn, d. V.) *einen nationalliberalen Stimmzettel abgeben, so sagte ihm der Pastor: 'Zeig mal, Hannes, deinen Zettel', öffnete ihn, zerriß ihn mit den Worten 'der ist nicht gut' und gab ihm einen Zettel für Windhorst, den Hannes auch abgab*« .[124]

Allerdings bedeutete die distanzierte Haltung zu Ereignissen der »großen Politik« keineswegs, daß die Schieferbrecher der Staatsgewalt und übergreifenden politischern Ereignissen wie der Revolution oder Kriegen gleichgültig gegenüberstanden. Überall da, wo direkte Berührungspunkte vorhanden waren, ist ein Widerstand gegen Einmischungen von Behörden – überhaupt von Außenstehenden – in die dörflichen Lebensverhältnisse zu spüren. Sehr deutlich kommt die Verweigerungshaltung in den Prozessen wegen Gewalttätigkeiten der Jahre 1848 bis 1852 zum Ausdruck: Ämtern und Gerichten wurde die Berechtigung zum Zugriff auf die Lebensprobleme der Schieferbrecher abgesprochen und die Mitarbeit verweigert.

Bezeichnend ist auch das Verhalten von Schieferarbeitern in Bundenbach (Hunsrück) zum Militärdienst. Es gab sehr viele Desertionen. Im zu Oldenburg gehörigen Fürstentum Birkenfeld, auf dessen Territorium Bundenbach lag, flohen bei einer Einwohnerzahl von etwa 20000 zwischen 1845 und 1890 allein 800 Wehrpflichtige – überwiegend in den Jahren 1863 bis 1871, in der Zeit also, in der Kriegsdienst anstand.[125]

Ein weiteres Mittel der Bundenbacher, um dem Militärdienst zu entgehen, war eine Scheinauswanderung nach England. Die jungen Männer besorgten sich die Auswanderungserlaubnis, reisten aber nur für kurze Zeit oder gar nicht nach England. Sie flohen erst, wenn sie den Behörden auffielen. Allein 87 Bundenbacher erhielten in den Jahren 1863 bis 1871 die Erlaubnis, nach England auszuwandern. Man hat sich nach der hier ausgewerteten Untersuchung in keinem anderen Ort des Fürstentums derart häufig dem Militärdienst entzogen wie gerade in diesem Schieferbrecherdorf.[126]

Zwar betonen zeitgenössische Berichte eine besonders ausgeprägte Zuneigung der Einwohner von Hunsrück und Eifel zu den regierenden Fürsten. Aber wo Kriegsdienst anstand, fand sie offenbar rasch ihre Grenze. Man hat sich darunter vielleicht eher eine Art Bewunderung vorzustellen, ähnlich der heutigen Verehrung gekrönter Häupter durch Bundesbürger.

Mit dem Widerstand gegen obrigkeitliche Eingriffe (der sich übrigens auch überaus deutlich im Verhältnis der Schieferbrecher zu den Bergbehörden kundtut, was hier nicht näher beleuchtet wurde) ging eine ausgeprägte Tendenz einher, Probleme im dörflichen Leben selbständig zu regeln. Das Gesamtverhalten im Zusammenhang mit den Gewalttätigkeiten läßt diese Grundhaltung gut erkennen, deren Bedeutung an folgendem Beispiel sehr deutlich wird:

Wiederum in Bundenbach unternahm um 1865 der Ortsbürgermeister einen Versuch, die

Pachtpreise für gemeindeeigene Schiefergruben (die meisten Gruben gehörten dort der Gemeinde) drastisch zu erhöhen, um die Gemeindekasse aufzufüllen. Als die Pächter geschlossen die Zahlung der erhöhten Pacht verweigerten, ließ er die Gruben zwangsweise schließen. Die Reaktion der Schieferbrecher schildert der seinerzeit zuständige (Verbands-)Gemeindebürgermeister:
»*Ich erfuhr die Sache erst durch den Regierungspräsidenten von Finckh, der mir mitteilte, daß an einem Morgen gegen 50 Schieferbrecher von Bundenbach auf der Regierung in Birkenfeld erschienen waren, Protest ... erhoben und die Aufhebung der Schließung der Brüche verlangten. Die Regierung hob natürlich die Schließung der Brüche auf, da sie ohne Befragung und Genehmigung des Gemeinderates erfolt war. Die weitere Folge war, daß bei der nächsten Gemeindewahl die Schieferbrecher, die sich mobil hielten, dafür sorgten, daß der meistbeteiligte Schieferbrecher Schöffe* (Ortsbürgermeister, d. V.) *wurde und daß die Schieferbrecher auch im Gemeinderat die Mehrheit bildeten, so daß eine nochmalige Überrumpelung ihrer Industrie ausgeschlossen blieb*«.[127]
Es muß großes Aufsehen in Birkenfeld erregt haben, als fünfzig Schieferbrecher aus dem hintersten Winkel des Fürstentums anrückten, um ihre Rechte durchzusetzen. Hier wird besonders deutlich, daß die Distanz zur »großen Politik« und die Zurückweisung obrigkeitlicher Eingriffe keineswegs einer unpolitischen oder gar lethargischen Grundhaltung entsprangen.

VIII. Neuer Aufschwung, wirtschaftliche Blütezeit und endgültiger Niedergang (1880 bis 1959)

Verspätete Gründerjahre

Um 1880 begann für den linksrheinischen Schieferbergbau insgesamt eine Phase neuer Ausweitung. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 'Gründerjahre' im neugeschaffenen Deutschen Reich ging ein Bedürfnis nach Repräsentation der neuen wirtschaftlichen und politischen Macht des Kaiserreichs sowie ein Bedürfnis nach baulicher Repräsentation einher. Sowohl der Staat als auch zahlreiche Institutionen, Firmen und Privatleute gaben große, oft prunkvolle Bauten in Auftrag. Man errichtete Kasernen, Gerichtsgebäude, Rathäuser, Museen, Kirchen, Fabrikantenvillen, Firmenverwaltungsgebäude und verwandte dabei gern in 'altdeutscher' Manier Schiefer. Damit endete für den Schieferbergbau die Periode relativ geringer Nachfrage. Um von der neuen Nachfrage profitieren zu können, war für die verschiedenen Gewinnungsgebiete allerdings eine Voraussetzung entscheidend: der Zugang zum inzwischen entstandenen neuen Transportsystem der Eisenbahn. Nicht der Raum Müllenbach erhielt im linksrheinischen Schieferproduktionsgebiet zuerst Bahnanschluß, sondern die weiter östlich gelegene Stadt Mayen. Auch andere wichtige Zweige der Baustoffherstellung neben dem Schieferbergbau sind im Raum Mayen seit alters her konzentriert (Gewinnung von Basalt, der im Zuge des Bahnbaus in erheblichem Umfang als Gleisbettungsmaterial genutzt wurde; Gewinnung hochwertiger Bausteine; Abbau von für Steinmetz- und Bildhauerarbeiten geeigneten Tuffen; Gewinnung von Traß für Spezialzemente).[128] Aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung wurde der Raum Mayen schon ab 1872 durch die Eisenbahn erschlossen, 1880 erreichte der zweite Abschnitt der Bahnlinie von Andernach nach Gerolstein die Stadt selbst und ein an ihrem Südrand gelegenes Schiefergrubenrevier. Erst 1895 wurde die Linie im Teilabschnitt

Mayen–Gerolstein eröffnet, der auch Müllenbach berührt. Während die Mayener Schiefergruben schon 1880 Zugang zur Bahn erhielten, also ihre Produkte günstig versenden konnten, profitierten die Gruben von Laubach und Müllenbach erst 15 Jahre später vom neuen Verkehrssystem. Folglich erhielten die Gruben um Mayen innerhalb weniger Jahre eine führende Stellung im linksrheinischen Schieferbergbau.
Mit der Bahnverbindung begann für den linksrheinischen Schieferbergbau die Umstellung auf das Tiefbauverfahren mit dem Einsatz von Dampfmaschinen zur Wasserhaltung und Förderung von Material und Menschen sowie zur Teilmechanisierung der Verarbeitung. Um die Produktion der neuen Nachfrage entsprechend auszuweiten, wurden die seit langem ausgebeuteten Schieferfelder nun vornehmlich in die Tiefe aufgeschlossen. Man teufte Schächte ab und erschloß so den bauwürdigen Stein im Niveau tieferer Sohlen. Diese Art der Betriebserweiterung bot den Vorteil, auch weiterhin Lagerabschnitte von erfahrungsgemäß guter Qualität zu verfolgen; gleichzeitig war es oft nicht erforderlich, zu diesem Zweck neuen Grundbesitz zu erwerben.
Allerdings wurden nun erhebliche Invesititionen notwendig. Sie überstiegen oft die Finanzkraft der alteingesessenen Schieferunternehmen. Dies führte bei vielen größeren Gruben rasch zum Übergang in die Hand von Banken bzw. von diesen dominierten Grubengesellschaften. Führend im Mayener Raum wurde hier rasch das Kölner »Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.«. Bis 1890 gingen die bedeutendsten Gruben der Region Mayen in den Besitz von Salomon Oppenheim über, gleichzeitig wurde der Umfang der Schieferförderung zwischen 1880 und 1890 etwa verdreifacht.[129] Die Firma Schunk verlagerte im Zuge des neuen Aufschwungs ihren Produktionsschwerpunkt auf Grubenfelder westlich von Mayen, die sie im Hinblick auf den Bahnbau ab 1875 von Gemeinden pachtete oder kaufte.[130]
Bei Laubach und Müllenbach veränderte der neue Aufschwung die Verhältnisse zunächst nicht. Erst als Müllenbach 1895 Bahnanschluß erhielt, setzte auch dort eine Wandlung ein. 1895 schlossen sich die Betreiber der größeren Stollenbergwerke HÖLLENPFORTE, GLÜCKSANFANG und TIEFERGLÜCKSANFANG zusammen und gründeten die *»Müllenbacher Dachschieferwerk GmbH«*. Das Baufeld wurde durch zwei Schächte in die Teufe erschlossen, die Grube mit einer Dampfmaschine ausgerüstet.[131] Die Grube DACHSCHIEFERWERK entstand am Osthang des Kaulenbachtals in einem Gelände, für das die Schiefergewinnungsrechte vornehmlich bei der Firma Schunk lagen. Vermutlich schon im Zusammenhang mit der Modernisierung ging die Hauptbeteiligung von Schunk an die Dachdeckungs- und Baustoffgroßhandlung Gebrüder Rother in Frankfurt/Main über. 1898 folgte nach Erneuerung des Pachtvertrags von 1853 und Anpachtung weiteren Grubengeländes durch Helff der Ausbau der Helffschen Grube COLONIA am Westhang des Kaulenbachtals auf Müllenbacher Gemeindeland.[132] Schließlich wurde 1899 als dritte moderne Grube am Kaulenbachtal-Osthang aus mehreren Stollenbergwerken die »Vereinigte Schiefergruben Mariaschacht GmbH« mit der Grube MARIASCHACHT gebildet. An dieser Grube war weiterhin die Firma Schunk führend beteiligt.[133]

Die Lage der Arbeiter: weitgehend unverändert

Der Arbeitsalltag der Schieferbrecher wurde durch die Modernisierung der Gruben nur wenig beeinflußt. Der Maschineneinsatz verkürzte vornehmlich den Zeitaufwand für unproduktive Nebenarbeiten wie z. B. die Förderung des Rohsteins oder die Wasserhaltung.

Der Untertagearbeiter brauchte nun bloß noch Minuten, um in die Grube einzufahren. Er betätigte nicht mehr als erstes – vielleicht eine halbe Stunde lang – die Handpumpe, ehe er mit der eigentlichen Gewinnungsarbeit begann. Er wurde auch nicht mehr an verschiedenen Arbeitsplätzen unter und über Tage eingesetzt, wie es gerade günstig schien: Er brach ausschließlich Schiefer, sechs Tage wöchentlich in zwölfstündiger Schicht. Der Spalter über Tage hielt sich nicht mehr damit auf, die Rohsteine kunstgerecht durch Köpfen für die Verarbeitung vorzubereiten, sie wurden nun gesägt. Die einzelnen Arbeitsverrichtungen änderten sich nicht wesentlich, die Arbeitsintensität nahm zu. Das Wesen der technischen Neuerungen sei, schrieb der nunmehrige Inhaber der Firma Schunk 1892 in einer Denkschrift der Schieferindustriellen an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, daß *»die Menschenkraft für erhöhte Schieferfabrikation besser und vorteilhafter ausgenutzt werden kann.«*[134]

Die Schieferarbeiter erlebten den Einzug der Großtechnik nicht als einen Vorgang, der ihre ganzen Lebensverhältnisse auf den Kopf stellte. Weder das Wohnungselend noch die täglichen Arbeitsverrichtungen, weder die Eß-, Trink- und Kleidungsgewohnheiten noch der kümmerliche Lohn und die mühselige Arbeit in der verbliebenen Landwirtschaft änderten sich durch die Schiefergewinnung nach modernen Methoden wesentlich. Zwar gab der Übergang zum Tiefbauverfahren den Gruben neue Dimensionen. Die Belegschaft einer Grube betrug nun 80 bis 120 Arbeiter. Der Übertagebetrieb umfaßte doppelt bis dreimal soviel Arbeiter wie früher und fand nun in Hallen statt, die man anstelle der kleinen Spalthütten errichtete; die Übertageanlagen erhielten nun das Aussehen einer kleinen Fabrik.

Aber die Änderungen waren nicht entfernt so einschneidend wie etwa die Entstehung einer modernen Steinkohlenzeche mit mehreren 1000 Arbeitern anstelle eines Stollenbergwerks mit vielleicht 50 bis 100 Bergleuten, wie die Gründung von Städten mit mehreren hunderttausend Einwohnern anstelle von Dörfern mit einigen hundert Bewohnern. Die Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung wurde ebensowenig verändert wie die Läden, die Gastwirtschaften oder die kleinen Handwerksbetriebe.

Das Fehlen all dieser spektakulären Erscheinungen macht den Blick auf die nüchterne Zweckbestimmung der Maschinen frei: bessere und vorteilhaftere Benutzung der Menschenkraft für die Fabrikationszwecke des Unternehmers. In den kleinen Verhältnissen verliert die Technologie viel von ihrem Glorienschein wie von ihrer angeblich selbstbestimmten Zwangsläufigkeit.

Die Maschinen machten manche mühsame Arbeit etwas leichter (es ist z. B. nicht besonders vergnüglich, einen bergbaulichen Gewinnungspunkt von Hand zu entwässern). Die größere Dimension des Betriebes ließ die Erwerbsgrundlage sicherer werden: der Großbetrieb arbeitete immer – gewiß, einmal mit mehr, einmal mit weniger Arbeitern –, aber seine Existenzgrundlage stand nicht immerfort in Frage.

Auch als – Jahrzehnte nach dem Übergang zur Lohnarbeiterexistenz in den tiefen Höhlen des Bergwerks – schließlich moderne Technologie im Schieferbergbau eingesetzt wurde, veränderte sie das Leben der Arbeiter und ihrer Familien weit weniger als der Übergang zu hauptberuflicher Bergarbeit es getan hatte. Folgenlos blieb der Maschineneinsatz für die Arbeiter allerdings nicht. Darauf gehe ich unten ein.

Wirtschaftliche Blütezeit

Die Jahrzehnte zwischen 1880 und 1914 waren **die** Zeit des linksrheinischen Schieferbergbaus. Mit etwa 2100 Arbeitern erreichte er 1899 die größte Ausdehnung seiner Entwicklung bis heute.[135]
Bei Laubach und Müllenbach stieg die Anzahl der beschäftigten Arbeiter von 220 (1853 bis 1895 nahezu unverändert) auf den Höchststand von 360 Schieferbrechern im Jahr 1900; bis 1914 waren die Gruben dann mit zusammen 320 bis 350 Arbeitern belegt. Etwa 200 von ihnen arbeiteten unter Tage, davon $^2/_3$ als Hauer, $^1/_3$ als Förderleute und Hilfsarbeiter in verschiedenen Funktionen. Um 100 Schieferarbeiter waren über Tage als Spalter und Zurichter beschäftigt (Anteile je etwa 50%); dies waren oftmals ältere Arbeiter, die die (noch schwerere) Untertagearbeit nicht mehr verrichten konnten. Zwei bis drei Maschinisten und einige Betriebshandwerker kamen hinzu.
Alle Arbeiter hatten nun feste Arbeitsplätze. Die Arbeitsschicht betrug zwölf Stunden und wurde in aller Regel als Tagesschicht verfahren, Nachtschichten bildeten die Ausnahme und wurden nach Bedarf nur für wenige Arbeiter angeordnet.[136]
Die Löhne der Arbeiter lagen erheblich unter den durchschnittlichen Industriearbeiterlöhnen im Deutschen Reich, die für 1913 mit 1163 Mark angegeben werden. Der Jahresverdienst der Schieferbrecher lag bei 800 bis 950 Mark.[137] Das Fehlen von gewerblichen Arbeitsplätzen außerhalb des Schieferbergbaus macht sich in der Region Laubach/Müllenbach im niedrigen Lohn bemerkbar. Während 1907 dort gelernte Schieferhauer und -spalter rund 3,30 Mark pro Schicht verdienten, lag im Schieferbergbau von Mayen der Lohn für dieselben Arbeiten bei 4,10 Mark.[138]
Nachdem 1899 die linksrheinische Schieferindustrie von den Arbeiterzahlen wie vom Produktionsumfang her ihren Höchststand erreicht hatte, begann sich danach die Lage dieses Industriezweigs – wenn auch zunächst nur graduell – zu verschlechtern.
Die Einführung der Maschinen hat die Produktionsleistung pro Arbeiter im Schieferbergbau nicht erkennbar verändert, die Unternehmerhoffnung auf verstärkte Ausnutzung der Menschenkraft erfüllte sich vorläufig nicht. Die durchschnittliche Jahresproduktionsleistung eines Arbeiters errechnet sich für den Zeitraum 1895 bis 1904 zu 180 bis 190 Metern Rohschiefer, ein Wert, der auch ohne Maschinen schon Jahrzehnte zuvor erreicht worden ist.[139]

Mittlere Lebenserwartung: 44,4 Jahre

Die Einführung moderner Technologie in der Schiefergewinnung wälzte, wie oben gezeigt, die Lebenssituation in den Schieferdörfern nicht grundlegend um. Allerdings hatte der Einsatz von Maschinen eine unscheinbare Nebenwirkung, insbesondere in den Verarbeitungsbetrieben: es entstand Staub. Dies wurde verstärkt, indem nun die Arbeiten in Hallen verrichtet wurden. Die störenden Einflüsse von Wind und Wetter waren so ausgeschlossen, dafür wurde der Staub festgehalten. Jeder Schritt, jede Bewegung der Arbeiter wirbelte ihn auf. Schiefer besteht zu einem Hauptbestandteil aus Quarz (SiO^2). Quarzstaub setzt sich in den Bronchien und in der Lunge fest und führt zu der berüchtigten Bergmannskrankheit, der Silikose (Steinstaublunge). Aufgrund schlechter Wohnverhältnisse, ungenügender Kleidung und Ernährung war gegen Ende des 19. Jahrhunderts die weitverbreitete Armeleutekrankheit – die Lungentuberkulose – auch in den Eifeldörfern häufig.

Im Zusammenhang mit Steinstaublunge wird eine Tuberkuloseinfektion nahezu sicher zum Todesurteil.
Durch das Krankenversicherungsgesetz von 1883 waren die Schieferarbeiter zu Mitgliedern der Ortskrankenkassen geworden. Diese wurden bald in steigendem Maß von den Bergleuten in Anspruch genommen. Bei einer Kasse wurden die Zahlungsverpflichtungen bald so hoch, daß sie aufgelöst werden mußte und ein neuer Versicherungsträger ihre Aufgaben übernahm.[144] Klagen über starke Belastung der Kassen veranlaßten Untersuchungen über den Gesundheitszustand und die Arbeitsverhältnisse im Schieferbergbau, die 1910 in einer Studie veröffentlicht wurden.[145] Sie kam zu folgendem Ergebnis: Der Einsatz von Maschinen zog einen rapiden gesundheitlichen Verfall der Arbeiter nach sich. Die mittlere Lebenserwartung eines Schieferbrechers betrug bei Laubach und Müllenbach im Zeitraum 1887 bis 1907 49,3 Jahre, errechnet nach den Sterbedaten der über sechzehnjährigen Arbeiter und ohne Berücksichtigung von Unfällen mit Todesfolge. Bei den nicht im Schieferbergbau beschäftigten Männern betrug sie auf gleicher Basis errechnet 54,2 Jahre. Im Umkreis von Mayen lag das mittlere Sterbealter der Schieferbergleute bei 44,4 Jahren, das anderer Arbeiter bei 57 Jahren. In der Bürgermeisterei Polch bei Mayen, wo sich die am stärksten mechanisierten Betriebe befanden, starben die Schieferarbeiter schon im durchschnittlichen Alter von 43 Jahren.[146] Die Lebenserwartung der Schieferbrecher war dort am niedrigsten, wo zuerst mechanisiert worden war, gleichzeitig lag hier die Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung am höchsten, eine Folge der günstigeren Lebensverhältnisse im Umfeld von Mayen. Bei Laubach und Müllenbach, wo die Maschinen zuletzt Einzug gehalten hatten, lag die Lebenserwartung der Schieferbergleute noch vergleichsweise hoch. Die Todesursache verdeutlicht dort den Zusammenhang von Bergarbeit und geringerer Lebenserwartung gegenüber Beschäftigten anderer Berufe. Für 57% der Schieferarbeiter wird Lungentuberkulose als Todesursache angegeben. Männer anderer Berufe starben zu 36% an dieser Krankheit.[147]
Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es dem preußischen Landrat des Kreises Cochem als ein Übelstand erschienen, daß die Schieferbrecher schon zwischen dem 50. und dem 60. Lebensjahr starben. Er hatte in der besonders schweren Arbeit und in einer schlechten Ernährung die Ursachen gesucht.[148] Drei Generationen später konnte ein Schieferarbeiter damit rechnen, seinen 45. Geburtstag nicht zu erleben.
Maßnahmen gegen die Staubentwicklung und zur Verhütung von Infektionen der Atmungswege und Vorbeugemaßnahmen gegen die Ausbreitung der Lungentuberkulose (insbesondere Maßnahmen gegen das Wohnungselend) sind die hauptsächlichen Konsequenzen, die die hier ausgewertete Studie empfahl.[149] Daneben wird in dieser Untersuchung der schlechte Gesundheitszustand der Arbeiter auf Nachwirkungen eines angeblich extremen Alkoholismus zurückgeführt, der allerdings bereits vor 1887 verschwunden gewesen sein soll; dieser Punkt wurde schon erörtert.[150]
In allen bisher vorliegenden Arbeiten über den linksrheinischen Schieferbergbau ist die Studie über den Gesundheitszustand der Schieferbrecher um 1900 nur einmal erwähnt worden, und zwar in einer 1912 erschienenen Dissertation. Dort wird zunächst mitgeteilt, daß die Arbeit in den Schiefergruben unter etwa ähnlichen Bedingungen erfolge wie in den Erzgruben des Rheinlandes und deswegen sonderlich ungesund nicht sein könne. Dann erklärt der Verfasser, in der Schieferverarbeitung entstehe Staub, der eine Gefahr für die Arbeiter bilde. Nach der weiteren knappen Bemerkung, die Arbeiter erhielten ihr Essen oft kalt, es sei auch eine kärgliche Kost, kommt er auf den Alkoholismus zu sprechen:
»Natürlich macht sich der Einfluß dieses Übels auf die Bevölkerung bemerkbar, zumal auch Frauen

und Kinder an den Gelagen teilnahmen ... Schließlich mag noch die von vielen Ärzten mitgeteilte Tatsache erwähnt werden, daß Heiraten unter nahen Verwandten bei den Schieferbergleuten in erschreckend hoher Zahl vorkommen. Nach alledem kann man sich nicht wundern, daß man beim Befahren der Schieferbrüche oft eine Belegschaft erblickt, die den Stempel der Degeneration an der Stirne trägt.«[151]

Nachdem die Stirnen der Schieferarbeiter so mit einem wissenschaftlichen Stempel versehen sind, folgt die Feststellung, mangels amtlicher Statistiken lasse sich nicht ausmachen, inwieweit die Arbeitsverhältnisse die Gesundheit beeinträchtigten. Der Autor zitiert noch einige wenige Daten aus der oben ausgewerteten Studie, ohne freilich zu erwähnen, daß sie auf den amtlichen Totenlisten der Jahre 1887 bis 1907 für die Orte mit Schieferbergbau fußte und meint dann, diese Zahlen ließen *»eine amtliche Untersuchung im Gesamtbezirk«* notwendig erscheinen. Sollte diese Erhebung dann vielleicht Hinweise für eine Berufskrankheit bringen, sei schließlich auch an Maßnahmen zu denken:

»Den schädlichen Einfluß des Staubes zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, müßte eine erste Pflicht der maßgeblichen Kreise dann sein.«[152]

Eine allererste Pflicht allerdings hatte der Autor sich nicht nehmen lassen: Die Schieferarbeiter zu Degenerierten zu stempeln. Dazu bedurfte es keiner amtlichen Erhebungen im Gesamtbezirk.

Die Daten über die Sterblichkeit der Schieferbrecher gleichen etwa denen, die im Steinkohlenbergbau ermittelt wurden.[153] Die Industrialisierung hat bezüglich der gesundheitlichen Lage für Schieferbrecher in abgelegenen Dörfern dieselben Auswirkungen gehabt, wie für andere Industriearbeiter auch.

Die Untersuchung der Gesundheitslage der Schieferbergleute aufgrund der amtlichen Totenlisten von 1887 bis 1907 hat praktisch nichts bewirkt. Von Maßnahmen zur Staubbekämpfung und zur Beseitigung des Wohnungselends, die als Hauptursachen der schlechten Gesundheitslage der Arbeiter herausgestellt wurden, war keine Rede. Auch mit Untersuchungen, ob die Arbeiter einer Berufskrankheit zum Opfer fielen, wurde erst ab 1929 begonnen – mit erschütternden Ergebnissen: Nur etwa ein Drittel der Arbeiter war damals nicht von Silikose befallen. Mehrjährige Kontrolluntersuchungen wiesen nach, daß Arbeiter mit Silikosebefund bei gleichzeitiger Tuberkulose unheilbar krank waren; zehn Jahre nach der Erstuntersuchung waren sie nahezu alle an ihrer Krankheit gestorben. Zugleich stiegen die schweren und mittelschweren Fälle von Silikose mit teils gleichzeitigem TB-Befall von 2% (1929) auf 12,5% (1934) an. Bei 30% aller Belegschaftsmitglieder war die Staublungenerkrankung 1934 gegenüber der Erstuntersuchung fortgeschritten.[154]

Eine weitere, einschneidende Verelendung der Schieferarbeiter war die Folge der Modernisierung der Schieferindustrie.

Verändertes Verhalten der Arbeiter nach dem Ersten Weltkrieg

Wie schon vor 1900, so ist auch in den Jahren bis zum ersten Weltkrieg keinerlei Einfluß von Arbeiterorganisationen – gleich welcher politischen Richtung – bei den Schieferbergleuten vorhanden gewesen. Darin drückt sich allerdings keine irgendwie geartete 'Rückständigkeit' der Schieferbrecher aus.

Nach dem Generalstreik der Bergarbeiter in den Industriezentren im Jahr 1905, der zur Zusammenarbeit aller wichtigen Bergarbeitergewerkschaften führte, fand vom 28. bis zum 30. März 1905 ein Preußischer Bergarbeiterdelegiertentag in Berlin statt, an dem Vertreter aller bedeutenden Organisationen und Bergbaureviere teilnahmen. Dort wurde *»für alle*

Kohlen-, Erz- und Kaligruben spätestens ab 1. Oktober 1905 eine Höchstdauer der Schicht von 8½, ab Januar 1907 von 8 Stunden« gefordert.[155] Der Schieferbergbau ist gar nicht erwähnt! So wenig waren sich die Delegierten bzw. Organisationen der Tatsache bewußt, daß in abgelegeneren Gegenden von Eifel und Hunsrück, aber auch im Taunus und im Sauerland, im Harz, Frankenwald, im Raum Sachsen-Thüringen unter harten Arbeits- und Lebensbedingungen einige tausend Bergleute Schiefer brachen.

Der Erste Weltkrieg brachte den Schieferbergbau zum Zusammenbruch. Eifel und Hunsrück wurden Aufmarschgebiete der Armeen, Hinterland der großen Schlachten im Westen, dann für zehn Jahre Besatzungsgebiet. Nach dem Krieg kam die Schiefergewinnung nur zögernd wieder in Gang. 1923 gab es eine kurze Nachkriegskonjunktur der Schiefergruben; mit 314 Arbeitern wurde die Belegschaftszahl der Vorkriegszeit in den Gruben bei Laubach und Müllenbach fast wieder erreicht. Aber schon Ende 1923 wurden wieder 70 Arbeiter entlassen. 1925 gab es nochmals eine kurze Phase günstiger Konjunktur; schon 1926 erfaßte aber die allgemeine wirtschaftliche Krise den Schieferbergbau und führte bis zum 31.12.1928 zum erneuten Zusammenbruch der Schiefergewinnung.[156] Unterbrochen von wenigen Monaten der Vollbeschäftigung bestimmte anhaltende Arbeitslosigkeit die Lebenslage vieler Schieferbrecherfamilien. Vor allem die jüngeren Leute begannen nun in größerer Zahl abzuwandern, um sich in den Industriezentren eine Verdienstmöglichkeit zu suchen.

Das Verhalten der in den Dörfern verbleibenden Arbeiterschaft änderte sich nun gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg merklich. Wiederum hatten Arbeiterorganisationen daran keinen erkennbaren Anteil. Die Arbeiter waren nun nicht mehr dazu bereit, ihre Lage in der dörflichen Abgeschiedenheit entweder in einiger Ruhe zu erdulden oder auszuwandern, wie das jahrzehntelang geschehen war. Der Widerstand der Arbeiter entzündete sich jetzt nicht mehr vorrangig an Problemen, die das Weiterbestehen der gewohnten Lebensverhältnisse bedrohten. Insbesondere in den kurzen Konjunkturphasen kam es zu *»unruhigen Arbeiterverhältnissen«*; die Unternehmer beklagten sich häufig in ihren Berichten darüber. Auf die bergamtliche Frage nach den Arbeiterverhältnissen berichtete beispielsweise die Betriebsleitung der Grube DACHSCHIEFERWERK bei Laubach:

»Hierzu haben wir zu sagen, daß wir sehr unruhige Verhältnisse bezüglich der Arbeiter hatten und daß es fortgesetzt sehr schwieriger Verhandlungen bedurfte, um mit den Leuten einig zu werden und einigermaßen den Frieden aufrecht zu erhalten und längere Ausstände zu vermeiden.«

Die Belegschaften weigerten sich, Überstunden zu fahren, wenn Produktionsausfälle infolge von Betriebsstörungen wettgemacht werden sollten. Sie stellten Lohnforderungen und suchten sie durchzusetzen.[157]

Es ist offensichtlich die Erfahrung des Ersten Weltkriegs gewesen, die die Arbeiter zu einem gegenüber früheren Zeiten deutlich veränderten Verhalten veranlaßt hat. Der Krieg beendete eine hundertjährige Epoche, während der die Region von Kriegsereignissen direkt nicht berührt worden war. Er riß die Menschen aus ihrer dörflichen Abgeschiedenheit heraus und konfrontierte sie mit Menschen anderer Denk- und Verhaltensweisen. Diesem Eingriff der »großen Politik« konnte man sich nicht entziehen.

Die Auseinandersetzungen drehten sich nun nicht mehr vorrangig darum, den Schieferbergbau als Lebensgrundlage der Dörfer zu erhalten und zu verteidigen. Man betrachtete nun den Unternehmer als einen Gegner, gegen den man seine Interesen durchzusetzen hatte (und auch durchsetzen konnte). So klagten die Schieferindustriellen denn auch, *»Vernunftgründe«* würden von den Arbeitern im Gegensatz zu früheren Zeiten nicht mehr gehört, sie seien disziplinlos und *»genußsüchtig«*.[159]

Niedergang

Die Weltwirtschaftskrise 1929 leitete den endgültigen Niedergang des Schieferbergbaus bei Laubach und Müllenbach ein. Von 1929 bis 1933 lag die Schiefergewinnung praktisch still; Ende 1933 waren nur 41 Arbeiter beschäftigt. Dann bescherten die Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus eine kurze Konjunkturphase, die vor allem durch Kasernenbauten bedingt war. Auf dem Höhepunkt dieser Neubelebung brachen 1937 wieder 193 Arbeiter bei Laubach und Müllenbach Schiefer. Aber schon im selben Jahr wurde die erste der drei großen Gruben – COLONIA – endgültig stillgelegt, etwa 75 Arbeiter wurden entlassen. Bald nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs brach die Schiefergewinnung wieder weitgehend zusammen, 1943 wurde der Betrieb eingestellt.
Die Zerstörungen des Krieges führten 1950 bis 1955 nochmals zu einer verstärkten Nachfrage nach Dachschiefer. Während dieser Zeit waren im Schnitt wieder 120 Arbeiter bei Laubach und Müllenbach im Schieferbergbau beschäftigt; jetzt produzierte jedoch nur noch die Grube MARIASCHACHT, die 1926 mit DACHSCHIEFERWERK zusammengelegt worden war.
Im Verlauf des Jahres 1956 wurden 60 % der Arbeiter entlassen, 1957 arbeiteten im Jahresdurchschnitt nur noch 53 Schieferbrecher. Alle anderen Gruben im weiteren Umkreis lagen still, nur einige Gruben bei Mayen produzierten weiter. Der insgesamt stark reduzierte linksrheinische Schieferbergbau konzentrierte sich nun dort.[160]
1959 wurde der Schieferbergbau bei Laubach und Müllenbach endgültiig eingestellt. Der Anlaß dazu war ein im Bergbau nicht ungewöhnliches Ereignis: ein Wasserhaltungsstollen ging auf einigen Metern Länge zu Bruch. Die Instandsetzung hätte 25 000 DM gekostet, diese geringe Summe wurde nicht mehr investiert.[161]
In den dreißig Jahren zwischen 1929 und 1958 wurde die Grube MARIASCHACHT nur zwölf Jahre lang mit voller Kraft, d. h. mit einer der Produktionskapazität des Bergwerks entsprechenden Belegschaft betrieben. Es wurde nicht mehr investiert. Man gab Schiefergewinnung seitens der Unternehmen solange nicht gänzlich auf, als noch Möglichkeiten bestanden, an Schiefer zu verdienen. Billige Arbeitskräfte (deren Lebenslage sich in der Zeit nach 1929 nicht mehr wesentlich wandelte) gab es genug. Die Betriebsanlagen waren vorhanden.
So stellt sich die Geschichte des Schieferbergbaus bei Laubach und Müllenbach nach 1929 im Grunde als ein mehrmaliges, kurzzeitiges Wiederaufflackern der Bergbautätigkeit dar, das durch Kriegsvorbereitungen und Beseitigung von Kriegsschäden bewirkt wurde und somit das endgültige Ende nur hinausschob. Lebensgrundlage in dem Sinne, daß die Mehrheit der Dorfbewohner davon leben konnte, war der Schieferbergbau nach 1929 nicht mehr. Damit wurde auch ein neues Kapitel in der Geschichte der Dörfer eingeleitet: Sie wurden zu Wohnsiedlungen ohne eigenes ökonomisches Zentrum.

IX. Schlußbemerkungen

In den Jahren 1910 und 1912 erschienen in den »Sozialistischen Monatsheften«, einer Zeitschrift des reformistischen Flügels der SPD, zwei Aufsätze von Hermann Mücke über »Bergarbeiterpsychologie« und »Die Einwirkungen der Arbeiterbewegung auf das Gemütsleben der Bergarbeiter«.[162] Der Autor bezeichnet dort Bergleute, die nicht durch die »*poli-*

tische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung« zu *»Mitarbeit und Verantwortung«*, *»Selbstbeherrschung und ruhigem Denken«* erzogen worden seien, als Menschen von *»rauhen Manieren«* und *»übler Interesselosigkeit«*[163], als dumme, zurückgebliebene und rohe Kerle, die nicht wissen was sie tun, beherrscht von einer *»sinnlosen Wut, die an toten Gegenständen sich austobt«*.[164] Mücke behauptet ferner, daß ohne Erziehungsarbeit durch Parteien und Gewerkschaften *»Unkenntnis über die Verwaltungseinrichtungen, ... ganz allgemein Interesselosigkeit bei allen öffentlichen Angelegenheiten«* unter den Bergleuten geherrscht habe und daß es *»das ausschließliche Verdienst der Arbeiterbewegung«* sei, (wobei Arbeiterbewegung mit Gewerkschaften und Parteien gleichgesetzt wird)[165], diese Zustände beseitigt zu haben.

Derartige Ansichten sind auch heute noch weit verbreitet. In seiner Arbeit »Aktion und Organisation« stellt Dieter Dowe fest, vor dem Wirksamwerden der organisierten Arbeiterbewegung (Parteien und Gewerkschaften) habe unter den Industriearbeitern *»ein nur geringes Zusammengehörigkeitsgefühl, geschweige denn Klassenbewußtsein, sowie fehlendes Vertrauen in die Wirksamkeit geschlossenen Auftretens«* geherrscht.[166]

Obgleich von Arbeiterparteien und Gewerkschaften weitgehend und über lange Zeit hinweg unberührt, geschweige denn 'erzogen', entsprechen die Schieferarbeiter keineswegs dem Bild, das man aufgrund der oben wiedergegebenen Ansichten erwarten müßte. Der Marsch der Bundenbacher Schieferbrecher zum Regierungspräsidium in Birkenfeld und ihre spätere Übernahme der Mehrheit im Gemeinderat beispielsweise läßt eine ganz andere Grundhaltung erkennen. Die Aktion mußte gemeinsam beschlossen, vorbereitet und durchgeführt werden. Birkenfeld ist etwa 20 Kilometer von Bundenbach entfernt. Man hatte also Wagen bereitzustellen und sich zu verproviantieren. Die Argumentation gegenüber der Regierung war untereinander abzustimmen, wahrscheinlich hat man einen oder mehrere Sprecher gewählt. Es handelt sich also um ein organisiertes und planvolles kollektives Vorgehen, das mit dem Demonstrationsmarsch nicht beendet war. Die Schieferbrecher verabredeten sich darüber hinaus, bei der nächsten Gemeinderatswahl die Mehrheit in diesem Gremium zu erobern, was ihnen gelang. Diese Vorgänge setzen ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter und ihr Vertrauen in die Wirksamkeit geschlossenen Auftretens voraus. Sie beweisen weiter, daß die Schieferbrecher über Verwaltungseinrichtungen durchaus informiert waren und sich für öffentliche Angelegenheiten interessierten. Die hier am Beispiel aufgewiesenen Denk- und Verhaltensweisen sind insgesamt charakteristisch. Die Schieferbrecher besaßen einen klaren Blick für die Realitäten ihres Lebensbereichs, sie dachten sehr genau darüber nach, wie bestimmte Ziele durchzusetzen seien und verwirklichten dann ihre Entschlüsse gemeinsam und vielfach mit bemerkenswerter Konsequenz. Das gilt schon für die Zeit um 1820 (Widerstand gegen Paffrath und Weidner), als von Arbeiterparteien oder Gewerkschaften – gleich welcher Art – im Bergbau insgesamt noch gar keine Rede sein kann.

Am Beispiel des Schieferbergbaus zeigt sich, daß die verbreitete Gleichsetzung von Gewerkschaften und Parteien mit Arbeiterbewegung ebenso fragwürdig ist, wie die daraus abgeleitete Vorstellung, erst solche Organisationen würden Arbeiter zur Einsicht in ihre Lebenslage bringen und im Sinn einer Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen erst handlungsfähig machen. Das Verhalten der Schieferbrecher liefert keinen Beweis dafür, daß man sich ihre Bewußtwerdung als kollektiven Reifungsprozeß über Generationen hinweg vorzustellen habe, als einen Gang vom Niederen zum Höheren, von der Unbewußtheit zum Klassenbewußtsein. Schon zu einem Zeitpunkt, als sich Schieferbergbau gerade zur Lohnarbeit im Hauptberuf wandelte, bewiesen Schieferbergleute große Sensibilität für kommende Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse. Sie gaben dem ersten größeren Stol-

lenbergwerk den Namen HÖLLENPFORTE. Auch ohne politökonomische Theorien hatte man offenbar eine Vorstellung davon, daß damals eine bedrohliche und leidvolle Entwicklung eingeleitet wurde.

Der technologische Wandel spielt im Schieferbergbau nicht die Rolle eines in unaufhaltsamem Siegeslauf alles mit sich reißenden *»Fortschritts«*. Er ist vielmehr ein – aufgrund der konkreten Umstände – vergleichsweise unbedeutendes Element von Veränderungen im Leben der Arbeiter, wobei diese Veränderungen insgesamt nicht auf eine irgendwie geartete Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Schieferdörfern hinauslaufen, die vielleicht *»Fortschritt«* genannt werden könnte, sondern eher auf das Gegenteil.

Die Technologie erweist sich am Beispiel des Schieferbergbaus nicht als konstitutiver Faktor des Lohnarbeiterdaseins, als eine Art mater genetrix des Arbeiterdaseins schlechthin. Sie trat vielmehr als ein Mittel auf, durch dessen Anwendung seitens der Unternehmer *»die Menschenkraft ... besser und vorteilhafter ausgenutzt werden«* konnte, wie der seinerzeitige Inhaber der Firma Schunk sich 1892 ausdrückte.[167] Die unbezweifelbare Tatsache, daß jene Dampfmaschinen usw., die ab 1880 im Schieferbergbau eingesetzt wurden, von Arbeitern unter sicher unerfreulichen Bedingungen produziert worden sind, verleiht ihnen ebensowenig etwas *»Fortschrittliches«* wie die Schieferdeckung Kasernen. Ihr einzig möglicher Verwendungszweck lag in der verstärkten Ausbeutung von Naturschätzen durch möglichst profitbringende Ausbeutung von Menschenkraft.

Die von der Technologie geradezu aufgefressenen Landschaften industrieller Ballungsräume machen es schwer, zu akzeptieren, daß das Leben von Schieferbrechern und Arbeitern dieser Industriezentren äußerst ähnlich verlief, weil doch das Lebensumfeld Mittelgebirgsdorf so völlig anders aussieht als ein hochindustrialisierter Raum. Hier eine Region, in der Landschaftsgestalt, Tierwelt, Bewuchs usw. von technologischen Schöpfungen so weit überwuchert sind, daß sie kaum noch gefunden werden können; da eine Landschaft, in der es Mühe macht, die Produktionsstätten in all der Natur überhaupt aufzufinden. Es ist die Tatsache der **Lohnarbeit**, die sich für das Leben der Schieferbrecher als konstitutiv erweist. Auch ohne das Szenarium einer Maschinenlandschaft hat sie zu Verhältnissen geführt, die für Industriearbeiter durchaus kennzeichnend sind.

Es mag sein, daß Schieferbrecher *»unwichtige«* Lohnarbeiter sind, weil bloß wenig Maschinerie eingesetzt werden konnte, um ihre Arbeitskraft profitabel auszunutzen. Es mag auch sein, daß dies ein besonderes Kennzeichen von Lohnarbeit in weitläufigen, dünnbesiedelten Regionen ist.

Aber eine Sortierung der Arbeit nach der Profitrate: Sache der Arbeiterbewegung darf das ja wohl nicht sein. Hinter der Klage von Hans Schmitz über die Unkenntnis des *»Sklavenlebens«* der Schieferbrecher steht die scharfe Kritik an Arbeiterorganisationen, die faktisch genau **das taten**: indem sie diese Arbeiter nicht zur Kenntnis nahmen. Und es bestehen Zweifel, ob man bei dieser neutralen Wendung *»nicht nur Kenntnis nahmen«* stehenbleiben kann. Zwar hat die »Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917« die Bewohner von Laubach und Müllenbach nicht gemeint, als sie (1928 erschienen) voller Verachtung über die *»Gesinnung des Dorfes«* herzog. Aber gerade dieser fürchterliche Allgemeinplatz verweist Arbeiter dörflicher Regionen insgesamt geradezu zwangsläufig in die Rolle eines *»als Arbeiter verkleideten Bauernbursch«*, augenzwinkernd auf die Akzeptanz eines groben Vorurteils gegenüber dem *»dummen Bauern«* hoffend.

Emanzipation der Ausgebeuteten kann freilich aus einem Unternehmen kaum entspringen, das die Arbeiter – seien es Industriearbeiter, seien es bäuerliche – so verachtet.

Anmerkungen

Ich verwende folgende Abkürzungen: BA=Bergamt; Bl.=Blatt; KA=Kreisarchiv; OBA=Oberbergamt; RWWA=Rheinsch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln; STA=Staatsarchiv. Die Aktenbestände Bergamt Düren und Oberbergamt Bonn zitiere ich mit BA Düren und OBA Bonn, also ohne jedesmalige Angabe des Archivs. Das Aktenzitat BA Koblenz meint die Aktenbestände, die im Bergamt Koblenz aufbewahrt werden.
Meine Arbeit stützt sich neben Aktenmaterial und Literatur auf zahlreiche Gespräche, Eindrükke usw., die ich in jahrelangem Kontakt zu Einwohnern von Schieferdörfern geführt bzw. gewonnen habe. Die Kenntnis heutiger Schieferdörfer und ihrer Bewohner erwies sich für das Verständnis der schriftlichen Überlieferungen als außerordentlich wichtig.

1 Hans Schmitz, Sklavenleben, in: Die Schöpfung. Sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, Düsseldorf, 2. Jg., 1922/23, Nr. 1. Hans Schmitz wurde 1891 in Polch/Eifel geboren. Als junger Mann kam er nach Wuppertal, wo er sich in den zwanziger Jahren zu einem der führenden Agitatoren der »*Freien Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)*« entwickelte. Schmitz war in vielen Funktionen in der »*FAUD(S)*« im Rheinland und in Wuppertal tätig. Ende 1930 wurde er auf einer Agitationsreise in Leuscheid/Westerwald von Nazis schwer mißhandelt; infolge der Mißhandlungen erlitt er einen Schlaganfall und starb kurze Zeit später im Februar 1931.

2 Franz Petri / Georg Droege (Hg.), Rheinische Geschichte in drei Bänden, Düsseldorf 1976 ff.

3 Horst Lademacher, Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815-1953), in: Petri/Droege, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S. 484.

4 Volker Kneidl, Hunsrück und Nahe. Geologie, Mineralogie und Paläontologie. Ein Wegweiser für den Liebhaber, Stuttgart 1984, S. 14 (Hervorhebungen v. Verf.)

5 Werner Bosch, Eifel, Hunsrück und Oberwesterwaldkreis. Analyse der Wirtschaftsstruktur – Möglichkeiten der wirtschaftlichen Intensivierung, Mainz 1955, S. 75 (Hervorhebungen v. Verf.)

6 Zit. nach: Wilfried Rosenberger, Beschreibung Rheinland-pfälzischer Bergamtsbezirke 4, Bergamtsbezirk Koblenz, Bad Kreuznach 1979, S. 242.

7 Michel Francois Timoléon Calmelet, Mémoire statistique sur les richesses minerales du département Rhin et Moselle, in: Journal des mines, Vol. 25, Nr. 148/149, 1809, S. 275-312 und 321-372, hier S. 366; Übersetzung d. Verf.

8 Justus Hashagen, Zur Geschichte der Eisenindustrie vornehmlich in der nordwestlichen Eifel, in: Eifel-Festschrift zur 25-jährigen Jubelfeier des Eifelvereins, Bonn 1913, S. 269-294, hier S. 289.

9 Vgl. Robert Schmitt, Geschichte der Rheinböllerhütte. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Bd. 6, Köln 1961.

10 Hermann Hommer, Bergbau im Nahe- und Hunsrückgebiet, in: Mitteilungen der Pollichia, III, Bd. 14, 1967, S. 121-138.

11 Hans Anacker, Bodenständige Wirtschaftszweige und der Verkehr in ihrer Abhängigkeit von der Natur des Landkreises Birkenfeld (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 14), Neuwied/Rhein 1967. Diese Arbeit gibt einen guten Überblick für eine engere Region.

12 Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917. Reprint Frankfurt/Main 1970, S. 554-561.

13 Franz Hamm, Hunsrücker Wirtschaftsleben heutzutage. Die ehemalige Markgenossenschaft Rhaunen um die Jahrhundertwende, Trier 1909, S. 23.

14 Theodor Brinkmann, Aus dem Wirtschaftslebén der Eifelbauern, in: Eifel-Festschrift zur 25-jährigen Jubelfeier des Eifelvereins, Bonn 1913, s. 313-391, hier S. 356.

15 Johann Nepomuk von Schwerz, Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und Rheinpreußen, Stuttgart 1836, S. 129f.

16 Unterlagen zu den Bevölkerungsverhältnissen: STA Koblenz, 441/39, »*Die spezial-statistischen Tabellen und Bevölkerungslisten des Kreises Cochem 1816-1852*«; Otto Beck, Beschreibung des Regierungsbezirks Trier, Bd. 1, Trier 1868, S. 195f; Brinkmann, Wirtschaftsleben, S. 323-331.

17 Brinkmann, Wirtschaftsleben, S. 356f.

18 Klaus Freckmann / Franz Wierschem, Schiefer – Schutz und Ornament, Köln 1982, S. 9f.

19 Vgl. Walther Fischer, Der Dachschieferbergbau im Hunsrück, in: Der Aufschluß, 19. Sonderheft: Idar-Oberstein, Heidelberg 1970, S. 117-128.

20 Vgl. Ernst Herbig, Die rechtlichen Verhältnisse im linksrheinischen Dachschieferbergbau und deren wirtschaftliche Bedeutung, in: Glückauf, Jg. 42, 1906, S. 769-781 und 801-807.

21 Heinrich Achenbach, Das französiche Bergrecht und die Fortbildung desselben durch das preußische Allgemeine Berggesetz, Bonn 1869.

22 Vgl. Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiter an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1981, S. 163-191, bes. S. 177ff.

23 Über alle technischen Probleme des Schieferbergbaus informiert erschöpfend: Heinz Pfeiffer (Hg.), Fachkunde für den Schieferbergbau, Leipzig 1955.

24 Umfassendes Zahlenmaterial über die berufliche Struktur im Kreis Cochem um 1820 bietet: STA Koblenz, 441/39, Bl. 49-85.

25 ebenda

26 STA Koblenz, 441/11864, »*Die Instandsetzung und Unterhaltung des Bergweges auf der Straße von Cochem nach Kaisersesch und nach den Schiefergruben bei Müllenbach - Grubenstraße 1817 bis 1887*«.

27 Vgl. Wilhelm Liebering, Beschreibung des Bergreviers Coblenz I, Bonn 1883, S. 64f.

28 Vgl. Fischer, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 19).

29 STA Koblenz, 1 C/4474, »*Die Leyengrube zu Müllenbach 1790-1793*«, Bericht Berginspektor Jacobi vom 19.6.1791.

30 Ebenda, sowie BA Düren, 119, Bl. 76 (Urkundenauszug).

31 Verzeichnis der Stadt-Kölnischen Einwohner nebst Bemerkung herausgegeben mit obrigkeitlicher Erlaubnis, Köln 1797, S. 178 (ein Exemplar befindet sich im RWWA Köln).

32 STA Koblenz, 1 C/4474, Bericht Berginspektor Jacobi vom 19.6.1791.

33 ebenda

34 Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der kurfürstlichen Kammer über die Sitzung vom 16.8.1791, STA Koblenz, 1 C/4474.

35 Vgl. Hashagen, Eisenindustrie (siehe Anm. 8).

36 Vgl. Herbig, Verhältnisse (siehe Anm. 20).

37 Calmelet, Mémoire (siehe Anm. 7).

38 Handbuch für die Landleute vom Rhein-Mosel-Departement für das Jahr 1808, Koblenz 1809, S. 65.

39 Calmelet, Mémoire (siehe Anm. 7), S. 349f.

40 BA Düren, 524a.

41 BA Koblenz, B V/1b (alte Briefköpfe der Fa. Schunk) sowie STA Koblenz 441/39, Bl. 21-45, Landratsbericht für 1816 (Erwähnung Fa. Rinck).

42 BA Düren, 524a, Bericht Bergmeister Grund vom 13.6.1819.

43 Ebenda, Bericht Berginspektor Zintgraff vom 20.5.1817.

44 BA Düren, 524a, b; die bergamtlichen Berichte weisen die Besitzverhältnisse immer wieder aus.

45 STA Koblenz, 441/39, Bl. 21-45, Landratsbericht März 1817.

46 Ebenda, Bl. 111-141 (Statistik) sowie BA Düren, 524a, Bericht Berginspektor Zintgraff vom 20.5.1817.

47 Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Von der Zeit der französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1976, S. 90f sowie Brinkmann, Wirtschaftsleben (siehe Anm. 14), S. 349, Tab. 19.

48 BA Düren, 524a, Bericht Bergmeister Grund vom 13.6.1819.

49 BA Düren, 119, Bl. 1-8.

50 STA Koblenz, 441/39, Bl. 111-125, Landratsbericht März 1818.

51 Das Urteil wird zitiert in: Herbig, Rechtliche Verhältnisse (siehe Anm. 20).

52 BA Düren, 119, Bl. 71-75; vgl. auch STA Koblenz, 441/2398, Bl. 1-138 (Eingaben Paffrath).

53 BA Düren, 119, Bl. 71-75 (Brief der Fa. Paffrath vom 15.4.1826.

54 Ebenda, bes. Schluß des Schreibens.

55 STA Koblenz, 393/1220, Teil I »*Acta die Beschwerde des Philipp Weidner zu Bundenbach wegen angebl. Störung in dem Besitz seines Schieferbruchs*«, Bl. 1-16.

56 Brinkmann, Wirtschaftsleben (siehe Anm. 14), S. 349.

57 BA Düren, 524a, Berichte für 1823.

58 ebenda

59 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, erster Band, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin/DDR 1961, S. 364 und 372.

60 BA Düren, 524b, Berichte für 1826.

61 Peter Kriedte/Hans Medick/Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Lande in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977, S. 97f.

62 Schwerz, Landwirtschaft Rheinpreußen (siehe Anm. 15), S. 130.

63 Es sind Verpachtungsverträge zwischen den Verlagshändlern und Schieferbrechern erhalten, aus denen das sehr deutlich hervorgeht; vgl. BA Düren, 524f, Berichte für 1840 (mit einer Vertragsabschrift von 1830).

64 BA Düren, 524a, b; BA Koblenz, B V/65; STA Koblenz, 702/12482.

65 BA Koblenz, B V/65, Pachtvertrag zwischen Martin Schneider und Familie Arentz vom 29.6.1826 (Abschrift 1887).

66 BA Düren, 524b, Berichte für 1827.

67 BA Düren, 524c, Berichte für 1829; BA Koblenz, B V/65 (Unterlagen über Prozesse 1857 und 1887 mit Besitznachweisen).

68 BA Düren, 524c, Berichte für 1830.

69 Ebenda, Berichte für 1830-1833.

70 BA Düren, 524b, Berichte für 1827; vgl. 524a, b, c, f, h, – jeweils Stichwort KRAPP II bzw. HÖLLENPFORTE.

71 Hamm, Wirtschaftsleben (siehe Anm. 13), S. 39.

72 Vgl. Berthold Stoll, Ehemaliges Hexen und Brauchen in Leitersweiler, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 17/18, 1969/70, S. 382-406.

73 R. Ludwig, Der rheinische Dachschieferbergbau, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staat, B-Abhandlungen, 15. Bd., Berlin 1867, S. 128-181, hier S. 153.

74 Die bergamtlichen Berichte weisen die Arbeitszeit mit durchschnittlich 12 Stunden pro Schicht aus; BA Düren, 524b, c.

75 BA Düren, 524 a, b, c, Berichte 1817 bis 1831, jeweils unter den Stichworten HOHELEY bzw. MARTENTHAL (die verschuldeten Gruben). Die Abtretung des Grundbesitzes ergibt sich aus einem Vertragstext von 1830, der Berichten für 1840 beiliegt (524 f), sowie aus dem Kaufvertrag vom 29.12.1834 (524 c).

76 Eine Abschrift des Kaufvertrags befindet sich im BA Düren, 524 c, Berichte für 1833.

77 Das zeigen die bergamtlichen Berichte für die Jahre ab 1834; BA Düren, 524 f, h.

78 Errechnet aus der Bevölkerungszahl von 1817 (STA Koblenz, 441/39) = 594 sowie der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate im Kreis Cochem von 2,2 % (die sich aus den Statistiken STA Koblenz, 441/39 ergibt).

79 BA Düren, 524 c, Berichte für 1833.

80 BA Düren, 524 f, Berichte für 1838.

81 Ebenda, Berichte 1839 bis 1845.

82 Ebenda, Berichte 1846/47.

83 Ebenda, Berichte 1848 bis 1852 und BA Düren, 524 h, Berichte für 1853.

84 STA Koblenz, 441/1300, Bl. 29-39, Landratsbericht für Januar 1843.

85 STA Koblenz, 441/1301, Bl. 35 f.

86 STA Koblenz, 441/39, Bl. 49-85.

87 STA Koblenz, 441/1303, Bl. 107-117, hier Bl. 111.

88 Vgl. Robert Moersdorf, Die Auswanderung aus dem Birkenfelder Land, Diss. Marburg 1939. Die Landratsberichte aus den Jahren 1843 bis 1857 (STA Koblenz, 441/1299-1336) belegen, daß Moersdorfs Festellungen auf die Eifel im Grundsatz übertragbar sind.

89 STA Koblenz, 441/1319, Landratsbericht für Januar 1846.

90 STA Koblenz, 441/1320, Bl. 29-37.

91 STA Koblenz, 441/1323, Bl. 59-70. Dieser Bericht schildert die Lage besonders eindringlich.

92 STA Koblenz, 441/1320, Bl. 31 f.

93 STA Koblenz, 441/1325, Bl. 53-64.

94 STA Koblenz, 441/1326, Bl. 45-51 sowie /1327, Bl. 45-58.

95 STA Koblenz, 441/1327, Bl. 47.

96 BA Düren, 120, Bl. 62, Bericht des Revierbeamten Spenler vom 27.7.1846.

97 BA Düren, 120, Bl. 60-62 sowie 120 f (Zitat).

98 Ebenda, Bl. 121.

99 Vgl. die Darstellung der bergamtlichen Tätigkeit in Tenfelde, Sozialgeschichte (siehe Anm. 22). Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden.

100 STA Koblenz, 441/1329, Bl. 63.

101 Die Zusammenfassung der 1848er Ereignisse in Cochem stützt sich auf die Landratsberichte an die Bezirksregierung, STA Koblenz, 441/1330, Bl. 45-56, 345-360, 493-505 und 639-651.

102 Ebenda, Bl. 639-651.

103 BA Düren, 120, Bl. 141-145, Bericht des Bergamtes Düren über *»Streitigkeiten der Parteien auf den Dachschiefergruben von Müllenbach«* vom 6.2.1848.

104 Ebenda, Bl. 146-148, Bericht des Gemeindebürgermeisters Zilliken an den Oberprokurator v. Runkel vom 19.12.1848 *»betr. gegenseitige Streitigkeiten und Gewalttätigkeiten in den Schiefergruben bei Müllenbach«.*

105 Ebenda, Bl. 96 f.

106 Ebenda, der gesamte Inhalt der Akte ab Bl. 120.

107 Ebenda, Bl. 291-345 und 353-360 (Urteilsabschriften der 1. und 2. Instanz).

108 Ebenda, Bl. 348.

109 Vgl. die Dokumentation: Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln, Berlin/DDR 1972.

110 STA Koblenz, 441/2299, Bl. 281 ff, ferner /1334, Bl. 271-276 sowie Bl. 395-404.

111 ebenda

112 BA Düren, 524 h, Bericht für das 1. Quartal 1854.

113 Kölner Adress-Buch, herausgegeben von J. G. Heyn, Köln 1844, S. 179; Das Adreßbuch der Stadt Köln, herausgegeben von G. Kluge, 1863 ff; Exemplare im RWWA Köln.

114 BA Düren, 524 h, Berichte für 1853-1861; Liebering, Bergrevier Coblenz I (siehe Anm. 27), S. 65; Weinmann, Vom Dachschieferbergbau Westdeutschlands, in: Der Steinbruch, 5. Jg., 1910, S. 108-112, 125-128, 139-142, 155-157, 167-169, hier S. 157.

115 Nach: Ludwig, Rheinischer Dachschieferbergbau (siehe Anm. 73), S. 110.

116 BA Düren, 524 h; BA Koblenz, B V/65, Vertrag vom 10.10.1857.

117 Weinmann, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 114), S. 61 f.

118 Ebenda, S. 168.

119 Ebenda, S. 167; vgl. auch: Schulchronik der Volksschule Bundenbach, aufbewahrt in der Hauptschule Rhaunen, 2 Bde., passim. Auch für Bundenbach wird von Typhusepidemien immer wieder berichtet.

120 Vgl. auch: Hamm, Wirtschaftsleben (siehe Anm. 13), S. 30 f.

121 Weinmann, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 114), S. 61 f.

122 KA Birkenfeld, 456/44 – Varia Bergbau, Bericht vom 8.7.1914.

123 Einige Erzählungen hat gesammelt und veröffentlicht: Ottilie Theis, Hunsrücker Bergleute erzählen wahre Begebenheiten, Simmern 1978. In der mündlichen Überlieferung Bundenbachs gibt es viele, teils sehr viel farbigere und drastischere Erzählungen als bei Theis zusammengestellt.

124 Emil R. Köhler, Lebenserinnerungen (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 26), Birkenfeld 1975, S. 189.

125 Moersdorf, Auswanderung (siehe Anm. 88), S. 61.

126 ebenda

127 Köhler, Lebenserinnerungen (siehe Anm. 124), S. 189 f.

128 Vgl. Anton Hambloch, Die Steinindustrie der Voreifel, in: Eifel-Festschrift zur 25-jährigen Jubelfeier des Eifelvereins, Bonn 1913, S. 295-308; Mayen und die Baumaterialienindustrie in und um Mayen, Mayen 1914.

129 Liebering, Bergrevier Coblenz I (siehe Anm. 27), S. 62-67; BA Koblenz, B V/1a – statistische Jahresberichte ab 1892.

130 BA Koblenz, B V/1a, Berichte für 1892-1899.

131 BA Koblenz, B V/1a, Bericht für 1895; B V/5 (Betriebsakte Mariaschacht/Dachschieferwerk); Grubenbilder M 10 (Mariaschacht und Dachschieferwerk).

132 BA Koblenz, B V/1a, Bericht für 1898 und B V/14 (Betriebsakte COLONIA); Grubenbilder C 8 (COLONIA).

133 BA Koblenz, B V/1a, Bericht für 1899; B V/5 (Betriebsakte MARIASCHACHT); Grubenbilder M 10.

134 RWWA, III, 12/7, Denkschrift der Schieferindustriellen vom 19.11.1892, S. 1/2 des Dokuments.

135 Schnaas, Der linksrheinische Dachschieferbergbau und die Moselkanalisierung, in: Glückauf, Jg. 45, Essen 1909, S. 1023-1052, hier S. 1029 f.

136 BA Koblenz, B V/1b, Firmenberichte an das Bergamt, insbesondere Beantwortung der Fragebögen ab 1907.

137 Die Angabe über den Durchschnittsverdienst aller Arbeiter ist entnommen aus: Frank Deppe / Georg Fülberth / Jürgen Harrer, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1981, S. 71. Die Jahresverdienste der Schieferbrecher wurden unter Annahme von 300 verfahrenen Jahresschichten errechnet, stellen also Maximalwerte dar.

138 BA Koblenz, B V/1b, Beantwortung des bergamtlichen Fragebogens durch die Schieferfirmen für 1907.

139 Die Basisdaten zur Errechnung der Produktivität sind dokumentiert in: BA Düren, 524 a, b, c, f, h; BA Koblenz, B V/1a.

140 Zahlreiche gleichlautende Arbeitsordnungen für die Gruben bei Laubach und Müllenbach befinden sich in den Betriebsakten des BA Koblenz sowie in B V/1c; vgl. auch Arbeitsordnung, gedruckt bei Louis Schneider in Mayen, o.J. (1903).

141 BA Koblenz, B V/1a, Statistische Jahresberichte.

142 Ein 12 Wochen andauernder Streik von etwa 500 Schieferbergleuten im Raum Mayen richtete sich 1958 auch gegen die patriarchalischen Gewohnheiten der Unternehmer, wie damalige Presseberichte hervorheben. Unterlagen im BA Koblenz, 418/58.

143 BA Koblenz, B V/1b, Bericht des Betriebsführers Ellerich vom 28.1.1908 (Hervorhebungen im Original).

144 Vgl. Weinmann, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 114), S. 140.

145 Es handelt sich um die Studie von Weinmann, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 114).

146 Ebenda, S. 108-112 sowie 125-128.

147 Ebenda, S. 125.

148 STA Koblenz, 441/39, Bl. 27, Landratsbericht vom 10.3.1817.

149 Weinmann, Dachschieferbergbau (siehe Anm. 114), S. 155f.

150 Ebenda, S. 112.

151 Felix Doerr, Der linksrheinische Schieferbergbau. Die Ursachen seines Tiefstandes und die Wege seiner Besserung, Diss. Erlangen, Leipzig 1912, S. 27.

152 ebenda

153 Tenfelde, Sozialgeschichte (siehe Anm. 22), S. 226.

154 BA Koblenz, A IV/408, Silikosevorbeugung.

155 Otto Hue, Die Bergarbeiter, 2 Bde., Stuttgart 1910/13, 2. Band, S. 588f.

156 BA Koblenz, B V/1a, Berichte für 1918-1928.

157 BA Koblenz, B V/1b, Bericht der Fa. Rother (DACHSCHIEFERWERK) für 1923.

158 Ebenda, Antwort der Fa. Rother auf den bergamtlichen Fragebogen für 1924.

159 Ebenda, Bericht der Fa. Rother für 1923.

160 BA Koblenz, B V/5 (Betriebsakten MARIASCHACHT).

161 ebenda

162 Hermann Mücke, Bergarbeiterpsychologie, in: Sozialistische Monatshefte, 3. Bd., Berlin 1910, S. 1376-1382; derselbe, Einwirkungen der Arbeiterbewegung auf das Gemütsleben der Bergarbeiter, ebenda, Bd. 1, 1912, S. 498-502.

163 Mücke, Einwirkungen, S. 498 und 500f.

164 Mücke, Bergarbeiterpsychologie, S. 1379.

165 wie 163

166 Dieter Dowe, Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung und sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820-1852, Hannover 1970, S. 32.

167 RWWA III, 12/7, Denkschrift der Schieferindustriellen vom 19.11.1892, von Schunk im Auftrag verfaßt und unterzeichnet.

Martin Chalmers

Von Kirschen, Erdbeeren und einer Ente: Die blutigen Marktunruhen vom 2. Juli 1919.

Ein Beitrag zur unruhigen Geschichte Dortmunds und der Dortmunder

Markt und Lebensmittelversorgung

In Dortmund spielte im Juli 1919 der Markt, besonders der zweimal wöchentlich stattfindende Hauptmarkt im Stadtzentrum noch eine wichtige Rolle für die tägliche Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Obwohl der Großteil der Waren nicht mehr aus der umliegenden Gegend kam, war er noch wichtig für Obst und Gemüse, Eier, Geflügel und Kleinvieh. Der Hauptmarkt fand mittwochs und samstags auf dem Marktplatz und dem Hansaplatz statt; Eier, Geflügel und Kleinvieh wurden auf dem Hof vor der Marienkirche verkauft. Dabei war der Markt nicht nur ein Ort für Kleinhandel und Einkauf, sondern auch, wie seit jeher, ein Anlaß zum geselligen Zusammensein; man kam zum Markt nicht nur um einzukaufen. Es kamen immer auch Leute, die nur schauen und reden wollten; es versammelte sich immer eine Menge. Besonders für Frauen bedeutete der Markt in jener Zeit, als es noch kein Radio und Fernsehen gab, nicht nur eine Erholung vom anstrengenden alltäglichen Familienleben, sondern bot auch die Möglichkeit zum Austausch von Informationen und Neuigkeiten. Da das Einkaufen nicht so spezialisiert und unterteilt war wie in Ladengeschäften und da sich Neuigkeiten über Preise schnell verbreiteten, konnten sich die auf dem Markt versammelten Leute eher zusammentun als dies heutzutage möglich ist.

Im Juli 1919 war weniger als ein Jahr seit der Novemberrevolution vergangen, der Krieg und das kaiserliche Regime, das nicht zuletzt aufgrund der katastrophalen Lebensmittelversorgung zusammengebrochen war, lagen noch nicht lange zurück. Die alliierte Blockade war nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni gerade erst aufgehoben worden. Obwohl die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig war (wobei allerdings zu beachten ist, daß zahlreiche weibliche Arbeitskräfte entlassen worden waren, um Arbeitsplätze für die zurückkehrenden Soldaten freizumachen), verschlang die Inflation das seit November angestiegene Einkommen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern wie Kleidern und Seife hatte sich seit Kriegsende kaum verbessert, was dazu beitrug, den Rückhalt für eine von der SPD angeleitete demokratische Transformation zu untergraben. Mit anderen Worten: Die nationale und die lokalen sozialdemokratischen und bürgerlichen Regierungen und Verwaltungen erwiesen sich mit ihren ständigen Forderungen nach Ruhe, Disziplin und harter Arbeit als zunehmend bedeutungslos für das Alltagsleben mit seinen Auseinandersetzungen um ausreichendes Essen, um überhaupt arbeiten zu können, um eine ausreichende Versorgung mit Kleidern und Schuhen und um die notwendigen kleinen Freuden des Lebens.

Zu dieser Zeit war – anders als 1923, als sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflation zur Zeit der französischen Besetzung des Ruhrgebiets ihren Höhepunkt erreichten – der

Gedanke der kollektiven Aktion noch fest im Bewußtsein der Bevölkerung verankert: Lebensmittelunruhen, oft mit blutigem Ausgang, waren im Sommer 1919 in Deutschland nichts Außergewöhnliches.

Sicherheitswehr und Polizei

Kurz nach der Etablierung der demokratischen Regierung war in Dortmund – wie in vielen anderen Städten – unter der Schirmherrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates zur Unterstützung der Polizei eine Sicherheitswehr gegründet worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat stand unter der Kontrolle von SPD und Gewerkschaften, während die Sicherheitswehr, die sich im wesentlichen aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern mit militärischer Erfahrung rekrutierte, dem Stadtrat unterstand. Die zahlenmäßige Stärke der Polizei belief sich auf 350; dies in einer Stadt, die nach der Eingemeindung von Dorstfeld, Eving und Huckarde im Jahre 1914 und Brackel im Jahre 1918 ungefähr 300000 Einwohner zählte. Die Sicherheitswehr, die 1400 bewaffnete Männer zählte, wurde zur Unterdrückung der Bergarbeiterstreiks im Winter und Frühjahr 1919 in Dortmund und umliegenden Ortschaften eingesetzt. Dazu kamen weitere Einsätze bei anderen Streiks und Unruhen sowie bei der Entwaffnung der politisch radikalen Sicherheitswehr von Hörde, das damals noch eine eigenständige Ortschaft war. Infolge dieser Aktivitäten wurden in Dortmund keine Freikorpstruppen eingesetzt; allerdings machte sich die schwerbewaffnete, mit Polizeiaufgaben wenig vertraute Sicherheitswehr sehr schnell unbeliebt und verhaßt, besonders als bei einem Einsatz im Gebiet der Hoesch-Werke ein dreizehnjähriger Junge getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Innerhalb der Sicherheitswehr schien sich zu dieser Zeit eine den Freikorps ähnliche Mentalität breit gemacht zu haben. Zudem kam es zu Reibungen mit der Polizei, die das provokative und unprofessionelle Eingreifen der Sicherheitswehr in alltägliche Polizeiaufgaben kritisierte; die Spannungen wurden noch dadurch verstärkt, daß es keine gemeinsame Leitung der beiden Sicherheitskräfte gab.

Dienstag, Borsigplatz

Schon am Dienstagnachmittag, dem 1. Juli, war es auf dem Markt am Borsigplatz zu Unruhen gekommen. Jugendliche hatten einen Verkaufsstand mit Obst umgekippt und das auf der Erde liegende Obst hatten, so die Polizei, *»vielen der stets auf dem Borsigplatz spielenden zahlreichen Kinder«* an sich genommen. Die Stimmung der Menge – *»in der Hauptsache waren dies junge Burschen und Frauen mit Kindern«* – wurde noch angestachelt, als ein Trupp der Sicherheitswehr erschien. Ein Polizeioffizier konnte sie jedoch dazu überreden, sich zurückzuziehen und die Polizei räumte ebenfalls den Platz. Die Vorgänge auf dem Borsigplatz waren wahrscheinlich von Nachrichten über einen Tumult auf dem Hörder Markt am gleichen Morgen angeregt worden.

Marktaufruhr und Einsatz der Sicherheitswehr

Am nächsten Tag, einem Mittwoch, war Hauptmarkt. Nach den Unruhen vom Vortag tauchten Gerüchte auf, daß auch in Dortmund die Unzufriedenheit zum Ausbruch kom-

men und etwas passieren würde. Als Antwort darauf setzten Polizei und Sicherheitswehr am frühen Mittwochmorgen zusätzliche Patrouillen ein, um den Markt unter Kontrolle zu haben. Allerdings setzte die Polizei auch durch, daß die Obstpreise, die besonders dazu geeignet waren, den Unmut der Leute hervorzurufen, heruntergesetzt wurden. Die Preise für Erdbeeren, Kirschen, Stachelbeeren und Eier wurden praktisch halbiert. Standbesitzer, die ihre Waren nicht zu den neuen Preisen verkaufen wollten, wurden von der Polizei dazu gezwungen.

Die Polizei äußerte später die Meinung, daß an diesem Tag eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Personen von außerhalb, besonders aus Hörde und anderen umliegenden Gemeinden, zum Markt nach Dortmund gekommen war. Aber inwieweit es tatsächlich einen Unterschied zu anderen Markttagen gab, ist schwierig zu sagen; immerhin war der Dortmunder Hauptmarkt der größte der Gegend. Schließlich waren Polizei und städtische Autoritäten daran interessiert, nachzuweisen oder wenigsten den Eindruck zu erwecken, daß den Unruhen dieses Tages ein sorgfältig durchdachter Plan zugrunde lag. Die Atmosphäre an diesem Tag war jedenfalls gespannt und die Leute klagten lauthals über zu hohe Preise. Ungefähr um neun Uhr morgens kaufte ein Mann auf dem Hof vor der Marienkirche eine Ente, weigerte sich jedoch den geforderten Preis zu zahlen, packte die Ente und entfernte sich, die Ente in Brusthöhe haltend. Eine neugierige Menge bildete sich hinter ihm. Ein Offizier der Sicherheitswehr, der mit einer Streife hinzukam, wurde von der Menge grob angefaßt und verfolgt, als er zu entkommen suchte. Er blieb verletzt auf den Straßenbahnschienen an der Ecke Hansastraße/Westenhellweg liegen, wo er von Polizeibeamten geborgen und in einem Krankenwagen weggebracht wurde. Aufgrund dieses Zwischenfalls verließen etwa 40 Männer der Sicherheitswehr ihr Hauptquartier in der Klosterschule an der Westseite der Probsteikirche. Sie erreichten den Hansaplatz von der Hansastraße her gerade in dem Moment, als ein allgemeiner Ansturm auf die Marktstände begonnen hatte. Die Polizei war nicht in der Lage, das Handgemenge, das im Gange war und das die Männer der Sicherheitswehr vor sich sahen, in den Griff zu kriegen. Nach einigen Warnrufen eröffnete die Sicherheitswehr das Feuer; einige schossen sicherlich in die Luft, andere jedoch direkt in die Menge (in der sich neben Frauen, Kindern und Standbesitzern auch noch Polizeibeamte befanden), um unter allen Umständen dem Aufruhr ein Ende zu bereiten. Eine unbeschreibliche Panik ließ die Menge, die Hunderte, wahrscheinlich Tausende von Personen umfaßte, in die Seitenstraßen um den Hansaplatz flüchten, Tote und Verwundete zurücklassend.

In späteren Berichten wurde wiederholt betont, daß zuerst ein Schuß aus der Menge gefallen sei und daß einige Männer in der Menge Revolver geschwungen hätten. Auch wenn dies durchaus möglich gewesen wäre, da buchstäblich Millionen von Feuerwaffen während des Zusammenbruchs der kaiserlichen Armee verschwunden waren, waren die Zeugenaussagen, die von der Polizei zu diesem Punkt aufgenommen wurden, entweder verworren oder nicht überzeugend. Sicher ist, daß die Schüsse der Sicherheitswehr (*»ein lebhaftes Schnellfeuer«*, so der Polizeibericht) das, was als Marktunruhe begonnen hatte, radikal umschlagen ließen. Es bleibt ungeklärt, wie viele Opfer diese Aktion der Sicherheitswehr kostete, da es im Laufe des Tages noch zu weiteren Schießereien kam, aber es scheint sicher, daß 11 Personen starben; zahlreiche Verletzte wurden in Krankenhäuser eingeliefert.

Die Ausweitung der Unruhen

Die Menge zerstreute sich jedoch nicht, sondern machte Anstalten, die Sicherheitswehr anzugreifen, was sicherlich zu einem Blutbad geführt hätte. Der Polizeichef Kleinow konnte die Sicherheitswehr schließlich dazu überreden, sich in ihr Quartier zurückzuziehen. Hier wurde sie in den nächsten Stunden von einer großen Menge belagert, gegen die sie mit wilden Schießereien vorging, was wiederum zu mehreren Toten und Verwundeten führte. Die Führer der Sicherheitswehr klagten später die Polizei an, sie habe ihnen die Hände gebunden und sich der Stadtverwaltung gegenüber unloyal verhalten und behaupteten weiterhin, daß *»die fürchterlichen Ereignisse des Tages«* – worunter sie die Plünderungen und andere Vergehen gegen Eigentum und Ordnung und nicht etwa die von ihnen zu verantwortenden Toten und Verwundeten verstanden – durch entschlossenes Handeln hätten verhindert werden können.

Es ist sicherlich richtig, daß die geringe Anzahl der Polizisten den späteren Ereignissen nicht gewachsen war. Eine Menge vor dem Stadthaus forderte die Entwaffnung, Auflösung und Bestrafung der Sicherheitswehr; Delegierte der Menge verhandelten mit dem Oberbürgermeister und anderen städtischen Beamten. Zahlreiche Personen forderten die Polizei auf, sie als Zeugen zu vernehmen. Als der Chef der Sicherheitswehr im Stadthaus eintraf, mußte er von der Polizei in Sicherheit gebracht werden. Auch das Hauptquartier der Sicherheitswehr wurde von einer Menge belagert. Am späten Vormittag hatten aus der Menge heraus Männer, Frauen und Kinder damit begonnen, Schaufenster einzuwerfen und Geschäfte zu plündern, wobei als erstes offensichtlich Tabakläden in Mitleidenschaft gezogen wurden; die Aktionen breiteten sich schnell, von der Innenstadt ausgehend, in andere Stadtteile aus.

Mehrere der Polizeiberichte hielten sich damit auf, von offensichtlich kleineren Demütigungen zu berichten, z. B. daß Polizisten mit Salat beworfen oder mit Rhabarberstangen geschlagen worden waren. Ernsthaftere Hinweise auf die Schwäche der Polizei gaben andere Ereignisse; so war z. B. eine Gruppe von Polizisten gezwungen worden, sich im Keller eines Warenhauses zu verstecken, das gerade geplündert wurde, oder es waren Personen, die die Polizei festnehmen wollte, wieder befreit worden. Kleinere Gruppen von Polizisten waren in den Hauptgeschäftsstraßen der Altstadt und der Nordstadt ständig von einem Unruheherd zum nächsten unterwegs; nur auf dem Westenhellweg konnten die Plünderungen weitgehend verhindert werden. In kleineren Läden, besonders Zigarren- und Lebensmittelläden, griff die Polizei offensichtlich überhaupt nicht ein oder sie beschränkte ihre Anstrengungen darauf, den Geschäftsablauf in den Griff zu kriegen, indem sie die Preise herabsetzte. In den weiter entfernten kleineren Geschäftsstraßen der Nordstadt war die Polizei kaum präsent. In der Hauptsache beschränkte sie sich darauf, die größeren Kleider- und Textilgeschäfte zu schützen, wobei sie sich auf die Benutzung der damals üblichen Polizeiwaffe, den Säbel, verließ und Revolver nur bei Festnahmen einsetzte. Am späten Nachmittag hatte die Polizei es aufgegeben, die Haupteinkaufszentren der Nordstadt, die Münsterstraße und den Steinplatz, zu räumen, da sie immer wieder aus den Seitenstraßen heraus angegriffen wurde. Allerdings waren Zivilbeamte und andere Polizisten damit beschäftigt, in den Randgebieten der Unruheherde Leute festzunehmen, die dabei waren, geplünderte Waren abzutransportieren. Die Hauptschauplätze, an denen sich während des Tages die Unruhen abspielten, waren, abgesehen vom Marktplatz und Hansaplatz, der Ostenhellweg (auf dem Westenhellweg wurde nur das Textilgeschäft Hettlage in Mitleidenschaft gezogen), die Brückstraße und die Lütgebrückstraße in der Altstadt, der Steinplatz, die

Münsterstraße und der Borsigplatz zusammen mit der Oesterholz- und Oestermarschstraße im Norden sowie die Rheinische Straße und Geschäfte am westlichen Ende der Dorstfelder Brücke im Westen. Auch in anderen Teilen der Nordstadt, die nicht mehr zum eigentlichen Geschäftsviertel gehörten, in der Uhlandstraße und der Bornstraße sowie in Dorstfeld kam es zu Unruhen und Versuchen, Preisreduzierungen durchzusetzen. Wahrscheinlich unabhängig von den Geschehnissen in Dortmund, aber sicherlich unter dem Einfluß der Vorgänge in Hörde am Tag zuvor kam es in den Industrieansiedlungen von Hombruch, Barop und Menglinghausen zu Demonstrationen und Plünderungen.

Fabrikstreiks

Als bekannt wurde, daß die Sicherheitswehr in die Menge auf dem Marktplatz gefeuert hatte, traten die Arbeiter einiger Fabriken in den Streik (Eisenbahnarbeiter streikten schon seit einiger Zeit). Die Union-Werke (Stahl und Maschinenbau), direkt im Nordwesten der Innenstadt gelegen, wurden auf Initiative eines Arbeiterkommitees hin stillgelegt; die Schäden, die durch diese plötzliche Stillegung entstanden, führten dazu, daß die Arbeit erst am darauffolgenden Montag wieder aufgenommen werden konnte. Bei Hoesch allerdings wurden die Arbeiter dazu überredet, nicht in den Streik zu treten. Am Nachmittag trafen zahlreiche Arbeiter in der Innenstadt ein und verstärkten noch die schon vorhandene Menge. Gegen fünf Uhr wurde eine Versammlung abgehalten, auf der die Auflösung der Sicherheitswehr gefordert wurde. Delegierte der Union-Arbeiter verhandelten mit den Verantwortlichen der Stadt und es wurde ihnen versprochen, daß, auch wenn die Sicherheitswehr nicht aufgelöst werden könnte, ihre Aktivitäten doch eingeschränkt werden sollten. Zur gleichen Zeit wurde die Protestversammlung der Arbeiter jedoch von der Sicherheitswehr beschossen. Diese hatte ihr Selbstvertrauen offensichtlich zurückgewonnen und, nachdem die Menge um die Klosterschule sich aufgelöst hatte, mit dem Freikorps Düsseldorf in Lünen Kontakt aufgenommen. Dieses war in der Zwischenzeit auch schon vom Reichskommissar für Westfalen, Severing, der seinen Sitz in Dortmund hatte, zur Intervention aufgefordert worden. Die Sicherheitswehr hatte Lastwagen geschickt, um das Freikorps in die Stadt zu bringen, wo es zusammen mit Polizei und Sicherheitswehr am späten Abend die Straßen säuberte. Obwohl ein verstärkter Belagerungszustand schon seit April des Jahres in Kraft war, wurde jetzt eine zusätzliche Forcierung angekündigt. Das konnte die Leute jedoch nicht davon abhalten, sich am nächsten Tag, einem Donnerstag, wieder zu versammeln. Am Abend wurden Soldaten, die in der Nähe des Hauptbahnhofs Straßensperren errichteten, verspottet, woraufhin sie die Menge auflösten und dabei eine Person töteten und mehrere verwundeten. Dies war dann das Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, obwohl die Truppen noch bis Ende des Monats in Dortmund blieben.

Die Verhafteten

Unmittelbar auf die Auseinandersetzungen erflogte eine große Zahl von Verhaftungen, von denen viele am Abend des 2. Juli oder am nächsten Tag vorgenommen wurden, als die Polizei nach geplünderten Waren suchte und zudem viele Personen und Familien denunziert wurden. Insgesamt wurden 147 Personen im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen, und man kann daraus sicherlich einige vorläufige Hinweise entnehmen, aus

welchem Personenkreis sich die in die Tausende gehende Menge, die an diesem Tag die Dortmunder Straßen und Geschäfte bevölkerte, zusammensetzte. Die Polizei, die Presse und die Stadtverwaltung wiesen immer wieder auf die hohe Zahl von Auswärtigen und Radikalen hin, die diesen »*Putsch*«, wie sie es nannten, geplant hätten. Aber unter den Verhafteten befand sich nur ein einziger als Spartakist Verdächtigter aus Berghofen. Nur drei der Verhafteten waren bewaffnet gewesen (mit Revolvern), und auch die These, daß die Unruhen von Auswärtigen initiiert worden wären, fand keine Unterstützung in der Herkunft der Verhafteten. Unter ihnen befanden sich zwar neun Personen aus Hörde und Umgebung, aber die überwältigende Mehrheit war doch aus Dortmund selbst. Es gab natürlich einen gewichtigen Grund für die Stadtverwaltung nachzuweisen zu suchen, daß die Unruhen und die Zerstörungen von Auswärtigen zu verantworten waren; dies hätte ihre eigene Verpflichtung, für die während der Unruhen erfolgten Schäden aufkommen zu müssen, eingeschränkt.

Frauen

Interessanter ist die Tatsache, daß in der Liste der Verhafteten nur zehn Frauen auftauchen, die Hälfte davon Hausfrauen. Die Mehrzahl der Leute auf dem Markplatz waren sicherlich Frauen und die Polizeiberichte erwähnen öfter die große Anzahl der Frauen, jungen Männer und sogar Kinder, die in den Geschäften anzutreffen war. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß relativ wenige der Verhafteten unter 18, mehr als die Hälfte jedoch zwischen 18 und 25 Jahre alt waren. Einige Male geht aus den Berichten hervor, daß Männer, oft in Matrosen- oder Soldatenuniform – was nicht überrascht, denn für viele war es die einzige Kleidung, die sie hatten; zudem vermittelten Uniformen den Anschein von Legitimität und sorgten für ein gewisse Autorität – Fenster und Türen von Geschäften einschlugen und Frauen und junge Leute die Läden dann ausräumten. Die Tatsache, daß sich so wenige Frauen unter den Verhafteten befanden, hat wohl mehrere Gründe. Zum ersten richtete die Polizei ihr Augenmerk sicherlich auf sogenannte Drahtzieher und Rädelsführer, worunter sie sich natürlich nur Männer vorstellen konnte. Frauen, Kinder und junge Leute waren eher über die Orte des Geschehens zerstreut; sie fanden sich zudem in großen Ansammlungen, aus denen heraus Verhaftungen schwieriger vorgenommen werden konnten. Sicherlich sind junge Leute auch des öfteren gleich 'bestraft' worden ohne verhaftet zu werden. Zum zweiten wurde der Protest der Frauen – auch wenn sie, ähnlich wie Kinder, als weniger verantwortungsbewußt angesehen wurden – gegen die Lebensmittelpreise wahrscheinlich als zumindest teilweise gerechtfertigt betrachtet, wie das Verhalten der Polizei in einigen Fällen selbst bestätigt. Die Frauen, die in solche Vorfälle verwikkelt waren, waren zudem meist ältere Hausfrauen. Tatsächlich scheinen sehr wenige Personen wegen Diebstahl von Lebensmitteln oder der von ihnen in die Wege geleiteten Verteilung von Brot ohne Rationierungsmarken verurteilt worden zu sein. Die Aneignung von Lebensmitteln schien gerechtfertigter als z. B. der Versuch eines jungen Mannes, sich um eine Hose zu bereichern.

Die Übrigen

Abgesehen von der geringen Anzahl von Frauen, die sich unter den Verhafteten befand, stimmt die Herkunft der verhafteten Männer mit dem überein, was man in einer Stadt wie Dortmund erwarten kann. Neben einer Mehrheit von ungelernten Arbeitern, darunter eine entsprechende Anzahl von Bergarbeitern, fanden sich eine beträchtliche Minderheit von Facharbeitern, in der Hauptsache aus dem Metall- und Maschinenbaubereich und einige wenige Handwerker und Personen aus dem Mittelstand. Die Mehrheit der Verhafteten kam aus der Nordstadt und der Weststadt, einige kamen aus der Altstadt, die allerdings auch kaum bewohnt war und Vereinzelte aus den südlichen und östlichen Stadtteilen, von der Großen Heimstraße bis nach Körne, wo Arbeiter nur einen geringen Anteil der Bevölkerung ausmachten. Was die Industrie- und Bergbausiedlungen um Dortmund betrifft, so kamen mehr aus den im Süden gelegenen Siedlungen als aus den anderen.
Man kann aus all dem schließen, daß die Aktionen an diesem Tag sich auf zwei Schwerpunkte konzentrierten. Die Leute auf dem Markt und im Stadtzentrum und, in einem geringeren Ausmaß, auf dem Steinplatz und in der Münsterstraße, kamen aus allen Teilen der Stadt und der Umgebung, während im Hoeschviertel, in der Nähe des Borsigplatzes und der Rheinischen Straße, nur Leute aus der unmittelbaren Umgebung aktiv wurden; hier standen sich Geschäftsinhaber und ihre täglichen Kunden direkt gegenüber.

Not und Zigarren

Wie kam es, so ließe sich fragen, daß in einer Notzeit gerade die Obstpreise eine solche Verstimmung hervorrufen konnten und daß Zigarrenläden als erste geplündert wurden. Ich denke, daß die Menschen gerade in Notzeiten, besonders in Nachkriegszeiten, den Mangel an solchen Dingen am stärksten empfinden. Ein Mangel, der zudem gerade im Sommer, angesichts überteuerten Obstes der Jahreszeit und zudem am Markttag, der – wie schon erwähnt – wie ein Festtag aus dem alltäglichen Leben herausragte, zum Vorschein kam. Und was ist ein Festtag schon ohne die Genüsse des Essens, Trinkens und Rauchens? Von daher kann die Höhe der Preise dieser scheinbar weniger wichtigen Dinge schon eine entsprechende Verstimmung hervorrufen.

Polenrazzia

In den folgenden Tagen kam es zu einer hitzigen Auseinandersetzung über die Anschuldigungen der Polizei – die von der Presse aufgegriffen wurden –, daß sich unter den gefangengenommenen Aufständischen und Hehlern ein hoher Anteil von Polen befunden habe. Trotz der Proteste von Führern der polnischen Gemeinde beharrte die Polizei auf ihren Anschuldigungen in einer offen rassistischen Art und Weise. Sie behauptete z. B., daß bestimmte Wohnungen, die sie durchsucht hatte, auf sie einen polnischen *»Kultureindruck«* gemacht hätten. Möglicherweise läßt sich dies aus dem Legitimationsdruck erklären, der nach den Ereignissen auf der Polizei lastete. Eine Möglichkeit, diesem zu entkommen, bestand darin, sich auf einen gleichermaßen inneren wie äußeren Feind zu konzentrieren, gegen diesen hart durchzugreifen und bei entsprechenden Durchsuchungen Erfolge vorzuweisen; dazu boten sich die in einigen Teilen der Nordstadt konzentrierte polnische Be-

völkerung und das Kriminellenmilieu um den Steinplatz an. Tatsächlich jedoch gibt die Liste der Gefangenen keinen Hinweis auf eine ungewöhnlich hohe Verwicklung von Personen polnischer Geburt oder Herkunft. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß auch 1919 die Namen nicht unbedingt auf die Herkunft schließen ließen und daß zudem die westdeutsche Polizei jeden, der aus dem ländlichen Osteuropa kam als »Polack« betrachtete, gleich welcher sprachlichen oder nationalen Herkunft er war. Personen aus dem ländlichen Osteuropa machten sicherlich einen großen Anteil der Dortmunder Arbeiterklasse aus und damit wohl auch der Aufständischen.

Angst und Haß des Mittelstandes

Ein Fakt, das man den Zeugenaussagen entnehmen kann, die die Polizei im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Sicherheitswehr sammelte, ist das Gemisch aus Angst und Haß, das zu einem Teil die Beziehungen zwischen den kleineren Ladenbesitzern und ihren Kunden bestimmte. Das Gefühl der Rechtmäßigkeit und die Wut, die die Menge im Moment des Zusammenbruchs der Ordnung antrieb, läßt sich teilweise aus ihrem Gefühl heraus verstehen, daß die kleinen Ladenbesitzer und Händler (und Bauern) – also diejenigen, die ihnen tagtäglich als sichtbare Vertreter eines von ihnen nicht durchschauten Marktprozesses gegenüberstanden – übermäßige Gewinne machten. Dieses Mißtrauen hatte sich noch während der Kriegsjahre und der Nachkriegsmonate sowie durch den anhaltenden florierenden Schwarzmarkt verstärkt. Manche der Ladenbesitzer waren der Menge, also ihren Kunden gegenüber so feindlich eingestellt, daß ihnen – nur um ihre Erdbeeren, Zigarren und Taschentücher vor der Plünderung zu bewahren – beliebig viele Tote gerechtfertigt erschienen. Der allgemeine Druck auf die beiden Gruppen, Arbeiterklasse und Mittelstand, trieb sie in Zukunft immer mehr auseinander.

Örtlichkeiten

Die Ereignisse des 2. Juli spielten sich in einem eng begrenzten lokalen Rahmen ab, was bei solchen volkstümlichen Unruhen üblich ist. Aber es war auch besonders kennzeichnend für das Deutschland dieser Nachkriegszeit, in dem Verantwortung für die Lebensmittelversorgung, Rationierungen und Preisfestsetzungen nach und nach an lokale Autoritäten übergegangen war. Ähnlich interessant ist die Entwicklung, die dazu führte, daß nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs bewaffnete Truppen wie die Sicherheitswehr unter die Verantwortung lokaler Autoritäten fielen. Daraus wird erkenntlich, daß die Verantwortung lokaler Autoritäten erheblich war, vielleicht aber auch größer erschien, als sie tatsächlich auszuüben in der Lage waren.

Die Ordnungskräfte

Wie entwickelte sich die Beziehung zwischen Polizei und Sicherheitswehr? Städtische und militärische Behörden betonten, trotz der Fehler, die gemacht worden waren, die Wichtigkeit der Sicherheitswehr, tatsächlich wurde sie aber innerhalb einiger Monate auf die Hälfte ihrer bisherigen Stärke reduziert. Sie wurde zum Teil ersetzt durch eine Bürgerwehr, die

normalerweise keine Waffen trug und eher als Reserve diente. Ein Polizeibeamter wurde zudem zum Sündenbock für die erlittenen Demütigungen. In Preußen waren schon Vorbereitungen zur Schaffung einer Schutzpolizei getroffen worden und in den frühen zwanziger Jahren wurden die meisten Polizeiaufgaben der lokalen Zuständigkeit entzogen und durch die preußische Regierung zentralisiert. Die geschilderte Situation in Dortmund mit ihren Spannungen zwischen Polizei und Sicherheitswehr war ein besonderes Beispiel für die Probleme, die sich für die Sozialdemokratie und ihre Verwaltung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ergaben; auf der einen Seite untergruben diese Spannungen ihre Legitimität, auf der anderen Seite war sie nicht in der Lage, für ihre engen und formalen Konzeptionen von Reformen und Demokratie eine öffentliche Unterstützung zu mobilisieren.

Preise

Ein Ergebnis der Auseinandersetzungen bestand darin, daß mehr Arbeiter in die Preiskontrollkommissionen aufgenommen wurden. Zudem wurde eine Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Verwaltungen der Umgebung in die Wege geleitet, um somit sicherzustellen, daß die Preise angeglichen wurden (unterschiedliche Preise von einer Stadt zur nächsten konnten Anlaß zu Unruhen geben). Hörde, wo nach den dortigen Unruhen die Preise drastisch reduziert worden waren und wo es, aufgrund der Abwesenheit der Sicherheitswehr, keine Toten gegeben hatte, wurde in dieses Abkommen mit eingeschlossen. Größere Firmen kauften billige Lebensmittel auf, um sie an ihre Belegschaft zu verteilen. Aber angesichts einer steigenden Inflation, die die Regierung nicht stoppen wollte oder konnte, waren dies nichts als kosmetische und oberflächliche Maßnahmen. Und sicherlich konnten solche Maßnahmen auch nicht dazu dienen, die Entfremdung zwischen großen Teilen der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie aufzuhalten, ein Prozeß, der die Weimarer Republik kennzeichnete.

Anmerkungen zur Einordnung der Marktunruhen

Allerdings sollte der Ablauf der Unruhen oder des Aufstandes vom zweiten Juli 1919 in Dortmund nicht in Hinsicht auf etwaige Beziehungen zu den Sozialdemokraten oder anderen radikalen Organisationen betrachtet werden. Das Geschehen reiht sich vielmehr in die lange Tradition deutscher und europäischer Markt- und Lebensmittelunruhen ein; es entwickelte sich aus dem spezifischen Charakter des Marktes und der durch ihn geschaffenen Öffentlichkeit. Und es fand zu einer Zeit statt, als Löhne und Lohnkämpfe weniger im Vordergrund standen, so daß sich offensichtlich ältere Muster von sozialem Protestverhalten wieder geltend machen konnten. Ein Protestverhalten, bei dem diejenigen, die aus den formalisierten politischen Auseinandersetzungen und Lohnkämpfen normalerweise ausgeschlossen sind – in diesem Fall besonders Frauen – eine größere Rolle spielten.

Nachtrag: Asseln am 3. Juli

Die Ereignisse des folgenden Tages in Asseln, damals am östlichen Rande Dortmunds gelegen, waren weniger dramatisch und bedeutend, aber die Umstände, aufgrund derer sie in die Akten gelangt sind (eine Tumultschadenssache), geben einen weiteren Einblick in die Motivationen, die die Leute im Ruhrgebiet zur damaligen Zeit zum Handeln getrieben haben. Der Fall, um den es geht, betrifft das Kleidergeschäft von Paul Weweler auf dem Westenhellweg in Asseln, einer Gegend mit mehreren Zechen und Bergarbeitersiedlungen. Am Abend des zweiten Juli hatte in einer Kneipe in Asseln ein Treffen stattgefunden, bei dem über die hohen Preise und die Ereignisse in Hörde und Dortmund diskutiert worden war. Am nächsten Tag, zwischen neun und zehn Uhr morgens, erschienen drei namentlich bekannte Arbeiter, begleitet von zwei Polizisten, in Wewelers Geschäft (und vermutlich den anderen Geschäften in Asseln), um ihn über die Entscheidungen vom vorherigen Abend zu informieren. Alle Waren sollten ab sofort 20% unter dem Einkaufspreis verkauft werden; Weweler verweigerte jedoch seine Zustimmung. Einer der Arbeiter erklärte ihm, daß er dann die Verantwortung für die eventuellen Folgen zu übernehmen habe und daß um vier Uhr nachmittags die Namen der Geschäftsinhaber, die die Preisreduzierungen nicht akzeptierten, in einer in der Nähe gelegenen Kneipe bekanntgegeben würden. Etwa um drei Uhr hatte sich eine große Menge von ungefähr tausend Personen, darunter viele Frauen und Kinder, auf dem Westenhellweg in der Nähe von Wewelers Geschäft versammelt. Kurz vor vier Uhr erschien jedoch eine Abteilung der Dortmunder Sicherheitswehr, um die Versammlung aufzulösen. Die Menge versammelte sich später wieder, beschränkte sich aber auf Drohungen und Beschimpfungen. Ungefähr um halb zwölf befand sich noch eine Gruppe von Männern in einem gegenüberliegenden Biergarten und warf mit Steinen die Scheiben von Wewelers Geschäft ein. Ein Polizist nahm sofort einen der Steinwerfer fest, die anderen konnten entkommen. Der Verhaftete, ein zweiunddreißigjähriger verheirateter Mann mit drei Kindern, der aus Massen kam, einer anderen Bergarbeitersiedlung einige Kilometer östlich, gab seine Tat offen zu und erklärte: »*Wenn ich dafür auch ein halbes Jahr in die Kiste komme, ich komme ja auch wieder heraus!*«

(Die Darstellung basiert hauptsächlich auf Polizeiakten und -berichten im Stadtarchiv Dortmund und im Staatsarchiv Münster, besonders auf Material aus Bestand 5, Nr. 570 und, für die Vorfälle in Asseln, Bestand 17, Amt Brackel, An 10-2 im Stadtarchiv Dortmund.)

Aus dem Englischen von Wolfgang Braunschädel

Dieter Gündisch

Arbeiterbewegung und Widerstand in Wetzlar 1933

I. Einleitung

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die verschiedenen Stufen des Prozesses der Zerschlagung der organisierten, vorwiegend sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Stadt und Kreis Wetzlar durch den Nationalsozialismus sowie die verschiedenen Ebenen des Widerstandes der Arbeiterbewegung. Wie vollzog sich der Übergang von der angeschlagenen Demokratie der Weimarer Republik zur Diktatur des Faschismus in einer wirtschaftlich bedeutenden, politisch-kulturell eher provinziellen Charakter tragenden Industrie- und Arbeiterstadt? Wie gelang es dem Faschismus, aus unbedeutenden Anfängen aufsteigend, gegenüber traditioneller sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, die vornehmlich Gewerkschaftsbewegung war, einerseits und bürgerlichem Machtestablishment, welches eng mit den örtlichen Großbetrieben verbunden war, andererseits seinen absoluten Machtanspruch durchzusetzen und zu legitimieren?
Ein Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen der Wetzlarer Arbeiterbewegung und ihren Hauptgegnern vor 1933 soll den historischen Zugang zum Verständnis der Niederlage von 1933 erleichtern.
An Literatur zu diesem Bereich existiert für Wetzlar kaum etwas. Diese Lücke soll die Dissertation des Verfassers schließen. Grundlage hierzu sowie für diese Untersuchung bildet das bisher ungesichtete Archivmaterial des Wetzlarer Stadtarchivs, des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden sowie des Landeshauptarchivs Koblenz. Einige Zeitzeugen berichteten dem Verfasser ihre subjektiven Erlebnisse und Erinnerungen. Für diese Untersuchung waren die Zeitungsbände des »Wetzlarer Anzeigers« (WA) besonders ergiebig, da sie – wenn auch einseitig – relativ vollständig über nationalsozialistisch-staatliche Terror-und Unterdrückungsmaßnahmen sowie über die verschiedenen Widerstandsformen berichten.

II. Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Wetzlar bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme

Der Nationalsozialismus begann nicht mit dem 30. Januar 1933 und die Geschichte der organisierten, aber zugleich gespaltenen und fraktionierten Arbeiterbewegung in Deutschland endete nicht mit diesem Datum. Wohl aber markiert dieser 30. Januar den Schnittpunkt der Kräfteverschiebung zugunsten des besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik von einflußreichen und mächtigen Gruppen der Industrie und Finanzwelt geförderten Faschismus. Gleichzeitig erlebt die seit mehreren Jahren, wenn nicht gar seit einem Jahrzehnt, im Abstieg befindliche Arbeiterbewegung einen vorläufigen, wenngleich auch noch nicht endgültigen Tiefpunkt.
Ab diesem Datum glich sich die lokal und regional unterschiedliche Machtverschiebung zugunsten des Faschismus zunehmend an. Auch in bisher weitgehend »immunen« Arbeiterhochburgen zerschlugen Terror und staatliche Maßnahmen die Arbeiterorganisationen

und erzeugten gleichzeitig Zentren des Arbeiterwiderstandes.
Bereits der erste Eindruck von Wetzlar vermittelt bis heute das Bild einer Industrie- und Arbeiterstadt mit historischem Altstadtkern. Optische Weltfirmen wie Leitz und Hensoldt prägen das Stadtbild und den wirtschaftlichen Charakter Wetzlars seit vielen Jahrzehnten ebenso wie die großen Metallbetriebe der Buderus-Gruppe (heute zum Flick-Konzern gehörend).
Generationen von Arbeitern, bis weit in unser Jahrhundert hinein zum Großteil Arbeiter-Bauern mit Nebenerwerbslandwirtschaft, »schafften« oftmals im gleichen Betrieb, in dem bereits der Vater und Großvater gearbeitet hatten. So konnte sich neben einem gewissen Berufsstolz – besonders ausgeprägt bei den Optikern und Mechanikern – auch ein sozialdemokratisch-gewerkschaftliches Arbeiterbewußtsein entwickeln und vererben. Die Mehrheit der Wetzlarer und der Kreisbevölkerung war von Arbeit in wenigen Großbetrieben, von derem wirtschaftlichen Wohlergehen, abhängig.
Mit einiger Verwunderung sieht man, daß es der organisierten Arbeiterbewegung Wetzlars bis nach 1945 nicht gelang, in einer so typischen Arbeiterstadt die Verwaltung zu erobern. Selbst während der Novemberrevolution 1918, als reichsweit alle Möglichkeiten offen schienen, arbeitete die alte Verwaltung kontinuierlich weiter, machte allenfalls einige Konzessionen. Die Wetzlarer Arbeiterbewegung war primär Gewerkschaftsbewegung und hatte ihre Stärken und Prioritäten eindeutig in den Betrieben und nicht in der sozialdemokratischen Partei. In den Betrieben allerdings, bei Konflikten mit den Arbeitgebern, entwickelte die Gewerkschaftsbewegung eine entschlossene Hartnäckigkeit und Kompromißlosigkeit, die teilweise in Radikalität umschlug. Ohne nennenswerte finanzielle Unterstützung und ohne Solidaritätsstreiks der Gewerkschaftsorganisation in anderen Städten führten die Wetzlarer Metaller 1921 einen mehrmonatigen Streik, der das Leben der ganzen Stadt größtenteils lahmlegte. Erst ein gewaltiges Polizeiaufgebot mit Panzerwagen beendete die Betriebsbesetzungen und den Ausstand. Ein Jahr später wiederholte sich das Ganze in etwas kleinerem Maßstab.
Im Oktober 1923, nachdem selbst die Versorgung der noch arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung mit Grundbedarfsgütern zusammenbrach, griff das verelendete Proletariat zur »Selbsthilfe« und plünderte einige Tage lang sämtliche Kaufhäuser, Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte in der Stadt.
Entscheidende Folge dieser Plünderungsunruhen war ein verspäteter, sich tief einprägender »Revolutionsschock« im Bürgertum und vor allem im direkt betroffenen gewerblich-selbständigen Mittelstand. Selbständige Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute entwickelten politische Selbständigkeit und lösten sich von den etablierten bürgerlichen Parteien. Bisher hatten sie sich den bürgerlichen Parteien, in denen die Unternehmerpersönlichkeiten den Ton angaben, angeschlossen und diesen eine Massenbasis gestellt. Zunächst den liberalen Demokraten um Dr. Leitz, danach den Managern der Metallindustrie, welche weiter rechts standen. Man folgte dem Motto: Solange es der Industrie gut geht, geht es auch dem Mittelstand gut; und sei es aufgrund der Kaufkraft der Arbeiter. 1924 gründete der Mittelstand erstmals eine eigene, sozial fest umgrenzte Partei zur Durchsetzung mittelständischer Interessen. Die Wahlerfolge bestätigten diesen lokalen Sonderweg abseits des Weimarer Parteienspektrums.
Es sei vorweggenommen: Der Nationalsozialismus füllte das ideologische Vakuum und zog diese Mittelschichten bis 1933 größtenteils zu sich hinüber – was den bereits in den frühen zwanziger Jahren einsetzenden Rechtstrend bestätigte.
Der Höhepunkt der Wetzlarer Arbeiterbewegung war spätestens 1928/29 überschritten.

Die Weltwirtschaftskrise entzog der von den Kämpfen der frühen zwanziger Jahre nie sich erholenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung weiterhin die Basis.[1] 1930 erschütterten monatelange heftige Fraktionskämpfe den gesamten Parteibezirk. Die Wetzlarer SPD stand kurz vor der Spaltung in einen radikalen Minderheitenflügel und einen gemäßigten Mehrheitsflügel.
Offenbar profitierte die KPD von diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD, ohne jedoch einen Führungsanspruch in der lokalen Arbeiterbewegung durchsetzen zu können. Dafür fehlte ihr vor allem der Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften. Immerhin konnte die KPD in Wetzlar ihr Wählerpotential zwischen 1930 und 1932 verdreifachen (von 4,5 auf 15 Prozent). Im gleichen Zeitraum verlor die SPD über 10 Prozent und sank von 37,8 auf 26,9 Prozent.[2]

III. Nationalsozialismus und Mittelstand

Als Arbeiterstadt mit einer traditionell starken Gewerkschaftsbewegung bot Wetzlar eher ungünstige soziologische Voaussetzungen für die NSDAP.
Die Anfänge der Partei in den zwanziger Jahren mit deutlichem Antisemitismus, etwas Antikommunismus und gelegentlichen Angriffen auf den Großhandel und das jüdische Kapital blieben zunächst unbedeutend und zudem personell schwach abgestützt. Ohne Hitlers Reichskanzlerschaft hätte sich die NSDAP in Wetzlar gegen die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Arbeiterbewegung einerseits und das bürgerliche Establishment andererseits wohl kaum durchgesetzt. Die Attraktivität auf gewisse kleinbürgerliche, bäuerliche, mittelständische und akademische Schichten sowie auf die Arbeitslosen stieg mit den Erfolgen der Partei auf Reichsebene. Dahingegen bot die Wetzlarer Ortsgruppe mit Flügelkämpfen und Streitereien um Posten, die bis zur handgreiflichen Auseinandersetzung eskalierten, wenig Anziehendes.
Im März 1932 betrug die Stärke der Ortsgruppe etwa 300 Mitglieder: darunter 40 Jugendliche in der HJ, 35 Frauen in der NS-Frauengruppe, zwischen 15 und 20 Mann in der SS.[3] Damit konnte die NSDAP schon zahlenmäßig sich kaum mit Arbeiterorganisationen messen. »*Selbst den Saalschutz konnte die Wetzlarer Ortsgruppe anfangs nicht allein stellen, er kam meist aus den nationalsozialistischen Zentren im Kreis (Leun, Ehringshausen, Braunfels) oder gar aus Gießen und Frankfurt.*«[4] Bis 1933 lag die Kreisleitung in Braunfels und nicht in Wetzlar. Etwa 350 »*Marxisten*«, denen nur 30 SA-Männer entgegenstanden, verhinderten beispielsweise Anfang 1931 durch Besetzung des Versammlungsraumes eine NSDAP-Veranstaltung.
Über Straßenschlachten und offene Konfrontation mit der Arbeiterbewegung konnte die Wetzlarer NSDAP nicht zum Ziel kommen, wenngleich sie aus Prestigegründen diese Auseinandersetzungen nicht immer scheute.
Bis 1933 war die Ortsgruppe eher kleinbürgerlich bieder und außenorientiert als entschlossen, kämpferisch und selbstbewußt, wie es ihre Lieder suggerierten. Der große Zulauf kam erst nach der Machtübernahme, sei es aus Opportunismus, sei es wegen der Auflösung der bürgerlichen Parteien. Auch saß bis März 1933 kein Nationalsozialist im Wetzlarer Stadtparlament.
Ein Großteil der mittelständischen Wähler, die für das Stadtparlament ihre eigenen Mittelstandsabgeordneten wählten, unterstützte bei den Reichstagswahlen Hitlers Partei. Auf Reichsebene traute man den Nationalsozialisten, vor allem Hitler, entschieden mehr zu

als den örtlichen, wenig profilierten Funktionären.
Diese Diskrepanz zwischen der Stimmabgabe bei Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen gilt aber auch für die SPD und für die Demokratische Partei. Über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik hindurch wirklich konstant war – wie auch auf Reichsebene – nur das katholische Zentrum, das im fast rein protestantischen Wetzlar eine religiös-kulturelle Minderheit repräsentierte.
Viele SPD-Wähler hatten auf kommunaler Ebene weniger Vertrauen zur Sozialdemokratie als auf Reichsebene: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 erreichte die SPD in Wetzlar über 40 Prozent gegenüber knapp 28 Prozent bei den Stadtverordnetenwahlen vom März 1919; ein Beweis für die These vom betrieblich-gewerkschaftlichen Charakter der örtlichen Sozialdemokratie.
Dafür scharten sich, ähnlich wie während der Novemberrevolution 1918/19, besonders mittelständische Angestellte und Ingenieure, aber auch Facharbeiter und Großbürger im März 1933 klassenübergreifend um die Partei des Unternehmers Dr. Leitz, welche als »Deutsche Staatspartei« überregional nur noch ein Splitterparteidasein fristete. Im März 1933 erzielte diese Partei in Wetzlar bei den Reichstagswahlen 6,1 Prozent; bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung hingegen 17,7 Prozent.
Gegenüber einer Abwehrfront aus Sozialdemokraten und Demokraten, wie sie Mitte der zwanziger Jahre sich im »Reichsbanner« organisierte, hätte die völkisch-nationale Rechte auf lokaler Ebene keine Mehrheitschance gehabt. Die Machtergreifung über die Stadtverwaltung, wie über das sozialdemokratisch geführte Landratsamt mußte gewaltsam von außen erfolgen, da eine Machtübernahme über Mehrheitsverhältnisse aussichtslos war.
Eindeutig ist ferner die Wanderbewegung des selbständig-handwerklichen Mittelstandes nach rechts zu verfolgen. In der Frühphase der Weimarer Republik suchten diese Schichten bei den zu begrenzter Zusammenarbeit mit den »Revolutionskräften« bereiten Demokraten »Schutz« vor angeblich drohender Sozialisierung, die jedoch zu keinem Zeitpunkt wirklich auf der Tagesordnung stand, dafür aber eine ideologische Abwehrfront bei allen »Besitzenden« bis zum kleinen Bäckermeister mobilisierte.
Während der großen Streikbewegungen 1920-1922 formierte sich der »alte Mittelstand« um die auf die »gute alte Zeit« der Monarchie zurückgewandten Kräfte der Deutschen Volkspartei. Wegen ihres Charakters als Industriepartei sah man dort jedoch die eigenen mittelständischen Interessen vernachlässigt, weshalb man sich »selbständig« machte und handwerklich-gewerbliche Mittelstandslisten aufstellte. Die ausschließliche Konzentrierung auf wirtschaftliche und fiskalische Sonderinteressen führte zugleich zu einer ideologisch-gefühlsmäßigen »Heimatlosigkeit«.
Mit seiner Ideologie vom »deutschen Weg« jenseits von Marxismus und Monopolkapitalismus füllte der Nationalsozialismus diese Lücke, ohne zunächst eine personelle Alternative zur bestehenden Verwaltung bieten zu können.

IV. Auseinandersetzungen zwischen der Wetzlarer Arbeiterbewegung und Rechtskräften vor 1933

Die Wetzlarer Arbeiterbewegung, sei es als Gewerkschaft oder als republikanische Kriegsteilnehmer- und Schutzorganisation »Reichsbanner«, brauchte bis 1933 die Auseinandersetzung – auch die auf der Straße – mit nationalen und rechtsextremen Organisationen (Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, SA) nicht zu fürchten, da sie diesen zahlenmäßig sowie

organisatorisch überlegen war. Den offenen Schlagabtausch wagte die Wetzlarer SA auch zu keinem Zeitpunkt; es blieb bei symbolischen Präsensdemonstrationen und Einzelaktionen, wie dem Hissen einer Hakenkreuzfahne auf einem Burgturm im »roten« Kreisgebiet (WA, 26. April 1933). Dieser Aktion gedachten die Nationalsozialisten noch 1933 mit einer größeren Feier.

In der Abwehr rechter Aktivitäten und Bedrohungen des bestehenden republikanisch-parlamentarischen Systems war die Wetzlarer Arbeiterbewegung stärker und erfolgreicher als in der offensiven Veränderung alter kapitalistisch-autoritärer Strukturen. Dies zeigte sich im März 1920 anläßlich des Kapp-Putsches wie 1924, als das neugegründete Wetzlarer Reichsbanner, dem neben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch Teile des liberalen Bürgertums angehörten, die Teilnahme von Stahlhelm und Jungdeutschem Orden an der Einweihungsfeier für ein Kriegerdenkmal trotz vorheriger behördlicher Genehmigung verhinderte (WA, 18. und 25. Oktober 1924).

Im Jahre 1930 gelang ähnliches noch einmal: Eine nationalsozialistische Veranstaltung unter dem Motto *»Die Hand an der Gurgel des Systems«* wurde durch Intervention bei den Behörden verhindert. Man drohte, daß man zur Selbsthilfe gegenüber den Nationalsozialisten schreiten werde, wenn die staatlichen Organe nicht von sich aus *»eine würdigere Form des politischen Kampfes erzwingen«* (WA, 5. Dezember 1930).

Teile des Reichsbanners gingen sogar soweit, eine *»Diktatur der Republikaner«* zum Schutz des bestehenden Systems zu fordern. Militärische Traditionen und Befehlsstrukturen boten innerhalb des Reichsbanners natürlich eher den Boden für solche Überlegungen als etwa die Gewerkschaftsbewegung.

Solche Überlegungen zeigen, daß auch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung das Bekenntnis zu Demokratie, Parlamentarismus und Freiheit angesichts der veränderten Situation (Präsidialkabinette seit 1930) kein unangreifbarer Grundkonsens war und »neue« Staatsformen diskutiert wurden. Viele Sozialdemokraten verstanden die demokratische Republik ohnehin nur als gesellschaftliche Vorstufe auf dem Weg zum »Sozialismus«.

Mit dem Zusammenschluß von freier Gewerkschaftsbewegung, SPD und Reichsbanner zur »Eisernen Front« Anfang 1932 kam nochmals eine kurze Euphorie auf, da man glaubte, der Faschismus könne verhindert werden, wenn man nur den Willen dazu besitze. Ausdruck dieser Euphorie waren die sich häufenden Massendemonstrationen und Großkundgebungen. Sogar die alte Generalstreikdiskussion keimte hier und da wieder auf.

In der Form näherte sich die »Eiserne Front« durch die Übernahme bündischer Elemente, Verstärkung des Führerprinzips und geschlossenes paramilitärisches Auftreten den Aufmärschen ihrer rechten Gegner an. Der Appell an die Gefühle, an Geborgenheit des Individuums in der Masse kollidierte jedoch vielfach mit dem vernunftgeprägten und aufklärerischen Tenor der Reden, welche ganz der sozialdemokratischen Tradition verhaftet blieben.

Immerhin mobilisierte die »Eiserne Front« am 17. Juli 1932 etwa 4 000 Teilnehmer, während es die SA am gleichen Tag nur auf etwa 1 000 Teilnehmer brachte. Teilweise entlud sich die aufgeladene Spannung zwischen Reichsbanner und Kommunisten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite in heftigen Straßenschlachten; so in Erda im Januar 1932 anläßlich einer NSDAP-Versammlung, deren Verhinderung eine Massenschlägerei mit etwa 300 Beteiligten auslöste (WA, 3. Dezember 1932). In Hermannstein kam es im Juli anläßlich der Durchfahrt eines Kampflieder singenden SA-Trupps sogar zu einer Schießerei (WA, 12. Juli 1932). Die Wetzlarer Zeitung des Jahres 1932 ist voll mit Prozeßberichten über politische Auseinandersetzungen bis hin zur gewaltsamen Abnah-

me von Uniformen, wenn einzelne SA-Leute Mitgliedern der »Eisernen Front« in die Hände liefen.
Die nun auch in Wetzlar bedrohlich anwachsenden Reichstagswahlerfolge der nationalsozialistischen Bewegung kommentierte das ehemalige Mitglied des Rates der Volksbeauftragten Dittmann folgendermaßen: Wegen Differenzen innerhalb der SA sei der *»aggressive Charakter«* des Nationalsozialismus bereits gebrochen. Außerdem schwenkten Wirtschafts- und Finanzkreise zu Hugenberg (Deutschnationaler) und zum Stahlhelm um. Sogar eine *»Volksbewegung«* aus Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten auf dem *»Boden der Grundsätze der Demokratie«*(!) gegen Kapital und Unternehmermacht schien Dittmann möglich (WA, 4. November 1932). Eine folgenschwere Fehleinschätzung der wirklichen Lage und bestehender Möglichkeiten aus dem Munde eines profilierten Arbeiterführers.
Sozialdemokratische Wähler sowie Kommunisten waren im Gegensatz zum typischen NSDAP-Wähler vor 1933 eher bereit, selbst politisch aktiv zu werden: sei es während der großen Streikbewegungen oder bei der Teilnahme an den Großkundgebungen der »Eisernen Front«. Der mehr passive NSDAP-Wähler trug zwar die neuen Ordnungsvorstellungen (Zerschlagung des »Marxismus«, Stärkung des Mittelstands gegenüber dem (jüdischen) Kapital, Beseitigung der außenpolitischen Nachkriegsordnung von Versailles) des Faschismus, entzog sich aber mehrheitlich der konkreten und alltäglichen »Drecksarbeit« in SA oder Partei. Viele stieß sicher auch der proletarisch-landsknechthafte Charakter der Massenorganisationen ab. Ein selbständiger Geschäftsmann konnte zwar NSDAP wählen und am Biertisch Hitler verteidigen, in einer Arbeiter- und Kleinstadt wie Wetzlar jedoch vor 1933 kaum in einer SA-Uniform durch die Stadt laufen, ohne erheblich an Kundschaft zu verlieren.
Insgesamt läßt sich für Wetzlar die These aufstellen: Wäre bis Anfang 1933 von »oben«, sei es von der preußischen Regierung anläßlich des Staatsstreiches gegen Preußen, sei es von der »Eisernen Front«, ein ernsthafter Widerstandsaufruf gegen den Nationalsozialismus gekommen, hätte die Mehrheit der Arbeiterbewegung diesen aktiv unterstützt. Mit der »legalen« Machtergreifung des Faschismus und der Usurpierung des staatlichen Machtapparats verschwand diese Chance.

V. Machtergreifung im Kreis Wetzlar

In der Stadt Wetzlar selbst lief dieser Tag, nach dem vorliegenden Material zu urteilen, ohne öffentliche Aktivitäten der Nationalsozialisten ab. Dies mag als Beweis für die These von der Überraschung der Ortsgruppe über Hitlers Reichskanzlerschaft gelten.
Entsprechend erfolgten von Seiten der Arbeiterbewegung keine erkennbaren Mißfallens- oder Protestkundgebungen. Sicher wurde natürlich in den Betrieben und Geschäften sowie unter Bekannten über diesen erneuten Regierungswechsel – der letzte lag immerhin erst zwei Monate zurück – gesprochen und diskutiert. Allzu große Veränderungen erwarteten wohl nur die wenigsten, schien Hitler doch von den Deutschnationalen und parteilosen Politikern »eingerahmt«[5].
Der stellvertretende Kreisleiter der NSDAP organisierte in seiner Heimatgemeinde Bieber am Abend des 30. Januar einen Fackelzug *»zu Ehren des Reichspräsidenten (Hindenburg) und zur Einführung des neuen Reichskanzlers«* (WA, 1. Februar 1933). SA aus zwei Nachbargemeinden schloß sich an, so daß etwa 500 Menschen hinter der Musikkapelle marschierten.

Auf einer Anhöhe entzündeten SA-Männer beim Herannahen des Demonstrationszuges ein Holzfeuer. Neugierige Ortsbewohner vergrößerten die Menge auf etwa 1 000 Personen. Reden, getragen von Aufbruchstimmung, ein Gedichtvortrag (»*Wir haben vom Tod umgeistert das deutsche Schicksal gemeistert*«) sowie das »*Lied vom guten Kameraden*« bestimmten den inhaltlichen Ablauf.
Gemeinsam mit der deutschnationalen Kriegerorganisation »Stahlhelm«, der »Arbeitsgemeinschaft militärischer Vereine« sowie der Stadtgruppe Wetzlar des »*Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen*« organisierte die NSDAP am Vorabend vor den letzten Reichstagswahlen einen Fackelzug.
Auf dem Domplatz, geschmückt mit Hakenkreuzfahnen und dem Schwarz-weiß-rot der Deutschnationalen, gedachte eine »*große Menschenmenge*« des »*Opfertodes von 2 Millionen Deutschen*« im Weltkrieg mit einer Schweigeminute und dem obligatorischen »*Lied vom guten Kameraden*«. Es folgte die Rundfunkübertragung der Reden von Goebbels und Hitler über Lautsprecher.
Der Wetzlarer Stahlhelm-Führer forderte die Anwesenden anschließend »*zur Ablegung des Rütli-Schwures auf, der ihm nachgesprochen wurde*« (WA, 6. März 1933).
Dem Fackelzug der uniformierten Kundgebungsteilnehmer durch die Stadt zurück zum Domplatz schloß sich nach dem Zeitungsbericht auch »*eine größere Zahl von Zivilpersonen mit Fackeln*« an. Auf dem Domplatz wurden die Fackeln zusammengeworfen. »*Inmitten der Stadt loderte nun ein Fanal ebenso wie auf den zahlreichen umliegenden Höhen mit ihren Bauwerken aus historischer Zeit. Kundgebung und Fackelzug verliefen ohne jede Störung.*«
Für das Selbstbewußtsein der NSDAP im Kreis Wetzlar entscheidender war an diesem »*Tag der erwachenden Nation*« der Fackelzug in »kommunistischen« Arbeitergemeinden im Osten des Kreises (so erzielte die KPD 1932 in Gleiberg 55,8 %, in Launsbach 34 % und in Wißmar 25,1 % der Stimmen. Der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zerschlagenen Arbeiterbewegung sollten die neuen Machtverhältnisse und die aussichtslose Isolation ihres beginnenden Widerstandes gezeigt werden. Mit Musik und unter Mitwirkung eines Trommler-und Pfeiferkorps zogen die Nazis auf eine Anhöhe, wo ein großer Reisighaufen in Flammen aufging, während ein Redner sprach (WA, 8. März 1933).

VI. Zur Funktion der Wetzlarer Polizei bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Es gehört zu den Kontinuitäten der Wetzlarer Arbeiterbewegung, daß ihre offensiven und defensiven Aktionen letzten Endes immer am Eingreifen der staatlichen Ordnungskräfte gegen sie scheiterten. Hier gibt es nur eine Ausnahme, als im Revolutionswinter 1918/19 der Arbeiterrat das ablehnende Verhalten eines »*Kriegsgewinnlers*« gegenüber Lohnerhöhungsforderungen der Gewerkschaft mit der militärischen Besetzung des Betriebes beantwortete[6].
Wie während der großen Streikbewegung in den zwanziger Jahren die Unternehmerfront, bedienten sich auch die Nationalsozialisten in erster Linie des staatlichen Machtapparates zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung. SA und SS leisteten als »Hilfspolizei« personelle Unterstützung und übten zugleich ideologische Kontrolle aus.
Die neuen Machthaber erwarteten in der Arbeitergegend Wetzlar Widerstand der Arbeiterbewegung. Bereits in den ersten Februartagen des Jahres 1933 verlegte das Regierungspräsidium ein mobiles Polizeikommando von 22 Polizisten nach Limburg. Zur Aufgabe

dieses Sonderkommandos hieß es: »*Die Truppe wird ständige Streifen durch den ihr zugeteilten Bezirk unternehmen ... Sollten irgendwo Unruhen ausbrechen, so wird das Kommando in kürzester Zeit an Ort und Stelle sein und eingreifen können*« (WA, 4. Februar 1933). Das Sonderkommando verfügte über einen Streifenwagen sowie über einen »*Schnellastwagen*«.
Ende des Monats ging die Polizeiführung davon aus, »*daß die örtliche Polizei und die Landjäger durchaus in der Lage sind, alle etwa vorkommenden Unruhen zu unterdrücken*« (Wa, 23. Februar 1933). Das Sonderkommando wurde wieder abgezogen.
Zur Gleichschaltung der Wetzlarer Polizei gab man dieser Anfang April eine neue parteitreue Führung in Person des Staatskommissars Polizeioberleutnant Stephan. Stephan, zuvor Spezialist zur »*Bekämpfung der kommunistischen Propaganda und Zersetzungstätigkeit*« (WA, 8. April 1933) bei der Berliner Polizei, richtete die Wetzlarer Polizei, die bereits während der Weimarer Republik anfällig für nationalsozialistische Ideologie war[7], konsequent auf »*Bekämpfung und Ausrottung des Kommunismus und seiner verderblichen Auswirkungen auf Staat und Volksgemeinschaft*« (WA, 13. April 1933) aus. Es ist kaum übertrieben, wenn man Stephan Kreuzzugsfanatismus zuspricht. Nicht ohne Grund war er das Ziel von zwei Attentatsversuchen entschlossener Antifaschisten.
Aus der Sicht der Nationalsozialisten erledigte Stephan seine selbst gesetzten Ziele mit den üblichen Terrormethoden hervorragend. Auch konnten sich die Partei und ihre lokalen Führer auf andere Aufgaben, wie die schrittweise Usurpierung der Verwaltung, das Eindringen in die Betriebe durch die nationalsozialistische Gewerkschaft oder die durchaus nötige »*Volksaufklärung*«, konzentrieren. Ein gewisses »sauberes« Image war für all diese Vorhaben, gerade auch im Hinblick auf das alte bürgerliche Establishment, Grundvoraussetzung.
Der Reichstagsbrand am 27. Februar bot den nationalsozialistischen Machthabern einen höchst willkommenen Anlaß zum Vorgehen gegen Sozialdemokratie und Kommunisten. Natürlich geriet der Wahlkampf damit völlig zur Farce.
Wie in ganz Preußen fand auch in Wetzlar am letzten Februartag 1933 eine Polizeiaktion zur Beschlagnahme »*marxistischen*« Materials statt. Ein »*größeres Polizeiaufgebot*« führte diese von »*oben*« angeordnete erste Polizeiaktion gegen Wetzlarer Arbeiterparteien durch (WA, 1. März 1933). Weitere Einzelheiten erfahren wir hierzu nicht. Am 9. März durchsuchte die benachbarte Polizei in Hessen die Büros von SPD, Reichsbanner und Eiserner Front. Hiermit verlor die »grenzübergreifende« Widerstandstätigkeit im Wetzlarer Raum ihren Ausweichoperationsraum. Im März konzentrierte die Wetzlarer Polizei ihre Aktivitäten auf den »kommunistischen« Grenzraum im Osten des Kreises in Richtung Gießen.
Am 26. März beschlagnahmte die Polizei in mehreren Häusern in Wißmar »*einige Waffen, Pulver, verbotene Druckschriften und Flugblätter*« (WA, 27. März 1933). Ende des Monats verhafteten die Ordnungskräfte »*anläßlich einer größeren Durchsuchung*« 14 KPD-Funktionäre – darunter den Wetzlarer KPD-Vorsitzenden Knebel – in den Gemeinden Gleiberg, Krofdorf, Wißmar, Launsbach und Naunheim (WA, 1. April 1933).
Die Suche nach Waffen diente zumeist nur als Vorwand, um Unterlagen über die Arbeiterorganisationen und Propagandamaterial sicherzustellen.
Unter Polizeioberleutnant Stephan erfolgte in der Nacht vom 17. auf den 18. April die umfangreichste Terrormaßnahme gegen ein ganzes Dorf, wobei die Polizeikräfte fast kriegsmäßig vorgingen:
»*Unter Hinzuziehung von SA, SS, Landjägern und Beamten der kommunalen Polizei wurde heute Nacht ein als besonders kommunistisch bekanntes Dorf im Kreise Wetzlar (Gleiberg, Krofdorf? d. Verf.) umstellt und Haus für Haus systematisch durchsucht. Die Maßnahme war notwendig ge-*

worden, weil der dringende Verdacht bestand, daß aus dem angrenzenden Hessen verbotene Druckschriften der KPD in das Kreisgebiet eingeschleppt und unter die Arbeiterschaft verteilt würden. Aus diesem Grunde wurden auch die Verbindungsstraßen nach Hessen sowie alle anderen Straßen überwacht und Passanten zu Fuß und Rad durchsucht. Neben zahlreichem verbotenem Material (Druckschriften, Waffen pp.) fanden sich Anhaltspunkte dafür, daß die in Hessen zuletzt bekannt gewordenen Hetzblätter infolge der augenblicklich scharfen Überwachung nur in weit geringerer Zahl in den Kreis Wetzlar gelangten« (WA, 18. April 1933).

Gerade mit dieser Großaktion ging es weniger um den offenbar eher geringen konkreten Beschlagnahmungserfolg, als vielmehr um eine symbolische Abschreckungs- und Einschüchterungsmaßnahme. Die Miteinbeziehung politisch Unverdächtiger wurde dabei in Kauf genommen. Die Wetzlarer Polizeiführung baute sich ihren Gegner im Osten des Kreises förmlich auf. Sie brauchte sicher auch ein klares räumliches Feindbild, welches sie quasi militärisch bekämpfen konnte.

Ähnliche Aktionen in städtischen Arbeiterstadtteilen hätten nicht nur eines noch größeren organisatorischen Aufwandes bedurft (die Hausdurchsuchungen im Anschluß an die Plünderungsunruhen 1923 führten vorwiegend auswärtige Polizeihundertschaften durch); sie hätten auch Einwände der um die langsame Ankurbelung der Produktion besorgten Unternehmer ausräumen müssen.

In der Nacht vom 24. auf den 25. April erfolgte der nächste Schlag gegen den illegalen kommunistischen Parteiapparat in Wetzlar und der Kreisgemeinde Gleiberg. Zahlreiche Verhaftungen sowie die Sicherstellung *»hochverräterischen Materials«* waren der Erfolg dieser Großaktion von Polizei und SA (WA, 26. April 1933).

Nach der Zerschlagung der Arbeiterparteien konzentrierten sich die Unterdrückungsorgane im Mai auf die Vernichtung der freien Gewerkschaften. Hierauf komme ich an anderer Stelle ausführlicher zurück.

Im Juni 1933 führte die Wetzlarer Polizei – wie im ganzen Reichsgebiet – die Auflösung der deutschnationalen Konkurrenzverbände, der *»Deutschnationalen Kampfringe«*, die in Wetzlar der Gau- und Kreisführer der *»Bruderpartei«* DNVP Dr. Raab aufgestellt hatte, durch. Die Durchführung dieser Aktion verlief zwar in der Form moderater als die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, dennoch rollte die Gleichschaltungswelle auch gegenüber den Deutschnationalen unerbittlich (WA, 22. Juni 1933). Die Liquidierung der SA-Führung 1934 hatte hier ein Vorspiel.

Die reichsweite Großfahndungsaktion am 25. Juli, die im Kreis Wetzlar von Polizeioberleutnant Stephan unter Hinzuziehung eines größeren SA- und SS-Aufgebots relativ ergebnislos verlief, galt den lokalen Machthabern als Beweis für die Richtigkeit ihres bisherigen Vorgehens: Man nahm an, *»daß das scharfe Vorgehen im Kreise Wetzlar gegen die kommunistische Propaganda bei den betreffenden Stellen bekannt ist und sie zur besonderen Vorsicht zwingt«* (WA, 26. Juli 1933). Immerhin sagt dieser Polizeibericht aber auch aus, daß der Widerstand gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft bei weitem nicht völlig zerschlagen war.

Im Oktober 1933 durchsuchten erneut 23 SA-Männer und 16 Polizeibeamte insgesamt 16 Wohnungen *»früherer sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre«* in der Stadt (WA, 20. Oktober 1933). Beschlagnahmt wurden hierbei *»zahlreiche illegale Schriften, verbotene Bücher, einzelne Waffen und sonstiges Material«*.

VII. Verfolgung und Schutzhaft

Polizeiliche Maßnahmen zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung richteten sich letztlich immer gegen Individuen als Träger von Organisationen und Widerstand.
Hierzu wurde das Instrument der Schutzhaft in einer differenzierten Bandbreite angewendet; von der Abschreckung zur Weiterführung gewählter Ämter in der Verwaltung oder den Arbeiterorganisationen, über die Einschüchterung einer rassisch diffamierten Minderheit (Juden) bis zur physischen Vernichtung wirklicher oder vermeintlicher Widerstandsträger. Entscheidend war der rechtsfreie Raum, weshalb es praktisch jeden treffen konnte. Widerstandsansätze im Alltagsbereich hatten stets die Drohung der Schutzhaft zu überwinden.
Als einer der ersten im Kreis Wetzlar kam der sozialdemokratische Bürgermeister Schubert aus Hermannstein wegen eines Flaggenzwischenfalls für einige Tage in Schutzhaft; er hatte sich offenbar geweigert, die Hakenkreuzfahne an öffentlichen Gebäuden aufziehen zu lassen (WA, 17. März 1933). Gegen Bürgermeister Brockmeier aus Krofdorf organisierte die NSDAP öffentliche Demonstrationen, nahm ihn kurz in Schutzhaft, schickte ihn danach in Urlaub und konnte das Amt mit einem Nationalsozialisten besetzen (WA, 27. April 1933). Ähnlich entledigte man sich dreier Lehrer in Rodheim. Ein gleichzeitig festgenommener Gewerkschaftssekretär blieb hingegen in polizeilichem Gewahrsam (WA, 24. März 1933).
Am 28. März kamen 11 *»führende Mitglieder der SPD und jüdische Einwohner«* (WA, 29. März 1933) in Schutzhaft. Die Verhaftung der Juden diente als Vorbereitung und Einstimmung auf den reichsweiten Judenboykott am 1. April als angebliche Abwehrmaßnahme *»gegen die Greuelpropaganda im Auslande«* (WA, 31. März 1933). Der erste Schritt in Richtung Judenvernichtung war getan. Einen greifbaren und aktiven Antisemitismus gab es in Wetzlar schon bevor es eine NSDAP gab. Bisher erregten antisemitische Schmierereien oder die Zerstörung des Judenfriedhofes aber auch immer zumindest das liberale Bürgertum. Jetzt geschah gar nichts – nur aus Angst vor Schutzhaft?
14 KPD-Funktionäre, darunter der Führer der Wetzlarer Ortsgruppe, der Anstreichermeister Knebel, wurden parallel zu der Judenboykottaktion verhaftet (WA, 1. April 1933). Der Vorwurf lautete in allen Fällen auf *»kommunistische Propagandatätigkeit«*. Diese Schutzhäftlinge blieben *»bis auf weiteres in Haft«*.
In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1933 nahm die Polizei 11 Personen wegen *»Vorbereitung zum Hochverrat«* fest. Glücklicherweise klappte die Koordination der Polizeikräfte nicht immer reibungslos, wie folgende Einsatzschilderung des Wetzlarer Polizeichefs belegt:
»Anfangs schien es, als habe sich alles gegen uns verschworen. Ein Ereignis jagte das andere, und jedes für sich drohte die gefaßten Entschlüsse gründlich über den Haufen zu werfen. Um 22 Uhr aus dem Kreise zurückgekehrt, fand ich bereits einen dringenden telephonischen Anruf vor, der Unterstützung aus einem ganz anderen Ende des Kreises verlangte. Da es sich um größere Ansammlungen handelte (Vorgänge um den Krofdorfer Bürgermeister? d. Verf.), mußte das Überfallkommando in Aktion treten. Kaum war es in dem der Feuerwehr gehörenden roten Wagen unterwegs, als richtig ein Brand ausbrach, bei dem dieser rote Wagen nun fehlte. Schnell mußte umdisponiert werden, in einer Stunde kamen bei mir 27 Telephonrufe an. Mittlerweile hatte programmäßig die Festnahme der in Wetzlar wohnhaften Kommunisten begonnen, die bis 3,30 Uhr vormittags [nachts; Anm. d. Verf.] dauerte. Eine Viertelstunde später stand das aus Frankfurt a. M. zur Unterstützung hergesandte Polizeikommando vor der Türe, und nach weiteren kurzen Minuten war der Start für die

Aktion im Kreise. Am Dienstag um 10,30 Uhr morgens, nach angestrengtester Arbeit aller Beteiligten, rückten wir wieder in Wetzlar ein« (WA, 26. April 1933).
In der folgenden Nacht kam es zum ersten Attentatsversuch auf Stephan.
Eine Zahl von 100 Schutzhäftlingen im Kreis Wetzlar ist das belegbare Minimum. Den Hauptkern der Schutzhäftlinge, etwa zwei Drittel, bildeten die Kommunisten. Sie blieben zumeist länger in Haft und waren den härtesten Verfolgungen ausgesetzt beziehungsweise wurden an Konzentrationslager überstellt.
Seit dem 11. Juli 1933 diente das in der Altstadt gelegene Fabrikgelände der ehemaligen Haarfabrik Krafft & Buß als Schutzhaftlager. Die offizielle Bezeichnung lautete »Polizeigewahrsam Jäcksburg« Offenbar reichten die Unterbringungsmöglichkeiten für Wetzlarer Schutzhäftlinge in den Gefängnissen nicht mehr aus.
Wie der Name »Polizeigewahrsam Jäcksburg« verrät, unterstand dieses Lager organisatorisch der Wetzlarer Polizeiführung, die Bewachung lag jedoch in SA-Regie. Im Juli hatte das Lager insgesamt 38 Häftlinge, davon 13 aus Wetzlar, 17 aus Wißmar, 5 aus Krofdorf und 3 aus anderen Kreisgemeinden. *»Die Mehrzahl der Häftlinge betätigte sich bei der KPD, andere gehörten der Sozialdemokratischen Partei an. Ihre Festnahme erfolgte wegen staatsfeindlicher Handlungen, in zahlreichen Fällen wegen Verteilung von Flugblättern kommunistischen Inhalts«* (WA, 13. Juli 1933).
Zwei Tage nach Errichtung des Lagers lud Polizeioberleutnant Stephan die Wetzlarer Presse zur Besichtigung ein. Diese offensive Öffentlichkeitsarbeit wurde notwendig, da kirchliche Kreise der Stadt sich schriftlich an die Polizeiführung gerichtet hatten, indem sie *»sich zur seelischen Betreuung der Schutzhäftlinge kritisch«* äußerten. Wenn die ganz gewiß nicht »linksstehende« Wetzlarer Kirche die Behandlung der Schutzhäftlinge kritisierte, muß schon einiges vorgefallen sein. Was sich hinter den ehemaligen Fabrikmauern abspielte, lassen Berichte aus anderen Lagern mit SA-Wachmannschaft erahnen. Hier konnte die bis 1933 den Arbeiterorganisationen unterlegene SA im rechtsfreien Raum ungestraft Rache üben.
Nach der Besichtigung des Lagers schrieb die Wetzlarer Zeitung beruhigend: *»Die Form, wie die Schutzhaft bei den Insassen des Polizeigewahrsams Jäcksburg und, wie uns betont wurde, allgemein durchgeführt wird, ist jedoch so human und bei aller gebotenen Disziplin auf jeder nur möglichen Berücksichtigung der menschlichen Seite dieser Angelegenheit aufgebaut, daß die Organe der staatlichen Ordnung Kritik in dieser oder ähnlicher Richtung als nicht begründet empfinden müssen.«* Bereits Anfang Mai 1933 schrieb der »Wetzlarer Anzeiger« nach einer Besichtigung des hessischen Konzentrationslagers Osthofen bei Worms, *»daß die Häftlinge sowohl an der Behandlung wie an der Verpflegung nichts auszusetzen haben. Von Mißhandlungen war nichts zu hören«* (WA, 6. Mai 1933).
So hatte die bürgerliche Presse entscheidenden Anteil an der Legitimierung nationalsozialistischer Terrormaßnahmen.
Der Zeitungsbericht über das Wetzlarer Schutzhaftlager liest sich wie die Reportage aus einem Ferienlager oder allenfalls einer Kaserne:
»Symptom mag es sein, daß mehrstimmiger Gesang aus den weit geöffneten Fenstern des Aufenthaltsraumes schallte ... An zwei dichtbesetzten Tischen erheben sich die Männer, als Oberleutnant Stephan den Saal betritt. Es ist kein Haß und keine Verbitterung in ihren Blicken. Sie alle, diese Menschen, sind deutsche Volksgenossen, noch verirrt – aber bei manchem ringt sich die Erkenntnis von dem ehrlichen Wollen des neuen nationalsozialistischen Staates allmählich durch. Typisch ist folgende kleine Episode: Ein Häftling kam frisch rasiert aus dem Waschraum und erklärte dem Polizeibeamten: 'Äußerlich habe ich mich schon verändert – innerlich fängts auch allmählich an!' ...

Zu der klugen und taktvollen Betreuung von oben gesellt sich die nicht minder taktvolle Haltung der SA-Wache ... Der Staat zahlt für jeden Häftling einen Unkostenbeitrag von 1,50 RM täglich. Mit diesem Satz muß alles bestritten werden. Es reicht für einfache, gute Kost, aber für nicht mehr. Es fehlt an Literatur, an manchem, womit sich die Häftlinge beschäftigen könnten ... Für körperliche Bewegung und ärztliche Betreuung ist gesorgt. Gelegenheit zu Sport und Turnspielen ist gegeben. Die Häftlinge halten ihr Quartier selbst in peinlicher Ordnung ...« (WA, 13. Juli 1933).
Der Tagesablauf richtete sich nach folgendem Zeitplan: 6 Uhr Aufstehen, 7 Uhr Frühstück, Mittag- und Abendessen wie üblich, 21 Uhr Nachtruhe.
Deutlich schwingt in diesem Bericht die rassistische Untermenschentheorie mit; wird Marxismus mit Schmutz und Dreck gleichgesetzt. Einen entscheidenden Stellenwert im Tagesablauf nahm das politische Umerziehungsprogramm, die geistige Gehirnwäsche ein: *»Staatspolitische, wirtschaftspolitische, heimatkundliche Gedankengänge werden den Häftlingen nahegebracht: Versailles und anderes mehr – alles Dinge, die das deutsche Leben zutiefst berühren.«*
Der Faschismus verstand seine Terrormaßnahmen in starkem Maße als Säuberung von angeblich undeutschen Gedanken und »kranken« Minderheiten (Juden, Behinderte u. a.).

VIII. Säuberung und Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltungen

Die bis März 1933 innerhalb der Wetzlarer Verwaltung völlig unerfahrenen NSDAP-Funktionäre bauten bei der Ausschaltung der alten bürgerlichen Verwaltungskräfte in der Stadt auf einen gewissen Vertrauensvorschuß, da ihre Partei nicht mit dem »System Kühn« identifiziert wurde. Trotz mehrerer Mißtrauensanträge der SPD sowie Dienstaufsichtsmaßnahmen der vorgesetzten Behörde gegenüber der Verwaltungs- und Finanzpraxis des demokratischen Oberbürgermeisters Dr. Kühn, der **seine** Stadt wie ein barocker Fürst regierte, wehrte der bürgerliche Klüngel bis 1930 alle Angriffe erfolgreich ab. In diesem Jahr kollabierte das »System Kühn« jedoch unter der Wucht der Vorwürfe, der Oberbürgermeister nahm sich das Leben, jahrzehntelange Verfehlungen und Korruption kamen an die Öffentlichkeit und zahlreiche Dienststrafverfahren gegen führende Verwaltungschefs wurden eingeleitet. Breite Bevölkerungsgruppen verloren das Vertrauen in die Bürokratie. Die NSDAP präsentierte sich geschickt als neue, unbelastete »saubere« Kraft, die nicht nur mit dem »Marxismus« aufräumt, sondern ebenso mit Überbleibseln des Kühn'schen Korruptionssystems. Fehlende Verwaltungserfahrung wurde mit dem Anspruch einer *»sauberen Verwaltung«* kompensiert. Auf dem Umweg über Disziplinarmaßnahmen schuf die NSDAP Verwaltungsstellen für ihre eigenen Leute. Beamte, die man nicht, wie den Landrat und einige Bürgermeister im Kreis, mit dem Vorwurf *»marxistische Elemente«* zu sein, aus dem Amt jagen konnte, wurde man so auf elegante Weise los. Zunächst unersetzbare Fachkräfte blieben trotz rechtskräftiger Verurteilung als technische Berater ohne Entscheidungskompetenz auf ihrem Posten. Ansonsten griff man bis hinunter zu Fahrern und Sekretärinnen durch (WA, 13. Juli 1933). Dr. Bangert (Deutsche Volkspartei), Nachfolger Dr. Kühns als Bürgermeister und Vertreter der örtlichen Schwerindustrie, wurde im März 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt[8].
Als Oppositionspartei bekleidete die Wetzlarer Sozialdemokratie in der Stadt keine Verwaltungsposten. Als Geschäftsführer und Sekretär der Allgemeinen Ortskrankenkasse arbeiteten zwei der profiliertesten Wetzlarer SPD-Spitzenfunktionäre, Fischer und Poppe. Ende April 1933 beurlaubte sie das Versicherungsamt mit sofortiger Wirkung (WA, 28.

April 1933). Den sozialdemokratischen Landrat Miß, dessen Ernennung durch die preußische Regierung im Jahr 1929 im bürgerlichen Lager einen Proteststurm hervorrief, traf dieses Schicksal bereits Mitte März (WA, 14. März 1933).
Der Kreisleiter der NSDAP, Rittmeister a. D. Grillo, sagte anläßlich seiner Amtseinführung als neuer Landrat des Kreises Wetzlar unmißverständlich an die Adresse der bürgerlich-mittelständischen Parteien: Es ist erforderlich, *»daß Sie sich möglichst bald mit dem Geist des Nationalsozialismus vertraut machen und nationalsozialistisch denken lernen. Das ist notwendig für Sie, sonst werden Sie auf Schwierigkeiten stoßen!«* (WA, 27. Mai 1933).
Von insgesamt 28 Kreistagssitzen entfielen bei der Wahl am 12. März 14 auf die NSDAP, die damit im Kreis deutlich stärker war als in der Stadt, wo sie nur 33 Prozent erreichte, 8 auf die SPD, einer auf die KPD und der Rest auf verschiedene Wählervereinigungen (WA, 18. März 1933). Ein massives SA- und SS-Aufgebot vor dem Kreishaus verhinderte die Teilnahme der gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten an der ersten Sitzung des neuen Kreistages Anfang April. Der Sitzungssaal war mit Hakenkreuzfahnen und Hitlerbildern geschmückt (WA, 10. April 1933). Es wurde ein rein nationalsozialistischer Kreisausschuß »gewählt«.
Grillos Stellvertreter als Kreisleiter der NSDAP mobilisierte den Terror der Straße gegen den Krofdorfer Bürgermeister Brockmeier (SPD), um dessen Amt einzunehmen (WA, 27. April 1933). Nach den vorliegenden Unterlagen lassen sich folgende politisch bedingte Amtsenthebungen im Kreis Wetzlar nachweisen:
- Landrat (SPD) des Kreises Wetzlar
- Oberbürgermeister (DVP) der Stadt Wetzlar
- Bürgermeister (SPD) in 11 Kreisgemeinden
- Geschäftsführer und Sekretär (SPD) der Allgemeinen Ortskrankenkasse
- 10 Ortsdiener
- 9 Flurhüter
- 9 Nachtwächter wegen SPD-Mitgliedschaft.

IX. Zum Ende der Wetzlarer Arbeiterparteien

Über die am 3. Februar stattfindende letzte öffentliche Versammlung der KPD-Ortsgruppe (WA, 3. Februar 1933) liegen keine Nachrichten vor. Die Wetzlarer Zeitung paßte sich schnell den neuen Machtverhältnissen an und berichtete nicht mehr über diese Versammlung. Sowohl zu den Stadtverordnetenwahlen als auch in zahlreichen Gemeinden des Kreises, vor allem im »kommunistischen« Osten, kandidierte die KPD mit eigenen Arbeiterlisten. Allerdings setzte die Verfolgung gegenüber den Kommunisten, wie gezeigt wurde, sehr bald ein, so daß für legale Parteiaktivitäten nach dem 30. Januar wenig Spielraum und Zeit bestand. Die KPD wurde schnell in die Illegalität gedrängt und ihre sämtlichen Aktivitäten wurden als Widerstand verfolgt. Der Sozialdemokratie boten sich länger legale Entfaltungsmöglichkeiten. Ende Januar kündigte der SPD-Parteisekretär Knothe *»stärkste politische Aktivität der Eisernen Front und der ihr nahestehenden Organisationen und Parteien auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Boden«* (WA, 25. Januar 1933) an.
Dr. Schäfer aus Darmstadt, bekanntgeworden durch die Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente[9], verteidigte vor Wetzlarer Parteigenossen als Überläufer von der NSDAP Teile deren Programms. Für viele mag sich die Frage gestellt haben: ist die NSDAP wirklich so schlimm, wenn sogar ein ehemaliger Anhänger sie partiell verteidigt?

Am Sonntag, den 26. Februar, konnte die »Eiserne Front« noch einmal unter halbwegs offenen Verhältnissen ihre Kräfte mit der »Nationalen Front« messen. Gleichzeitig hatten beide Blöcke zu Großkundgebungen aufgerufen. Die »Eiserne Front« mobilisierte etwa 2000 Teilnehmer, die »Nationale Front« hingegen nur etwa 600 Nationalsozialisten und rund 250 Stahlhelm-Mitglieder der Deutschnationalen (WA, 27. Februar 1933). Gewalttätigkeiten zwischen beiden Blöcken blieben praktisch aus. Die Redner auf der Kundgebung der »Eisernen Front«, der Wetzlarer Parteisekretär Knothe und der Landtagsabgeordnete Röhle aus Frankfurt, polemisierten zwar gegen die neue Regierung, was Röhle eine Verwarnung durch die überwachende Polizei einbrachte, konnten jedoch keine klare Perspektive vermitteln.

Zumindest im Wetzlarer Raum lag das zahlenmäßige Übergewicht immer noch bei der Arbeiterbewegung. Inhaltlich wußten jedoch die Nationalsozialisten klarer, was sie in nächster Zeit sowie langfristig wollten. Der spätere Präsident des Volksgerichtshofes in Berlin, Roland Freisler bemerkte auf einer Wahlkundgebung der NSDAP in Wetzlar: *»Hitler und der nationale Sozialismus gehen von dem Platz, den sie und des Volkes Wille erkämpft haben, freiwillig niemals mehr weg, wie auch die Wahl [am 5. März 1933; d. Verf.] ausfallen möge. Selbst wenn das deutsche Volk gegen seinen Willen gerettet werden müßte, gerettet wird es auf alle Fälle. Die Aufgabe der Wahl bestehe vielmehr darin, daß der Führer der Welt zeigen könne, das deutsche Volk stehe als Ganzes hinter ihm«* (WA, 20. Februar 1933).

Die neue Qualität der nationalsozialistischen Herrschaft wurde trotz solcher eindeutiger Aussagen von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verkannt. Man glaubte vielfach noch immer, mit einem Wahlkampf alten Stils sowie einer Mehrheit im Reichstag das Rad der Geschichte auf Weimarer Verhältnisse zurückdrehen zu können. In diesem Sinne äußerte sich Parteisekretär Knothe auf einer weiteren Versammlung der »Eisernen Front« am 3. März 1933: Er bedauerte, *»daß das Niveau des Wahlkampfes und der parlamentarischen Auseinandersetzungen Formen angenommen habe, die die deutsche Sozialdemokratie auf das schärfste ablehne«* (WA, 4. März 1933). Ferner wies er eine Schuld der SPD an der Wirtschaftskrise zurück und beschwor die *»positive Leistung der Sozialdemokratie«*, die – ohne ihre sozialistische Überzeugung zu verlieren – im Krieg ihre Vaterlandsliebe bewiesen habe. Hitler wünschte er, daß es ihm gelinge, das Lohnniveau der sozialdemokratischen Reichsregierung Müller (1928-1930) wieder zu erreichen. Mit jeder Stufe der Entwicklung in Richtung Sozialstaat werde vor allem der Bolschewismus abnehmen.

Sozialdemokratische Bekenntnisse zur Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, zur Vaterlandsverteidigung, zum Antikommunismus, zu sozialen Reformen: Hierbei handelte es sich keinesfalls um eine Anbiederung an neue politische Verhältnisse, sondern um parteiimmanentes Denken und Handeln innerhalb sozialdemokratischer Traditionen.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Eintreten von Reichsbannerleuten und Mitgliedern der »Eisernen Front«, welche den Schritt in die Illegalität vermeiden wollten, in die deutschnationale Frontkämpferorganisation »Stahlhelm« erklärbar. Teilweise kam es sogar zu wilden »Stahlhelm«-Ortsgruppengründungen durch ehemalige Sozialdemokraten, die sich auf diese Weise dem Zugriff der Nationalsozialisten zu entziehen gedachten (WA, 28. März 1933). Als *»marxistisch unterwandert«* geriet nun auch der »Stahlhelm« in die Schußlinie der Nationalsozialisten.

Anläßlich der Kommunalwahlen rief die »Eiserne Front« für den 10. und 11. März – das Damoklesschwert des Verbots bereits dicht über dem eingezogenen Haupt – *»alle Schaffenden«* zu ihren letzten öffentlichen Versammlungen auf. Die Gewerkschaftssekretäre Ziegler und Hildebrandt sprachen über kommunale Themen wie Wohnungsfragen, Schulwe-

sen und Stadtteilentwicklung. Wie zur Zeit des »Systems Kühn« dürfe keine Gruppe mehr die Geschicke der Stadt allein bestimmen. Als Interessenvertreter der *»minderbemittelten Schichten«* – zu jener Zeit lebten von etwa 17000 Einwohnern über 2500 Personen in der Stadt von der Fürsorge – forderten die Gewerkschafter den Ausbau des sozialen Bereichs. Einerseits vertraten die SPD und die ihr angeschlossenen Organisationen die Interessen der *»minderbemittelten Schichten«*, andererseits lehnten sie zugunsten eines verschwommenen Allgemeinwohlbegriffs die Herrschaft einer Klasse im kommunalen Bereich ab. Diesen Widerspruch konnte die Sozialdemokratie nicht überwinden, weswegen ihr bis 1933 der Zulauf nichtproletarischer Schichten weitgehend versagt blieb. Die SPD war noch Klassen- und nicht Volkspartei. Die soziale Basis stellte fast ausschließlich die Industriearbeiterschaft der Wetzlarer Großbetriebe.

Der bereits seit mehreren Jahren andauernde Zerfallsprozeß der Wetzlarer Sozialdemokratie – es sei an die Fraktionskämpfe und Spaltungstendenzen des Jahres 1930 erinnert – wirkte sich nun auch auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen negativ aus. Von fast 40% der Stimmen bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 sank die SPD auf 26% im März 1933, wobei der Verlust an Stimmen nur knapp 500 betrug. Auf kommunalpolitischer Ebene wechselten SPD-Wähler kaum zu den Kommunisten, was bei den Reichstagswahlen zwischen 1930 und 1933 anders war. Die Wähler der Mittelstandsliste, im Jahr 1929 immerhin 28%, gingen im März 1933 fast ausschließlich zur NSDAP über. Innerhalb der bürgerlichen Parteien sammelten sich 1933 fast 18% der Wähler um die Liberalen des Unternehmers Dr. Leitz, was einer Verbesserung um 1000 Stimmen bzw. fast 8% entsprach.

Nur wenige Tage nach dieser Kommunalwahl lösten sich die einst so selbstbewußten und erfolgreichen Ortsgruppen der SPD im Kreis nach und nach auf. Wieweit im Einzelfall Druck und Terror der Nationalsozialisten bzw. der Staatsgewalt bei dieser Selbstauflösung nachhalfen, läßt sich nur schwer einschätzen. Die Zeitung vermeldete lediglich in stereotyper Wiederholung: *»Die Ortsgruppe ... der Sozialdemokratischen Partei hat sich aufgelöst.«* Teilweise versuchten gewählte Sozialdemokraten unter anderen Namen (»Vertreter der Arbeiter und Kleinbauern«, »Fraktion zur Vertretung der Arbeiter, Bauern und Kleingewerbetreibenden«) weiter in den Gemeindeparlamenten zu arbeiten und auf diese Weise sozialdemokratische Politik zu machen. Im Wetzlarer Stadtparlament trat der sozialdemokratische Abgeordnete Hagner aus der Partei aus und nahm sein Mandat vorübergehend als Vertreter eines Stadtteils wahr. Die anderen SPD-Stadtverordneten legten ihr Mandat bis zum Juni nieder, da nach Aussage des nationalsozialistischen Beigeordneten Coers sowieso nur zwei Funktionen für die SPD-Parlamentarier übrig seien: *»zu schweigen und sich zu schämen«* (WA, 7. Juni 1933).

Im Juli forderte der Landrat die Bevölkerung auf, die Behörden bei der Sicherstellung des Parteivermögens von SPD und Nebenorganisationen aktiv zu unterstützen (WA, 22. Juli 1933).

X. Widerstand in Wetzlar

Die in den zwanziger Jahren in Wetzlar so mächtige und selbstbewußte Metallergewerkschaft (»Deutscher Metallarbeiter-Verband«) ging 1933 als Organisation ebenso lautlos unter wie die Sozialdemokratische Partei. Sicher: In den Betrieben und im Bewußtsein vieler Arbeiter wirkte gewerkschaftliches Denken und Handeln auch unter den neuen Verhältnissen kontinuierlich bis 1945 weiter. Hierfür sorgte allein in zahlreichen Betrieben

und Abteilungen die personelle Kontinuität. Zu politischem Handeln, etwa einem Generalstreik gegen Maßnahmen der nationalen Regierung, fehlte sowohl die Bereitschaft der geschrumpften Basis als auch der Wille. Man versuchte gewerkschaftliche Positionen so gut es noch ging am Arbeitsplatz zu verteidigen, was partiell auch gelang und räumte das politische Feld angesichts der bestehenden Machtverhältnisse. Eine gewerkschaftliche Minderheit ging in die Illegalität bzw. wurde in diese hineingedrängt. Immerhin zeigte sich mit dieser »Überlebensstrategie«, daß gewerkschaftliches Bewußtsein auch unabhängig von einem organisatorischen Überbau existieren und agieren konnte.

Gerade in die pompöse Ausgestaltung des 1. Mai, welcher jetzt *»Tag der nationalen Arbeit«* genannt wurde, steckten Nationalsozialisten und Teile der Unternehmer – nun bereit, den Feiertag zu bezahlen – größte Energie. Im (Zwangs-)Demonstrationszug wurden die Betriebe nach politischer Zuverlässigkeit aufgestellt: *»Als erster Betrieb kommen die Optischen Werke von Hensoldt, denen dieser Platz als eine besondere Ehrung ihrer Belegschaft, die restlos der NSBO* [nationalsozialistische Gewerkschaft, Anm. d. Verf.] *angehört, zugewiesen wurde«* (WA, 1. Mai 1933). Es folgten Buderus, Stahlwerke Röchling-Buderus, Carolinenhütte, Leitz u.a.

Dem *»volksfeindlichen Klassenkampfgedanken«* setzte man in den Reden die *»echte Volksgemeinschaft«* ohne Unterschied *»von Stand und Beruf«* entgegen[10]. Dieser Volksgemeinschaft entsprach auf betrieblicher Ebene die Betriebsgemeinschaft. In beiden Fällen entschied ein *»Führer«*. Wohl brachten die Verantwortlichen für dieses 1. Mai-Spektakel über 10 000 Menschen auf die Beine (Lohn erhielt nur, wer an den Veranstaltungen teilnahm), innerlich lehnten besonders die alten Gewerkschafter den Nazi-1. Mai jedoch ab.

Ein ehemaliger Buderus-Arbeiter schildert seine Empfindungen: *»Ja, damals '33 –, ich weiß das alles noch wie heute – die Nazis hatten die Macht übernommen und den 1. Mai zum großen Feiertag der Arbeit erklärt. Die Gewerkschaften hatten ja nichts mehr zu sagen. Wir, 80 Prozent der Buderus-Belegschaft, haben dieses neue System nicht akzeptiert. Wir standen im stillen Widerstand. Bestimmte Aktionen mußten aber auch wir mitmachen, um größeren Schikanen aus dem Wege zu gehen. So zum Beispiel die Aufzüge zum 1. Mai vor der Buderus-Hüttenverwaltung. Da gab es eine ganze Reihe von Aufpassern, deren Aufgabe bestand nur im Meldewesen. Wir sind morgens um 8.00 Uhr mit der Faust in der Tasche angetreten. Während des Marsches zum Domplatz sind dann sehr viele, die bewußten und mutigen Gewerkschafter in die erstbeste Kneipe am Straßenrand verschwunden und als der Zauber vorbei war, nach Hause gefahren. Ich bin nie am Domplatz angekommen. Im Werk mußten wir natürlich mit unserer Meinung sehr zurückhalten. Wenn die Oberen etwas gehört hätten, ging es gleich ab an die Front oder man wurde für einige Zeit eingesperrt. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen, welche Angst unter den Arbeitern herrschte und wieviel Verräter es immer wieder gab.«*[11]

Zur Bespitzelung der Belegschaft wurde bei den Stahlwerken Röchling-Buderus ein »Blockwart«-System aufgebaut, wonach *»alle abfälligen Reden über die Regierung, führende Männer der Bewegung, sowie die Betriebsführung«* sofort zu melden waren[12].

Auch während der Besetzung des Wetzlarer Gewerkschaftshauses am folgenden Tag, am 2. Mai 1933, durch die Nazis blieb es bei *»innerem Widerstand«*. Diese Besetzungsaktion leitete sinnigerweise der Führer der nationalsozialistischen Gewerkschaft und stellvertretende NSDAP-Kreisleiter (WA, 2. Mai 1933).

Der letzte Akt der Auflösung der Gewerkschaftsbewegung erfolgte eine Woche später. Für den 9. Mai luden ADGB und NSBO zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung ein. *»Die Rednerzuteilung erfolgt durch die Gauleitung der NSBO. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht«*, hieß es im Aufruf (WA, 8. Mai 1933).

Es stellt sich natürlich die Frage, wie konnte es zu einem solchen Schritt kommen? Zwang allein oder Angst der lokalen Gewerkschaftsspitze scheinen keine ausreichende Erklärung zu bieten. Es bleibt die Vermutung, daß die Gewerkschafter eine »geregelte« Übergabe einem ungeordneten Verfallenlassen des Apparates vorzogen. Letztere Möglichkeit, obgleich in dieser Situation vielleicht der bessere Weg, widersprach dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Funktionärsaktivismus am meisten, auch wenn das Ergebnis dieser gemeinsamen Veranstaltung, die Gleichschaltung der freien Gewerkschaften und deren Einbau in den Staat, von vornherein feststand.

Die Vorwürfe der Nationalsozialisten an den ADGB und dessen Wetzlarer Funktionäre gleichen denjenigen an die Adresse der Parteien des bürgerlichen Establishments: Mißwirtschaft und Verschwendung von Beitragsgeldern, kurz: *»unsaubere Verwaltung«*. Wie im Falle der Verwaltung leitete die NSDAP mit dieser Argumentation ihren Führungsanspruch gegenüber erfahrenen und etablierten Kräften ab.

Diesen scheinbar »unpolitischen« Angriffen standen die Gewerkschaftssekretäre Ziegler und Hildebrandt offenbar hilflos gegenüber. Immerhin verließ ein Teil der anwesenden Gewerkschafter den Versammlungsraum bevor das abschließende Horst-Wessel-Lied erklang (WA, 10. Mai 1933).

Das Gefühl für die Unentbehrlichkeit am Arbeitsplatz stärkte besonders das Selbtbewußtsein der Rüstungsarbeiter. Vor diesem Hintergrund ist die »passive Resistenz« bei Buderus zu verstehen: *»Es waren zwangsweise Sammlungen vorgenommen worden, indem die Beträge einfach vom Lohn abgezogen wurden. Ferner hatte die Betriebsführung willkürlich zwei Männer dem Vertrauensrat zur Seite gestellt, ohne vorher der Belegschaft diese Maßnahme anzukündigen. Die mehrere hundert Mann starke Belegschaft ging wohl in den Betrieb hinein, stand aber an den Arbeitsplätzen und arbeitete nicht. Ein Teil der Belegschaft war sogar nicht erschienen. Die nicht erschienen waren, wurden nicht wieder in den Betrieb hineingelassen, sondern es wurden dafür neue Leute, die aus dem Ruhrgebiet geholt wurden, eingestellt. Auch gegen diese Maßnahme protestierten andere Betriebsabteilungen erneut, indem sie wiederum am Arbeitsplatz standen und nicht arbeiteten. In beiden Fällen blieb die passive Resistenz ohne Erfolg. Nur einer der beiden Männer, die dem Vertrauensrat zugestellt worden waren, wurde ausgewechselt.«*[13]

Dieser Vorgang, der keineswegs ein Einzelfall blieb, belegt das Fortbestehen gewerkschaftlichen Bewußtseins auch nach der Zerschlagung und Selbstauflösung der Gewerkschaftsorganisation. Nichtzusammenarbeit und Verweigerung bildeten die Hauptformen betrieblichen Widerstandes.

Bei den Stahlwerken Röchling-Buderus hing im Sommer 1935 drei Wochen lang folgender Anschlag aus: *»Da noch Reste von marxistischem Liberalismus (!) unter der Belegschaft vorhanden sind, wird zur freiwilligen Bildung von Werkscharen aufgefordert. Zweck dieser Werkscharen: Durchdringung der Belegschaft mit nationalsozialistischem Gedankengut. Meldung bei dem Betriebszellenobmann.«*[14] Bis zur Abnahme des Anschlags hatte sich niemand gemeldet.

Wie in ihren Arbeitergastwirtschaften versuchten die gewerkschaftlich denkenden Wetzlarer Arbeiter auch am Arbeitsplatz »faschismusfreie« Räume offenzuhalten. Ein typisches Beispiel für Alltagswiderstand bietet folgender Vorfall in einem Wetzlarer Arbeiterstadtteil: *»Drei auswärtige SA-Leute, die die örtlichen Verhältnisse nicht kannten, kamen in das Lokal. Sofort wurden sie von Gästen in gröbster Weie beleidigt und belästigt, was sie sich verbaten. Ein Einwohner von hier, der schlichtend dazwischen treten wollte, wurde hinausbefördert. Es entwickelte sich eine solche Auseinandersetzung, daß das Lokal von der Polizei geräumt werden mußte. Nun begann der Aufruhr auf der Straße. Der Landjäger forderte mit Hilfe eines SA-Mannes u. des Nachtwächters die Menschen auf, auseinander zu gehen. Das geschah. Nur bei einzelnen mußte*

nachgeholfen werden. Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht mehr« (WA, 27. März 1933). Die Gäste des Arbeiterlokals verteidigten ihren »Kulturraum« gegen die beabsichtigte oder unbeabsichtigte Infiltration. Es ging ihnen um die Erhaltung eines »faschismusfreien« Bereichs als Rückzugsbasis. Mit dem Eintreten in dieses Lokal verletzten die SA-Männer quasi ein Tabu. Auf der Straße wären die Kontrahenten wahrscheinlich aneinander vorbeigegangen.

Für zunächst sieben Wochen in Schutzhaft ging ein Krofdorfer Arbeiter, bevor er vor ein Gericht kam. Im Streit mit einem Arbeitskollegen beleidigte er die neue nationalsozialistische Führung seines Heimatortes und machte sich zudem des *»groben Unfugs«* schuldig, indem er in mehreren Fällen den Gruß der »Eisernen Front« bzw. den Rotfrontgruß gewagt haben soll. Das Gericht erhöhte die siebenwöchige Schutzhaft nochmals um drei Wochen Gefängnis (WA, 8. September 1933).

Im ersten Schnellgerichtsverfahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde am 2. März der Anstreichermeister Mootz zu einer Woche Gefängnis wegen nächtlichen Übermalens des Aufrufes der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 1. Februar 1933 verurteilt (WA, 3. März 1933). Der Angeklagte gestand diese Übermalaktion, bestritt jedoch, Mitglied der KPD zu sein. Als Motiv gab er *»Erbitterung«* an, da seine Frau wegen der erwähnten Plünderungsunruhen 1923 unschuldig in Haft gekommen und an den Haftfolgen gestorben sei.

In den beiden letzten Widerstandsfällen zeigt sich die Tendenz bei den Strafverfolgungsorganen, politische Handlungen als psychologische Fehlentwicklungen einzuordnen.

Handlungen wie das Hissen von roten Fahnen symbolisierten der Bevölkerung, daß die Arbeiterbewegung auch unter den neuen Verhältnissen weiterlebte. So holten Unbekannte in der Nacht zum 4. März 1933 die schwarz-weiß-rote Fahne von dem Fabrikschornstein der stillgelegten Grube Raab, auf deren Grundstück sich das Stahlhelmheim befand und hißten eine rote Fahne (WA, 6. März 1933). Auf der erwähnten Kundgebung zum *»Tag der erwachenden Nation«* wurde diese rote Fahne öffentlich verbrannt.

Den Hauptanteil des bewußten politischen Widerstandes machte die illegale Partei- und Aufklärungsarbeit aus. Hierfür finden wir auch im Kreis Wetzlar zahlreiche Beispiele.

Trotz Verbots veranstaltete die »Eiserne Front« im März in der Gemeinde Tiefenbach eine öffentliche Versammlung. Der Gastwirt, der Versammlungsleiter und ein Redner wurden hierfür per Strafbefehl zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Hiergegen legten die Verurteilten vor Gericht Einspruch ein, worauf der Gastwirt und der Redner freigesprochen wurden (WA, 15. Juni 1933).

Besonders im Osten des Kreises warfen die Kommunisten nachts immer wieder Flugblätter auf Grundstücke und auf die Straße. Auch die zahlreichen Verhaftungen von KPD-Mitgliedern beendeten diese Widerstandsaktivitäten nicht. Allerdings muß auch die Wirkung dieser illegalen Propagandaarbeit eher nüchtern eingeschätzt werden. Trotz umfangreicher Terrormaßnahmen gerade gegen die Wetzlarer KP brachten die Kommunisten selbst Ende 1933 noch Flugblattaktionen zustande. Im November kamen vor einer Gastwirtschaft in Krofdorf Flugblätter mit folgendem Aufdruck zur Verteilung: *»Stimmt am 12.11. mit Nein. Reichstagswahlzettel ungültig machen. KPD«* (WA, 6. November 1933). Vom gleichen Hersteller waren die Flugblätter mit dem Hinweis: *»SA steckt Reichstag an. KPD nicht. RFB lebt.«* In beiden Fällen handelt es sich um abgeschnittene Geschäftspostkarten mit der Aufschrift »Drucksache«, welche auf der Rückseite liniert waren.

Der Polizeichef Stephan symbolisierte wie kein anderer Nationalsozialist in Wetzlar die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der neuen Verhältnisse. Sein fanatischer »Antimarxis-

mus« provozierte zwei Attentatsversuche auf seine Person. In der Nacht vom 26. auf den 27. April sowie in der Nacht zum 1. Mai beschossen entschlossene Antifaschisten Stephans Fahrzeug. Obwohl Geschosse den Wagen trafen, blieb Stephan in beiden Fällen unverletzt (WA, 27. April 1933 und 2. Mai 1933).
Ende August fanden Spaziergänger in einem Wald größere Mengen Munition, Handgranaten sowie zwei Minen, welche erst kurz zuvor vergraben worden waren (WA, 2. September 1933). Ob diese Sachen beiseite geschafft oder zur Vorbereitung eines Anschlages deponiert wurden, bleibt offen.
Der Höhepunkt faschistischen Terrors in Wetzlar fällt in die Kriegsjahre. In einem fragwürdigen Indizienprozeß verurteilte der Volksgerichtshof in Berlin den ehemaligen Gewerkschafter und Buderus-Arbeiter Erich Deibel zum Tode. Man warf ihm unter anderem vor, auf dem Werksgelände des Rüstungsbetriebes Buderus Antikriegsparolen (»*Arbeiter – Helft Rußland – Streikt – auf für die KPD*«) gemalt zu haben. Letztlich galt dieses Todesurteil gegen Deibel weniger der unbewiesenen Einzeltat als der Abschreckung der Belegschaft. Dies drückte die Urteilsbegründung unmißverständlich aus: »*Die hiernach allein als gerechte Sühne in Frage kommende Todesstrafe ist auch deshalb angezeigt, um jenem kleinen Teil unter der Arbeiterschaft, nicht zuletzt in den Eisenwerken Buderus, der aus seiner staatsfeindlichen Einstellung heraus unter den Rüstungsarbeitern zu wühlen und sie von der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber Front und Heimat abzubringen versuchen möchte, nachdrücklich vor Augen zu führen, was sie erwartet, wenn sie sich nicht eines Besseren besinnt und sich in ähnlicher Weise verhält wie der Angeklagte.*«[15]
Bürgerlicher Widerstand bewegte sich in Wetzlar ausschließlich im Alltagsbereich, während der Arbeiterwiderstand in Teilen die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft insgesamt anstrebte.
Der DVP-Stadtverordnetenkandidat Syndikus Henrich kritisierte zum Beispiel auf einer Wahlversammlung seiner Partei im März 1933 die »*Profanierung des Symbols der Flagge durch das Hissen von Parteifahnen* [d. h. Hakenkreuzfahnen; d. Verf.] *auf den öffentlichen Gebäuden in einer Weise, daß der überwachende Polizeibeamte, Kriminalsekretär Rompf, dagegen Einspruch einlegte. Obersteuerinspektor Siemens* [NSDAP; d. Verf.] *protestierte ebenfalls gegen die Äußerung von Henrich und verließ schließlich mit seinen Parteigenossen das Lokal*« (WA, 11. März 1933). Henrich äußerte ferner, daß »*bei aller Anerkennung des Ethos des nationalsozialistischen Führers diese Ausschließlichkeit seiner Thesen nicht realisierbar sei.*«
Ein Großteil der bürgerlichen Kommunalpolitiker Wetzlars war von der eigenen Unersetzbarkeit zutiefst überzeugt und lehnte den nationalsozialistischen Führungsanspruch zumindest auf kommunaler Ebene ab. Hieraus resultierten Konflikte auf unterer Ebene, obgleich man mit einzelnen Maßnahmen der Nationalsozialisten auf Reichsebene durchaus konform ging. Der altgediente Wetzlarer DVP-Vorsitzende, Oberpostinspektor Schellenberger, drückte dies so aus: »*Wir, die wir jetzt auf der Anklagebank sitzen, werden schließlich doch den Lehrmeister abgeben müssen, auf Grund unserer Erfahrungen und unserer aus rein idealistischen Beweggründen geleisteten Dienste im Kommunalparlament*« (WA, 11. März 1933).
Wenn man den Nichtbeitritt zur NSDAP als »Verweigerung« bewertet, trifft dies durchweg für die alte, bürgerliche Führungselite zu. Diese »unbelasteten« bürgerlichen Kräfte bauten nach 1945 die CDU sowie die liberale Partei auf.

XI. Schlußbemerkung

Die Tradition des erfolgreichen Widerstands der Wetzlarer Arbeiterbewegung gegen Rechts (Widerstand gegen den Kapp-Putsch, Verhinderung von völkisch-nationalen Veranstaltungen und Versammlungen, Sprengung von NSDAP-Versammlungen und Aufmärschen) endete 1933 in Auseinandersetzungen mit dem staatlichen Machtapparat. Seit der Machtübernahme des Nationalsozialismus hatte es die Arbeiterbewegung nicht mehr mit einem isolierten Rechtsextremismus, sondern mit dem staatlichen Macht- und Terrorapparat zu tun, dem sie nicht gewachsen war. Widerstand ab 1933 war zugleich staatsfeindliche Aktivität und hatte somit eine andere Qualität als etwa die Verhinderung einer Parteiversammlung unter den Bedingungen der Weimarer Republik. Eine primär gewerkschaftlich organisierte und betrieblich verankerte Arbeiterbewegung konnte alleine keine Regierung stürzen, selbst wenn sie dies gewollt hätte. Zudem setzte die Sozialdemokratische Partei auch nach dem 30. Januar 1933 – getreu ihrer bisherigen Politik – auf legale Veränderung der Verhältnisse durch Wahlen und parlamentarische Mehrheiten. Nur verschafften die Wähler der SPD längst keine Mehrheiten mehr, und sei es in demokratischen Koalitionen. Die allgemeine Kräfteverschiebung nach rechts setzte sich, beginnend bereits wenige Jahre nach der Novemberrevolution von 1918, auch in Wetzlar durch, wenngleich dem Faschismus bis 1933 eine sozialdemokratisch-liberale Mehrheit gegenüberstand, die jedoch die bestehenden sozialen Gegensätze letztlich nicht zugunsten einer gemeinsamen politischen Abwehrfront überwinden konnte.

In Wetzlar konzentrierte sich der sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Widerstand gegen das Eindringen des Nationalsozialismus in Lebensbereiche der Arbeiter vorwiegend auf Betriebe und Arbeiterwohngebiete. Diese beiden Lebensbereiche versuchte man »faschismusfrei« zu halten, um die traditionelle Arbeiterkultur wenigstens in Ansätzen am Leben zu erhalten. Hierbei hatte man offenbar gewisse Erfolge. Hingegen wurden die Organisationen der Arbeiterbewegung wie überall im Reich zerschlagen.

Nicht wenige, besonders auch aus dem kommunistischen Lager, wagten den Schritt in die Illegalität und machten mit symbolischen Aktionen und Aufklärungsarbeit von sich reden. Gegen ihre Aktivität richtete sich vornehmlich der Terror der »neuen« Polizeiführung unter einem hundertprozentigen Nationalsozialisten.

»*In einem methodisch strengen Sinn*« von Widerstand sollte man nur dann sprechen, »*wenn Motive und Handlungen der betreffenden Personen auf den Sturz des NS-Regimes insgesamt hinzielten.*«[16] Individuelle und kollektive Verweigerungen, Nonkonformität und der Versuch, »faschismusfreie« Lebensbereiche zu erhalten, gerieten jedoch oftmals mit dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch, der die Trennung von Staat und Gesellschaft aufhob, in Konflikt. Somit konnte dieser Alltagswiderstand vom Nationalsozialismus als Widerstand gegen das gesamte System eingestuft und sanktioniert werden.

ANMERKUNGEN

1 So ging die Mitgliederzahl im für Wetzlar entscheidenden Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) von über 5 000 in den ersten Jahren der Weimarer Republik bis 1932 auf 2 910 zurück; s. Damit die nicht machen, was sie wollen. Dokumente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Wetzlar von 1889 bis 1945. Herausgegeben von der Verwaltungsstelle Wetzlar der Industriegewerkschaft Metall, Wetzlar 1982, S. 301.

2 Verwaltungsbericht der Stadt Wetzlar vom 1. April 1928 bis 31. März 1952. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wetzlar. Bearbeiter: Stadtarchivar H. Flender, Wetzlar 1957, S. 64.

3 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Akte 423/1014.

4 Ulrich Mayer, Das Eindringen des Nationalsozialismus in die Stadt Wetzlar, Wetzlar 1970, S. 32. Für das Jahr 1928 rechnet Mayer mit nicht mehr als 60 eingeschriebenen NSDAP-Mitgliedern in Wetzlar.

5 Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover 1979, S. 241.

6 S. Damit die nicht machen, was sie wollen, S. 181 ff.

7 Polizisten bauten die Wetzlarer SA- und SS-Ortsgruppen entscheidend mit auf; s. Dieter Gündisch, Die Wetzlarer Polizei zwischen den beiden Weltkriegen, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins, 28. Heft, Wetzlar 1981, S. 135 ff.

8 Verwaltungsbericht der Stadt Wetzlar, S. 94.

9 Bei dem Boxheimer Dokument, benannt nach dem Besprechungsort »Boxheimer Hof« bei Worms, handelt es sich um ein Planspiel der NSDAP für den Fall einer nationalsozialistischen Machtergreifung. In dem Dokument ging man davon aus, daß die nationalsozialistische Machtergreifung erst einem Umsturz der Weimarer Republik durch die Kommunisten folgen würde.

10 So der NSBO-Vertreter der Stahlwerke Röchling-Buderus in seiner Ansprache auf dem Hüttenplatz; s. Damit die nicht machen, was sie wollen, S. 280.

11 Damit die nicht machen, was sie wollen, S. 118. Die Behauptung, 80 Prozent der Buderus-Belegschaft hätten den Nationalsozialismus innerlich abgelehnt, findet eine Bestätigung in den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, Fankfurt am Main 1982, 2. Jg., 1935, S. 789: »*Gut 75 % dieser Belegschaft rechnet sich noch innerlich zu den*« Anhängern des in einem Aushang angeprangerten »*marxistische(n) Liberalismus*«.

12 Deutschland-Berichte, 2. Jg., 1935, S. 1067.

13 Deutschland-Berichte, 3. Jg., 1936, S. 1567.

14 Deutschland-Berichte, 2. Jg., 1935, S. 789.

15 Damit die nicht machen, was sie wollen, S. 297.

16 Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich. Beiträge zum Thema Widerstand 13, hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, Berlin 1980, S. 4.

Peter Wienand

Der „geborene" Rebell

Rudolf Rocker · Leben und Werk

Inhalt

Peter Wienand
Russel und Rocker – Zur Anregung vorweg

Kapitel I
Rudolf Rocker – Vom Sozialdemokraten zum Anarchisten

Der „geborene" Rebell
Kindheit in Mainz
Der Bücherschrank des „Petter"

Der Sozialdemokrat
Die sozialistische Bewegung in Mainz
Der Aufstand der „Jungen"
In Opposition

Der Weg zum Anarchismus
Entdeckung Bakunins in Brüssel
Der Anarchismus in Deutschland
David gegen Goliath

Kapitel II
Paris, Rue St. Honoré 146

Die Weltstadt an der Seine
Von der „Propaganda der Tat" zum „Syndikalismus"
Das jüdische Emigrantenmilieu

Die ersten Londoner Jahre
Das „Emigrantenparadies" an der Themse
Erste Eindrücke und Aktivitäten
Die sozialistische Bewegung Englands
Neue Freunde und Feinde

Im „East End" Londons
Milly Witkop
Die jüdische Arbeiterbevölkerung Londons
Die sozialistischen Anfänge

Über das „East End" hinaus
Der international bekannte Genosse
Die amerikanische Vortragsreise
Der Ausbruch des Krieges 1914
Zwischenbilanz

Der „feindliche Ausländer"
Zivilgefangener Nr. 4040
Die russische Revolution 1917
In Holland

Kapitel III
Der Aufschwung des deutschen Syndikalismus

Im revolutionären Berlin
Entwicklung des Syndikalismus in Deutschland
Rudolf Rocker und die FAUD

Eine internationale Karriere
Im Knotenpunkt des Geschehens
Die Gründung der IAA
Der Sekretär der anarchosyndikalistischen Internationale

Der „Rückfall in die Barbarei"
Die FAUD nach 1923
Rudolf Rocker und die deutschen Anarchisten
Bis zum bitteren Ende

Der „Theoretiker des Anarchosyndikalismus"
„Die Entscheidung des Abendlandes"
Auf der Suche nach neuen Wegen

Kapitel IV
Im zweiten Exil

Auf der Suche nach einer neuen Heimat
Die spanische Tragödie
Die Zeit des zweiten Weltkrieges

1945 - 1958
Die „Lehren" aus der Katastrophe
„Zur Betrachtung der Lage in Deutschland"
Ein erfülltes Leben

Literaturverzeichnis

Namensregister

460 Seiten **49.80 DM**

Karin Kramer Verlag
1000 Berlin-Neukölln (44), Braunschweiger Straße 22

Beate Fieseler

'Dienst am Volk' oder revolutionäre Massenbewegung?

Intelligencija-Frauen und Arbeiterinnen in städtischen Zirkeln Rußlands, 1870-1900

Viele Autoren haben in wichtigen Publikationen der letzten Jahre[1] den Umgang der russischen Intelligenz mit der rasch wachsenden Arbeiterschaft problematisiert, sowie die Bedingungen und Grundlagen für die Entstehung der russischen Sozialdemokratie (RSDAP, gegr. 1898) analysiert. Die Rolle von Frauen hingegen, die in der Periode 1870-1900 in allen russischen Großstädten ebenfalls Fabrikpropaganda betrieben oder sich in radikalen Zirkeln engagierten, ist bisher weder beschrieben noch kritisch eingeschätzt worden.[2] Hier soll deshalb versucht werden, anhand von ausgewählten Quellentexten (ergänzt durch Sekundärliteratur) die Arbeit der Zirkel aus der Perspektive von Frauen zu schildern. Ohne bereits definitive Antworten geben zu können, wird es um die Frage nach der Rekrutierung von Frauen in diese Zirkel, um die Ansprüche der Organisatoren und die Erwartungen der Teilnehmerinnen gehen. Es wird gefragt nach den Zielsetzungen der Zirkel und den Funktionen, die sie erfüllt haben, sowie nach ihrer Bedeutung für die Emanzipation von Männern und Frauen und schließlich nach ihrer Wirkung auf die Politisierung von Frauen in einem rückständigen Land.

Versuche zur Kontaktaufnahme mit der russischen Arbeiterklasse und sozialistische Propaganda in Fabriken begannen nicht erst mit den russischen Marxisten oder Sozialdemokraten. Bereits die Populisten[3] der siebziger Jahre hatten erste Anstrengungen unternommen, um das russische Proletariat in den Fabriken von St. Petersburg und Moskau anzusprechen. Fabrikagitation bedeutete nicht etwa die Aufgabe der Hoffnung, die die Populisten (Narodniki) traditionellerweise auf die Bauernschaft als revolutionäres Subjekt setzten. Vielmehr hatten sie ihre Strategie modifiziert bzw. erweitert und den Gegebenheiten in den russischen Großstädten angepaßt. Nicht mehr nur die Intelligenz, sondern auch die Arbeiter – vielfach Proletarier der ersten Generation –, die mannigfaltige Bindungen und enge Kontakte zu ihren Heimatdörfern unterhielten, sollten die Bauern revolutionieren, indem sie radikales Gedankengut aus den Städten aufs Land trugen. Gerade in der Industriearbeiterschaft vermuteten die Populisten geeignete Mittler zwischen städtischer Intelligenz und der Dorfbevölkerung.[4] Auf dem Hintergrund dieser Idee betrieben sowohl der St. Petersburger 'Čajkovskij-Zirkel'[5] als auch die Moskauer 'Allrussische Sozial-Revolutionäre Organisation'[6], vor allem deren weibliche Mitglieder, Propaganda in großen Fabriken.

1871 schlossen sich dem bisher ausschließlich aus männlichen Mitgliedern bestehenden 'Čajkovskij-Zirkel' Studentinnen der St. Petersburger 'Alarchin-Kurse'[7] an.

Ab 1871 betrieben die männlichen und weiblichen Čajkovcen zunächst die 'Sache des Buches' (knižnoe delo), d. h. die Aktivisten verbreiteten unter der studentischen Jugend legal erschienene theoretische Schriften (Lassalle, Marx, Lavrov, Bervi-Flerovskij etc.) sowie zeitgenössische kritische russische Romane (Černyševskij, Turgenev u. a.).[8] Bald wurde dieses – erfolgreiche – Projekt zugunsten von Arbeiteragitation aufgegeben und als erste Mitglieder der Intelligenz begaben sich die Čajkovcen in einige Petersburger Fabriken. Sie gaben sich Mühe, sich in Kleidung und Lebensweise weitgehend den Arbeitern anzuglei-

chen, doch hatten sie damit nicht viel Erfolg. Bereits im Winter 1873 war die Gruppe durch Verhaftungen derart reduziert worden, daß sie nicht mehr als Organisation fortbestand.

Später wiederholten die radikalen Frauen der 'Allrussischen Sozial-Revolutionären Organisation' in Moskau das Experiment der Fabrikagitation. Zu Beginn der siebziger Jahre hatten sie sich innerhalb der russischen Kolonie in Zürich (wo sie studierten) unter dem Namen 'Friči' oder 'Fritsche-Gruppe' (nach dem Namen ihrer Wirtin, Frau Fritsch) als Selbstbildungs-, Diskussions- und Studierzirkel konstituiert.

1874 schloß sich die Frauengruppe der neugegründeten libertär-sozialistischen 'Allrussischen Sozial-Revolutionären Organisation' an, um in Moskau Fabrikpropaganda zu betreiben.[9]

Diese jungen Frauen hatten ihr Studium in Zürich und in anderen westeuropäischen Metropolen abgebrochen,[10] um – dem Gedanken Lavrovs folgend – dem 'Volk zu dienen', anstatt auf dessen Kosten zu studieren.[11] Nach dem Vorbild der männlichen Organisationsmitglieder versuchten sich auch die Studentinnen als Fabrikpropagandisten. Zu diesem Zweck kleideten sie sich im Stil bäuerlicher Arbeiterinnen und fanden nach Vorlage falscher Papiere Beschäftigung in den Moskauer Textilfabriken. Dort lernten sie die Arbeit und den Alltag des Industrieproletariats aus eigener Anschauung kennen: 14 Stunden harte Arbeit pro Tag, ungenießbares Essen, Schlafen in stickigen, überfüllten und schmutzigen Baracken. Enttäuscht wurden viele Hoffnungen und Erwartungen der Intelligentki, als sie feststellen mußten, daß die Arbeiterinnen für ihre Propaganda nur taube Ohren hatten. Nach einer Reihe vergeblicher Versuche, Interessentinnen anzuwerben, begaben sie sich schließlich in die Wohnunterkünfte der männlichen Arbeiter. Dort hielten sie leicht verständliche Vorträge oder lasen aus Büchern vor mit dem Ziel, die Arbeiter auf ihre Ausbeutung durch die Fabrikbesitzer aufmerksam zu machen. Da das Fabrikreglement Personen weiblichen Geschlechts strikt untersagte, die Männerbaracken zu betreten, fielen die Studentinnen, die sich in dem für sie fremden Milieu schlecht auskannten und nur mit Mühe zurechtfinden konnten, bald Verhaftungen zum Opfer. Den männlichen Aktivisten hingegen gelang es, Propagandamaterial in mehr als 20 Moskauer Fabriken zu verteilen.[12] Obwohl die Mehrheit der Mitglieder beider Organisationen verhaftet (1873, 1875) und im 'Prozeß der 50' bzw. im 'Prozeß der 193' (1877, 1878)[13] zu äußerst harten Strafen verurteilt worden waren, rissen die Begegnungen zwischen Studenten bzw. Intelligenz und Proletariat in den russischen Industriestädten nie mehr völlig ab; ein regelmäßiger, dauerhafter Austausch entwickelte sich aber erst allmählich. In späteren Jahren fanden die Kontakte aus Sicherheitsgründen außerhalb der Fabriken und der Wohnunterkünfte der Arbeiter statt.

Typisch für die ebenfalls in den siebziger Jahren liegenden Anfänge einer organisierten, eigenständigen Arbeiterbewegung[14] war die Nichtteilnahme proletarischer Frauen (spontane Frauenstreiks dagegen waren keine Seltenheit).

Auch in den Folgejahren geschah es noch oft, daß in reinen Arbeiterzirkeln keine oder kaum Arbeiterinnen in Erscheinung traten; dies ist nicht allein auf die ablehnende Haltung russischer Männer gegen die Anwesenheit von Frauen gleicher Herkunft zurückzuführen, sondern vor allem auch auf die Lebenssituation dieser Frauen selbst. Zusätzlich zu einem 14-stündigen Arbeitstag waren sie allein für Haus- und Kinderarbeit verantwortlich, so daß ihnen weder Zeit noch Kraft für andere Aktivitäten blieben. Indifferenz und Feindseligkeit der Arbeiterinnen, mit denen sie den Fabrikpropagandistinnen begegneten, hatten tiefere Wurzeln in den bei ihnen (stärker als bei Männern) ausgeprägten religiösen

Bindungen an die orthodoxe Kirche und die patriarchalische Dorfgemeinschaft. Dieses Konglomerat aus Traditionen und Autoritätshörigkeit machte die überwiegend illiteraten und höchst abergläubischen Frauen für revolutionäre Propaganda wenig empfänglich, wenn nicht immun.[15]

Die ersten Studentinnen, die als Propagandistinnen in die Fabriken gingen, benutzten kein auf bäuerlich-proletarische Frauen abgestimmtes Agitationsmaterial. Sie nahmen zwar enttäuscht zur Kenntnis, daß die Arbeiterinnen nicht auf ihre Bemühungen reagierten, wandten sich dann aber ohne weitere Reflexion den 'bewußteren und gebildeteren' Männern zu. Auch in den nachfolgenden Jahren wurde dieses chronische Problem meistens mit dem einfachen Verweis auf die 'Rückständigkeit der Frauen' umschrieben und abgekanzelt, erfuhr aber keine Lösung.

Auch leugneten die populistischen Studentinnen in ihrem eigenen Milieu die Existenz einer 'Frauenfrage'.[16] Natürlich waren sie im Vergleich zu Bäuerinnen und Arbeiterinnen, die von männlichen Familienmitgliedern geschlagen wurden und nichts als Unterwerfung und Gehorsam kennengelernt hatten, als gebildete, gleichberechtigte Mitglieder in Intelligencija-Zirkeln sehr emanzipiert. Doch letztlich behinderten sie die Politisierung ihrer Geschlechtsgenossinnen, indem sie auf deren spezielle Situation keine Rücksicht nahmen, sondern die auf männliche Arbeiter zugeschnittenen Propagandainhalte und -formen benutzten. Kontakte zu den reformistischen russischen Feministinnen unterhielten sie ebenfalls nicht, denn es war nicht die Frauenfrage, die sie zum Populismus geführt hatte, sondern die 'Sache des Volkes'.

Sowohl bei den Čajkovcen als auch in der 'Allrussischen Organisation' waren Frauen aus reichen, traditionellen russischen (bzw. jüdischen) Familien aktiv. Sie kamen entweder aus dem Adel oder aus der Kaufmannsschicht und hatten die für damalige Zeiten bestmögliche Frauenbildung genossen.[17]

Reiner Wissensdrang und Lerneifer hatten sie in die 'Alarchin-Kurse' oder an die Zürcher Universität getrieben. Ohne konkrete politische Zukunftsvorstellungen nahmen sie ihr Studium auf, wurden in dessen weiterem Verlauf mit revolutionären Gedanken konfrontiert und kamen mit Persönlichkeiten aus der radikal gesinnten russischen Intelligenz in Kontakt. Dieses Politisierungsschema wird uns noch bis zum Jahr 1905 immer wieder bei Frauen der revolutionären Intelligenz begegnen.

Profunde Kenntnisse und allumfassende Bildung galten in den siebziger Jahren unter den russischen Radikalen noch als Werte an sich, die eine Steigerung erfahren konnten, wenn man bereit war, das Wissen auch an das Volk weiterzugeben. Offenbar zeigten nicht nur radikale Männer, sondern auch junge Frauen diese Bereitschaft in hohem Maße. Sie leisteten als Fabrikpropagandisten ihren 'Dienst am Volk' und zahlten einen hohen Preis dafür: Verhaftung, Gefängnis, Zwangsarbeit, Verbannung. Im Vergleich zu dem müßigen, auf das Haus beschränkten Dasein der 'Höheren Töchter' erschien ihnen das wechselvolle Leben der Volksgänger als echte Alternative, als sinnerfüllt.

In erster Linie trugen die Frauen den für die siebziger Jahre typischen Geist in die populistische Bewegung, der sich mit Begriffen wie Asketismus, Moralismus, Hingebungs- und Aufopferungsbereitschaft beschreiben läßt[18] und erheblich zur Überzeugungskraft des Populismus beitrug: »*The socialist movement was to be their religion; in joining it they were seeking not only concrete socialist goals for society, but also moral satisfaction and self-perfection through a life of complete dedication to the revolutionary cause.*«[19]

Allerdings sind Zweifel angebracht, ob der moralische Maximalismus der Frauen und ihre ungeduldige Hingabe an die revolutionäre Sache der Bewegung Vorteile gebracht haben

oder ob sie eher in politische Indifferenz umschlugen. Im Fall der 'Allrussischen Organisation' verletzten die Frauen in ihrem Übereifer nicht selten die Grundregeln der Konspiration und leisteten so ihrer eigenen Verhaftung Vorschub.[20]

Engere Kontakte zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft begannen sich in den achtziger und vor allem in den neunziger Jahren zu entwickeln. Der Hauptbegegnungsort war der 'kružok' (Zirkel). Neu im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Dekaden war nicht nur die Teilnahme von Arbeitern an der 'kružkovščina' (Zirkelwesen), sondern auch die Selbsteinschätzung vieler dieser Zirkel als sozialdemokratisch (obwohl der Begriff davon recht breite Interpretationen zuließ) sowie die Entstehung separater Frauenzirkel: Zum Beispiel organisierten in St. Petersburg die Textilarbeiterinnen Vera Karelina und Anna Boldyreva parallel zu den Männergruppen eigene Frauenzirkel (beide hatten früher einer gemischten Gruppe unter Leitung des Studenten L. B. Krasin angehört). Einen ähnlichen Zirkel für proletarische Frauen baute M. Petrova in Kazan' auf; O. A. Varencova in Ivanovo-Voznesensk bemühte sich um die Organisation von Textilarbeiterinnen, P. I. Vinokurova richtete Zirkel für Textilarbeiterinnen in Moskau ein, Manuilova unterrichtete Arbeiterfrauen in Voronež, die Zahnärztin S. V. Perazič organisierte jüdische Handwerkerinnen in Kiev.

Sowohl Zirkelorganisatorinnen und -propagandistinnen, die aus der Intelligencija kamen, als auch proletarische Zirkelteilnehmerinnen haben Erinnerungen über ihre dort verbrachten Jahre hinterlassen; einige besonders typische Texte bilden die Basis der folgenden Ausführungen und werden gelegentlich durch Passagen aus Memoiren männlicher Zirkelteilnehmer ergänzt.

Die Rekrutierung zu den Zirkeln erfolgte entweder in Fabriken selbst oder in Sonntagsschulen[21], die in vielen russischen Großstädten existierten und von Arbeitern besucht wurden, um eine Elementarbildung zu erwerben. Karelina und Boldyreva beschreiben in ihren Erinnerungen, wie sie selbst in die Zirkel gelangten.

Vera Karelina (geb. 1870), die in einem Petersburger Waisenhaus groß geworden war und eine einfache Schulbildung besaß, hatte zunächst fünf Jahre lang in einem Entbindungskrankenhaus gearbeitet, ehe sie 1890 als Weberin in eine Petersburger Textilfabrik eintrat. Dort lernte sie andere Weber kennen, die das Technologische Institut zu Weiterbildungszwecken besuchten und mit Angehörigen der Intelligenz in Kontakt standen. Diese Männer, denen sie als überdurchschnittlich gebildete und 'bewußte' Arbeiterin aufgefallen war,[22] versorgten sie mit Literatur (vor allem russische Klassiker) und bezogen sie in Gespräche über die Arbeits- und Lebenssituation der Textilarbeiter ein. Nachdem sie diese 'Prüfungszeit' erfolgreich überstanden hatte und für den Eintritt in die Zirkel reif genug erschien, wurde sie in einen von dem Arbeiter Afanasev organisierten Weberzirkel eingeführt, in dem Krasin Unterricht erteilte.[23] Der Zirkel gehörte zu den Arbeiterorganisationen der Brusnev-Gruppe.[24]

Anna Boldyreva (geb. 1870) war ebenfalls Textilarbeiterin. Sie stammte aus einer bäuerlichen Familie (Provinz Tver') und hatte bereits in ihrer Kindheit als Saisonarbeiterin in verschiedenen Petersburger Textilfabriken gearbeitet. Um 1888 kam sie in einen Arbeiterzirkel, dessen Mitglieder sie auf der Sonntagsschule kennengelernt hatte. Zum Besuch dieser Arbeiterbildungseinrichtung war sie durch naturwissenschaftliche Vorträge angeregt worden, die in den achtziger Jahren in den Petersburger Arbeiterquartieren abgehalten, später jedoch verboten wurden.[25] Ihre spätere Aufnahme in den Afanasev-Krasin-Zirkel erfolgte ebenso diskret und etappenweise wie bei Karelina.[26]

Nachdem Karelina und Boldyreva in dem gemischten Zirkel die Grundlagen einer allge-

meinbildenden und politischen Erziehung erhalten hatten, begannen sie um 1890/91 mit dem Aufbau eines separaten Frauenzirkels. Daran nahmen Karelinas Bekannte aus dem Waisenhaus und dem Entbindungsheim sowie einige Textilarbeiterinnen teil.[27]
Beide Autorinnen gehen nicht auf ihre Gründe für die separate Organisation von Frauen ein. Ein praktischer Grund mag die hohe Konzentration von Frauen in der Petersburger Textilindustrie gewesen sein (neben Tabak- und Nahrungsmittelindustrie eine Sparte mit hohem Frauenanteil); zudem hielten Männer Propagandaarbeit unter den 'rückständigen Frauen' für Zeitverschwendung und sie wurde deshalb fast ausschließlich von Frauen durchgeführt. Auch scheint es zumindest Boldyreva schwergefallen zu sein, in dem gemischten Zirkel mit den Männern mitzuhalten. Allein konnte sie die Anforderungen nicht erfüllen und mußte sich den Lesestoff im nachhinein von Männern erklären lassen.[28]
In anderen russischen Großstädten kamen die separaten Frauenzirkel meistens auf Initiative von Frauen aus der Intelligenz zustande und richteten sich vor allem an Textilarbeiterinnen sowie (im jüdischen Ansiedlungsgebiet)[29] an jüdische Handwerkerinnen. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß nur eine sehr dünne Schicht von Arbeiter(inne)n überhaupt von der 'kružkovščina' der neunziger Jahre erfaßt wurde und Frauen eine Minorität dieser Minderheit bildeten. Karelina nennt z. B. für 1890/91 die Zahl von 100 'organisierten Arbeitern', die in sechs funktionierenden Textilarbeiterzirkeln in St. Petersburg aktiv waren.[30]
Mit welchen Vorstellungen und Zielen traten nun die Arbeiterinnen in diese Zirkel ein, welche Erwartungen brachten die Propagandistinnen mit und wie stand es mit dem Programm und mit dem Politisierungsgrad der Frauenzirkel?
Intelligencija-Frauen, die in die Zirkelarbeit mit proletarischen Frauen einstiegen, waren selbst schon während ihrer Studienzeit mit radikalen Vertretern der Intelligenz in Kontakt gekommen und hatten in Gruppen der Intelligenz die damals vorherrschenden Theorien populistischer oder marxistischer Ausrichtung kennengelernt. Sie verließen diese Zirkel mit dem Wunsch, etwas Sinnvolles zu tun und einen Beitrag zur Befreiung der Arbeiterklasse zu leisten. Außerdem suchten sie auch nach einem erfüllten, interessanten Leben für sich selbst[31] und zogen in die Großstädte, um dort Kontakte zu Revolutionären, d. h. Sozialdemokraten und zu Arbeitern zu knüpfen. Sehr eindringlich beschreibt S. V. Perazič, daß ihr Begriff von Sozialismus und ihre Kenntnisse der sozialistischen Theorie zur damaligen Zeit zwar noch sehr verschwommen und unzulänglich, dennoch aber handlungsbestimmend waren und sie zur Propaganda unter Industriearbeitern und Handwerkern führten. Nachdem sie in Paris eine Zahnarztausbildung absolviert hatte,[32] kehrte sie 1893 *»fast als Sozialdemokratin«*[33] nach Rußland zurück: *»Von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus besaß ich bereits einige (ehrlich gesagt, sehr unklare) Vorstellungen, weil wir neben unseren Vorlesungen in Paris den 1. Band des 'Kapital' in einem Studentinnenzirkel (...) gelesen hatten, und mir war in groben Zügen auch bereits die finstere Realität von Klassenwidersprüchen klargeworden. Dies hatte meinen Entschluß bestimmt, selbst am Kampf für die Befreiung des Proletariats teilzunehmen.«*[34]
Doch viele Repräsentanten der Intelligenz, die mit solch hochgesteckten Erwartungen zur Zirkelarbeit übergingen und hofften, daß ihr 'Dienst am Volk' bald Früchte in Form einer starken Arbeiterbewegung tragen werde, mußten die Erfahrung machen, daß die proletarischen Teilnehmer mit viel elementareren Anliegen in die Zirkel eintraten.[35] Sie wollten Lesen und Schreiben lernen, Grundlagen einer Allgemeinbildung erwerben, um ihre kulturelle und ökonomische Notlage in Eigeninitiative mit Unterstützung der Intelligenz zu verbessern und sich auf diesem Wege die Chance zu sozialem Aufstieg zu erschließen. Tat-

sächlich stellten viele Arbeiter ihre neugewonnenen Qualifikationen nicht etwa der entstehenden Arbeiterbewegung zur Verfügung, sondern eröffneten stattdessen selbständige Handwerksbetriebe und zogen sich aus der politischen Bildungsarbeit zurück.[36] Martov vermutet, daß insbesondere Arbeiterinnen die Zirkel nicht nur als Möglichkeit zu persönlicher Selbstverwirklichung auffaßten, sondern auch hofften, sich durch ihre 'Bildung' die Voraussetzungen zum Verlassen des proletarischen Milieus durch Heirat zu schaffen.[37] Auch Petrov[38] hat solche Aufstiegsinteressen bei Arbeiterinnen beobachtet: Sie imitierten Erscheinungen und Verhaltensweisen der Intelligentki, die die Zirkel leiteten, so gut sie konnten und kleideten, frisierten und unterhielten sich 'nach Art der Kursistinnen' (pod kursistku).[39]

Für viele Propagandistinnen war die Erkenntnis, daß ihre Schüler nur 'kleinbürgerliche' oder private Interessen verfolgten, anstatt sich auf ihre Rolle als Kader der Arbeiterbewegung vorzubereiten, sehr enttäuschend. Perazič beschreibt zwei Episoden, die sie zur Auflösung der Zirkel veranlaßten: Zwei männliche Zirkelmitglieder konnten nicht vom Alkohol ablassen bzw. wollten lediglich auf die Externen-Reifeprüfung vorbereitet werden; das Interesse einiger junger Mädchen an Perazičs Vorträgen ließ merklich nach, sobald sie die im Nebenraum schäkernden und trinkenden Offiziere bemerkten.[40]

Tatsächlich bestimmte Elementarbildung das Programm der Frauenzirkel eher als revolutionäre Propaganda, die auf radikalen Gesellschaftsumsturz abzielte. Programme, nach denen die allgemeine und politische Bildungsarbeit ablaufen sollte, wurden von den Propagandistinnen erstellt. Nach einem Katalog, der besonders für Arbeiterinnen geeignete Schriften auflistete, wurde dann systematisch vorgegangen.[41] Außerdem wurden den Arbeiterinnen grundlegende Kulturgewohnheiten und Hygienevorschriften vermittelt.[42] Speziell für die Moskauer Arbeiterinnen-Zirkel hatten Mandel'štam-Ljadov und Vinokurova je eine politische Broschüre verfaßt;[43] mitunter lernten illiterate Frauen anhand illegaler Flugblätter lesen. Es fällt auf, daß sich fast alle Teilnehmerinnen im Rückblick auf ihre Zeit in den Zirkeln daran erinnern, wieviel Diskussionsstoff die 'religiöse Frage' für sie geliefert habe. Nicht nur waren Frauen traditionsgebundener als Männer und von daher empfänglicher für die Predigten orthodoxer Priester, es war auch eine Zeit, in der das Sektenwesen Hochkonjunktur hatte. Boldyreva erinnert sich: »*Religionsfragen beschäftigten uns alle, die Gespräche in unserem Zirkel drehten sich vor allem darum.*«[44] Während manche Arbeiter/Arbeiterinnen (vor allem Männer) angesichts ihrer schier unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen Zuflucht zum Alkohol suchten, erhofften sich andere Trost und Hilfe von Popen und religiösen Sekten.

Zusammengenommen lassen die autobiografischen Berichte über die Frauenzirkel kaum den Schluß zu, daß es sich in erster Linie um politische Propagandagruppen handelte. Vielmehr stellten die Zirkelleiterinnen ihr Programm auf die alltäglichen Nöte und Sorgen der Arbeiterinnen ab[45] und versuchten ihnen in einer Gesellschaft, die Frauen als minderwertig betrachtete, das Gefühl menschlicher Würde und ein Selbstbewußtsein als Arbeiterinnen zu vermitteln. Perazič berichtet, wie in einem Zirkel, in dem sie mit 18- bis 20-jährigen Frauen westeuropäische Literatur über soziale Fragen las, eine Arbeiterin plötzlich aufsprang und ganz aufgeregt äußerte: »*Mein Gott! Immer habe ich mich geschämt, eine Arbeiterin zu sein, doch jetzt habe ich verstanden und werde in Zukunft auf diese Bezeichnung stolz sein!*«[46]

Was die politische Ausrichtung der Zirkel betrifft, so lassen die Erinnerungen der Zirkelteilnehmerinnen erkennen, daß Narodniki und Sozialdemokraten in der Organisations- und Propagandaarbeit gut kooperierten und (noch) keine Konkurrenz bestand. Offenbar

haben auch die Zirkelbesucherinnen keine ideologischen Differenzen feststellen können, sondern besaßen, wenn überhaupt, nur sehr verschwommene politische Vorstellungen. Perazič, Boldyreva und Karelina reflektierten im nachhinein darüber, ob sie damals schon Sozialdemokratinnen oder Sozialistinnen gewesen seien; Karelina nimmt die Abhaltung einer Maifeier im Jahr 1892 (die zur Verhaftung vieler Zirkelmitglieder und zum Verfall der Frauengruppe führte) als Indiz dafür, daß ihr Zirkel bereits zu jener Zeit sozialdemokratisch orientiert gewesen sei, während Boldyreva etwas vorsichtiger formuliert: *»Die revolutionäre 'Infektion' (revoljucionnaja 'zaraza') steckte bereits in uns allen, und wenn wir auch zu jener Zeit weder Theorie noch Methoden des Klassenkampfs beherrschten, so wußten wir doch auf jeden Fall, wer die Feinde der Arbeiterklasse waren.«*[47] (Möglicherweise handelt es sich bei dieser Einschätzung aber um eine nachträgliche redaktionelle Einfügung, die den vorrangig als Arbeiterinnen-Bildungsvereinen tätigen Frauengruppen eine politische, d. h. sozialdemokratische oder sozialistische, Ausrichtung unterschieben wollte.) Ein Blick in die Erinnerungen von Beteiligten läßt eher vermuten, daß Arbeiterinnen sich gegenüber politischen Konzeptionen indifferent verhielten, sich aber für Themen interessierten, die ihr Alltagsleben in der Fabrik konkret berührten.

In dem kontrollierten Fabrikbereich, wo es laut Boldyreva vor allem darauf ankam , nicht aufzufallen und sich tadellos zu benehmen,[48] um nicht den Zorn der Vorgesetzten zu erregen, blieben die Kontakte einer Zirkelbesucherin zur Intelligenz jedoch nicht unbemerkt und Kollegen verspotteten sie bald als 'studentka' (Studentin).[49] Sie wurde mit einer Mischung aus Achtung (wegen ihres 'Bildungshungers') und Verachtung (wegen ihrer Bestrebungen, sich aus dem Arbeitermilieu zu erheben) behandelt und zunächst reagierte sie darauf wenig selbstbewußt und eingeschüchtert und stellte ihre Kontakte zur Intelligenz und den 'bewußten' Arbeitern ein.[50] Zu jener Zeit kam ihr ihre Zirkelpropagandistin, eine Intelligentka, noch fremd und unerreichbar vor und Boldyreva spricht von ihr als 'barynja' (Herrin)[51] und erinnert sich voller Bewunderung an deren äußere Erscheinung.[52] Im Laufe der Zeit entwickelte Boldyreva jedoch mehr Selbstvertrauen und errang auch unter ihren Mitarbeiterinnen eine gefestigte Position, so daß die 'ärgerlichen Spitznamen'[53] sie schließlich nicht mehr störten. In allen hier untersuchten Texten von Frauen klingt niemals ein kritisches Verhältnis zwischen Arbeiterinnen und Intelligencija durch, sondern es werden nur positive Begegnungen memoriert.[54]

Neben Bildungs- und Politisierungsaufgaben übernahmen die Zirkel auch eine wichtige soziale Funktion: Nach einem 16-stündigen Arbeitstag blieb den Arbeitern wenig Zeit zur Erholung und ihre finanziellen Mittel waren knapp bemessen. Daher nutzten sie jede Möglichkeit zu kostenloser Freizeitgestaltung. Vor allem wenn sie unverheiratet waren, traten sie gern in Zirkel ein, um dort Personen des anderen Geschlechts kennenzulernen. Denn in den Fabriken arbeiteten Männer und Frauen meistens in getrennten Abteilungen[55] und selbst in den Abend- und Sonntagsschulen fand seit 1874 keine Koedukation mehr statt.[56] Sowohl Boldyreva als auch Karelina beschreiben ausführlich die 'večerinki' (gesellige Abende), die wesentlicher Bestandteil des Zirkellebens waren.[57] Es wurde gesungen, Harmonika gespielt, getanzt, gelacht, gegessen und natürlich diskutiert, um die Zuverlässigkeit der möglichen neuen Mitglieder zu überprüfen.[58] Die Anwesenheit *»junger, gesunder, fröhlicher Frauen«*[59] zog Männer in die Zirkel, und wie der Fall St. Petersburg beweist, waren Eheschließungen unter Zirkelmitgliedern keine Seltenheit. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen (12 - 15 Personen) am ersten Petersburger Frauenzirkel heiratete Mitglieder der Krasin-Gruppe. Oft leiteten Ehefrauen von Studenten oder Propagandisten, die Männer unterrichteten, die Frauenzirkel.[60]

Außer Eheschließungen entwickelten sich aus den Zirkeln auch kommunale Wohnformen, in denen gemeinsam gewirtschaftet, gekocht und gegessen wurde. Anstelle traditioneller Geschlechtsrollen bestand dort nach Ansicht von Karelina eine gleichberechtigte, kameradschaftliche Atmosphäre.[61] Inwieweit diese positive Beurteilung der Realität entsprochen hat, läßt sich hier nicht überprüfen. Für das gegenseitige Verhältnis von Männern und Frauen in den Zirkeln im allgemeinen sowie in der Arbeiterschaft generell läßt sich bei weitem keine so positive Bilanz ziehen. Babuškin z. B. berichtet, daß der Zirkel, dem er angehörte, die Anwesenheit des *»schönen Geschlechts«* abgelehnt hat, weil sie *»unvorhersehbare Reaktionen«* der Männer provozieren könne.[62] In anderen Zirkeln wurden die Frauen aufgrund ihres Bildungsrückstandes nicht zugelassen.[63] Da proletarische Männer sich oft feindselig bis herablassend gegenüber Frauen gleicher Herkunft benahmen, wurden schließlich separate Frauenzirkel eingerichtet. Zwischen Männer- und Frauenzirkeln herrschte dann latente oder offene Konkurrenz, wobei das Niveau der Frauengruppen als niedriger eingeschätzt wurde.

Karelina stellt noch im Jahr 1905 fest, daß die Mehrheit russischer Arbeiter politisches Engagement von Frauen argwöhnisch betrachtete und sie lieber mit Kochtöpfen und Windeln beschäftigt sehen wollte.[65] Sogar der 'bewußte' Arbeiter Norinskij, dessen Frau ebenfalls Arbeiterzirkel besuchte, sah die Hauptaufgabe von Frauen darin, die Bewegung zu beleben, den Männern das Leben zu erleichtern und einer neuen Generation von Parteiarbeitern das Leben zu schenken.[66] Das Frauenideal männlicher Zirkelbesucher war die 'podruga žizni i po borbe' (Freundin in Leben und Kampf), die das außerhäusliche Treiben der Männer nicht durch ihre Rückständigkeit oder Schwatzhaftigkeit erschwerte, sondern Arbeit und Sorgen teilte. 'Umerziehungsversuche' von seiten der Männer hatten nicht immer Erfolg, denn die dörflichen und religiösen Traditionen, an die viele Frauen sich klammerten, erwiesen sich als überaus haltbar. Natürlich waren es nicht immer die Männer, die sich der Politisierung ihrer Frauen entgegenstellten. Karelina, Muralova, Manuilova[67] und Norinskij berichten auch von regelrechten Ehekämpfen, die aus der Zirkelteilnahme von Männern entstanden und von Frauen aus eifersüchtigen Motiven oder aus Sorge um die Familie begonnen wurden.[68] Norinskij erzählt die Geschichte des ca. 30 Jahre alten Arbeiters Funtikov, der eine entschiedene Auseinandersetzung mit seiner Frau führte und sie aufforderte, endlich von den Konventionen abzulassen und ihn im Kampf gegen das Kapital zu unterstützen. Im Zusammenhang damit verlangte er von ihr, alle Ikonen in den Ofen zu werfen. Der Kampf zog sich über 2 bis 3 Jahre hin, bis der Arbeiter schließlich – enttäuscht von der Fruchtlosigkeit seiner Überzeugungsarbeit – die Verbindung zum Dorf und zur Familie abbrach und sich ganz der revolutionären Bewegung widmete.[69]

In separaten Frauenzirkeln wurde nicht nur versucht, Vorurteile von Frauen gegen die Politisierung ihrer Männer abzubauen, sondern auch Voraussetzungen für die Entwicklung eines eigenen Selbstbewußtseins zu schaffen. Immer wieder beobachteten Karelina, Boldyreva und all die anderen Zirkelorganisatorinnen, daß Frauen sich in ihrem eigenen Kreis, zu dem keine Männer zugelassen waren, mutiger und freier zeigten. Dort herrschte eine familiär-freundliche Atmosphäre, während die Anwesenheit selbstbewußter Männer sie verunsicherte und Konkurrenzsituationen schuf, denen die Arbeiterinnen noch nicht gewachsen waren. Von Protesten gegen männliche Dominanz oder Überheblichkeit wird in den vorliegenden autobiographischen Texten nicht berichtet, eher scheinen die Frauen resigniert zu haben. Wenn Karelina z. B. ihre Zirkelbesucherinnen aufforderte, auch in gemischten Versammlungen das Wort zu ergreifen, so bekam sie häufig zu hören: *»Ich selbst möchte mich manchmal zu Wort melden, aber dann denke ich, was ich und wie ich es sagen könnte*

und dann sind da so viele Leute, alle werden mich anstarren und dann wird womöglich noch jemand lachen und sagen 'was taucht die hier plötzlich auf mit ihren Reden ...' –, ja und bei solchen Gedanken verliere ich den Mut, ich bekomme Angst, ja und dann sitze ich da und schweige, aber mein Herz brennt.«[70] (Diese Beobachtung machte Karelina im Jahr 1905 bei ihrem Versuch, in den Gapon'schen Arbeiterorganisationen die Position der Frauen zu stärken.)
Nachdem um 1895 die sozialdemokratischen Gruppen die Zirkelarbeit zugunsten von Flugblattaktionen in den Fabriken zu vernachlässigen begannen, wurde ihr Kontakt zu den Industriearbeiterinnen zunehmend schwächer und brach fast völlig ab. Frauen waren oft in bestimmten Industriezweigen zusammengeschlossen, die Flugblätter richteten sich jedoch nur selten an Fabriken mit hohem Frauenanteil oder direkt an Frauen.[71]
Die Arbeit der (Bildungs-)Zirkel unter proletarischen Frauen hatte jedoch gezeigt, daß es bestimmte Themen und Methoden gab, die auf lange Sicht gesehen wahrscheinlich zu einer Politisierung der 'rückständigen Frauen' geführt hätten. Wären die Zirkel weiterhin konsequent und breitflächig betrieben worden, hätten sie zukünftig ein gutes Rekrutierungsfeld für weibliche Mitglieder der russischen Sozialdemokratie abgeben können. In der kurzen Zeit und den vergleichsweise wenigen Städten aber, in denen sie existierten, gelang es nicht, eine Schicht von Frauen heranzuziehen, die sich in gemischten Partei- oder Arbeiterorganisationen hätte engagieren wollen und durchsetzen können. War die marxistische Intelligenz trotz der Zirkelpropaganda nur bis an die Peripherie der Arbeiterschaft vorgedrungen, so galt dies für proletarische Frauen ganz besonders. Diese Schicht, die einer besonderen Aufmerksamkeit bedurft hätte, erfuhr diese nicht in entsprechendem Maße.
Diejenigen Frauen aus der Intelligenz, die der Meinung gewesen waren, sie könnten in kurzlebigen Zirkeln das weibliche Fabrikproletariat mit ihrer politischen Mission durchdringen und zu Kadern der Sozialdemokratie erziehen, mußten erkennen, wie weit sie tatsächlich von der Realität der Fabrikarbeiterinnen entfernt waren und daß ihre Isolierung nur durch aufreibende, tagtägliche Kleinarbeit zu überwinden sein würde. Zu diesem 'Dienst am Volk' waren die Frauen aus der sozialdemokratischen Bewegung (dies zeigen viele Äußerungen aus den nachfolgenden Jahren) allerdings ebenso bereit wie ihre Vorgängerinnen aus dem 'Narodničestvo'. Obwohl sich das Niveau der Sozial- und Bildungsstruktur der weiblichen revolutionären Intelligenz seit den siebziger Jahren kaum verändert hatte (während es bei den Männern gesunken war[72]), fehlte in den achtziger und neunziger Jahren der religiöse Eifer und der missionarische Geist, der so typisch für die Pionierinnen der Fabrikpropaganda gewesen war.
Die Frauen, die Zirkelarbeit leisteten, entwickelten bald speziell auf Frauen zugeschnittene Inhalte und griffen zur Form der separaten Frauenzirkel. Trotz mancher positiver Aspekte für die teilnehmenden Frauen förderten diese Zirkel auch negativ zu bewertende Tendenzen: Sie leisteten dem 'Vergessen' der weiblichen Hälfte der Arbeiterschaft Vorschub. Frauenpolitik blieb (bis nach 1917) stets ein unbedeutendes Anhängsel sozialdemokratischer Einflußnahme auf die Arbeiterschaft. Unbewußt unterstützten die separaten Frauenzirkel diese Entwicklung, denn sie enthoben die reinen Männergruppen einer echten Auseinandersetzung mit der Frauenfrage und entlasteten sie so letztlich von einer Einbeziehung der 'rückständigen Frauenmassen' in ihre Arbeit.

ANMERKUNGEN

1 Siehe dazu: Geyer, D.: Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz, 1890 - 1903, Köln/Graz 1962; Haimson, L. H.: The Russian Marxists and the Origins of Bolshevism, Cambridge, Mass. 1967; Keep, J. L. H.: The Rise of Social Democracy in Russia, Oxford 1963; Naimark, N. M.: Terrorists and Social Democrats. The Russian Revolutionary Movement under Alexander III, Cambridge, Mass. 1983; Pipes, R.: Social Democracy and the St. Petersburg Labor Movement, 1885 - 1897, Cambridge, Mass. 1963; Tobias, H. J.: The Jewish Bund in Russia. From its Origins to 1905, Stanford 1972; Wildman, A. K.: The Making of a Workers' Revolution. Russian Social Democracy, 1891 - 1903, Chicago/London 1967; ders.: The Russian Intelligencija of the 1890s, in: American Slavonic and East European Review 19, 157 - 179 (1960).

2 Vgl. aber: Glickman, R. L.: Russian Factory Women. Workplace and Society, 1880 - 1914, Berkeley/Los Angeles/London 1984 (in Kapitel 5 wird auf die Petersburger Zirkel und deren Bedeutung für Arbeiterinnen eingegangen) und: Knight, A. W.: The Participation of Women in the Revolutionary Movement in Russia from 1890 to 1914, Ph.D. Thesis, London 1977 (diese Arbeit enthält eine Reihe verstreuter Einzelbeobachtungen über die bekanntesten Zirkel).

3 Der Name 'Populisten' dient als Sammelbezeichnung für alle russichen Radikalen der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die meisten von ihnen waren Anhänger eines libertären Sozialismus auf der Basis von Dorfgemeinschaften. Sie selbst nannten sich auch Sozialrevolutionäre, Sozialisten, Nihilisten, Propagandisten, Sozialdemokraten usw. Zu diesem Wirrwarr von Begriffen vgl.: Pipes, R.: Narodničestvo: A Semantic Inquiry, in: Slavic Review 23 (1964), 441 - 468.

4 Knight, A.: The Fritschi: A Study of Female Radicals in the Russian Populist Movement, in: Canadian-American Slavic Studies 9 (1975), 1 - 17, S. 11;
Venturi, F.: Roots of Revolution. A History of the Populist and Socialist Movements in Nineteenth-Century Russia, Chicago (Reprint von 1960) 1983, S. 502, 512.
An der 'Volksgängerbewegung', die im 'verrückten Sommer' 1874 ihren Höhepunkt erreichte, nahmen Tausende von Studenten (verkleidet als Bauern) teil, um der russischen Dorfbevölkerung die 'Wahrheit' zu bringen. Dieser Versuch endete mit einem totalen Mißerfolg: Die Aufklärung der Bauernmassen gelang nicht, aber Hunderte von Narodniki wurden verhaftet und verbannt. Da es sich bei dieser Ausprägung des Populismus um Agitation auf dem Land handelt, soll in diesem Zusammenhang nicht näher darauf eingegangen werden.

5 »Chaikovskii, N. V.« in: Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History (= MERSH), Vol. 16, 1978, S. 193 - 196; Stites, R.: The Women's Liberation Movement in Russia. Feminism, Nihilism, and Bolshevism, 1860 - 1930, Princeton 1978, S. 128 - 131.

6 Knight, Fritschi, a. a. O., S. 10 f; Stites, Women's Liberation Movement, a. a. O., S. 137; Venturi, Roots, a. a. O., S. 524 ff.

7 'Alarchin-Kurse': Vorbereitungskurse für Frauen zum Universitätsbesuch, St. Petersburg 1869 - 1875. Da sie in der Nähe der Alarchinskij-Brücke abgehalten wurden, erhielten sie den entsprechenden Namen. Siehe: »Higher Courses for Women«, in: MERSH, Vol. 14, 1979, S. 50 - 53; Stites, Women's Liberation Movement, a. a. O., S. 77.

8 Venturi, Roots, a. a. O., S. 482 f; 'Das Kapital' von Marx erschien erstmalig Anfang 1872 in russischer Übersetzung und wurde in populistischen Zirkeln viel gelesen und diskutiert.

9 Knight, Fritschi, a. a. O., S. 7 ff; Stites, Women's Liberation Movement, a. a. O., S. 134 ff.

10 Knight, Fritschi, a. a. O., S. 7, 9. Ein Grund für den Abbruch des Studiums in Zürich war der Erlaß der russischen Regierung vom Mai 1873, der den russischen Studentinnen keinen Aufenthalt in Zürich über den 1. Januar 1874 hinaus gestattete, wenn sie später in Rußland ihre Studien fortsetzen oder Prüfungen ablegen wollten. Begründet wurde dieses Dekret mit der politischen und moralischen Unzuverlässigkeit der russischen Frauen in der Schweiz.

11 Stites, Women's Liberation Movement, a. a. O., S. 127 f.

12 Knight, Fritschi, a.a.O., S. 11f; Venturi, Roots, a.a.O., S. 431f; Stites, Women's Liberation Movement, a.a.O., S. 141.

13 Stites, Women's Liberation Movement, a.a.O., S. 131, 141; Knight, Fritschi, a.a.O., S. 14; Venturi, Roots, a.a.O., S. 483, 533.

14 Dabei handelte es sich um den »Nordbund russischer Arbeiter« (St. Petersburg) und den »Südrussichen Arbeiterbund« (Odessa).

15 Diese Problematik kann im Rahmen dieses Aufsatzes nur gestreift werden. Vgl.: Glickman, Russian Factory Women, a.a.O., besonders Kapitel 1-4.

16 Figner, V.: Studenčeskie Gody (1872-1873), in: Golos Minuvšego 10, 1922, S. 181.

17 Knight, Fritschi, a.a.O., S. 4f; Stites, Women's Liberation Movement, a.a.O., S. 128f, 135f; Venturi, Roots, a.a.O., S. 480f.

18 Übersteigerte Identifikation der Frauen mit der 'revolutionären Sache' scheint nach Mißerfolgen signifikant höhere Selbstauslöschungstendenzen bei ihnen hervorgerufen zu haben als bei Männern. Vgl.: Knight, Fritschi, a.a.O., S. 17.

19 Knight, Fritschi, a.a.O., S. 9.

20 Knight, Fritschi, a.a.O., S. 15.

21 »Sunday School Movement«, in: MERSH, Vol. 38 (1985), 41-45.

22 Cederbaum (=Ježov), S.: Ženščina v Russkom Revoljucionnom Dviženii (1870-1905), Leningrad 1927, S. 156.

23 Karelina, V.: Na Zare Rabočego Dviženija v S.-Peterburge, in: Krasnaja Letopis 4 (1922), 12-20, S. 12; Karelina, V.: Vospominanija o Podpol'nych Rabočich Kružkach Brusnevskoj Organizacii (1889-1892 gg.), in: A. Korol'čuk: V Načale Puti. Vospominanija Petersburgskich Rabočich, 1872-1897, Leningrad 1975, S. 275f.

24 »Brusnev Group«, in: MERSH, Vol. 5 (1977), 205-208.

25 Boldyreva, A.G.: Minuvšie Gody, in: Korol'čuk, a.a.O., S. 258.

26 Ebd., S. 256.

27 Karelina, in: Krasnaja Letopis, a.a.O., S. 13.

28 Boldyreva, A.: Minuvšye Gody, in: Tekstil'ščik 1-2, 1923, S. 114; Boldyreva, in: Korol'čuk, a.a.O., S. 259; vgl. auch: Karelina, in: Korol'čuk, a.a.O., S. 275.

29 »Pale of Settlement«, in: MERSH, Vol. 26 (1982), 189-194.

30 Karelina, in: Krasnaja Letopis, a.a.O., S. 14.

31 Bobrovskaja, C.: Zapiski Podpol'ščika, Moskva 1957, S. 4.

32 Häufig absolvierten gerade jüdische Frauen eine solche Ausbildung im Ausland. Ohne die Lizenz in einem bestimmten Beruf (z.B. Hebamme, Geburtshelferin, Ärztin) und eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung erhielten sie kein Wohnrecht außerhalb des jüdischen Ansiedlungsrayons.

33 Perazič, S.V.: Iz Vospominanij C.V. Perazič (C.V. Pomeranc) in: Krasnaja Letopis 7 (1923), 243-262, S. 243.

34 Ebd.; vgl. auch: Muralova, S.I.: Iz Prošlogo, in: Mickevič, S.I. (ed.): Na Zare Rabočego Dviženija v Moskve, Moskva 1932, S. 154.

35 Stopani, A.M.: Na Zare Social-Demokratii v Kazani, in: Proletarskaja Revoljucija 2 (1923), 579-585, S. 580f.

36 Boldyreva, in: Tekstil'ščik, a.a.O., S. 116. Diese Entwicklung führte die sozialdemokratischen Gruppen 1895 zur Aufgabe der Zirkelpropaganda als Arbeitsschwerpunkt und zum Übergang zur Fabrikagitation. Natürlich hatten auch die Streiks (Mitte der neunziger Jahre) diesen Strategiewechsel begünstigt, denn die Sozialdemokraten hatten erkennen müssen, daß sie kaum Kontakte zur Masse der Industriearbeiter besaßen, daß diese aber sehr wohl zum Mittel des Streiks griffen, um eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation durchzusetzen (vgl. auch die in Anm. 1 aufgeführte Literatur).

37 Martov, L.: Zapiski Socialdemokrata, Berlin 1922, S. 188 f.

38 Petrov, A. K.: Pervye S.-D. Rabočie Kružki v Kazani, in: Proletarskaja Revoljucija 2 (1923), 585 - 595, S. 591.

39 Ebd., S. 591.

40 Perazič, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 248, 251.

41 Karelina, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 297.

42 Perazič, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 251.

43 P. I. Vinokurova verfaßte die Broschüre 'Dura-Baba' (Die einfache, ungebildete Frau) und M. N. Mandel'štam war Autor der Schrift 'Koe-čto o ženščine-rabotnice' (Einige Bemerkungen über die Arbeiterfrau). Vgl.: Mickevič, S. I.: Revoljucionnaja Moskva, Moskva 1940, S. 173.

44 Boldyreva, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 255.

45 Karelina behandelte z. B. das Problem sexueller Belästigung und Ausbeutung von Frauen, die in den Fabriken von den Meistern und Vorarbeitern in vieler Hinsicht abhängig waren, wenn sie nicht ihren Arbeitsplatz verlieren wollten.

46 Perazič, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 249.

47 Boldyreva, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 259.

48 Ebd., S. 262.

49 Ebd., S. 256, 264.

50 Ebd., S. 256.

51 Boldyreva, in: Tekstil'ščik, a. a. O., S. 112.

52 Ebd., S. 112.

53 Boldyreva, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 260.

54 Karelina, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 275; Karelina, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 18.

55 Koenker, D.: Moscow Workers and the 1917 Revolution, Princeton 1981, S. 65.

56 »Sunday School Movement«, a. a. O., S. 44.

57 Boldyreva, in: Tekstil'ščik, a. a. O., S. 119; Karelina, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 18.

58 Ebd., S. 15.

59 Ebd., S. 18.

60 Petrov, in: Proletarskaja Revoljucija, a. a. O., S. 58 f; Karelina, in: Krasnaja Letopis, a. a. O., S. 13.

61 Karelina, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 289.

62 Babuškin, I. V.: Vospominanija I. V. Babuškina, 1883 - 1900, Moskva 1955, S. 60.

63 Muralova, in: Mickevič, a. a. O., S. 155.

64 Ebd., S. 155.

65 Karelina, V.: Rabotnica v Gaponovskich Obščestvach, in: Kudelli, P. F. (ed.): Rabotnica v 1905 g. v S.-Peterburge, Leningrad 1926, S. 14.

66 Norinskij, K.: Moi Vospominanija, in: Ot Gruppy Blagoeva k 'Sojuzu Borby' (1886 - 1894), Rostov 1921, S. 16.

67 Manuilova, L.: Pečali i Radosti Moej Žizni. Zapiski, Moskva 1922, S. 42.

68 Karelina, in: Korol'čuk, a. a. O., S. 283.

69 Norinskij, in: Ot Gruppy Blagoeva, a. a. O., S. 13.

70 Karelina, in: Kudelli, a. a. O., S. 15.

71 Glickman, Russian Factory Women, a. a. O., S. 182.

72 Naimark, Terrorists and Social Democrats, a. a. O., S. 27 ff.

Vladimir Brovkin / Beate Fieseler

Ein Streik in Sowjetrußland

Arbeiterprotest und bol'ševistische Reaktion: Elemente von Kontinuität und Wandel im Zeitraum 1918-1920

Bei dem unten abgedruckten Text handelt es sich um ein einzelnes Dokument über einen Streik in der provinziellen Metallindustriestadt Tula südlich von Moskau in Sowjetrußland. Der Streik fand im Mai/Juni 1920, also kurz nach den größten Kampfhandlungen des Bürgerkrieges, auf dem Höhepunkt des sogenannten 'Kriegskommunismus' statt. Das Dokument beschreibt in detaillierter Form die Gründe für den Ausbruch des Streiks, die Aktionen der bol'ševistischen Behörden und der men'ševistischen Opposition[1] und vor allem das Verhalten der streikenden Arbeiter, die gegen eine als ungerecht empfundene Behandlung Widerstand leisteten. Verlauf und Beilegung des Streiks beleuchten die Mentalität und die Reaktion der bol'ševistischen Ortsbehörden; außerdem erfahren wir etwas über die nicht zu beneidende Position der Men'ševiki, die als Oppositionsfraktion im Tulaer Sowjet erfolglos versuchten, zwischen den Bol'ševiki und den Arbeitern zu vermitteln. Man kann den Streik in Tula von Mai/Juni 1920 nicht isoliert von anderen Protestaktionen der russischen (Metall-)Arbeiter in den vorangegangenen zweieinhalb Jahren bol'ševistischer Herrschaft sehen. Deshalb geben wir zunächst eine kurze chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse.

Das Jahr 1918

Wie allgemein bekannt ist, bildeten die russischen Metallarbeiter im Jahr 1917 die Avantgarde innerhalb der politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen. Viele von ihnen unterstützten die Bol'ševiki und begrüßten die Übernahme der Macht durch die Sowjets im Oktober 1917. Allerdings hörten sie in den nachfolgenden Monaten nicht auf, ökonomische und politische Forderungen zu stellen. Ganz im Gegenteil: Als sich nach einer kurzen Phase der Euphorie über den Sieg der bol'ševistischen Revolution die politische und ökonomische Lage der Arbeiter deutlich verschlechterte, entstand (ab März 1918) eine neue, starke Arbeiterprotestbewegung auf der politischen Szene Rußlands – die Bewegung der 'Bevollmächtigten' (upolnomočennye).[2] Das Entstehen von 'Bevollmächtigtenräten' war das erste deutliche Anzeichen für die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Tätigkeit der Sowjets, die inzwischen unter bol'ševistische Führung gelangt waren. Theoretisch waren die Sowjets zwar Ausdruck der Diktatur des Proletariats, doch in der Praxis verloren sie ebenso wie die Fabrikkomitees schon bald den Kontakt mit der Arbeiterbasis. Bereits im Frühjahr 1918 konnte man einen Anstieg der Arbeiterproteste beobachten: Streiks und Demonstrationen fanden statt; sie richteten sich gegen die Willkür der bol'ševistischen Kommissare, gegen die Verteilungsnormen für Lebensmittelrationen und gegen den Widerstand der Bol'ševiki, Neuwahlen zu den Sowjets abzuhalten.[3]
Im Mai/Juni 1918 kam es allein in Petrograd zu Dutzenden von politischen Protesten und

Streiks[4]: Zum Teil reagierten die Arbeiter auf diese Weise gegen die Verkleinerung der Waffenindustrie. In vielen Metallindustriebetrieben in Petrograd, Tula und im Ural stand im Frühjahr 1918 die Produktion still, denn es fehlte an staatlichen Aufträgen, der Materialnachschub war ins Stocken geraten und das Management hatte chaotische Formen angenommen; Zehntausende von Arbeitern wurden dadurch arbeitslos und viele von ihnen zogen sich aufs Land zurück, um Lebensmittel zu beschaffen. Die qualifizierten Arbeiter jedoch blieben zumeist in den Städten und schufen sich in den 'Bevollmächtigtenräten' bald eine Arbeiterselbstorganisation. Sie verfolgten das Ziel, vom Staat unabhängige Arbeiterorganisationen zu gewährleisten bzw. wiederherzustellen, deren Existenz sie selbst in einem proletarischen Staat für berechtigt, ja notwendig erachteten.

Im Jahr 1918 war die Stadt Tula eines der lebendigsten und wichtigsten Zentren dieser 'Bevollmächtigtenbewegung'. Bereits im Februar 1918 organisierten die Tulaer Arbeiter, darunter vor allem Metallarbeiter aus den beiden großen Waffenfabriken mit mehr als 40 000 Beschäftigten, eine 'Bevollmächtigtenversammlung'. Diese sollte Lösungen für Probleme wie Löhne, Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, d. h. für konkrete Alltagsangelegenheiten der Arbeiter entwickeln. Dabei gingen die Arbeiter wie selbstverständlich davon aus, daß sie nach dem Sieg der proletarischen Revolution ein Recht auf Organisationsfreiheit besaßen. Die Men'ševiki spielten in der 'Bevollmächtigtenbewegung' in Tula eine führende Rolle. Bei den Neuwahlen zum Tulaer Sowjet im Frühjahr 1918 hatten sie zwar eine Mehrheit gewonnen, doch die Bol'ševiki waren hier – ebenso wie in vielen anderen russischen Städten auch – fest entschlossen, den Sowjet um jeden Preis weiterhin selbst zu kontrollieren,[5] denn die direkte Kontrolle der Tulaer Waffenfabriken war für die Bol'ševiki in Moskau absolut notwendig. Die Weigerung der Bol'ševiki, sich mit dem Wahlergebnis abzufinden, führte demzufolge nicht nur in Tula im Frühjahr und Sommer 1918 zu einer ganzen Reihe von Konfrontationen zwischen den Arbeitern und den bol'ševistischen Ortsbehörden.[6] Unzählige Arbeiterresolutionen forderten Streik- und Redefreiheit, Aufhebung der Zensur, freie Wahlen zum Sowjet und die Beendigung der bol'ševistischen Angriffe gegen die Men'ševiki und die Sozialrevolutionäre.

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen war im Juni 1918 erreicht. Nachdem die Bol'ševiki in Moskau die Men'ševiki und Sozialrevolutionäre vom Zentralexekutivkomitee der Sowjets ausgeschlossen und am 13./14. Juni die Teilnehmer an der 'Bevollmächtigtenkonferenz' der wichtigsten russischen Industriestädte verhaftet hatten, traten die Tulaer Arbeiter, deren Vertreter ebenfalls zu den Verhafteten gehörten, am 17. Juni 1918 in den Generalstreik.[7] Bei diesem Streik handelte es sich keineswegs um einen Einzelfall. Wie das Zentralkomitee der Men'ševiki in einem anderen Dokument ausführt, zog sich im Juni/Juli 1918 eine Welle von Generalstreiks über ganz Rußland und berührte nahezu alle größeren Industriestädte.[8]

Ursachen und Verlauf der Konfrontation zwischen bol'ševistischen Behörden und Arbeitern wiesen in vielen Orten eine bemerkenswerte Ähnlichkeit auf: Die oppositionellen Parteien – Men'ševiki und Sozialrevolutionäre – hatten die Wahlen zu den Sowjets im Frühjahr 1918 (z. B. in Jaroslavl, Nižnii Novgorod, Tambov, Rostov am Don und in vielen anderen Städten) gewonnen.[9] Deshalb lösten die Bol'ševiki in all diesen Städten die neugewählten Sowjets auf und verhafteten die Führer der Opposition. In Nižnii Novgorod sprengten die Bol'ševiki am 10. Juni außerdem den örtlichen 'Bevollmächtigtenkongreß' duch Einsatz von Gewalt, wobei einige Arbeiter erschossen wurden.[10] Daraufhin traten die Arbeiter von Nižnii Novgorod am 18. Juni in den Generalstreik. In den Iževsker Waffenwerken im Gouvernement Vjatka im Ural, wo – ähnlich wie in den Tulaer Fabriken –

Gewehre und Munition hergestellt wurden, gewann die Opposition im Mai 1918 die Wahlen zum Sowjet; die Bol'ševiki weigerten sich auch hier nachzugeben, und es kam zu einer Reihe von Streiks und Protesten, die schließlich in einer Arbeitererhebung im August 1918, die zum Sturz der örtlichen Bol'ševiki führte, kulminierten.[11]

Aus dieser landesweiten Perspektive gesehen, stellen die Ereignisse in Tula im Jahre 1918 sicherlich keine Ausnahme vom allgemeinen Konfrontationsschema dar. Doch anders als in den vorgenannten Städten blieben die Bol'ševiki in Tula an der Macht. Ihr Verhalten im Juni 1918 war gekennzeichnet von Panik und Verwirrung: Panik, weil in den Volgastädten Tschechen[12] und Sozialrevolutionäre die Bol'ševiki abgesetzt und ein neues Regierungsorgan (Komuč = Komitee der Konstituierenden Versammlung) eingerichtet hatten; Verwirrung, weil die Arbeiter sich gegen die 'proletarische' Herrschaft auflehnten. Gleichzeitig lassen sich zu dieser Zeit auch Züge von Zögern und Unentschlossenheit bei den Tulaer Bol'ševiki nachweisen. Einerseits verhafteten sie das von den Men'ševiki geführte Streikkomitee, gaben die Anweisung heraus, daß alle Arbeiter sofort ihre Arbeit wieder aufzunehmen hätten, griffen die Streikposten an und eröffneten das Feuer auf die Streikenden. Andererseits gestatteten sie nach dem Ende des Streiks, Wahlen zur lokalen Metallarbeitergewerkschaft abzuhalten: wiederum gewannen die Men'ševiki die Mehrheit.[13] Trotzdem wurde seit jener Zeit jeder Streik als 'Sabotage' bezeichnet, die es zu unterdrücken galt. Der 'Bevollmächtigtenrat' wurde aufgelöst und die oppositionelle Presse liquidiert. So drastisch sie auch erscheinen mögen, die Maßnahmen waren noch milde im Vergleich zu den Dingen, die in anderen Städten im Jahr 1918 und in Tula im Jahr 1920 geschahen. In Petrograd wurden Ende Juni 1918 die Arbeiter der Obuchov-Werke ausgesperrt, und die Fabrik wurde wegen des Streiks geschlossen;[14] in Tver' wurde Anfang Juni das Kriegsrecht verhängt.[15] In der Berëzovskij-Fabrik im Ural führten Proteste gegen die Privilegien der Kommissare ebenfalls zur Verhängung des Kriegsrechts und einer Ausgangssperre; 30 Personen wurden innerhalb von wenigen Tagen erschossen, weil sie die geltenden neuen Bestimmungen verletzt hatten.[16] Als der Bürgerkrieg im Spätsommer und Herbst 1918 in eines seiner kritischsten Stadien trat, nahmen die bol'ševistischen Repressionen ganz besonders rücksichtslose Formen an.[17] Streik wurde jetzt mit Verrat gleichgesetzt, er galt als feindlicher Angriff an der inneren Front, auf den man in der gleichen Weise zu reagieren hatte wie auf den Gegner an der äußeren Frontlinie des Bürgerkrieges. Als die Arbeiter der Motovilicha-Werke in der Nähe von Perm im Dezember 1918 in den Streik traten, weil sie sich über die geringen Brotrationen beklagten und freie Wahlen zum Sowjet forderten, antworteten die Bol'ševiki mit Massenverhaftungen und Erschießungen.[18] Noch schlimmer erging es den Arbeitern von Iževsk, die die Bol'ševiki im August 1918 gestürzt hatten; als die Stadt im Spätherbst von der Roten Armee zurückerobert wurde, ließen die Bol'ševiki Hunderte von Arbeitern erschießen.[19]

Bis zum Ende des Jahres 1918 war die gesamte nicht-bol'ševistische Presse in Sowjetrußland liquidiert worden, oppositionelle Arbeiterorganisationen wurden nicht länger toleriert. Vielmehr sollten die russischen Arbeiter und die Kommunistische Partei von nun an mit **einer** Stimme sprechen, auch wenn Gewalt angewendet werden mußte, um dieses Ziel zu erreichen. Auf dem Spiel stand der Avantgarde-Anspruch der Bol'ševiki, ihre selbstauferlegte historische Mission sowie ihr Ansehen bei den westeuropäischen Sozialisten. Natürlich rekrutierten sich viele Anänger des jungen kommunistischen Regimes aus der Arbeiterschicht, aus der Intelligenz, der Bauernschaft und dem Militär, und viele von ihnen stiegen in der Zivil- und Militäradministration schnell auf. Wenn man den proletarischen Charakter des bol'ševistischen Regimes an der Zahl von Verwaltungsbeamten mißt, die

aus der Arbeiterklasse stammten, dann mochte Sowjetrußland tatsächlich wie ein proletarischer Staat erscheinen; wenn man jedoch den proletarischen Charakter des neuen Staates an dem Grad von Freiheit mißt, die die Arbeiter in den Fabriken zur Wahrnehmung ihrer Rechte genossen, dann wirkt das kommunistische Regime eher wie die Diktatur der Partei **über** das Proletariat. Tatsächlich besaßen die Arbeiter weniger Rechte als zur Zarenzeit, denn sie hatten keine Repräsentationsmöglichkeiten mehr; diese Aufgabe und Funktion hatte ihnen die selbsternannte proletarische Avantgarde, die Kommunistische Partei, abgenommen. Den bol'ševistischen Behörden kam es in der Folge vor allem darauf an, Arbeiterunruhen möglichst schon im Keim zu ersticken oder wenigstens schnell, entschieden und effektiv damit fertig zu werden.

Das Jahr 1919

Auch im Jahr 1919 setzten sich die Proteste und Streiks fort. Nur gab es keine oppositionelle Presse mehr, die davon hätte berichten können. Die Sozialdemokraten kamen jetzt zu dem Schluß, daß sie sich mit der bestehenden Realität arrangieren mußten, wenn sie unter den Bedingungen der bol'ševistischen Diktatur überhaupt noch eine politische Rolle spielen wollten. So beschieden sie sich damit, für eine allmähliche Verbesserung der politischen und ökonomischen Lage der Arbeiter einzutreten und verzichteten darauf, weiterhin eine parlamentarische Republik oder frei gewählte Sowjets zu fordern – diese Ziele schienen in unerreichbare Ferne gerückt zu sein. Öffentlich vorgetragene Kritik von Arbeitern und Sozialdemokraten entzündete sich im allgemeinen nur noch an konkreten politischen Maßnahmen oder richtete sich gegen einzelne Individuen. Nur wenn die Unzufriedenheit sich derart steigerte, daß sie sich in Streiks entlud, konnte man die alten Parolen von 1918 hören: freie Wahlen zu den Sowjets, Streik- und Organisationsfreiheit etc. Bereits im März 1919 brachen in Tula und einigen anderen Städten solche Streiks aus. Jeder Versuch, anhand der bol'ševistischen Presse Gründe und Anlässe für diese Proteste zu erfahren, bleibt im wesentlichen ergebnislos. Meistens wurden keine Einzelheiten über Arbeiterproteste berichtet, man tat vielmehr so, als sei überhaupt nichts geschehen. Sogar, wenn die Streiks Ausmaße erreichten, die nicht mehr ignoriert werden konnten, wurden nur sehr spärliche Berichte darüber veröffentlicht. Alles, was man zum Beispiel über einen Streik in Petrograd im März 1919 aus der bol'ševistischen Presse erfährt, ist, daß er von den konterrevolutionären Linken Sozialrevolutionären[20] angezettelt worden sei. Hätte es keine Berichte darüber im men'ševistischen Organ »Vperëd« und im Organ der Sozialrevolutionäre »Delo Naroda« gegeben, Zeitungen, die im Februar und März 1919 für einige Wochen wieder erscheinen durften, so wäre nichts anderes über diesen Streik bekannt. Niemand wüßte, daß zur Überraschung der Bol'ševiki ausgerechnet die Arbeiter der Putilov-Werke (das Rückgrat des Petrograder Proletariats, um einmal die bol'ševistische Terminologie zu verwenden) freie Wahlen zum Sowjet, Redefreiheit, die Beendigung der Verfolgung von Sozialisten sowie die sofortige Freilassung von Marija Spiridonova, der Führerin der Linken Sozialrevolutionäre,[21] die kurz zuvor verhaftet worden war, forderten. Spiridonova war in einer Reihe von Fabriken und Werken öffentlich aufgetreten und hatte in ihren Reden den bol'ševistischen 'Roten Terror'[22] verurteilt und den Bol'ševiki Verrat an den Prinzipien der sozialistischen Revolution vorgeworfen. Ohne die Berichte in der men'ševistischen und sozialrevolutionären Presse würde niemand erfahren haben, daß Spiridonovas Reden in zahlreichen Fabriken mit Ovationen aufgenommen wurden. Auf

Spiridonovas Verhaftung folgten Massenarreste der Linken Sozialrevolutionäre in allen größeren Städten. Wiederum brachen Streiks aus, wiederum folgte die bol'ševistische Vergeltung auf dem Fuße. Noch immer ist nicht genau bekannt, wieviele Arbeiter in Petrograd verhaftet und erschossen worden sind.[23] Noch weniger wissen wir über die Streiks in Tver' und Tula. Als das Organ der Sozialrevolutionäre »Delo Naroda« (das wenige Tage später für immer verboten wurde)[24] einen Report über den Streik in Tula Ende März 1919 veröffentlichen wollte, verboten die bol'ševistischen Zensoren dies und die Zeitung mußte mit leeren Spalten anstelle des vorgesehenen Artikels erscheinen. Über die Ereignisse in Tver' wissen wir nur, daß es dort zu einem Streik kam und daß, wie es im Bericht der Bol'ševiki heißt, es diesmal gelungen sei, ihn ohne Erschießungen beizulegen. Hatte es andere Fälle gegeben? War es dabei zu Exekutionen gekommen?

Natürlich unternahmen die Bol'ševiki jede erdenkliche Anstrengung, um nicht nur die Streiks selbst, sondern auch alle Informationen darüber zu unterdrücken. Denn genau zu jener Zeit, d. h. im Frühjahr 1919, versuchte Lenin die Kommunistische Internationale zu organisieren. Nachrichten über Arbeiterstreiks im Land des 'siegreichen Proletariats', Nachrichten über Forderungen nach freien Wahlen, sowie Nachrichten über Verhaftungen und Erschießungen hätten die reibungslose Durchführung seiner Pläne erschweren, wenn nicht gar vereiteln können.

Ferner stellte die Offensive der Weißen Truppen im Frühjahr, Sommer und Herbst des Jahres 1919 eine große Gefahr für das bol'ševistische Regime dar: Sein bloßes Überleben stand jetzt auf dem Spiel. Kenner sowjetischer Geschichte sind häufig der Meinung, daß die russischen Arbeiter die bol'ševistische Diktatur einer Diktatur der Weißgardisten vorgezogen hätten, falls sie eine freie Entscheidung zwischen Denikin und Lenin hätten treffen können. Ohne diese Annahme generell in Frage zu stellen, sollte man doch nicht übersehen, daß nicht alle russischen Arbeiter den Weißen während des Bürgerkrieges ablehnend gegenüberstanden. Die Arbeiter von Iževsk setzten z. B. ihren bewaffneten Kampf gegen die Rote Armee noch zu einem Zeitpunkt fort, als ihre von den Sozialrevolutionären geführte Komučregierung von Admiral Kolčak besiegt worden war. Sie hätten entweder die Wahl gehabt, sich der Roten Armee im Kampf gegen die Weißen anzuschließen, wie die Sozialrevolutionäre empfohlen hatten, oder aber sie konnten den Kampf gegen die Bol'ševiki fortsetzen; allerdings jetzt nicht mehr in einer von Sozialrevolutionären geführten, sondern in der Weißen Armee. Die Mehrheit wählte diese zweite Möglichkeit.[25]

Nachdem die Armee von General Denikin die Stadt Orël im Herbst des Jahres 1919 eingenommen hatte, war Tula die nächste wichtige Stadt auf dem Weg, der eine erfolgreiche Offensive auf Moskau versprach. Dies war ein kritischer Moment für die Bol'ševiki, die fürchten mußten, daß die Tulaer Arbeiterschaft die Sowjetmacht nicht entschieden genug verteidigen würde. Sie wußten sehr genau, daß die Sozialdemokraten immer sehr populär unter den Tulaer Arbeitern gewesen waren und es noch waren. Daher gestatteten die Moskauer Bol'ševiki den Men'ševiki in Tula für die Sowjetmacht und gegen Denikin zu agitieren. Die Tulaer Bol'ševiki aber lehnten diese Idee ab und wollten den Men'ševiki keine Agitationsgenehmigung für Tula erteilen, nicht einmal in diesem Falle, in dem es zugunsten der Sowjetmacht geschehen sollte. Schließlich wurde folgender Kompromiß erreicht: Nur Moskauer Men'ševiki, nicht die örtlichen men'ševistischen Führer, durften sich an der Kampagne beteiligen. In Tula wurde die Aufgabe der men'ševistischen Delegation aus Moskau dadurch erschwert, daß die lokalen Men'ševiki bereits seit einigen Monaten (seit dem Streik im März 1919) keine Möglichkeit mehr gehabt hatten, ihre politische Meinung in Tula öffentlich zu äußern. Außerdem war die bol'ševistische Propaganda eifrig bemüht

gewesen, die Men'ševiki gründlich zu diskreditieren: ständig waren sie mit Denikin verglichen und als Konterrevolutionäre porträtiert worden, die sich nicht von den Weißen unterschieden. Doch diese Art von Propaganda schlug im Falle Tula völlig fehl. Die Tulaer Arbeiter besaßen keine konkreten Erfahrungen mit den Weißgardisten, sondern lernten nur die aus Moskau angereisten Men'ševiki kennen. Diese entsprachen allerdings nicht dem von den Bol'ševiki entworfenen Greuel- und Feindbild. Daraus zogen die Arbeiter den Umkehrschluß, daß dann auch Denikin und die Weißen, denen die Men'ševiki ja ähnlich seien, nicht so schlimm und furchterregend sein könnten.[26] Somit stellten die Men'ševiki aus Moskau zu ihrem Erstaunen fest, daß sich die Tulaer Arbeiter kaum vor einem Sieg der Weißen fürchteten. Viele verhielten sich indifferent und äußerten sogar die Hoffnung, daß sich ihre Lage nach dem Sieg der Weißen bessern werde: Nahrungsmittel waren hinter den Linien der Weißen billiger, unabhängige Gewerkschaften existierten im Gebiet Denikins, nicht aber in Sowjetrußland. Vor allem jedoch fürchteten die Arbeiter, die Bol'ševiki könnten die Tulaer Fabriken schließen und verlegen, um sie nicht den Weißen zu überlassen. Eine solche Maßnahme hätte Arbeitslosigkeit, Not und Härte für die Mehrheit der Tulaer Arbeiter bedeutet. Zwar versuchten die aus Moskau angereisten Men'ševiki ihnen zu erklären, daß in der bestehenden Situation ein Sieg der Weißen den Triumph der Reaktion bedeuten würde, und daß auch die Sozialdemokraten den Kampf der Bol'ševiki gegen die Weißen unterstützten. Wie es im Report der men'ševistischen Delegation heißt, blieben die Arbeiter jedoch skeptisch und zurückhaltend;[27] sie waren einfach nicht zum Kampf für die Sowjetmacht zu gewinnen, denn ihre Erinnerung an Verhaftungen und Erschießungen durch die Bol'ševiki war noch zu frisch.

Das Jahr 1920

Nachdem die Weißen Truppen im Jahr 1920 auf die Halbinsel Krim zurückgetrieben worden waren, bestand für die Bol'ševiki keine direkte Bedrohung mehr durch einen Sieg der Weißen. Doch der Bürgerkrieg ging weiter, die Rote Armee wuchs und gleichzeitig damit verstärkte sich der Druck auf die Tulaer Waffenwerke, die Produktion zu steigern. Arbeit in Waffenfabriken wurde jetzt mit der Teilnahme an den Frontkämpfen gleichgesetzt (hier liegen die Anfänge von Trotskys bekannter Politik der 'Militarisierung der Arbeit'); ein Arbeiter hatte genau wie ein Soldat den Befehlen von oben zu gehorchen. Arbeitsverweigerung galt als ebenso schweres Verbrechen wie Desertion von der Front. Bürgerkriegsmentalität, -terminologie und -gewohnheiten waren zu diesem Zeitpunkt bereits fest verwurzelt; obwohl die direkte Gefahr eines Sieges der Weißen vorläufig gebannt war, begannen die Bol'ševiki im Jahr 1920 unter dem sogenannten 'Kriegskommunismus', die Kontrolle über die Arbeiter zu verschärfen. Daraufhin erhob sich eine neue Welle von Protesten und Streiks, Repressionen ließen nicht lange auf sich warten.

Im März 1920 brach im Werk von Brjansk (Gouvernement Orël) ein Streik aus. 152 Arbeiter wurden verhaftet und ohne formale Anschuldigungen im Moskauer Butyrki-Gefängnis inhaftiert.[28] Im April 1920 streikten die Arbeiter der Putilov-Fabrik in Petrograd: Dutzende von Arbeitern wurden verhaftet und 12 von ihnen erschossen.[29] Meldungen über Proteste und Streiks im Frühjahr 1920 liegen ferner aus der Skorochod-Fabrik, den Obuchov-Werken und der Izovskij-Fabrik in Petrograd vor.[30] Die meisten dieser Streiks richteten sich gegen die unzureichenden Brotrationen, gegen die lange Dauer des Arbeitstages, gegen die Willkür der örtlichen Kommissare – d. h. gegen Bedingungen, die für die Phase der

'Militarisierung der Arbeit' typisch waren.
Wie nicht anders zu erwarten, beantworteten die Bol'ševiki die Protestausbrüche mit entschiedener Unterdrückung. Als im April 1920 ein Streik den Betrieb der Eisenbahnlinie Moskau–Kursk beeinträchtigte, erließen die örtlichen Bol'ševiki eine Anordnung, in der es unter Punkt 5 hieß: »*Alle Arbeiter, die sich aktiv am Streik beteiligt haben, insgesamt 103 Personen, werden der Ceka übergeben, damit sie zu Zwangsarbeit verurteilt werden.*«[31]
Die Bol'ševiki bereiteten zu dieser Zeit den 2. Kongreß der Komintern für den Sommer 1920 vor. Sie wollten deshalb unbedingt verhindern, daß diese Zusammenkunft wichtiger ausländischer Persönlichkeiten und die Feiern des proletarischen Internationalismus durch Arbeiterstreiks gestört wurden. Von daher erklären sich die rigiden Maßnahmen, die die Bol'ševiki gegen die Streikenden ergriffen.
Somit stellt der Streik der Tulaer Arbeiter von Mai/Juni 1920, wie die vielen anderen oben genannten Beispiele zeigen, nur eine Episode in einer ganzen Serie von Protestaktionen dar. Wie so viele andere Streiks auch, wäre er unbekannt geblieben, wenn es nicht den men'ševistischen Bericht an die westeuropäischen sozialistischen Parteien gegeben hätte, der glücklicherweise erhalten blieb. Der historische Wert dieses Dokuments ist kaum zu überschätzen. Mit ihm liegt uns ein Augenzeugenbericht über die Ereignisse in einer provinziellen russischen Industriestadt vor. Sie war weit genug von der Hauptstadt entfernt, um der zeitgenössischen Öffentlichkeit verschweigen zu können, was dort vorging.
Die Textversion, die hier abgedruckt wird, ist keine Übersetzung, sondern ein Originaldokument, das vom men'ševistischen Zentralkomitee in deutscher Sprache zur Information der westeuropäischen Sozialisten verfaßt wurde. Der vorliegende Text basiert auf dem in russischer Sprache geschriebenen Report der örtlichen Tulaer Men'ševiki. Einige Details sind in der deutschen Fassung ausgelassen worden, aber in den wesentlichen Punkten korrespondiert das Dokument Wort für Wort mit der Originalfassung des Berichts des Tulaer Parteikomitees der Men'ševiki.

*AUS DEM BERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATION IN TULA BETR. STREIKBEWEGUNG UND MASSENVERHAFTUNGEN IM MAI 1920**

Am Morgen des 6. Juni (am Sonntag) gingen die Arbeiter der Instrumentalwerkstatt der Waffenwerke (in Tula) nicht an die Arbeit, und forderten die Einberufung einer Generalversammlung der Werkstatt. Die Gründe der Aufregung der Arbeiter waren: erstens der Erlaß der Direktion der Werke, es müsse am Sonntag, der mit einem großen kirchlichen Feiertag zusammenfiel, wie üblich gearbeitet werden, und zweitens – die von den Behörden ohne jegliche vorbereitende Erklärung vorgenommene Registrierung von Frauen zwecks deren Hinzuziehung zur Arbeitspflicht. Die Mißstimmung wurde auch durch aus unbekannten Quellen stammende Gerüchte verstärkt über gewisse Mengen von Schmalz und Mehl, die angeblich von der Roten Armee den Arbeitern der Tula Waffenwerke, die für sie Waffen herstellen, als Geschenk zugeschickt waren, und nur unter Kommuni-

* Das hier veröffentlichte Originaldokument befindet sich in den Archiven der Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University, Stanford, California, U.S.A. (Nicolaevsky Collection No. 6, Box 2).
Stilistische Veränderungen wurden nicht vorgenommen; eindeutige Rechtschreibungsfehler wurden stillschweigend korrigiert.

sten verteilt wurden. Der Betriebsrat der Werke nahm nach Besprechung mit der Direktion der Werke entschieden gegen die Einberufung einer Versammlung Stellung. Bald nachdem begab sich ein Mitglied der Direktion, ein bedeutender Tula'er Kommunist, Arssentieff, nach der Instrumentalwerkstatt, und befahl den Arbeitern in höchst grober Weise, und mit Geschrei, sie möchten sofort die Arbeit aufnehmen, widrigenfalls binnen 2 Minuten die Werkstatt verlassen. Die Arbeiter verließen jedoch die Werkstatt nicht und setzten sich scheinbar an's Werk; dabei gaben sie, ohne ihre Plätze zu verlassen, ihrer Unzufriedenheit über den Arbeitszwang für Frauen Ausdruck. Sie wiesen darauf hin, daß diese Maßnahme großes Elend mit sich bringen würde: die von den Behörden erteilte Ration reiche für eine ganze Familie nicht aus, die Arbeiter bekämen keinen Urlaub, um nach dem Lande nach Lebensmitteln zu fahren, und nach Einführung von Arbeitszwang für Frauen bleibe niemand da, der von Zeit zu Zeit vom Lande Kartoffeln usw. holen könne. Die Lage der Arbeiter würde dadurch unerträglich werden. Man bekam auch Beschwerden zu hören über die außerordentliche Schwierigkeit der allgemeinen u. der Ernährungslage, über die privilegierte Stellung der Kommunisten, die sich des für alle Arbeiter bestimmten Mehles und Schmalzes bemächtigt haben sollten und auch darüber, daß, seit Sonn- u. Festtage nicht gefeiert werden, den Arbeitern die Möglichkeit entzogen wird, auch diese nicht zahlreichen Tage für Reisen zur Herschaffung von Lebensmitteln zu benutzen.

Da wurde, dem Befehl Arssentieffs zufolge, eine Abteilung Soldaten in die Werkstatt eingeführt. Inmitten der Arbeiter, die weder die Arbeit aufnahmen, noch die Werkstatt räumten, und auf ihrer Forderung einer Versammlung beharrten, tauchte plötzlich eine Anzahl Agenten der Außerordentlichen Kommission auf, die, zusammen mit den eifrigsten Mitgliedern der Kommunistischen Zellen durch Anschnauzen der Arbeiter, Drohungen, und aufreizend grobes Benehmen die allgemeine Aufregung noch steigerten. Nach wiederholten Drohungen und Verweisen Arssentieffs verließ die Mehrzahl der Arbeiter die Werkstatt, und wurde draußen verhaftet. Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Nachricht darüber in den übrigen Werkstätten der Werke, wo sich inzwischen in der Mehrzahl auch ähnliche Vorfälle abgespielt hatten. Die Werke wurden von Agenten der Außerordentlichen Kommission überflutet, und am folgenden Tage wurde über das Gebiet der Waffenwerke, der Patronenfabrik, der Eisenbahnstation und der Außerordentlichen Kommission der verschärfte Kriegszustand verhängt, auf den Fabriken wurden revolutionäre Komitees (aus je dreien) eingesetzt, denen weite Vollmacht in Anwendung von Repressalien erteilt wurde. Bekanntmachungen im Namen der Vollzugsräte des Gouvernements und der Stadt wurden veröffentlicht, worin geschrieben stand, daß der »Streik« durch Geheim-Arbeit von polnischen Spionen u. vom Schwarzen Hundert (Bezeichnung für erzreaktionäre Organisationen) hervorgerufen wurde, da diese Elemente die schwierige Lage der Sowjetregierung, die Ernährungskrise und die Unzufriedenheit der Arbeiter ausnützen möchten, um durch einen Streik der Waffenwerke u. der Patronenfabrik die Macht der Roten Armee zu schwächen; ferner, daß gegen diese Elemente, sowohl wie gegen Arbeiter, die die Arbeit nicht sofort aufnehmen werden, nach aller Strenge der Revolutions-Kriegs-Zeit wie gegen Deserteure vorgegangen wird, bis auf Erschießung und Konfiszierung des Vermögens; ferner, daß zur Bekämpfung des Streiks und dessen Urheber ein Kriegs-Revolutions-Tribunal unter dem Vorsitz des Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission, und eine Untersuchungskommission eingesetzt werden; daß den Arbeitern die Soldatenration entzogen wird, usw. usw. Bezeichnend ist, daß sich die Vertreter der Gewerkschaften sowohl während dieser Ereignisse, wie auch später nicht zeigten,*

* Außerordentliche Kommission: gewöhnlich bekannt unter der Abkürzung 'Čeka' – i. e. die politische Polizei in Sowjetrußland, berüchtigt geworden für die Durchführung der Politik des 'Roten Terrors' seit Herbst des Jahres 1918.

und statt ihrer nur bewaffnete Soldaten und Agenten der Außerordentlichen Kommission zu sehen waren. Die Werke wurden in eine belagerte Festung verwandelt. An über 3000 Arbeiter wurden in den ersten zwei Tagen verhaftet.
Obgleich für das Fehlen bei der Arbeit Strafen verkündet waren, blieben in den ersten Tagen viele Arbeiter zuhause und auch die, die sich nach den Werkstätten begaben, nahmen die Arbeit aus dem Grunde nicht auf, daß die Möglichkeit normaler Arbeit für sie ausgeschlossen sei, da ein großer Teil ihrer Kollegen und dabei der Leistungsfähigsten, verhaftet ist. Die Verhaftungen dauerten fort. Auf die Frage: wer will die Arbeit nicht aufnehmen, meldete sich bei jeder Arbeiterschicht eine große Gruppe, die sofort von Agenten der Außerordentlichen Kommission und von einer bewaffneten Streife verhaftet und in die Kasernen abgeführt wurde.
So wurden die Arbeiter, die anfangs an gar keinen Streik dachten, und nur die Einberufung einer Versammlung forderten, um die Frage der Registrierung ihrer Frauen zu erörtern, dank der brüsken und allzu eilfertig angewandten Repressalien wider ihren Willen in einen Streik hineingezogen, der sich im folgenden zu einer gewaltigen Kundgebung der kameradschaftlichen Solidarität und des passiven Protestes gegen die Engstirnigkeit und Brutalität der Agenten der Regierung entwickelte.
Allmählich gesellte sich auch die Patronenfabrik zu den Waffenwerken. Der Streik wurde von den Frauen angefangen, die sich in großen Gruppen verhaften ließen und mit Gesang von revolutionären Liedern von bewaffneten Patrouillen abgeführt wurden. Es untersteht keinem Zweifel, daß, hätten die Behörden zu den Arbeitern in rein menschlicher Sprache gesprochen, und ihnen die Schäden nahegelegt, die für die Rote Armee aus der Arbeitseinstellung entstehen, würden nicht von vornherein Schimpferei, Drohungen u. Repressalien angewandt, und, hätten die Arbeiter eine Aussicht bekommen, auf legalem Wege ihre Notlage geltend zu machen, sei es durch Einberufung der Versammlung in der Instrumentalwerkstatt, sei es durch Versprechung der Einberufung einer Gewerkschafts-Konferenz oder einer Plenarsitzung des Arbeiterrats, so wäre der Streik entweder überhaupt nicht ausgebrochen, oder sehr schnell und friedlich lokalisiert u. liquidiert [worden].
Aber die Behörden in Tula hatten den Verstand verloren, und schlugen nicht den Weg der Liquidierung des Streiks, sondern den der Ausdehnung und Verschärfung ein. Der Arbeitermassen bewältigte sich eine Psychose, die Arbeiter konnten nicht abseits als gleichgültige Zuschauer bleiben, oder gar die Arbeit aufnehmen, zumal dieselbe auch technisch unmöglich war, nachdem Hunderte u. Tausende von Arbeitern aus verschiedenen Werkstätten verhaftet waren. Die »Selbstverhaftung« dauerte alle Tage hindurch. Die Weiber rüsteten ihre Männer aus, schickten sie aber nicht nach der Arbeit, sondern zur Erfüllung ihrer Pflicht der Solidarität ihren Genossen gegenüber. Während der Abführung der Verhafteten wandten sich Zehnte und Aberzehnte von Arbeitern, die zwischen den Verhafteten ihre Kameraden sahen, an die Eskorte und forderten mit Tränen in den Augen, man solle auch sie festnehmen. Diese Massenpsychose bewältigte sich auch der kommunistischen Arbeiter, die in großer Anzahl zwischen den Verhafteten und freiwillig Verhafteten zu finden waren. Viele von den kommunistischen Arbeitern äußerten sich in dem Sinne, daß der Streik den Arbeitern durch die blödsinnigen Maßnahmen der Regierung aufgezwungen wurde, daß Leute wie Arssentieff den Kommunismus nur schänden, daß man mit Proletariern in einer Feldwebelsprache nicht sprechen darf u. d. g.
Die Zahl der Festgenommenen wurde von den Behörden sorgfältig verheimlicht, angesichts der allzugroßen Zahl der »Urheber« u. »intellektuellen Schuldigen«. Man kann ohne Übertreibung annehmen, daß am 6.-10. Juli 10 bis 12 Tausend Menschen festgenommen wurden.*

* Juli: so heißt es zwar im Original,aber höchstwahrscheinlich handelt es sich bei dieser Angabe um einen Schreibfehler, denn es kann nur der Monat Juni gemeint sein.

Am vierten Tage begann die Liquidierung des Streiks. Das Kriegsrevolutionstribunal, das in geheimen Räumen der Außerordentlichen Kommission in Abwesenheit der Angeklagten tagte, fällte 25 Arbeitern das ungeheure Urteil – Zwangsarbeiten für die ganze Dauer von den die Sowjetregierung bedrohenden Kriegen.

Die zweite Tagung des Tribunals fand in öffentlichen Räumen, in Anwesenheit der Angeklagten, ohne Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Verteidiger wurden nicht zugelassen. Nur Belastungszeugen wurden verhört. Das Urteil (Ausweisung aus dem Tula Gouvernement u. Zwangsarbeiten von 1 bis 12 Jahren) wurde allen 4 Angeklagten auf Grund von Agenturberichten der kommunistischen Zellen gefällt, die persönlich mit ihnen unbequemen Arbeitern in dieser Weise abrechneten.

Gleichzeitig mit dem Anfang des Kriegsrevolutionstribunals begann auch die »friedliche« u. »kulturelle« Liquidierung des Streikes. Aus den Kasernen, wo die verhafteten Arbeiter in unerhörten antisanitären und antihygienischen Verhältnissen untergebracht waren (sie lagen in furchtbarer Enge auf dem schmutzigen Boden, und mußten sich, ohne das Essen von auswärts bekommen zu dürfen, mit ½ Pfund Brot und zwei Mal täglich verabreichter lauwarmer Krautsuppe begnügen), wurden sie nach dem Hof der Außerordentlichen Kommission gebracht. Dort wurde ihnen, nach entsprechender, durch Beschimpfungen und Drohungen verstärkten Ermahnung, vorgeschlagen, eine etwa folgende Erklärung zu unterzeichnen: »Ich stinkender Hund, d. h. größter Verbrecher an der Revolution und an der Roten Armee, bekenne meine Schuld und verpflichte mich« u. so fort. Der Vollstrecker dieser Arbeit, ein Kommunist der »letzten Ernte«, ehemaliger reaktionärer Corps-Student, und jetziger bedeutender Kommunist vom Beamtenschlage, brachte dabei etwas über 2 Tage (mit kurzen Ruhepausen) hindurch, und wollte bei Anblick der Folterung der an Händen u. Füßen gefesselten Arbeiter vor lauter Vergnügen beinah vergehen. Die Arbeiter hörten schweigend und mit düsterer Gleichgültigkeit diese zynischen Reden an, unterschrieben schweigend die ausgefertigten Bußformulare, stellten sich schweigend nach Kolonnen, wurden unter Militäreskorte aus der Außerordentlichen Kommission auf die Straße abgeführt, und suchten schweigend ihre Häuser auf. In stillem Zorn, mit Zähnefletschen nahmen sie die unterbrochene Arbeit auf.

200-300 Mann blieben in Haft, die Verurteilten, und die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion nicht mitgerechnet. Diese letzteren wurden ohne Grund festgenommen u. widerrechtlich (rechtwidrig) in Haft gelassen, ob in Eigenschaft von Geiseln, oder politischen Verbrechern, oder als Sündenböcke für die herrschende Partei, deren leitende Instanzen, wie manche Arbeiter meinten, die eigentliche Streikleitung waren – ist unklar.

So sind 2-2½ Wochen an nützlicher Arbeit für die Rote Armee vergeudet worden.

DIE HALTUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI WÄHREND DES STREIKS IN TULA

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in den Werken fand am Montag, (7. Juni) in den Räumen des Vollzugsrates, eine Sitzung der Sozialdemokratischen Fraktion statt, in der etwa folgende Beschlüsse angenommen wurden:

1. *In der augenblicklichen schweren Lage der russischen Revolution, angesichts der erneuten Versuche der inneren und äußeren gegenrevolutionären Kräfte, die russische Revolution zu erdrosseln, ist ein ökonomischer Streik, umsomehr in Munitionswerken, für die Sache der revolutionären Verteidigung schädlich u. gefährlich, und schwächt die Rote Armee. Deshalb nimmt die Sozialdemokratische Fraktion entschieden gegen solche Streike Stellung, und betrachtet es als ihre Hauptpflicht, zur Vermeidung, bzw. zur Liquidierung solcher beizutragen.*

In den folgenden Punkten wurde festgestellt, daß der ausgebrochene Streik, dessen erste Ursachen in

der fürchterlichen allgemeinen und Ernährungslage der Arbeiterschaft, und in Mängeln der politischen und gewerkschaftlichen Organisation liegen, nicht zuletzt durch die frevelhafte Handlungsweise der Kommunistischen Zellen und der Außerordentlichen Kommission heraufbeschworen ist, da diese in Abwesenheit von Vertretern des Arbeiterrates und der Gewerkschaft, eine Situation geschaffen haben, wo die Arbeiter von den Organisationen, denen sie vertrauen, von einem Wald von Bajonetten getrennt sind, und wider ihren Willen in eine Bewegung hineingezogen werden, deren Ausdehnung auf (dem) Boden der Klassensolidarität und bei Unmöglichkeit, in solchen Verhältnissen die Arbeit aufzunehmen auf der Hand liegt.

Zuletzt wurden für schnellste Liquidierung des Streikes folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Vermittlung des Arbeiterrates u. der Gewerkschaften zwischen den Arbeitern und den Behörden, sofortige Enthaftung der Arbeiter, und Aufklärung derselben über die Gefahr der geschaffenen Situation, damit ihnen die Möglichkeit gegeben sei, durch sofortige Arbeitsaufnahme das Versäumte einzuholen und – Aburteilung durch ein öffentliches Gericht der gegenrevolutionären Elemente, die ihre Hand im Spiele hatten.

Am nächsten Tage gelang es dem Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion, G. Nikolau, in der Sitzung des Vollzugsrates von Tula eine Reihe Anträge im Sinne dieser Beschlüsse einzubringen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen, bis auf einen, der die Enthaftung der Arbeiter und die Bestrafung der wirklichen Anstifter forderte. Dann aber wurde ein Zusatz-Antrag des Vorsitzenden des Vollzugsrates eingebracht, in dem die Repressalien gegen Arbeiter gebilligt wurden. Darauf schluf G. Nikolau vor, den Punkt über Repressalien überhaupt fallen zu lassen, da bei der damaligen Lage es nicht angebracht wäre, wenn der Vollzugsrat der Stadt öffentlich Kritik an den Maßnahmen des Gouvernement-Vollzugsrates üben würde, und empfahl, die ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die Vermittlungsaktion der Gewerkschaften zu lenken. Angenommen aber wurde der Zusatz-Antrag, der die vordem angenommenen Anträge des G. Nikolau (friedliche Erledigung der Angelegenheit) annulierte.

Am nächsten Tag wurde in der lokalen Zeitung »Der Kommunar« nur der Zusatz-Antrag veröffentlicht. –

Es ist bezeichnend, daß der Vorsitzende des Vollzugsrates, Kaminsky, sich mit den Argumenten der Sozialdemokraten gegen Repressalien und für eine friedliche Lösung, einverstanden erklärte. Nur meinte er, daß der Weg von Konzessionen bei den Arbeitern die Illusion hervorrufen könnte, man brauche nur zu einem Streik zu greifen, und die Regierung wird sofort nachgeben. Ein für allemal muß dem ein Ende gemacht werden, und müssen die Arbeiter gezwungen sein, blind und ergeben allen Forderungen der Sowjetregierung Folge zu leisten. (Das sind seine eigenen Worte.)

Am Mittwoch (9. Juni) wurde wieder eine Versammlung der Sozialdemokratischen Fraktion einberufen, und fand nach Genehmigung des Sekretärs des Vollzugsrats in den Räumen desselben statt. Es wurde eine Resolution angenommen, die im wesentlichen den früher erwähnten Standpunkt bestätigte. Der Beschluß wurde gefaßt, an die Gewerkschaften und den Vollzugsrat mit dem Vorschlag heranzutreten, die Liquidierung des Streikes zu übernehmen.

Den Parteigenossen wurde empfohlen, bei Massenverhaftungen in den Werkstätten sich weder zu drücken, noch sich demonstrativ »anzumelden«, im Falle der Verhaftung auf die mitverhafteten Arbeiter im Sinne der erwähnten Beschlüsse einzuwirken. Von der Propagierung einer Arbeitsaufnahme bei den gegebenen Verhältnissen hielten die Mitglieder der Versammlung nicht viel, da sich in den Werkstätten sehr wenig Arbeiter befanden und neben jedem ein Soldat stand und ein Agent der Außerordentlichen Kommission schnüffelte und auch kommunistische Arbeiter bei den Verhältnissen nicht arbeiten wollten. Der Vorsitzende des Vollzugsrates beklagte sich sogar über die Haltung der kommunistischen Arbeiter, die weit schlimmer sei wie die der Sozialdemokraten, und versprach, mit den Kommunisten abzurechnen.

Die Abrechnung kam, aber nicht mit Kommunisten sondern mit Sozialdemokraten. Zwanzig Minuten nach Schluß der Sitzung der Sozialdemokratischen Fraktion kam eine große Bande von Agenten der Außerordentlichen Kommission in Begleitung von einer bewaffneten Streife nach den Räumen, wo die Sitzung stattgefunden hatte, um die Versammelten zu verhaften; da sie bereits die Sitzungsräume verlassen hatten, wurden viele einige Stunden später in ihren Wohnungen verhaftet, laut auf sie persönlich ausgetellten Haftbefehlen. Alle Festgenommenen, im ganzen 19, wobei einige an der Fraktionssitzung nicht teilgenommen hatten, wurden nach der Außerordentlichen Kommission gebracht. Nach dem Verhör, während welchem unsere Genossen klar und deutlich erklärten, daß sie angesichts der allgemeinen Lage augenblicklich von einem formalen Protest gegen ihre Verhaftung absehen, da sie annehmen, daß alledem ein Mißverständnis zu Grunde liegt, wurde ihnen von einem Mitglied der Außerordentlichen Kommission gesagt, daß die Angelegenheit binnen 2-3 Stunden aufgeklärt sein wird. Die Angelegenheit wurde aber erst nach einigen Monaten aufgeklärt: in der Mehrzahl wurden die Verhafteten aus Tula ausgewiesen.

Um zu abschließenden generellen Aussagen über die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bol'ševiki in den ersten Jahren der bol'ševistischen Herrschaft zu gelangen, sind noch weitere Quellenstudien – insbesondere in den Archiven von Tula und von anderen Industriestädten – notwendig. Da dieses Material jedoch nicht zugänglich ist, beschränken wir uns hier auf einen vorläufigen Vergleich des Streiks in Tula im Jahr 1920 mit Streiks in anderen Städten im Zeitraum 1918-1920.

Verhaftungen

Für das Vorgehen der Tulaer Bol'ševiki hatte es bereits vor Juni 1920 Präzedenzfälle gegeben. Daher ist es nicht verwunderlich, daß schon kurz nach Beginn der Arbeiterproteste Verhaftungen vorgenommen wurden, daß das Kriegsrecht verhängt, die Waffenfabrik von Soldaten besetzt und mit Čeka-Agenten gefüllt wurde. Neu am Beispiel Tula im Vergleich zu Streiks der Jahre 1918 und 1919 war die enorm hohe Anzahl von Verhafteten: Nicht nur einige wenige, sondern Hunderte von Arbeitern sind arrestiert worden.

Verschwörungen

Es war nichts außergewöhnliches, daß die Kommunisten den Streik in Tula als Werk von Schwarzhundertern[32] und von polnischen Agenten ausgaben. Die Niederschlagung zahlreicher vorangegangener Arbeiterstreiks und Bauernaufstände sowie auch die Verhaftungen in Moskau im Juli 1918 anläßlich des 'Bevollmächtigtenkongresses' hatte die bol'ševistische Presse als Liquidierung von antisowjetischen Verschwörungen eingestuft und entsprechend gefeiert.[33] Im letztgenannten Fall behauptete die Čeka, bei den verhafteten Arbeitern Diamanten gefunden zu haben. Natürlich sollten solche Behauptungen den Eindruck erwecken, daß es sich bei den Verhafteten in Wahrheit nicht um Arbeiter, sondern um Agenten des Weltimperialismus handelte. In den Jahren 1918-1919 wurde es zur Routine, jede Protestaktion entweder als Konspiration der Weißen oder als Kulaken-Rebellion zu bezeichnen.
Wenn in einer Provinzstadt ein Arbeiterstreik ausgebrochen war und von den lokalen

Kommunisten als solcher nach Moskau weitergemeldet worden wäre, hätten sie sich wahrscheinlich Disziplinarmaßnahmen ausgesetzt. Sie wären bestraft worden, weil sie einer Zuspitzung der Lage solange tatenlos zugesehen hatten, bis es zu Arbeiterstreiks kam. Von daher war es für die örtlichen Kommunisten unverfänglicher, statt dessen über die Aufdekkung einer konterrevolutionären Verschwörung zu berichten. Ihre 'Wachsamkeit' würde vielleicht von der Partei belohnt werden, ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die 'Weißen' nicht auf Kritik stoßen. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Tulaer Kommunisten in ihrem Bericht nach Moskau den Streik von 1920 charakterisiert haben. Es ist recht unwahrscheinlich, daß sie selbst die Arbeiterunruhen für das Werk der Schwarzhunderter hielten, wie sie in Tula eifrig propagierten; ebenso werden die Moskauer Kommunisten die 'Arbeiterbevollmächtigten' im Juli 1918 nicht tatsächlich als Agenten der Entente angesehen haben.
Wir sind hier vielmehr Zeugen der Entwicklung einer kodierten Sprache, die gewisse, für die Kommunisten unangenehme, Ereignisse in einer 'akzeptablen' Terminologie beschrieb. Der Streik in Tula im Jahre 1920 war weder das erste noch das letzte Beispiel für die Anwendung dieser bewußt falschen Kategorisierung.

Tribunale

Es war keine Neuentwicklung, daß in Tula unverzüglich ein Revolutionstribunal des Militärs bzw. eine Troika (3-Personen-Gremium) eingesetzt wurde, um mit den Streikenden fertig zu werden. Solche 'Notfallkomitees' waren unter verschiedenen Bezeichnungen bereits zu anderen Gelegenheiten im Zeitraum 1918-1919 geschaffen worden. Ein vergleichbares Organ hatte z. B. in Petrograd bestanden, um den (wie sich später herausstellte) erfolglosen Generalstreik vom 2. Juli 1918 in den Griff zu bekommen. Seit Ende des Jahres 1918 leitete die Čeka die meisten solcher und ähnlicher Komitees. Dies war eine Praxis, die während des 'Roten Terrors' fest installiert wurde. So verwundert es nicht, daß im Juni 1920 in Tula das Militärrevolutionstribunal mit der Čeka nahezu identisch war. Völlig neu am Beispiel Tula war allerdings die Entscheidung, die Angeklagten nicht einmal mehr zur Anhörung ihres eigenen Falles zuzulassen und das Urteil in ihrer Abwesenheit zu fällen.

Urteile

Die Verurteilung hingegen, die für 25 Arbeiter Zwangsarbeit für die ganze Zeitdauer, in der noch Kriege die Sowjetunion bedrohten, vorsah, wurde zwar von den men'ševistischen Berichterstattern als 'ungeheuer' (s. Dokument) bezeichnet, unterschied sich tatsächlich aber kaum von anderen Urteilen, die zu jener Zeit ausgesprochen wurden.
Die Angeklagten im Prozeß gegen die Kiever Men'ševiki, der im August 1920 stattfand, erhielten z. B. Gefängnisstrafen für die gesamte Dauer des Bürgerkrieges. Solche Formulierungen waren zu jener Zeit sehr gebräuchlich, sie variierten nur wenig im Wortlaut. Manchmal verhängte das Tribunal Gefängnis oder Zwangsarbeit bis zum endgültigen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, manchmal bis zum Sieg der proletarischen Weltrevolution, oder, in einer etwas bescheideneren Variante, nur bis zum Sieg der Roten Armee über alle ihre Feinde.
Auch das zweite im Fall der Tulaer Arbeiter gefällte Urteil, das die Angeklagten aus dem

Gouvernement Tula auswies, trug nicht den Charakter des Außergewöhnlichen. Bereits 1918 hatte es ähnliche Fälle gegeben: Als die Men'ševiki die Wahlen zum Sowjet von Jaroslavl im April 1918 gewonnen hatten und ein Men'ševik, I. Šleifer, zum neuen Vorsitzenden des Sowjets gewählt worden war, wurde er von den Bol'ševiki vor Gericht gestellt und für die Dauer eines Jahres aus dem Gouvernement Jaroslavl verbannt.[34] Ein ähnlicher Fall lag in Vitebsk vor: Die örtliche Čeka verhaftete im Sommer 1918 die 'Arbeiterbevollmächtigten' und wies sie aus dem Gouvernement Vitebsk aus. Der einzige Unterschied zwischen den zuletzt genannten Beispielen und dem Urteil von Tula aus dem Jahre 1920 war dessen außerordentliche Härte. Es wurde nicht nur Verbannung für die Dauer eines Jahres verhängt, sondern Zwangsarbeit bis zu 12 Jahren.

Unglücklicherweise beleuchtet der men'ševistische Bericht viele wichtige Details nur kurz. Es wäre von großem Interesse zu wissen, wie die politische Vergangenheit der 200 Arbeiter aussah, die noch in Haft gehalten wurden, nachdem die restlichen freigelassen worden waren. Ebenso wichtig wären Informationen über die politischen Akten der 25 Arbeiter, die verurteilt worden sind. Wie lange waren sie schon in Tula beschäftigt? Hatten sie jemals irgendeiner politischen Partei angehört? Handelte es sich um qualifizierte oder um ungelernte Arbeiter?

Es war auch keineswegs eine Neuerfindung der Tulaer Bol'ševiki, von den Angeklagten ein Schuldeingeständnis unterzeichnen zu lassen. Eine solche Praxis läßt sich bereits für einige frühere Streiks dokumentieren: Nachdem z. B. die Arbeiter der Obuchov-Werke in Petrograd ausgesperrt worden waren und die Fabrik am 27.6.1918 geschlossen wurde, erhielten nur diejenigen einige Wochen später die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit, die ein Schuldeingeständnis unterschrieben hatten.

Verhalten der Arbeiter

Das Verhalten der Tulaer Arbeiter im Streik von 1920 unterschied sich enorm von ihrer 1918 angewandten Strategie. Damals (Juni 1918) waren die Tulaer Arbeiter in den Generalstreik getreten, weil einer ihrer Deputierten, der Vorsitzende des 'Bevollmächtigtenrates', Aleksandrov, verhaftet worden war. Sie richteten unverzüglich ein Streikkomitee ein, und nachdem die Bol'ševiki dessen Mitglieder verhaftet hatten, übernahm die men'ševistisch geführte Metallarbeiter-Gewerkschaft die Streikführung. Auch stellten die Arbeiter 1918 erheblich radikalere Forderungen (freie Wahlen zu den Sowjets, Einberufung der Konstituante etc.) als zwei Jahre später. Im Mai/Juni 1920 forderten sie lediglich die Einberufung einer örtlichen Arbeiterversammlung, um ihre Probleme (v. a. drohende Arbeitslosigkeit, Lebensmittelprobleme) zu diskutieren.

Zwar beteiligten sich im Mai 1920 ebensoviele Personen am Streik wie im Juni 1918, aber 1920 wirkten die Proteste nicht mehr wie ein kraftvoller Ausdruck des Selbstbewußtseins und der Kampfkraft von Proletariern, sondern eher wie die Manifestation ihrer Hilflosigkeit und Frustration: Hunderte, ja Tausende meldeten sich freiwillig zur Verhaftung, um mit denen, die bereits von der Čeka arrestiert worden waren, Solidarität zu üben. Das heißt 1920 bestand eine Situation, in der ihnen ein Aufbegehren gegen die überwältigende Macht der Čeka ohnehin sinnlos erschien und sie gaben sich friedlich geschlagen; 1918 hingegen hatte es sich um noch nicht entschiedene Machtkämpfe zwischen den Arbeitern auf der einen, den Bol'ševiki und der Čeka auf der anderen Seite gehandelt, in denen bewaffneter Arbeiterwiderstand noch Erfolg zu versprechen schien.

Reaktionen der Men'ševiki

Das Verhalten der Men'ševiki im Streik war 1920 wesentlich zurückhaltender als im Juni 1918 in Tula. Damals hatten sie an der Spitze des politischen Kampfes gegen die bol'ševistische Diktatur gestanden. Im Juni 1920 aber distanzierte sich die men'ševistische Fraktion im Tulaer Sowjet von den Streikenden. Die Men'ševiki sahen ihre Aufgabe nun vielmehr darin, zwischen den Kommunisten und den Arbeitern zu vermitteln. Doch für die Bol'ševiki war eine solche Haltung unannehmbar. Schließlich benötigte die 'proletarische Avantgarde' keine andere Arbeiterpartei als Lobby für die Arbeiter. Im Bewußtsein dieser Tatsache versuchten die Men'ševiki behutsam und geschickt zu handeln mit dem Ziel, eine friedliche Beilegung der Krise zu erreichen. Aber sogar das erschien der Čeka in Tula als unerträglich und führte dazu, daß die gerade gewählten 18 men'ševistischen Sowjetmitglieder verhaftet, ohne Verteidigung vor Gericht gestellt und verurteilt wurden.
Im Laufe des Jahres 1922 wurden dann die letzten der noch in den russischen Sowjets vertretenen Men'ševiki verhaftet und verbannt.

ANMERKUNGEN

1 Seit 1903 war die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDAP) in zwei Fraktionen gespalten: Bol'ševiki und Men'ševiki. Sie unterschieden sich vor allem in ihrer Einschätzung der in Rußland aufzubauenden Arbeiterpartei. Während die Men'ševiki eine Arbeitermassenpartei nach dem Vorbild der deutschen Sozialdemokratie befürworteten, strebten die Bol'ševiki den Aufbau einer zentralisierten Partei von Berufsrevolutionären an. Im Jahre 1917 verhielten sich die beiden Flügel der ehemals einheitlichen Partei bereits wie zwei separate politische Organisationen und bekämpften sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung. Seit der Machtübernahme der Bol'ševiki im Oktober 1917 spielten die Men'ševiki die Rolle einer Oppositionspartei. Ab März 1918 eliminierten die Bol'ševiki das Adjektiv 'sozialdemokratisch' aus ihrem Parteinamen und nannten sich fortan Russische Kommunistische Partei (Bol'ševiki) = RKP(b). Die Men'ševiki behielten den Originalnamen 'Sozialdemokraten' bei; er wurde von nun an synonym mit 'Men'ševiki' gebraucht.
2 Eine ausführliche Behandlung der Geschichte dieser Bewegung findet sich in dem demnächst erscheinenden Buch: V. Brovkin, The Mensheviks and the Bolshevik Revolution: The Birth of the Soviet Political System (Cornell University Press, Ithaca 1986). An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, daß diese Bewegung in der politischen Geschichte Rußlands 1918 eine wesentliche Rolle gespielt hat.
3 Für eine ausführliche Dokumentensammlung über die Bewegung der 'upolnomočennye' siehe: M. Bernštam, Nezavisimoe rabočee dviženie v 1918 godu. Dokumenty i materialy (YMCA, Paris 1981).
4 Eine Diskussion der Arbeiterprotestbewegung in Petrograd findet sich bei: W. Rosenberg, Russian Labor and Bolshevik Power After October (Social Dimensions of Protest in Petrograd, November 1917 - June 1918), Slavic Review 44 (2/1985).
5 M. Gurewitsch, O položenii v Rossii i o RSDRP, Nikolaevsky Collection, No. 6, Box 1, File 13, Hoover Institution Archives, S. 2.
6 G. Kučin, Za nedelju, Novaja Zarja 2, 1.5.1918, Moskau, S. 24-29.
7 Zur Beschreibung dieser Ereignisse siehe Brief von J. O. Martov an A. Stein vom 16.6.1918, Nikolaevsky Collection, No. 17, Box 1.
8 M. Gurewitsch, O položenii v Rossii, a.a.O.

9 Für eine detaillierte Diskussion der Wahlergebnisse vom Frühjahr 1918 siehe: V. Brovkin, The Mensheviks' Political Comeback. The Elections to the Provincial City Soviets in Spring 1918, Russian Review 42, 1-50 (1983).

10 Sprengung einer Arbeiterkonferenz, Stimmen aus Rußland 4-5, 15.8.1918, Stockholm, S. 18- 19.

11 Über den Sieg der Men'ševiki/Sozialrevolutionäre bei den Wahlen zum Iževsker Sowjet im März und Mai 1918, siehe (oppositionelle Quelle): Iz-za ugla, Delo Narodo 6, 28.3.1918, S. 1; (bol'ševistische Quelle): Doklad delegata ..., in: M. Bernštam, ed., Ural i Prikame, (YMCA, Paris 1983), S. 280.

12 Gemeint ist die tschechische Legion in Rußland, siehe: Georg von Rauch, Geschichte der Sowjetunion, Stuttgart 1977 (6. Aufl.), S. 104 f.

13 Für bol'ševistische Dokumente über den Streik im Juni 1918 siehe: G. Bogdanov, ed., Upročenie sovetskoj vlasti v Tul'skoj guberni. Sbornik dokumentov. God 1918, Tula 1961; für oppositionelle Quellen über den Streik siehe: In Tula, Stimmen aus Rußland 2-3, 10.7.1918, Stockholm, S. 29; 17 ijunja v Tule objavlena vseobščaja zabastovka, Delo Naroda 47, 19.6.1918, S. 4; Zabastovka v Tule, Vozroždenie 15, 20.6.1918, Moskau, S. 3.

14 Lockout auf der Obuchowschen Fabrik, Stimmen aus Rußland 4-5, 15.8.1918, Stockholm, S. 20-21.

15 Postanovlenie črezvyčajnogo sobranija Tverskogo gubernskogo ispolnitel'nogo komiteta, 1 Ijunja 1918 goda, Izvestija Tverskogo Soveta 66, 4.6.1918, Tver', S. 1.

16 Berëzovskij zavod na Urale, Novaja Žizn' 105, 1.6.1918, Petrograd, S. 4.

17 Bezeichnende Beispiele für den bol'ševistischen 'Roten Terror' gegen Arbeiter und Sozialisten sind zu finden bei: L. Martov, Krovavoe bezumie, Volja Rossii 89, 29.12.1920, Prag, S. 1.

18 Die Forderungsliste der Motovilicha-Arbeiter wurde veröffentlicht in: Workmen's Protest, Bulletins of the Russian Liberation Committee 30, 13.9.1919, London, S. 3.

19 Kamskij, Epopeja Iževskich rabočich, Volja Rossii 52, 13.11.1920, Prag, S. 4-5; vgl. auch: I. Upovalov, Rabočee vosstanie protiv Sovetskoj vlasti, Zarja 5, 1923, Berlin, S. 140.

20 Für den Bericht der Bol'ševiki siehe: Petrogradskaja Pravda, 15.3.1919.

21 Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre formierte sich im Oktober 1917, nachdem sie sich von der Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) abgespalten hatte. Von Dezember 1917 bis März 1918 beteiligten sich die Linken Sozialrevolutionäre als Koalitionspartner der Bol'ševiki an Lenins Regierung, dem Rat der Volkskommissare. Im März 1918 traten sie aus Protest gegen den Frieden von Brest-Litovsk aus der Regierung aus. Von März bis Juli 1918 nahmen ihre Auseinandersetzungen mit den Bol'ševiki über Fragen der Außenpolitik und vor allem über die Getreiderequisitionen ständig zu und das Verhältnis zwischen den beiden Parteien näherte sich dem endgültigen Bruch. Nach der mißglückten antibol'ševistischen Erhebung der Linken Sozialrevolutionäre vom 6. Juli 1918 wurden sie von den Bol'ševiki ebenso verfolgt wie bereits die Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten vor ihnen.

22 Die Politik des 'Roten Terrors' galt offiziell seit Anfang September 1918. Sie lief im wesentlichen darauf hinaus, der örtlichen Čeka eine immense Autorität zu gewähren, damit sie potentielle Opponenten der Sowjetmacht mit Mitteln des Terrors liquidieren konnte. Diese Politik schloß Maßnahmen wie Massenerschießungen von Offizieren, Geiselnahme aus den Reihen der Bourgeoisie und Exekutionen ohne Gerichtsverfahren ein. Die Linken Sozialrevolutionäre legten ebenso wie die Men'ševiki und die Sozialrevolutionäre Protest gegen den 'Roten Terror' ein. Die beste Zusammenfassung ihrer Vorwürfe gegen die Bol'ševiki ist enthalten in: Otkrytoe pis'mo ČKa Bol'ševikov, Moskau 1919.

23 Nach folgendem Bericht wurden 20 Arbeiter erschossen: Les ouvriers chez les bolchewiks, Bulletin Russe 9, 15.6.1919, Lausanne, S. 3; bzgl. Massenverhaftungen von Men'ševiki im Anschluß an die Streiks in vielen Städten, einschl. Tula, siehe: V RSDRP (Deklaration des men'ševistischen Zentralkomitees vom 24.5.1919), Borba 171, 2.8.1919, Tiflis, S. 1.

24 'Delo Naroda', das Zentralorgan der Sozialrevolutionäre erschien zuletzt in den letzten 10 Märztagen des Jahres 1919.

25 Kamskij, Epopeja Iževskich rabočich, a.a.O., S. 4-5.

26 Protiv kontrrevoljucij. Tula, in: L. Martov, ed., Voprosy S.D. politiki. Oborona revoljucij i Social Demokratija, Odessa 1920, S. 13.

27 Ebd., S. 14.

28 Sokolov, Položenie proletariata v Sovetskoj Rossii, Volja Rossii 82, 18.12.1920, Prag, S. 1-2.

29 ebd.

30 Les Grèves à Petrograd, La République Russe 14, 1.8.1920, Paris, S. 3.

31 Sokolov, Položenie proletariata v Sovetskoj Rossii, a.a.O., S. 1-2.

32 Unter diesem Namen war seit der Jahrhundertwende die monarchistisch-antisemitische Organisation »Bund des russischen Volkes« (»Sojus Russkogo Naroda«) bekannt.

33 (Bol'ševistische Quelle): K arestu rabočej konferencij, Izvestija 156, 25.7.1918, Moskau, S. 3.

34 Rybal'skij, Jaroslavskij proletariat na skam'e podsudimych, Vperëd 71, 25.4.1918, Moskau, S. 2.

Petra Weber

Der Assoziationsgedanke der Anarchisten zwischen frühsozialistischem Erbe und Praxis der Arbeiterbewegung

I. Einleitung: Zur Aktualität des anarchistischen Assoziationsgedankens

Die Schlagworte vom 'Ende der Arbeitsgesellschaft' und vom 'Abschied vom Proletariat', die Krise des Sozialismus und des Industrialismus sind zu den bestimmenden Themen der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskussion geworden.[1] Mit der zunehmenden Infragestellung des industriellen, utilitaristisch-szientistischen Entwicklungsparadigmas wurde das bisherige Leitbild des an der industriell-wissenschaftlichen Zivilisation ausgerichteten Theoriegebäudes des Sozialismus und Marxismus erschüttert. Die Ablehnung einer *»Kolonialisierung der Lebenswelt«*[2] durch Großindustrie und Großbürokratie, wie sie von den neuen sozialen Bewegungen artikuliert wird[3], wurde zum Anlaß einer Revision und Reformulierung sozialistischer und marxistischer Theorie. Die zahlreichen Versuche zu Neuansätzen sozialistischer Theoriebildung sind gekennzeichnet durch eine Rehabilitation kleiner Einheiten, durch eine Hinwendung zu autonomen Produktionsweisen als Möglichkeit neuer identitätsstiftender Lebens- und Arbeitswelten[4]. Die Gesellschaft als Netz von Assoziationen und Kommunen als Basis neuer Gemeinschaftlichkeit und Freiheit wird zum Leitbild eines neuen Entwicklungsparadigmas[5]. Eine Rückbesinnung auf die Anfänge frühsozialistischer und anarchistischer Theoriebildung – insbesondere des Assoziationsgedankens – könnte zum Verständnis der heutigen Krisis des Industrialismus und Sozialismus einen wesentlichen Beitrag leisten, könnte helfen, Chancen und Grenzen alternativer Sozialismuskonzepte aufzuzeigen: *»Es wird heute allzu leicht ignoriert, daß in der ersten Phase sozialistischer Theoriebildung vom Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Kritik des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die entsprechende Forderung nach dessen Abschaffung nur ein und nicht der alles dominierende Ansatz war. Vielmehr verband sich fast durchweg mit der Kritik am Kapitalismus die Kritik an den komplexen Organisationsformen, an der Zerschlagung von überschaubaren ländlichen Gemeinschaften, an übermäßiger Arbeitsteilung und am Vorrang der Produktion vor anderen gesellschaftlichen Zielen. Die Kritik galt auch global den wesentlichen Merkmalen des aufkommenden Industrialismus.«*[6] Insofern ist die Beschäftigung mit dem frühsozialistischen und anarchistischen Assoziationsgedanken von großer Aktualität.

Der folgende Beitrag wird sich auf eine Darstellung des anarchistischen Assoziationsgedankens beschränken. Dazu möchte ich kurz einige Hinweise zu der Bedeutung der Assoziationsidee im politischen Denken in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geben.

Der Übergang von der ständisch-korporativen Ordnung in die bürgerliche Wirtschaftsgesellschaft ging einher mit einer radikalen Änderung der traditionellen Lebensverhältnisse der Menschen: Die alten Ordnungen des Zusammenlebens und -arbeitens wurden zerstört, bisher gültige moralische und geistige Werte gerieten in Auflösung.[7] In dieser Situation einer *»époque de crise et de transition«*[8] wird die Idee der Assoziation zum universellen Hoffnungsbegriff – sei es in Form eines konservativen Neokorporatismus[9], von frühliberalen Vereins- und Selbsthilfeorganisationen[10] oder eines frühsozialistischen utopischen Entwurfs einer alternativen Lebens- und Arbeitsordnung zu den in der bürgerlichen Ge-

sellschaft sich durchsetzenden Rechts- und Produktionsverhältnissen, zu Individualismus und Sozialdisziplinierung aller Lebensbereiche.[11]
Dieser frühsozialistische Assoziationsgedanke ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung sowohl für die Ausbildung der marxistischen als auch der anarchistischen Theorie. Der Nachweis des Einflusses des Frühsozialismus auf den Anarchismus ist bis heute ein Desiderat der Forschung. So stellt Peter Lösche in seinem Forschungsbericht von 1977 fest: »*Der Zusammenhang zwischen Anarchismus und Frühsozialismus ist in der Forschung bisher nicht aufgearbeitet worden, ja nicht einmal als Untersuchungsgegenstand, der sozialwissenschaftlich-analytischer Bemühungen bedürfte, erkannt worden.*«[12] Entgegen der in der Forschung noch immer überbetonten Hegelabhängigkeit[13] des Anarchismus zeigt eine Analyse der anarchistischen Schriften eine eingehende Rezeption und Auseinandersetzung des Anarchismus mit den frühsozialistischen Theoretikern, die – mit Ausnahme Bakunins – die Beeinflussung durch Hegel bei weitem übertrifft. Anhand der Assoziationsidee bei Proudhon, Bakunin und Kropotkin soll dies im folgenden nachgewiesen werden.

II. Die anarchistische Assoziationsidee zwischen frühsozialistischem Erbe und assoziativer Praxis der Arbeiterbewegung

Frühsozialismus, Anarchismus wie auch Marxismus entstehen als Reaktion auf die Herausforderung der Doppelrevolution von politischer und industrieller Umwälzung im 19. Jahrhundert. In ihrem Ursprung geeint durch eine romantisch-moralische Ablehnung der Lebensweise der Moderne, kommt es im Marxismus zu einem Prozeß der Verdrängung dieses romantischen Erbes[14] durch eine partielle Aneignung der Denkweise der Nationalökonomie, die erstmals in der »Deutschen Ideologie« zum Durchbruch kommt[15]. Dies führt im Verlauf der weiteren marxistischen Theoriebildung zu einer zunehmenden Verengung der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft auf eine Kritik der politischen Ökonomie, die die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft der »*Immanenz der bürgerlichen Entwicklung anvertraut*«[16].
Der Anarchismus dagegen hält an der moralisch-kulturellen Dimension der frühsozialistischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft fest, was grundlegend für den Entfremdungsprozeß zwischen Anarchismus und Marxismus wird.
Eine ökonomische Betrachtungsweise des Anarchismus wäre daher verfehlt: Sie könnte nur das marxistische Verdikt wiederholen, daß die Anarchisten schlechte Nationalökonomen gewesen seien.[17] Eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Anarchismus muß deshalb nach den kulturellen und geistesgeschichtlichen Wurzeln der anarchistischen Theorie fragen, um dessen historischer und zeitgeschichtlicher Bedeutung gerecht zu werden. Diese Ansatzweise möchte ich zugleich zur leitenden Fragestellung dieses Beitrags machen.

1. Die Reformulierung der frühsozialistischen Assoziationsidee in Proudhons »philosophie populaire«

In seiner Schrift »Qu'est-ce que la propriété ?« setzt sich Proudhon erstmals in umfassenderer Weise mit der frühsozialistischen Assoziationsidee auseinander. Sein Ziel ist es »*d'une vue supérieure explique(r), corrige(r), et complète(r) les théories d'association proposées.*«[18] Dabei

konzentriert er sich in seiner Auseinandersetzung in dieser Abhandlung fast ausschließlich auf den in Handwerkerkreisen damals viel diskutierten Gütergemeinschaftsgedanken, der von ihm wegen seiner uniformierenden und freiheitsfeindlichen Organisation der Gesellschaft eine radikale Ablehnung erfährt[19]. Wie Marx verurteilt er die Gütergemeinschaft als *»religion de la misère«*[20], die zwangsläufig zu allgemeiner Mittelmäßigkeit führen müsse[21]. Die Gütergemeinschaftsentwürfe, deren Charakteristikum das moralische Gebot der Brüderlichkeit ist, sind für Proudhon eine anachronistische *»rêverie religieuse«*, die dem Freiheitsverlangen des modernen Menschen ebensowenig wie den Imperativen des modernen Wirtschaftslebens Genüge leisten können.[22]

Stoßen die Gütergemeinschaftsentwürfe, insbesondere diejenigen Cabets, wegen ihres rückwärtsgewandten Charakters auf die Ablehnung Proudhons, so ist der Einfluß Fouriers auf Proudhon von erheblicher Bedeutung für die Ausbildung seiner anarchistischen Theorie. Pierre Haubtmann weist darauf hin, daß im Werk Proudhons der Name Fourier mehr als 300 mal Erwähnung findet.[23] Proudhon hat während seiner Anstellung in der Druckerei Gauthiers einige Werke Fouriers gedruckt und bezeichnete sich während dieser Zeit als *»captif de ce génie bizarre«*[24]. Proudhons Rezeption und Auseinandersetzung mit den Theorien Fouriers findet insbesondere in der Zeit von 1840-1846 statt[25]. Die Begeisterung, die die fourieristische Assoziationsidee bei Proudhon auslöst, wird evident in seinem Plan einer *»association progressive«* (1845), durch die er innerhalb von 10 Jahren die ganze Welt in ein Netzwerk von Assoziationen zu verwandeln hofft, um damit die *»miracles de Fourier«* zu realisieren. Der Plan ist allerdings nicht näher ausgeführt, sondern es bleiben verstreute Notizen in seinem »Carnet« von 1845[26].

In seiner Schrift »De la création de l'ordre dans l'humanité« propagiert Proudhon nicht nur die serielle Methode Fouriers, sondern schlägt auch Fouriers System autonomer Arbeitsgruppen als Basis einer zukünftigen Gesellschaft vor: *»... alors on conçoit que la série industrielle de Fourier puisse devenir forme idéale de la société.«*[27] Fourier ist der Pate für Proudhons *»métaphysique de groupe«*. Von ihm übernimmt Proudhon die Vorstellung, daß der Mensch erst durch die Teilnahme an einer Vielzahl von Gruppen seine eigene Identität auszubilden vermag, da sich hier Freiheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Menschen zu einer Einheit verbinden: *»L'homme le plus complet est celui qui faisant le plus de choses, dépendant le moins des autres, entre dans un grand nombre de rapports.«*[28] Fouriers Utopie eines vielseitig entwickelten Menschen wird hier von Proudhon übernommen. Seine Auffassung, daß Freiheit nur durch sich selbst diszipliniert werden kann, kann ebensowenig wie sein Eintreten für menschliche Spontaneität die Impulse von Fouriers Werk verleugnen, wenn Proudhon dies auch zumeist zu tun versucht.[29] Natürlich erfährt Fourier von Proudhon nicht nur Zustimmung, sondern auch Ablehnung, was seine moralischen Vorstellungen betrifft. Weder Fouriers Auffassung von freier Liebe noch sein Verständnis von Arbeit als Lust, als *»travail attrayant«*, sind für Proudhon realistisch, sondern stoßen im Gegenteil auf starke moralische Empörung. Nicht zu Unrecht hat Sorel festgestellt, daß Proudhon in Beziehung auf seine Moralvorschriften ein Erbe der katholischen Theologie sei.[30]

Ist bis 1848 die Bedeutung der Ideen Saint-Simons für Proudhon marginal, so gewinnen sie mit der Niederlage der Februarrepublik und dem endgültigen Scheitern des jakobinischen Sozialismus und Republikanismus zentrale Bedeutung. 1851 vermerkt Proudhon in seinem »Carnet«: *»A tout prendre, c'est de Saint-Simon que je me rapproche le plus.«*[31]

Wie für Saint-Simon ist auch für Proudhon die nachrevolutionäre Gesellschaft gekennzeichnet durch die Ablösung des *»système gouvermental et militaire«* durch ein *»système industriel et égalitaire«*. Dem *»republicanisme classique, rétrospectif, et déclamatoire de Rousseau«*[32]

stellt Proudhon Saint-Simons zukunftsweisende Idee einer industriellen, auf ökonomischen Gesetzen beruhenden Gesellschaft entgegen. Saint-Simon wird von Proudhon als Vorläufer des Anarchismus, als ein Vordenker einer Gesellschaft ohne politische Herrschaft reklamiert. Von Saint-Simon übernimmt Proudhon den Gedanken, daß nicht mehr der Staat, sondern die Gesellschaft und die ihr zugrundeliegenden Produktivkräfte die Ordnung des menschlichen Lebens bestimmen und daher politische Herrschaft obsolet wird: *»Notre besoin politique principal, dominant, exclusif, est celui d'opérer, ou plutôt de terminer la transition qui dont nous faire passer du système gouvermental au système administratif, du système militaire au système pacifique.«*[33] Politische Herrschaft bedeutet für Proudhon wie schon für Saint-Simon Willkür und Gewalt: *»Saint-Simon avait bien raison de faire synonymes ces deux mots gouvermental et militaire. Le gouvernement faisant l'ordre dans la société, c'est Alexandre coupant avec son sabre le noeud gordien.«*[34]

Der Hauptkritikpunkt Proudhons an den Assoziationstheorien Saint-Simons und Fouriers ist, daß sie ihre Assoziationsidee in Form eines utopischen Systems entwerfen, ohne über die praktische Relevanz Rechenschaft zu liefern. Nicht ein System gilt es nach Proudhon auszubilden, sondern die Idee der neuen Gesellschaft muß aus der Spontaneität der Massen selbst herauswachsen; sie sind es, die den Stoff liefern für eine *»philosophie populaire«*, eines theoretischen Neuansatzes des Sozialismus[35], der zugleich praktisch werden kann: *»C'est le peuple qui, à la longue, sans théories, par ses créations spontanées, modifie, réforme, absorbe les projets politiques et les doctrines des philosophes, et qui, créant sans cesse une réalité nouvelle, change incessament la base de la politique et de la philosophie.«*[36] Pierre Ansart hat herausgearbeitet, daß es die mutualistische Praxis war, wie sie von den Lyoner Seidenwebern in Anknüpfung an alte Traditionen der Gesellenbruderschaften in Form der Gründung von Unterstützungs- und Widerstandskassen bzw. der Ausarbeitung eines Ehrenkodexes propagiert und praktiziert wurde, in deren *»milieu social«* Proudhon seine anarchistische Theorie entwickelte[37]. Wenn Proudhon von Saint-Simon die Vorstellung der Gesellschaft als Industriegesellschaft übernimmt, so versteht er darunter nicht wie dieser die Gesellschaft als *»Werkstatt«* zur *»production des choses utiles«*[38], sondern eine Gesellschaft mutualistisch produzierender *»associations ouvrières«*, deren Leitbild nicht utilitaristische Produktionsvermehrung ist, sondern *»probité«* und *»sincérité«*, die alten Ehrbegriffe des Handwerks. Die Werkstatt und die *»associations ouvrières«* sind der Ort, wo sich die von Fourier propagierte Gruppengemeinschaft realisiert, sie können im Anschluß an Rancière als *»républiques morales de la solidarité ouvrière«*[39] bezeichnet werden. Die sich in den *»associations ouvrières«* entwickelnde Produzentenmoral[40] löst die christliche Moral ab durch *»justice«*, definiert als *»respect, spontanément éprouvé et réciproquement garanti, de la dignité humaine, en quelque personne et dans quelque circonstance qu'elle se trouve compromise, et á quelque risque que nous expose sa défense«*[41].

Dieses Verständnis von *»justice«* als Anerkennung der gegenseitigen Würde des Menschen verweist auf das Geltendmachen eines *»symbolischen Kapitals der Ehre«*[42], als moralische Qualifizierung, mit der die Handwerker den in der kapitalistischen Gesellschaft drohenden Statusverlust zu kompensieren versuchen. Sie ist die moralische Legitimität der Handwerker/Arbeiter gegenüber der Dekadenz des Bürgertums, das sich zur Maxime gemacht hat: *»sauver les intérêts, quoi qu'il coûte.«*[43] Das utilitaristische Denken der englischen ökonomischen und politischen Wissenschaft, z. B. Benthams, lehnt Proudhon ebenso ab wie Malthus' bevölkerungspolitische Maßnahmen, die er wegen ihrer familienfeindlichen Ausrichtung scharf kritisiert. Arbeit und Armut erhalten für Proudhon veredelnde Kraft. In der Armut sieht Proudhon einen Schutz gegen die Korrumpierung der Sitten, sie schafft

einen Zustand der *»heureuse médiocrité«*: *»frugalité, fêtes innocentes, luxe de famille«*[44] sind Proudhons moralische Leitvorstellungen, die nicht auf Wohlstandsvermehrung, sondern auf Integrität des Menschen zielen.
Die moralische Überlegenheit legitimiert die Handwerker/Arbeiter dazu, die führende Rolle der Bourgeoisie zu übernehmen und ihre in der Praxis der mutualistischen Produktion entwickelte Lebensweise zur Grundlage der gesamten Gesellschaft zu machen: *»... ce principe, nous le trouvons dans l'idée de mutualité, qui n'est autre que celle d'une justice synallagmatique, s'appliquant à toutes les relations humaines et dans toutes les circonstances de la vie.«*[45] Fouriers Vorstellung der Gesellschaft als eines Netzwerks von Gruppen findet hier im handwerklichen Milieu ihre Neuformulierung. Die Gruppen werden zur strukturbestimmenden Kraft der neuen Gesellschaft, durch die es möglich wird, alle gesellschaftlichen Funktionen autonom zu regeln: *»L'organe de la raison collective est le même que celui de la force collective: c'est le groupe travailleur, instructeur, la compagnie industrielle, savante, artiste, les académies, écoles, municipalités«*[46]. Die Gruppen bestimmen nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische Leben, da Proudhon den ökonomischen Assoziationsgedanken zum Prinzip seines politischen Föderalismus macht. Er versucht die Autonomie des Menschen zu retten, ohne daß die Gesellschaft dadurch in Atomismus verfällt.
Proudhons anarchistische Assoziationsidee ist aus dem Erbe des Frühsozialismus und der assoziativen Praxis der Handwerker/Arbeiter erwachsen. Sie versucht die kulturelle Tradition der Arbeiterbewegung[47] zur Lebensweise zu erheben, für die Zukunft zu konservieren und sie zugleich in den Kategorien einer fortschrittlichen Gesellschaft im Sinne von mehr Autonomie und dem Abbau von politischer Herrschaft zu interpretieren. Insofern kann Proudhon erklären: *»conservation et progrès sont synonymes«*.[48]

2. Bakunins Assoziationsgedanke zwischen humanistischem Freiheitsbegriff und romantischem Volksglauben

Bakunin hat sich im Gegensatz zu Proudhon nicht eingehend mit Saint-Simon und Fourier befaßt, die er ohne näher darauf einzugehen beide als autoritäre Sozialisten abqualifiziert.[49] Sein assoziativer Anarchismus bekommt seine wichtigsten Impulse von Feuerbach und Proudhon.[50] Mit den Werken Feuerbachs wurde er während seines Deutschlandaufenthalts in den vierziger Jahren vertraut. Feuerbachs »Wesen des Christentums«, das Bakunin als ein *»admirable livre«* bezeichnet[51], ist das Schlüsselwerk für Bakunins anthropologische Vorstellungen, denn es vermittelt ihm einen Begriff von der *»solidarité humaine«*.[52] Solidarität, die für ihn zum zentralen Begriff wird, umfaßt alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens. So erkärt er in seiner Programmschrift »Société inernationale secrète de l'émancipation de l'humanité«: *»Cette loi de solidarité vous la retrouverez dans toutes les fonctions vraiment et purement humaines.«*[53] Deshalb kann er sich Freiheit auch nur in der Gemeinschaft mit anderen Menschen vorstellen. In der kollektiven Zusammenarbeit mit anderen Menschen findet der Mensch seine Identität und realisiert dadurch auch seine Freiheit: *»La liberté individuelle elle-même est un produit de ce travail collectif matériel, intellectuel et moral de tout le monde.«*[54] Gegenüber dem individualistischen Freiheitsbegriff der Bourgeoisie, die die menschliche Gesellschaft nur als Vertragsgesellschaft sieht, und der christlichen Religion, die nur auf die Seelenrettung des Einzelnen aus ist, reklamiert Bakunin den aus der Tradition des deutschen Idealismus stammenden Begriff der menschlichen Freiheit[55] *»als die Spiegelung seines Menschentums oder seiner Menschenrechte im Bewußtsein al-*

ler freien Menschen«[56]. In diesem Freiheitsbegriff verwirklicht sich der Feuerbachsche Imperativ »*homo homini deus*«, der Respekt des Menschen vor Gott wird durch den Respekt des Menschen gegenüber seinem Mitmenschen abgelöst. Bakunins Auffassung einer durch Solidaritätsbeziehungen gestifteten menschlichen Gemeinschaft rückt ihn in die Nähe des deutschen »wahren« Sozialismus und dessen Verständnis von Sozialismus als Anthropologie, wie es Moses Hess definiert hat[57].

Bakunins Idee eines kollektiven Menschentums wird nicht nur gespeist durch die Tradition des deutschen Idealismus, sondern hat ihre Wurzeln auch in dem romantisch-populistischen Gedanken vom Volk als Ganzheit, als einer durch Sitten und Gebräuche naturwüchsig bestimmten Lebensgemeinschaft. Sie wird zur Grundlage des moralischen Handelns der Menschen: »*Man kann sagen, daß das kollektive Bewußtsein irgendeiner Gesellschaft, ebensowohl verwirklicht in den großen, öffentlichen Einrichtungen wie in allen Einzelheiten des Privatlebens und allen ihren Theorien als Grundlage dienend, eine Art Milieu, eine Art geistiger und moralischer Atmosphäre bildet, welche schädlich, aber zugleich zur Existenz ihre Glieder unbedingt nötig ist. Sie beherrscht sie, unterwirft sie zugleich, und verknüpft sie untereinander durch gewohnheitsmäßige, von ihr bestimmte Beziehungen; sie flößt jedem Sicherheit und Gewißheit ein und schafft für alle die erste Voraussetzung der Existenz unter der großen Masse, die Banalität, den Gemeinplatz, die Gewohnheit.*«[58] Aus der Sicht der traditionellen kulturellen Gewohnheiten einer vorbürgerlichen Gesellschaft wendet sich Bakunin gegen das »*civiliser*« und »*pangermaniser*« der Deutschen im Hinblick auf die slawischen Völker.

Es geht Bakunin um die Bewahrung der traditionellen Kultur der natürlichen Lebensgemeinschaften; ausgehend von ihren traditionellen Sitten und Gebräuchen spricht er das Verdikt gegen die bürgerliche Gesellschaft, die nur auf Vertrags- und Marktbeziehungen beruht, aus: »*In der auf die bürgerliche Moral gegründeten Gesellschaft erscheint jedes Individuum durch den Zwang oder die Logik seiner Stellung als ein Ausbeuter der anderen, weil es materiell aller und moralisch niemanden bedarf.*«[59]

Bakunins Auffassung natürlicher Lebensgemeinschaften ist stark durch den russischen Populismus geprägt und dessen Verherrlichung des Mir, der russichen Umverteilungsgemeinde, in der sich noch keine bürgerlichen Eigentumsformen als Zelle einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft herausgebildet haben. Bakunin hat diesen Optimismus zwar nicht geteilt, denn die patriarchalischen Strukturen dieser Umverteilungsgemeinde sowie ihre Isolierung[60] schienen ihm ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg vom Mir in eine sozialistische Gesellschaft. In Proudhons Assoziationsidee dagegen sieht Bakunin eine Möglichkeit, auch in der modernen Gesellschaft die Autonomie gemeinsamer Lebens- und Arbeitsordnungen aufrechtzuerhalten und gegenüber Staatseingriffen zu sichern: sie wird ihm zu einer modernen Version des Mir. Wie bei Proudhon konstituiert sich auch bei Bakunin gesellschaftliche Ordnung durch die wechselseitige Einwirkung der Menschen und Gruppen aufeinander[61]: »*En un mot, l'ordre dans l'humanaine société, doit être la résultante du plus large développement possible de toutes les libertés individuelles, communales, provinciales, et nationales.*«[62]

Bakunins Vitalismus und Traditionalismus ist überlagert von einem modernen neuzeitlichen Glauben an die Wissenschaft, insbesondere Comtes Positivismus, dessen Soziologie er die Anerkennung zollt, die allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufgezeigt zu haben.[63] Dieser Glaube an den Evolutionismus der Gesellschaft steht unvermittelt neben seinem Festhalten an den »*moeurs ou habitudes traditionelles*«.[64] Das Vertrauen in den Fortschritt, ausgelöst durch die industrielle Revolution und die wissenschaftlichen und technischen Erneuerungen, steht in einem ungleichen Verhältnis zu dem Verhaftet-

sein an den traditionellen kulturellen Werten.
Impulse für die zu erstrebende assoziative Arbeits- und Lebensordnung sieht Bakunin in der bäuerlichen Kultur, vor allem aber wie Proudhon in der Praxis der Handwerker- und Arbeiterbewegung, während für ihn die bürgerliche Kultur von Dekadenz gezeichnet ist: *»La bourgeoisie est morte et pourrie.«*[65]
Dagegen bildet sich in der Arbeiterbewegung eine kollektive Idee in Anknüpfung an alte Traditionen des Handwerks heraus[66], die zur Vorform der zukünftigen Gesellschaft wird: *»Toutes les associationes ouvrières ... devront s'organiser en sociétés de secours et d'instruction mutuels, car c'est là un commencement de la salutaire pratique de la fraternité, en même temps, qu'une condition de la pensée proprement ouvrière.«*[67]
Dieser Gedanke eines kulturellen Arbeiterexklusivismus ist kennzeichnend für Bakunins Assoziationsidee. Sie ist moralisch-kulturell bestimmt, aber nicht ökonomisch. Bakunin hat, wie Brupbacher zu Recht bemerkt, den modernen homo oeconomicus nie verstanden.[68]
Seine ökonomischen Überlegungen sind daher auch weitgehend eklektizistisch. Von Marx, dessen »Kapital« Bakunin teilweise übersetzt hat, übernimmt er die Sichtweise des historischen Materialismus und den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat als antagonistischen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft. Bakunin sieht aber nicht wie Marx im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft die Produktionskräfte für die sozialistische Gesellschaft heranreifen, sondern glaubt, daß durch die Abschaffung des Erbrechts die Möglichkeit für eine assoziativ-genossenschaftliche Wirtschaftsweise gegeben sei. Er erstrebt nicht wie Marx die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern eine auf Kollektiveigentum beruhende genossenschaftliche Produktionsweise, wie sie in der damaligen Arbeiterbewegung entwickelt und praktiziert wurde.[69] Eine Verwirklichung der genossenschaftlichen Wirtschaftsordnung innerhalb der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, wie sie beispielsweise Schulze-Delitzsch erstrebt, hält Bakunin aufgrund Lassalles 'ehernem Lohngesetz' zum Scheitern verurteilt.[70] Er lehnt aber ebenso Lassalles Projekt staatlich geförderter Produktivassoziationen ab, nicht nur wegen der heteronomen Eingriffe in die autonome Wirtschaftsordnung der Produzierenden, sondern auch wegen der Gefahr, daß sich eine Arbeiteraristokratie bildet, die zur Verbürgerlichung eines Teils der Arbeiter führen müßte, und außerdem das Bauernproblem ungelöst ließe.
Bakunins Assoziationsgedanke ist gekennzeichnet durch die Abwehr kultureller Hegemonialbestrebungen[71] und die Erhaltung autonomer kultureller Traditionen, sei es die zurückgebliebener Völker wie der Slawen oder die der Handwerker- und Arbeiterbewegung. Diese kulturell-ethische Dimension hat sein ganzes Schaffen bestimmt, wofür sein kurz vor seinem Lebensende geäußerter Wunsch, eine *»Ethik auf der Basis der Kollektivität ohne philosophische und religiöse Phrasen«* schreiben zu wollen[72], ein beredtes Zeugnis abgibt.

3. Kropotkins Rückbesinnung auf frühsozialistische Traditionen gegen die herrschende marxistische Gesellschaftswissenschaft

Kropotkin möchte gegen den Mangel an moralischer Selbstbewußtheit der deutschen Sozialdemokratie und des Marxismus am Ende des 19. Jahrhunderts den Frühsozialismus als einen kulturellen Gegenentwurf zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft rehabilitieren[73]. *»The Germans haven't ever adopted French socialism. Perhaps they are doing it now when (socialism) is departing from Marx ... The time is coming when Marx will be put in his place: a Ger-*

man pamphleteer attracted to the dialectic of Hegel in order to repeat what St. Simon, Fourier, and Owen said so well before him«.[74]

Eine besondere Wertschätzung erweist Kropotkin Fourier, während er in Saint-Simon eher einen Vorläufer der deutschen Sozialdemokratie sieht.[75] Fourier dagegen wird für ihn zum Vorläufer des Anarchismus, in dessen assoziativ-kommunalistische Tradition er sich stellt. Fouriers Kritik der bürgerlichen Moral, die auf Unterdrückung der Leidenschaften beruht und den Menschen zur Eindimensionalität verdammt, findet Kropotkins volle Anerkennung: Wie Fourier will auch Kropotkin den Menschen von bürgerlichen und christlichen Moralvorschriften befreien, um seine Resurrektion als natürliches leidenschaftliches Wesen zu ermöglichen: *»Wir anerkennen die volle und die ganze Freiheit des Einzelnen; wir wollen die Vollständigkeit seiner Existenz, die freie Entwicklung aller seiner Eigenschaften. Wir wollen ihm nichts aufzwingen, und kehren so zu dem Prinzip zurück, welches Fourier der Moral der Religionen entgegenstellte, als er sagte: Lasset die Menschen absolut frei; zerstümmelt sie nicht – die Religionen haben es genug getan. Fürchtet auch ihre Leidenschaften nicht; denn in einer freien Gesellschaft bieten sie keine Gefahr.«*[76] In dieser Kritik der religiösen Moral als einer Fessel menschlicher Selbstverwirklichung sieht Kropotkin in Fourier einen Vorläufer von Nietzsche.[77] Wie Fourier und Nietzsche erlebt Kropotkin die bürgerliche Gesellschaft als eine Tyrannei des Mittelmaßes: *»Alles Gute, Erhabene, Großmütige, Unabhängige im Menschen stumpft ab, verrostet wie ein Messer außer Gebrauch. Die Lüge wird zur Tugend, die Kriecherei zur Pflicht.«*[78]

Fouriers Phalangen sind für Kropotkin der Versuch, diese Enge der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden und zugleich eine neue Arbeits- und Lebensordnung zu schaffen, in der der Arbeit ihr degradierender und entfremdender Charakter genommen ist, sie zur *»travail attrayant«* wird.[79] Fourier hat in seinen Phalangen die antimodernistische Version des Kommunismus, den egalitären Klosterkommunismus, überwunden[80] und in seinen *»ligues passionées«* eine autonome und repressionsfreie Sozialordnung entworfen, die zum Charakteristikum Kropotkins eigener anarchistischen Gesellschaftsordnung wird. Wie Fourier sieht auch Kropotkin die zukünftige Gesellschaftsordnung als eine assoziativ-kommunalistische Gemeinschaft, die sich autonom regelt durch *»les groupements par affinité personnelles, fonctions sociales, groupements territoriaux«.*[81]

Fouriers Anarchismus knüpft an ethisch-kulturelle Dimensionen des Frühsozialismus an: Es ist der Versuch, gegen die herrschende Geschichtswissenschaft und Naturwissenschaft Darwinscher und Huxleyscher Prägung[82], eine Geschichte der Tierwelt und des Volkes zu schreiben als Zeugnis einer natürlichen Gemeinschaftsethik in der Tier- und Menschenwelt, denn eine Änderung der Gesellschaft ist für Kropotkin unabdingbar an eine Änderung der Lebensweise und Moral geknüpft: *»Eigentlich«*, so bekräftigt er, *»liegen allen unseren Diskussionen über politische und wirtschaftliche Fragen, Fragen ethischer Natur zu Grunde.«*[83] Die Volkskultur verschiedener historischer Epochen sieht er als einen Beweis an für eine natürliche Gemeinschaftsethik der Menschen, die in der Geschichte ihren Ausdruck gefunden hat in den Sitten und Gebräuchen der frühen Stammesgemeinschaften, der Dorfkommunen und der Gilden, Zünfte und Bruderschaften der mittelalterlichen Städte. Wie für Bakunin sind auch für Kropotkin die Lebensbeziehungen der Menschen durch eingelebte Traditionen bestimmt und nicht durch christliche oder philosophische Moralgebote. Die natürliche Gemeinschaftsethik der Menschen wurde erst durch die Etablierung des modernen Staates zerstört, der in einem alles umfassenden Zentralisierungsprozeß die natürlichen Lebensgemeinschaften der Menschen zerbrach. Nur in der arbeitenden Bevölkerung konnte sich in ihren kollektiven Traditionen und Assoziationen noch

eine Solidargemeinschaft im täglichen Miteinanderleben und -arbeiten erhalten. Nur aus diesen Traditionen des Volkes kann – wie auch schon bei Proudhon und Bakunin – eine soziale Ethik herauswachsen: »*We have to create a new ethic of the socialist society. The anarchist working class is creating this ethic.*«[84] Das von Fourier theoretisch entworfene Modell einer sich selbst organisierenden Gesellschaft findet in der Spontaneität des Volkslebens ihre praktische Verwirklichung. Nur der »*Volksgeist*«[85] kann daher Inspirator einer neuen sozialistischen Idee und Wissenschaft werden.

Im Gegensatz zu Bakunin hat sich Kropotkin eingehend auch mit den ökonomischen Problemen einer anarchistischen Gesellschaft auseinandergesetzt und nach der ökonomischen Grundlage einer assoziativ-kommunalistischen Lebensgemeinschaft gefragt. Kropotkin wendet sich gegen die moderne politische Ökonomie wegen ihrer utilitaristischen Ausrichtung, in der die Gesellschaft als ein Kontor, das durch Soll und Haben bestimmt ist, erscheint.[86] Die Orientierung der Nationalökonomie sowie von Marx an den Imperativen der Produktion im Gegensatz zur alten Ökonomik, die nach Bedarf produzierte, stößt auf vehemente Kritik Kropotkins. Seine eigenen Schriften versteht er als Plädoyer für eine neue Ökonomie, in der wieder die Produktion für den Bedarf des lokalen Marktes vorherrschende Form des Wirtschaftens wird.

Gegen Adam Smiths Idee einer Arbeitsteilung spricht er sich für eine Arbeitsintegrierung aus, die wieder alle Fähigkeiten der Menschen anspricht, denn nicht Produktionsvermehrung, sondern menschliche Selbstentfaltung wird von ihm erstrebt: »*Mannigfaltigkeit der Beschäftigungen und die daraus entspringende Vielfalt der Fähigkeiten, die beide zu einem gemeinsamen Zweck zusammenwirken, das sind die wahren Kräfte des Fortschritts.*«[87] In dieser Auffassung ist Kropotkin ganz Erbe Fouriers. Sozialgeschichtlich knüpft er dabei insbesondere an die Lebens- und Arbeitsordnung der proto-industrialisierten Hausindustrie an, wie er sie beispielsweise bei den Uhrenarbeitern des Schweizer Jura kennengelernt hat.

Kropotkin wendet sich gegen Marx' Prognose einer unausweichlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte zur Großindustrie und weist durch zahlreiche Statistiken das Vorherrschen der Kleinindustrie in den europäischen Ländern nach.[88]

Diese vorhandenen Formen der Kleinindustrie sind die Grundlage für die Errichtung der landwirtschaftlich-industriellen Kommunen, durch deren Überschaubarkeit die Autonomie der Lebens- und Arbeitsordnung wieder hergestellt werden soll.[89]

Kropotkin lehnt das bürgerliche Arbeitsethos ab, die wesentliche Aufgabe der Ökonomie ist für ihn Kraftersparnis: fünf bis sechs Stunden Arbeit hält er für ausreichend für die Versorgung der lokalen Gemeinden. Die übrige Zeit soll der künstlerischen und wissenschaftlichen Beschäftigung der Menschen zur Verfügung stehen. Wie die alteuropäische Ökonomik sieht auch Kropotkin in der ökonomischen Wissenschaft eine Moralwissenschaft, in der moralisch-psychische Kriterien und nicht ökonomische Kriterien das ausschlaggebende Element des Wirtschaftslebens sind.

Im Gegensatz zu Marx und der damaligen Sozialdemokratie, die auf der Grundlage der Kenntnis der bürgerlichen politischen Ökonomie eine notwendige ökonomische Entwicklung hin zu einer vergesellschafteten Produktionsweise aufzuweisen versuchen, knüpft Kropotkin an genossenschaftlich-hausindustrielle Produktionsformen der Arbeiter an, die von der Sozialdemokratie als rückschrittliche Produktionsformen abgelehnt werden,[90] und stellt sich damit in die assoziativ-kommunalistische Traditionen Fouriers und Owens.

Die anarchistische Assoziationsidee versteht sich als kulturelle Alternative zur bürgerlichen Vertrags- und Marktgesellschaft, aber auch zu Marx' Vorstellung einer auf der Verge-

sellschaftung der Produktionsmittel beruhenden sozialistischen Gesellschaft, deren anethisches[91], ökonomisches Denken von den Anarchisten abgelehnt wird. Der Anarchismus greift die Assoziationsidee der Frühsozialisten auf und sieht ihre materielle Grundlage in der Kultur und den Institutionen der Handwerker- und Arbeiterbewegung.
Die Problematik dieses Ansatzes liegt darin, daß mit der Verfestigung der bürgerlichen Gesellschaft dieser kulturelle Arbeiterexklusivismus anachronistisch wird. Mit der Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung stößt das anarchistische Assoziationsmodell auf seine Grenzen.
Auch bei späteren Ansätzen eines ethisch-kulturellen Sozialismus wird dieses Dilemma evident: So muß auch Hendrik de Man feststellen, daß sein Versuch einer Neuformulierung des Sozialismus auf einer Sozialethik der Arbeiterbewegung durch die Angleichung der Arbeiter an die bürgerlichen Lebens- und Verhaltensweisen zum Scheitern verurteilt ist. Auch Gramsci setzt bei seinem Versuch, die bürgerliche Hegemonialkultur zu überwinden, nicht mehr auf die Arbeiter, sondern auf eine *»intellektuell-moralische Reform«*[93], die die ethische Kreativität der Intellektuellen zu stiften hat.

III. Die Staatskritik der Anarchisten

Die Revolution von 1848 und die Pariser Kommune waren die Schlüsselerfahrungen der anarchistischen Staats- und Revolutionskritik. Mit dem Scheitern des etatistisch ausgerichteten Sozialismus in der Revolution von 1848 und der Erfahrung und dem Verständnis der Pariser Kommune als Ideal einer autonomen und staatenlosen Gemeinde findet die Kritik des Anarchismus ihr Hauptangriffsziel in der Kritik des modernen Staates. Die Niederlage der Revolution von 1848, in der sowohl Marx als auch Proudhon die Farce der Revolution von 1789 sehen[94], wird verstanden als ein Scheitern der jakobinisch-sozialistischen und demokratischen Strömungen der Revolution und deren Befangenheit in zentralstaatlichen Kategorien. Die Kontinuität des französischen Zentralstaates von den Jakobinern der Französischen Revolution zu Napoleon III. findet ihre schlagende Formulierung in der Bezeichnung Napoleons III. als *»Robespierre à cheval«*. Diese Erfahrungen sind nicht nur der Hintergrund für die Ablehnung des Staatssozialismus durch den Anarchismus, sondern auch einer Kritik des Staates überhaupt, die zusätzlich genährt wird durch das Erlebnis bonarpartistischer Herrschaftsformen.

1. Proudhons Kritik an Blancs Staatssozialismus

Keinen der Frühsozialisten hat Proudhon so scharf angegriffen wie Louis Blanc, in Abhebung zu dessen staatssozialistischen Theorien er seinen eigenen Anarchismus entwickelt. Durch sein Eintreten für die Intervention des Staates hat Louis Blanc für Proudhon die Eigeninitiative der Arbeiter abgetötet und damit zur Niederlage der Arbeiter in der Revolution mit beigetragen.
Der Kontroverse zwischen Proudhon und Louis Blanc um die Rolle des Staates zur Lösung der sozialen Frage liegt ein grundsätzlich verschiedenes Sozialismusverständnis zu Grunde. Die zentrale Erkenntnis Louis Blancs ist die materielle und moralische Pauperisierung und Verelendung weiter Kreise der Bevölkerung.[95] Die Pauperisierung führt zugleich zu moralischer Defizienz, die Louis Blanc mit den Augen bürgerlicher und konservativer So-

zialtheoretiker beschreibt.[96] Nicht die kulturelle Überlegenheit, sondern die kulturelle Unterlegenheit gegenüber der bürgerlichen Lebensweise wird zur entscheidenden Erfahrung für die Ausbildung von Louis Blancs Sozialtheorie. Die in solcher Weise verelendeten Arbeiter erweisen sich für Louis Blanc als unfähig, Eigeninitiative zu ergreifen, die soziale Frage kann daher nur durch die Intervention eines demokratisch regierten Staates, der sich zum Fürsprecher der Verarmten macht, gelöst werden: »*Nous voulons un gouvernement fort, parce que dans le régime d'inégalité où nous végétons encore, il y a des faibles qui ont besoin d'une force sociale qui les protège.*«[97] Die Arbeiter emanzipieren sich nicht selbst, sondern werden ein »*object of solicitude*«[98]; durch eine Organisation der Arbeit durch staatlich geförderte Produktionsassoziationen und durch staatlich geförderte Bildungsprogramme soll die soziale Problematik im Sinne einer Verbürgerlichung der Arbeiter gelöst werden, indem sich Wohlstand und Bildung universalisieren. Insofern ist Louis Blanc nicht nur Vorläufer Lassalles, sondern auch des modernen Wohlfahrtsstaates.[99]
Proudhon wendet sich gegen Blancs Konzept der Organisation der Arbeit, weil er auf die Selbstorganisation der Arbeiter vertraut: »... *nous affirmerons contre les socialistes et contre les économistes, non pas qu'il faut organiser le travail, ni qu'il est organisé, mais qu'il s'organise.*«[100] Die Intervention des Staates erscheint Proudhon immer zugleich als ein Disziplinierungsversuch der Arbeiter, der durch paternalistische Versorgung die Arbeiter bevormundet: Der Staat wird zum »*proviseur*« der Arbeiter[101]. Die Entwicklung des Staates zum Wohlfahrtsstaat wird von Proudhon abgelehnt, weil er nur ein umgestülpter bürgerlicher Staat ist, der die moralische Überlegenheit der Arbeiter zerstören würde, und sie zu der gleichen egoistischen und materiellen Denk- und Verhaltensweise animieren würde, die den Bürgern eigen ist: »... *l'Etat serviteur devenue la vache à lait du prolétariat et nourri dans les prairies et pâturages des propriétaires; en résumé, un simple déplacement de favoritisme.*«[102] Für Proudhon gilt es dagegen die Initiative der Arbeiter anzuregen, durch eine Demopädie, eine Erziehung der Massen zur Selbstherrschaft, eine Organisation der Gesellschaft zu schaffen, die sich als »*Hierarchie der Solidarität der Dienste und Aristokratie der Arbeit*«[103] versteht. Aus dieser Louis Blanc völlig entgegengesetzten Perspektive kann Proudhon zu Recht bemerken, daß ein Abgrund zwischen dem Sozialismus Louis Blancs und seiner eigenen sozialistischen Konzeption bestünde.[104]
Proudhons Kritik am Staatsozialismus ist geschrieben aus der Perspektive des Handwerkers und seiner Begriffe von Autonomie und Ehre, für den Staatshilfeprojekte ein die Eigenwürde verletzendes Eingeständnis der Unfähigkeit wären, für sich selbst zu sorgen. Louis Blanc dagegen betrachtet den Teil der Gesellschaft, der so weit pauperisiert zu sein scheint oder ist, daß ihm eine Emanzipation aus eigenen Kräften unmöglich ist. Er betrachtet die Gesellschaft zugleich mit den Augen des Bürgers, der die Arbeiter zu seinen eigenen kulturellen und moralischen Werten emporheben möchte.
Die Kontroverse zwischen Proudhon und Blanc findet ihre Fortsetzung in der Auseinandersetzung der Anarchisten mit dem Volksstaatskonzept der Sozialdemokratie.

2. Die Eigendynamik des modernen Staates: »Bonapartismus« und »Bismarckianismus« in der Kontroverse zwischen Anarchismus und Marxismus

Für Marx liegt die wesentliche Bedeutung der Rezeption des Frühsozialismus in dessen Erkenntnis der Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft.[105] Die Suche nach Möglichkeiten zur Aufhebung der Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft

wird für Marx zum Anlaß einer Beschäftigung mit der politischen Ökonomie, durch Erkenntnis deren Gesetzmäßigkeiten er sich den theoretischen Beitrag zur Aufhebung der Klassenwidersprüche in einer sozialistischen Gesellschaft zu leisten erhofft.
Den Staat dagegen sieht Marx in den meisten seiner Schriften als ein heteronom bestimmtes Überbauphänomen, das abhängig ist von den jeweiligen Produktionsverhältnissen und mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft absterben wird.[106] Einer Staatskritik kommt daher für Marx nur marginale Bedeutung zu.
Mit der Machtergreifung Napoleons III. und der obrigkeitsstaatlichen Reichsgründung Bismarcks gerät das Fundament der Marxschen Theorie ins Wanken. Marx selbst stellt im »Achtzehnten Brumaire« fest, daß es unter Louis Napoleon zu einer Verselbständigung der Exekutive gegenüber der Legislative gekommen sei, durch die der *»Staat zu seiner ältesten Form zurückgekehrt«* sei, *»zur unverschämt einfachen Herrschaft von Säbel und von Kutte.«*[107] Sowohl Marx als auch die Anarchisten erkennen, daß der Staat dadurch eine neue Autonomie und Eigendynamik gewonnen hat, ziehen daraus aber völlig verschiedene Schlußfolgerungen, die es im folgenden darzustellen gilt.
Die bonapartistische Herrschaft Napoleons III. ist Hintergrund der Staatskritik Proudhons, wie er sie insbesondere in seiner Schrift *»De la Justice dans l'église et dans la révolution«* ausgeführt hat[108]. Hier beschreibt er sowohl Kirche als auch Staat, in dem er den jüngeren Bruder der Kirche sieht[109], als geprägt von ihrem anstaltsstaatlichen Charakter und dessen Rationalität. Die Kirche hat ihren urchristlichen Auftrag verraten, indem sie zur Amtskirche wurde, deren Macht auf einem hierarchisch-disziplinierten Verwaltungsapparat beruht.[110] Auch der Staat kann seine Ordnung nur gestützt auf Militär, Bürokratie und Polizei aufrechterhalten, deren Raison zu gehorchen er zunehmend gezwungen ist. Politik und Moral treten daher immer weiter auseinander. Seine Eigendynamik zwingt den Anstaltsstaat, die menschliche Moral zu verletzen: *»Pour lui* (den Staat, Anm. P. W.) *les distinctions accoutumées du juste et de l'injuste changent et s'intervertissent dès qu'il est question du salut public et de la raison d'Etat.«*[111] Sozialdisziplinierung als ein die ganze Gesellschaft umfassender Fundamentalvorgang und nicht eine allgemein verbindliche Moral kennzeichnet Staat und Kirche: *»Ainsi, pour les personnes, discipline; pour les biens, discipline; pour tout ce qui concerne le gouvernement, l'éducation, le travail, le mariage etc., discipline et toujours discipline.«*[112] Staat und Kirche erheischen ihre Autorität durch Zwang zu Gehorsam und Disziplin und zerstören dadurch jede Selbsttätigkeit des Menschen.
Diese kann für Proudhon nur gesichert werden, wenn sich der Mensch eine Selbstdisziplin auferlegt, die aus moralischer Einsicht entspringt. So erklärt er: *»La liberté disciplinée par elle-même: c'est le fonds et le tréfonds de toute notre philosophie révolutionnaire.«*[113]
Bakunins Kritik am modernen Staat bekommt ihre wesentlichen Impulse von Proudhon. Paradigma der Staatskritik ist aber bei Bakunin nicht wie bei Proudhon der französische Staatszentralismus und die bonapartistische Herrschaft Louis Napoleons, sondern Preußen / Deutschland, das er nicht selten in den Topoi der Vormärzliteratur beschreibt[114]. Friedrich II. wird für ihn zum Begründer des modernen Staatskultes und der Staatsraison, die in der obrigkeitsstaatlichen Reichsgründung Bismarcks ihren Höhepunkt findet. Deutschland ist für ihn der Hort der Unfreiheit, wo Staatsgläubigkeit zur herrschenden Lebensform geworden ist: *»Pour un Allemand, la discipline militaire, la hiérarchie bureaucratique, la raison d'Etat et la volonté du souverain sont sacrées; son l'Eglise, c'est l'Etat.«*[114] Mit Jacob Burckhardt teilt Bakunin die Auffassung, daß nach 1870 in Deutschland das Militär zum Muster allen Daseins geworden sei[116]. Die Entwicklung zum Militärstaat hält Bakunin für alle Länder für unausweichlich, da das Bürgertum zur Herrschaft zu schwach sei. Bakunin

prophezeit für den Fall, daß die Revolution der Arbeiter ausbleibe, eine universelle Herrschaft des Militärs und der Bürokratie und nimmt damit Gedanken von Max Weber vorweg[117].

Der »Bismarckianismus« ist für Bakunin nicht nur eine historische Zeiterscheinung, sondern ein Kennzeichen des Staates im allgemeinen. Der Staat ist für ihn immer eine *»abstraction omnivore«*[118], die traditionelle Kultur und Gewohnheiten durch eine artifizielle Maschinerie ersetzt, die im Namen des *»bien public«* oder der *»volonté générale«*[119] sich von den natürlichen Bedürfnissen der Menschen entfremdet.

Das ist das Gesetz, unter dem der Staat steht, von dessen Eigendynamik er sich nicht befreien kann: *»Faire changer aux Etats leur nature est impossible parce que c'est précisément par cette nature qu'ils sont des Etats«.*[120] Auch dies ist eine Feststellung, die Bakunin mit Jacob Burckhardt teilt, der mit der gleichen Apodiktik feststellt, daß Macht böse sei.

Für Proudhon wie auch für Bakunin wird die Verselbständigungstendenz der bonapartistischen Herrschaftsform Anlaß zu einer Fundamentalkritik des Staates, die geschrieben ist aus einer moralischen Haltung, die sich gegen Disziplinierungs- und Akkulturationsprozesse wendet und der es um die Autonomie des Menschen und natürlicher Gemeinschaften geht.

Marx und Engels dagegen beurteilen die bonapartistische Herrschaftsform unter der Perspektive, inwieweit durch sie Modernisierungsprozesse vorangetrieben werden, die die Kräfte für eine sozialistische Gesellschaft heranreifen lassen. In diesem Sinne wird die bonapartistische Herrschaftsform als eine Art *»Entwicklungsdiktatur«*[121] verstanden, die revolutionäre Züge annimmt. So schreibt Marx in einem Brief an Sorge vom 4. August 1874: *»In Deutschland arbeitet Bismarck für uns.«*[122] Bismarck als der *»weiße Revolutionär«*[123], der sich zur Aufgabe gesetzt hat, den feudal-ständischen Staat zu modernisieren und durch seine Reichsgründung von oben die für eine sozialistische Revolution notwendige Zentralisierung eingeleitet hat, wird aus dem Blickwinkel der marxistischen Theorie mit lobenden Worten bedacht: *»Das Deutsche Reich ist eine Schöpfung der Revolution – allerdings einer Revolution eigener Art – aber darum nicht minder einer Revolution ... Revolution bleibt Revolution, ob sie von der Krone Preußens praktiziert wird oder von einem Kesselflicker.«*[123] Insofern wird es verständlich, wenn Bakunin Marx in die Nähe von Bismarck rückt, denn beide erstreben die Überwindung der traditionellen Gesellschaftsformationen hin zu einer rationalisierten universalistischen Sozialordnung, wenn auch mit grundverschiedenen Implikationen. Und in dieser Hinsicht ist es auch von einer gewissen Berechtigung, wenn Bakunin schreibt: *»Il existe entre la politique bismarckienne et la politique marxienne une différence sans doute très sensible, mais entre les marxiens et nous il y a un abîme.«*[125] Erich Mühsam hat dies später in einer noch schärferen Form zum Ausdruck gebracht, indem er den Begriff des *»Bismarxianismus«* geprägt hat.[126]

3. Kropotkins Staatskritik als Kritik entfremdeter menschlicher Beziehungen

Für Kropotkin beginnt die Genese des modernen Staates im 16. Jahrhundert mit dem Untergang der Autonomie der mittelalterlichen Städte. Der damit einsetzende Prozeß der Staatszentralisierung bedeutet für Kropotkin im Gegensatz zum Marxismus einen Rückschritt, weil er die freiheitlichen Einrichtungen des Volkes und alle intermediären Gewalten vernichtet hat. Indem der moderne Staat alle Gewalt bei sich monopolisiert hat, hat er die persönlichen Bindungen der Menschen zerstört und ist, indem er alle gleichermaßen

zu Untertanen gemacht hat, universeller Vorsehungsstaat geworden, der zur völligen Vergleichgültigung der Menschen geführt hat. In scharfer Weise greift Kropotkin deshalb in seinem 1896 in Paris gehaltenen Vortrag über »Anarchismus. Philosophie und Ideale« seine Zuhörer an: *»Ihr Nachbar kann Hungers sterben oder seine Kinder totschlagen, das geht sie nichts an, das ist Sache der Polizei. Sie kennen einander kaum, nichts verbindet Sie, alles tendiert dahin, Sie einander zu entfremden; nichts Besseres findend, bitten Sie den Allmächtigen (ehemals war es ein Gott, heute ist es der Staat), sein Mögliches zu tun, um zu verhindern, daß die antisozialen Leidenschaften ihre äußersten Grenzen erreichen.«*[127]

Kropotkin kritisiert den modernen Staat aus dem Blickwinkel einer tribalen Ethik: Die autoritär-staatliche Durchsetzung der Gesetze engt nicht nur den persönlichen Freiheitsspielraum ein, sondern verletzt auch die sittliche Autonomie. Die Durchsetzung des römischen Rechts tötet die Gemeinschaftsethik der autonomen Gemeinde ab und läßt das dort herausgewachsene Gewohnheitsrecht in Vergessenheit geraten. Für Kropotkin sind nicht die staatlichen Beziehungen das Entscheidende, sondern die Alltagsbeziehungen von Mensch zu Mensch. Er polemisiert gegen die Richtung des modern-neuzeitlichen politischen Denkens, die glaubt, daß *»Richter, Kerkermeister und Gendarmen«*[128] anstatt einer aus der traditionellen Volkskultur herausgewachsenen Moral die soziale Ordnung aufrechterhalten könnten. Er fordert deshalb assoziativ-kommunalistische Gemeinwesen, in denen die Menschen wieder auf gemeinsames Handeln angewiesen sind. So möchte er beispielsweise die Steuern abschaffen zugunsten der gemeinsamen Initiative der Menschen in der Kommune[129].

Kropotkins Analyse des modernen Staates zeichnet einen Prozeß der modernen Zivilisation nach, den Benjamin Nelson als eine Entwicklung von *»tribal brotherhood«* zu *»universal otherhood«* beschrieben hat[130]. In noch stärkerem Maße als bei Proudhon und Bakunin ist die Staatskritik Kropotkins gekennzeichnet durch den Rückgriff auf vorbürgerliche kulturelle Traditionsbestände.

IV. Anstatt eines Schlußwortes: Einige Überlegungen zur Revolutionsauffassung Bakunins und Kropotkins

Über die Revolutionsauffassung des Anarchismus wird insbesondere von marxistischer Seite das Verdikt der 'revolutionären Ungeduld' ausgesprochen.[131] Dies scheint mir nur unzureichend die Revolutionsauffassung des Anarchismus zu kennzeichnen. Vielmehr liegt der Kontroverse über den Zeitpunkt der Revolution ein diametral verschiedenes Verständnis von Revolution zugrunde.

Marx wirft in seinem »Konspekt« von »Staatlichkeit und Anarchie« Bakunin vor, daß für diesen der *»Wille«* und nicht die ökonomischen Bedingungen Grundlage der Revolution seien, deren Heranreifen für ihn unabdingbare Voraussetzung der Revolution sind: *»Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztre sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt.«*[132] Die technische Revolution, die in England als dem *»Demiurg des bürgerlichen Kosmos«*[133] am weitesten fortgeschritten ist, bringt nicht nur das klassenbewußte Proletariat hervor, sondern läßt auch die Produktivkräfte heranreifen, die die bürgerliche Gesellschaft sprengen werden. Technischer Fortschritt wird so zum Signum der Revolution überhaupt: *»Dampf, Elektrizität und Spinnmaschine waren Revolutionäre von viel gefährlicherem*

Charakter als selbst die Bürger Barbès, Raspail und Blanqui.«[133] Dies führt besonders bei Engels und der Sozialdemokratie des Kaiserreiches zu dem Glauben an eine Autodynamik der revolutionären Entwicklung. In einem Brief vom 30.3.1881 an Bebel schreibt Engels: *»Selbst wenn wir alle die Hände in den Schoß legten, die Ereignisse würden uns mit Gewalt in den Vordergrund schieben und den Sieg vorbereiten. Es ist ein wahrer Genuß, so eine lang vorhergesehne revolutionäre Weltlage der allgemeinen Krisis entgegenreifen, die blinden Gegner unsre Arbeit für uns tun, die Gesetzmäßigkeit der dem Weltkrach zutreibenden Entwicklung in und durch die allgemeine Verwirrung sich durchsetzen zu sehn.«*[135]

Wenn Bakunin dagegen auf die spontane Volksrevolte vertraut, so steht dahinter, daß er in der Revolution nicht primär eine ökonomische Umwälzung sieht, sondern eine kulturell-moralische Erneuerung bzw. eine Empörung[136] gegen die sich durchsetzende Hegemonialkultur. Nicht ein klassenbewußtes, seine Mission kennendes Proletariat ist daher für Bakunin der Träger der Revolution, sondern der *»Volksinstinkt«*, der seine Kultur verteidigt und in dem daher alle Keime der Zukunft liegen: *»... la régénération ne peut venir que de la sainte canaille populaire.«*[137]

Revolution bedeutet die Zerstörung dessen, was die autonome Volkskultur an ihrer Entfaltung hindert. Sie ist daher nicht wie im Marxismus ein autoritärer Akt[138], sondern entsteht aus der Entfesselung der Volksleidenschaft: *»Das ist der breite Weg des Volks, der Weg zur wirklichen und vollkommenen Befreiung, jedem erreichbar und deshalb wahrhaft volkstümlich, der Weg der anarchistischen sozialen Revolution, die ohne Anstoß von außen aus dem Volk selbst entsteht und alles zerstört, was das gewaltige Überströmen des Volkslebens hindern könnte, um dann aus der Tiefe des Seins eines Volkes neue Formen einer freien Gesellschaft zu schaffen.«*[139]

Vorbild für eine solche Volksrevolution ist insbesondere der deutsche Bauernkrieg, der im Gegensatz zu Lassalle für Bakunin keinen rückschrittlichen Charakter hat, da er in der Urwüchsigkeit der Bauern eine Garantie für die Freiheitlichkeit und autonome Entwicklung der Revolution sieht. Der antimodernistische Zug seines Denkens wird deutlich in der Verehrung von Hutten, Zwingli und Sickingen, die er als die letzten großen Männer der Geschichte zu Volkshelden stilisiert.[140]

Nicht England und nicht Deutschland sind daher für ihn die klassischen Länder der Revolution, sondern Spanien und Italien, wo das Proletariat noch seine eigene kulturelle Tradition gewahrt hat[141]. Hier unterscheidet sich das Proletariat nicht nur durch seine ökonomische *»Stellung«* von der Bourgeoisie, sondern auch durch seine *»Gesinnung«*[142], seine ihm eigentümliche Lebens- und Denkweise.

Kropotkins Revolutionsauffassung entsteht auf dem Hintergrund des *»revolutionären Attentismus«*[143] der Sozialdemokratie des Kaiserreichs. Der Glaube der Sozialdemokraten an die Autodynamik der ökonomischen Entwicklung wird von Kropotkin als ein *»opium économique«*[144] kritisiert, das die Revolution wie ein *»cadeau de Noël«* erwartet[145]. Die von Engels und einem Teil der Sozialdemokratie geäußerte Hoffnung, daß sich durch eine Eroberung der Mehrheit im Parlament die Revolution auf friedlichem Wege vollziehen könne, stößt auf scharfe Polemik Kropotkins, der in dem auf eine Besitzergreifung der Produktionsmittel durch das Proletariat reduzierten *»revolutionär-friedlichen«* Akt eine Karikatur einer Revolution sieht, die sich nach seinem Verständnis immer auf alle Bereiche des Lebens erstrecken muß: *»Mais lorsqu'il ne restera plus qu'un poignée de capitalistes et qu'entre temps les députés social-démocratique auront la majorité dans le Parlament, alors il suffira d'un décret et la révolution sera faite. Il ne restera plus qu'a couper le cou à la poignée de gros bonnets capitalistes ... et l'Etat collectivistes s'introduisera sur la terre, sous la stricte surveillance de Comités, qui ne feront d'ailleurs que de la statistique.«*[146]

Kropotkin lehnt die Mitarbeit in den bürgerlichen parlamentarischen Institutionen ab, weil sie unweigerlich zu einer Verbürgerlichung der Arbeiter führen müßte und damit den revolutionären Geist lähmen würde.[147] In seiner Ablehnung von Partei- und Parlamentsarbeit, die durch ihre organisatorische und institutionelle Eigendynamik die ursprüngliche revolutionäre Zielsetzung verflacht, kommt Kropotkin Gedanken von Robert Michels' Parteiensoziologie[148] nahe. Nur in der Insurrektion und im Streik, die den Arbeiter zum Kampf mit der bürgerlichen Lebensordnung in einer *»action directe«* herausfordern, sieht Kropotkin die Möglichkeit, daß die Arbeiter mit der Revolution zugleich eine neue Lebensordnung schaffen: *»Quant aux nouvelles formes de la vie qui commencera à germer lors d'une révolution sur les ruines des formes précédentes-aucun gouvernement ne pourra jamais trouver leur expression tant que ces formes ne se determineront par elles-mêmes, se faisant sur mille point à la fois.«*[149] Revolution bedeutet für Kropotkin nicht in erster Linie Änderung der Institutionen, sondern des Bewußtseins[150] im Sinne einer alternativen Moral und Lebensweise zu den Ordnungen der bürgerlichen Gesellschaft. Nur in der Auseinandersetzung, im Kampf lassen sich neue Formen eines freiheitlichen Lebens finden: *»Freiheiten werden nicht gegeben, man muß sie sich nehmen.«*[151]

ANMERKUNGEN

1 Nur einige wenige Beispiele können hier genannt werden: Oskar Negt, Lebendige Arbeit und enteignete Arbeit: Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt 1984; Johanno Strasser / Klaus Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Berlin/Bonn 1984; André Gorz, Abschied vom Proletariat, Reinbek bei Hamburg 1983; Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt 1977.

2 Vgl. Jürgen Habermas, Einleitung zu: Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Bd. 1, Frankfurt 1979, S. 28; dieselbe Problematik für die Konsumgesellschaft spricht Pier Paolo Pasolini an in: Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des einzelnen durch die Konsumgesellschaft, Berlin 1978.

3 Vgl. Karl-Werner Brandt, Neue soziale Bewegungen. Funktion und Perspektiven neuer Protestpotentiale, Opladen 1982.

4 So z. B. die Versuche von Strasser und Traube, eine Synthese von Sozialismus und Ökologie zu finden als Möglichkeit eines auf Vergemeinschaftung des sozialen Lebens ausgerichteten Ökosozialismus, s. Strasser/Traube, Die Zukunft des Fortschritts, a. a. O., S. 229 f; vgl. auch André Gorz und seine Bemühungen um eine Verbindung von heteronomen und autonomen Produktionssphären; André Gorz, Abschied vom Proletariat, a. a. O., S. 86 f.

5 So fordert Bahro eine Gesellschaft von Assoziationen und Kommunen, wobei er sich auf anarchistische Vorbilder bezieht; R. Bahro, Die Alternative, a. a. O., S. 486 und S. 542,

6 Strasser/Traube, Die Zukunft des Fortschritts, a. a. O., S. 52.

7 Vgl. Hans Ulrich Thamer, Von der Korporation zur Assoziation, in: Neue Politische Literatur 1980, S. 62 - 79, besonders S. 76; ferner: Werner Conze, Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft im Vormärz, in: ders., Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815 - 1848, Stuttgart ^{7}1970, S. 249 ff.

8 Dieser Begriff ist von Saint-Simon übernommen; Œuvres de Claude-Henri de Saint-Simon IV, a, Paris 1966, S. 41. Der Begriff kennzeichnet aber die sozialgeschichtliche und geistesgeschichtliche Situation dieser Zeit allgemein; vgl. hierzu Thomas Petermann, Claude-Henri de Saint-Simon. Die Gesellschaft als Werkstatt, Diss. Phil., Berlin 1979, S. 30 - 36; ferner: Henri

Louvancour, De Henri de Saint-Simon à Charles Fourier. Etude sur le socialisme romantique français, Paris 1913, S. 7-43.

9 Vgl. Victor Aimé Huber, Art.: Assoziation, in: Deutsches Staatswörterbuch, hg. von Blunschli, 1. Bd., Stuttgart/Leipzig 1857; Carl Jantke/Dietrich Hilger (Hrsg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg/München 1965.

10 Hierzu ist sehr informativ die Habil.-Schrift von Wolfgang Hardtwig, Selbstbestimmung und Gemeinschaftsbildung. Zur Geschichte des Vereinswesens in Deutschland am Leitfaden der Begriffe Gesellschaft, Gemeinschaft, Verein, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft, die demnächst veröffentlicht wird.

11 Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Von der Korporation zur Assoziation, a.a.O., S. 79 und passim.

12 Peter Lösche, Anarchismus. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 1977, S. 110f.

13 Paradigmatisch hierfür Jan Cattepoel, Anarchismus. Gestalten, Geschichte, Probleme, München ^{3}1979, S. 126; *»In der ersten Phase von Proudhons Bekenntnis zum Anarchismus im Jahre 1840 bis zu Bakunins Flucht aus Sibirien bildet sich die anarchistische Position als eine Variante der Hegelschen Linken in den Theorien von Stirner, Proudhon und in Bakunins Frühwerk gewissermaßen noch tastend und theoretisch heraus.«* Cattepoel ignoriert sowohl die aufklärerischen als auch frühsozialistischen Einflüsse ebenso wie sozialgeschichtliche Entwicklungen.

14 S. hierzu Petra Röder, Utopische Romantik. Die verdrängte Tradition im Marxismus. Von der frühromantischen Philosophie zur marxistischen Gesellschaftstheorie, Königshausen 1982.

15 Ernst Nolte, Marxismus und industrielle Revolution, Stuttgart 1983, S. 345.

16 Rolf-Peter Sieferle, Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, Frankfurt u.a. 1979, S. 35.

17 Dies ist ein durchgängiger Vorwurf in der marxistischen Anarchismusforschung. Ausgangspunkt ist Marx' »Das Elend der Philosophie« als Antwort auf Proudhons »Contradictions économiques ou la philosophie de la misère«. Marx' Kritik hat von einem nationalökonomischen Gesichtspunkt volle Berechtigung, aber Proudhons Analysen sind von einem moralischen Standpunkt aus geschrieben.

18 Qu'est ce que la propriété ? in: Œuvres complètes, Bd. 1, Paris 1867, S. 11, im folg. zit. als »Propriété«.

19 Ebd., S. 203 ff.

20 Contradictions économiques ou la philosophie de la misère, Bd. 2, in: Œuvres complètes, Bd. 5, Paris 1872,S. 303; im folg. zit. als »Contradictions«, Bd. 1-2.

21 Propriété, S. 204.

22 Contradictions, Bd. 1, S. 103; vgl. auch Bd. 2, S. 270ff.

23 Pierre Haubtmann, Pierre-Joseph Proudhon, Sa vie et sa pensée 1809-49, Paris 1982, S. 83. Haubtmann weist auf den großen Einfluß Fouriers auf Proudhon hin (S. 82ff), konzentriert sich aber in seinen Studien auf Einflüsse des deutschen Idealismus und von Marx auf Proudhon.

24 Zitiert nach ebd., S. 84.

25 Vgl. hierzu Fernand Rudé, Fourier et Proudhon, in: Henri Lefèbvre (Hrsg.), Actualité de Fourier, Paris 1975, S. 91: *»Pendant toute la période 1840-46 le nom de Fourier revient constamment sous la plume de Proudhon.«*

26 Vgl. Carnets de P.J. Proudhon, hg. von Pierre Haubtmann, Bd. 1, Paris 1960, S. 115 und zahlreiche Erwähnungen danach.

27 De la création de l'ordre dans l'humanité ou principes d'organisation politique, in: Œuvres complètes, Bd. 3, Paris 1868, S. 292; im folg. zit. als »Création«.
Unter serieller Methode bzw. *»série«* versteht Fourier eine Organisationsform, die sich in allen Bereichen der Natur findet und die deshalb von Fourier auch zur Grundlage der Wissenschaft (=serielle Methode) gemacht wird. Analog dazu überträgt Fourier die Serienordnung auch auf

alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, z. B. der Arbeit, des Spiels und der Sexualität.

28 Carnets de P.J. Proudhon, a.a.O., Bd. 4, S. 218.

29 Fernand Rudé hat das Verhältnis Fourier und Proudhon treffend zum Ausdruck gebracht: »*Proudhon est donc bien un émule de Fourier. Il s'est affirmé par et contre Fourier. L'initié tuait l'initiateur*«; Fernand Rudé, Fourier et Proudhon, a.a.O., S. 91.

30 Vgl. Georges Sorel, Über die Gewalt, Frankfurt 1981, S. 285.

31 Carnets de P.J. Proudhon, a.a.O., Bd. 4, S. 244.

32 Idée générale de la Révolution aux XIX[e] siècle, in: Œuvres complètes, Bd. 10, Paris 1868, S. 128/129; im folg. zit. als »Idée générale«.

33 Carnets de P.J. Proudhon, a.a.O., Bd. 4, S. 247.

34 Idée générale, S. 134.

35 Vgl. Confession d'un révolutionnaire pour servir á l'histoire de la Révolution de Février, in: Œuvres complètes, Bd. 9, Paris 1868, S. 141; im folg. zit. als »Confession«.

36 Ebd., S. 20.

37 Pierre Ansart, La naissance de l'anarchisme. Esquisse d'une explication sociologique du proudhonisme, Paris 1970, S. 19; »L'anarchisme proudhonienne est du effet un anarchisme de producteur social«.

38 Vgl. Thomas Petermann, Claude-Henri de Saint-Simon, a.a.O., S. 217.

39 So kennzeichnet Rancière die vielfältigen Assoziationsgründungen in der französischen Arbeiterbewegung nach 1830. Diese Formulierung ist auch treffend für Proudhons Assoziationsidee. J. Rancière, La nuit des prolétaires. Archives du rêve ouvrier, Paris 1981, S. 38; zit. nach Heinz-Gerhard Haupt, Frankreich. Langsame Industrialisierung und republikanische Tradition, in: Jürgen Kocka, Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Göttingen 1983, S. 49.

40 Diesen Ausdruck verwende ich im Anschluß an Georges Sorel, Über die Gewalt, a.a.O., S. 283 ff.

41 De la Justice dans l'église et dans la revolution, Bd. 1,in: Œuvres complètes, Bd. 21, Paris 1868, S. 224 f; im folg. zit. als »De la Justice«, Bd. 1-6.

42 Dieser Ausdruck ist von Andreas Grießinger übernommen, der mit diesem Begriff den Versuch der Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert in Deutschland bezeichnet, den mit der Auflösung der societas civilis eingetretenen Statusverlust zu kompensieren; Andreas Grießinger, Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein der Handwerksgesellen im ausgehenden 18. Jahrhundert, Frankfurt u.a. 1981, S. 432 ff.

43 De la Justice, Bd. 5, S. 302.

44 De la Guerre et de la Paix, Bd. 2, in: Œuvres complètes, Bd. 13, Paris 1868, S. 106, ferner S. 113-115.

45 De la capacité politique des classes ouvrières, in: Œuvres complètes de P.J. Proudhon (Œuvres posthumes), S. 72; im folg. zit. als »De la capacitè«.

46 De la Justice, Bd. 3, S. 119.

47 Dieses konservative Festhalten der französischen Arbeiterbewegung an traditionellen Werten wurde in letzter Zeit sehr gut nachgewiesen: Bernhard Moss, The origins of French Labor Movement 1830-1914. The socialism of skilled workers, Berkeley u.a. 1976, passim und William H. Sewell, Work and revolution in France. The language of labor from the old regime to 1848, London u.a. 1980, passim.

48 Carnets de P.J. Proudhon, a.a.O., Bd. II, S. 182.

49 Michael Bakunin, Gesammelte Werke, 3 Bde., Hg. Erwin Rholfs und Max Nettlau, Berlin 1921 ff, Neudruck Berlin 1975, hier Bd. 3, S. 69, im folg. zit. als »Werke«.

50 Wim van Dooren spricht in seiner Einführung zu Bakunin von einer Synthese von Comte und

Hegel als Ausgangspunkt von Bakunins Philosophie. Der Einfluß von Comte ist dabei aber überschätzt. Comte ist zwar Legitimationsquelle für eine nicht religiöse Begründung des Sozialismus bzw. Anarchismus und für den Glauben an die Naturwissenschaft, wie ihn Bakunin stellenweise zum Ausdruck bringt. Aber Comtes Wissenschaft, die sich zur Aufgabe gemacht hat, alle menschlichen Beziehungen wissenschaftlich zu bestimmen, mußte Bakunins Freiheitsforderungen diametral entgegenstehen. Ich werde im Verlauf der Arbeit noch näher auf die Beziehung Bakunin–Comte eingehen. Der Einfluß Hegels und der Hegelschen Linken war sicher in den vierziger Jahren groß, reduzierte sich aber im Spätwerk auf einige wenige Elemente. Wim van Dooren, Bakunin, Hamburg 1985, S. 8.

51 Œuvres complètes de Bakounine, hg. v. Arthur Lehning, Paris 1973 ff, hier Bd. 1.1, S. 143; im folg. zit. als »OC«, Bd. 1-8.

52 Ebd., S. 143.

53 Société internationale secrète de l'emancipation de l'humanité. Veröffentlicht von M. Mervaud, in: Combats et débats, hg. v. Institut des études des slaves, Paris 1975, S. 203.

54 OC, Bd. 1.1, S. 52.

55 Neben Feuerbach dürfte vor allem Hegel den Freiheitsbegriff Bakunins mitgeprägt haben, der in der »Phänomenologie des Geistes« schreibt: *»Das Selbstbewußtsein ist an und für sich, indem und dadurch es für ein anderes an und für sich ist, d. h., es ist nur als ein Anerkanntes.«* G.W.F. Hegel, Phänomenologie des Geistes, hg. v. Hoffmeister, Hamburg 1959, S. 141.

56 Werke, Bd. 1, S. 178; vgl. auch Bd. 2, S. 246.

57 Vgl. Moses Hess, Philosophische und politische Schriften, 1837-1850, hg. v. A. Cornu und W. Mönke, Berlin 1961, S. 293.

58 Werke, a.a.O., Bd. 1, S. 186.

59 Ebd., S. 194.

60 In seinem Brief an Herzen und Ogarjow vom 19. Juli 1866 äußert sich Bakunin sehr skeptisch über das Mir als Basis einer sozialistischen Gesellschaft; vgl. Michael Bakunin, Sozialpolitischer Briefwechsel mit Herzen und Ogarjow, neu hg. mit einer Einleitung von Arthur Lehning, Berlin 1977. Sehr viel positiver über die russische Dorfgemeinde äußert sich Bakunin in seinem Brief an Necaev. Dort schreibt er: *»Das will sagen, daß unser Volk in seinem Gedächtnis ... ein für die zukünftige (soziale) Organisation wertvolles Element bewahrt, das bei den westlichen Völkern noch nicht existiert: die freie ökonomische Gemeinde«*; in: Gewalt für den Körper, Verrat für die Seele? Ein Brief von Michael Bakunin an Sergej Necaev, Berlin 1980, S. 68.

61 Den großen Einfluß Proudhons auf Bakunin hat Daniel Guérin herausgearbeitet: De Proudhon à Bakounine, in: Combats et débats, a.a.O., S. 83 ff.

62 Société internationale secrète de l'emancipation de l'humanité, a.a.O., S. 217.

63 Œuvres de Bakounine. Fédéralisme, Socialisme, Antithéologisme. Lettres sur le patriotisme. Dieu et l'Etat, hg. v. Max Nettlau, Paris 1895, S. 71. Hier nennt Bakunin Comte *»un grand penseur«*.

64 Ebd., S. 142. Diese Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen kann als Signum der Zeit verstanden werden, in der Wissenschaft und Produktivkräfte sich in einem ungeheuren Tempo fortentwikkelten, während die Menschen noch in vorbürgerlichen kulturellen Traditionen lebten.

65 OC, Bd. 7, S. 214.

66 Für das Entstehen einer kollektiven Idee als Lebensform der Arbeiterbewegung vgl. W.H. Sewell, a.a.O., S. 193 und passim
und Ulla Pruss-Kaddatz, Wortergreifung. Zur Entstehung der Arbeiterkultur in Frankreich, Frankfurt 1983, S. 96 und S. 272.

67 OC, Bd. 2, S. 65.

68 Fritz Brupbacher, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der internationalen Arbeiterassoziation, München o.J., S. 30.

69 Vgl. Bernard Moss, The Origins of French Labor Movement, a.a.O., S. 71-136.

70 OC, Bd. 2, S. 66. Diesen Begriff des 'ehernen Lohngesetzes' hat Bakunin von Lassalle übernommen. Noch 1862 spricht er sich lobend über die Assoziationsidee Schulze-Delitzschs aus. Vgl. dazu Société internationale secrète de l'emancipation de l'humanité, a.a.O., S. 224.

71 Dieser Begriff ist im Sinne von Gramsci verwendet.

72 Brief an Reichel von 1876, zit. nach Max Nettlau, Bakunin. Selbstzeugnisse und Dokumente, Berlin 1976, S. 33.

73 Gegen die utilitaristische Ausrichtung des Marxismus am Ende des 19. Jahrhunderts wendet sich nicht nur Kropotkin, es ist vielmehr eine allgemeine Unzufriedenheit festzustellen. Hier sei nur an William Morris erinnert, der zu dieser Zeit seine »News from Nowhere« veröffentlicht. Vgl. dazu E.P. Thompson, Der Fall Morris, in: ders., Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Hg. v. Dieter Groh, Frankfurt u.a. 1980, S. 217ff.

74 Kropotkin, zit. nach: Martin A. Miller, Kropotkin, Chicago 1976, S. 180.

75 Vgl. Peter Kropotkin, Memoiren eines Revolutionärs, Frankfurt 1969, S. 478.

76 Peter Kropotkin, Anarchistische Moral, in: »La Révolte«, 1890, Neudruck Frankfurt 1978, S. 29.

77 Letter to Nettlau, 5. März 1902, in: Selected Writings on Anarchism and Revolution of Peter Kropotkin, hg. v. Martin A. Miller, London 1970, S. 297.

78 Kropotkin, Anarchistische Moral, a.a.O., S. 2.

79 Vgl. Kropotkin, La science moderne et l'Anarchie, Paris 1913, S. 71ff.

80 Peter Kropotkin, Anarchismus und Kommunismus, in: Peter Kropotkin, Der Anarchismus, hg. und eingel. v. Helge Mertel, Siegen 1983, S. 103.

81 Peter Kropotkin, L'Anarchie, in: Temps Nouveaux, 8. April 1911.

82 Hauptgegner von Kropotkin war Huxley, der damals in England sehr populär war und die Darwinsche Lehre dazu gebrauchte, die Forderungen der Arbeiter zu delegitimieren; nur ein Beispiel für Huxleys Schriften sei hier genannt: Thomas Huxley, Natural and political rights, in: Nineteenth Century, February 1890, S. 173-195.

83 Peter Kropotkin, Gerechtigkeit und Sittlichkeit, Rede von 1888, Neudruck o.J., S. 6.

84 Letter to Nettlau, 5. März 1902, a.a.O., S. 299.

85 Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, in: Die Eroberung des Brotes und andere Schriften, hg. von Hans G. Helms, München 1973, S. 49.

86 Ebd., S. 249.

87 Ebd., S. 274.

88 Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1976, passim. Eine Erkenntnis, die etwa zur selben Zeit in der deutschen Sozialdemokratie Bernstein gegen den Marxismus betonte und damit seine revisionistische Lehre begründete.

89 Vgl. ebd., S. 133.

90 Im Protokoll des Berliner Parteitages der Sozialdemokratie von 1892 heißt es: »*Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften – Produktivgenossenschaften – entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerblichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.*«

91 Diesen Begriff habe ich von Hendrik de Man üernommen; Zur Psychologie des Sozialismus, Jena ²1926, S. 124.

92 Ebd., S. 228 und S. 337.

93 Vgl. dazu Gerhard Roth, Gramscis Philosophie der Praxis. Eine neuere Deutung des Marxismus, Düsseldorf 1972, S. 142.

94 Proudhon, Solution du problème social, in: Œuvres complètes, Bd. 6, Paris 1868, S. 2 f, im folg.

zit. als »Solution«; Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 8, S. 115.

95 Louis Blanc, Organisation du travail, Paris ^{9}1850, S. 3 ff.

96 Vgl. H.W. Sewell, Work and Revolution in France, a.a.O., S. 235.

97 Louis Blanc, Auszug aus seinen Werken, hg. v. J.M. Humilière, Paris 1982, S. 89.

98 H.W. Sewell, Work and Revolution in France, a.a.O., S. 235.

99 Zum Verhältnis Blanc–Lassalle vgl. Paul Keller, Louis Blanc und die Revolution von 1848. Eine Deutung zur Geschichte des Sozialismus und der Volkswirtschaftslehre in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Habil.-Schrift, Zürich 1926, S. 119 und S. 222 ff.

100 Contradictions, Bd. 1, S. 45.

101 Confession, S. 192.

102 De la capacité, a.a.O., S. 61.

103 Solution du probleme social, zit. nach der deutschen Teilübersetzung in: Otthein, Rammstedt, Texte zur Theorie und Praxis der Gewalt des Anarchismus, Opladen 1969, S. 43.

104 Confession, S. 149: »*Louis Blanc représente le socialisme gouvernemental, la revolution par le pouvoir comme je représente le socialisme démocratique, lá revolution par le peuple. Un abîme existe entre nous.*«

105 Vgl. hierzu Günter Herre, Verelendung und Proletariat bei Karl Marx, Diss. Phil., Tübingen 1973, S. 57 ff.

106 Das ambivalente Staatsverständnis von Marx hat sehr gut aufgearbeitet: Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983. Wippermann weist nach, daß in den Frühschriften von Marx und Engels ein autonomistisches Staatsverständnis überwiegt, das im »Kommunistischen Manifest« durch eine strikt heteronomistische Definition des Staates als Instrument der ökonomisch mächtigsten Klasse ersetzt wird. Die Erfahrung bonapartistischer Herrschaftsformen führt dann Marx/Engels wieder zu der ursprünglich autonomistischen Staatsdefinition zurück.

107 MEW 8, S. 118.

108 In seiner Schrift »La Revolution par le coup d'Etat de deux décembre« von 1852 hat Proudhon in Louis Napoleon einen möglichen Vollstrecker der Revolution gesehen, hat aber schon bald darauf diese Meinung wieder revidiert. Mit seinem Eintreten für Louis Napoleon wollte Proudhon vor allem eine Remonarchisierung Frankreichs verhindern. Diese Auffassung von Louis Napoleon als Vollstrecker der Revolution ist nicht mit der Marxschen Bonapartismustheorie vergleichbar. Proudhons Hoffnung zielte darauf, daß Louis Napoleon die Arbeiter zur Selbstherrschaft erziehe. Vgl. dazu Steven Vincent, Pierre-Joseph Proudhon and the rise of French socialism, New York/Oxford 1984, S. 200 ff.

109 Eine Auffassung, die sicherlich erheblichen Einfluß auf Carl Schmitts politische Theologie hatte. Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Grundlage des heutigen Parlamentarismus, Berlin ^{4}1969, S. 77 ff und ders., Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München/Leipzig 1934, S. 64-71.

110 De la Justice, Bd. 2, S. 41.

111 Ebd., S. 25.

112 Ebd., Bd. 1, S. 254.

113 Ebd., Bd. 3, S. 102.

114 So z.B. der von Bakunin immer wieder zitierte Ausspruch Börnes: »*Andere Völker sind Sklaven, wir Deutsche aber sind Lakaien.*«

115 OC, Bd. 3, S. 27.

116 Zu Jacob Burckhardt vgl. Wolfgang Hardtwig, Geschichtsschreibung zwischen Alteuropa und moderner Welt. Jacob Burckhardt und seine Zeit, Göttingen 1974, S. 289.

117 Vgl. hierzu Richard B. Saltman, The social and political thought of Michael Bakunin, London

1983, S. 165.

118 OC, Bd. 3, S. 204.

119 Ebd.

120 OC, Bd. 7, S. 96.

121 Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie, a.a.O., S. 102.

122 MEW 33, S. 635.

123 So der Titel von Lothar Galls Bismarckbiographie, Frankfurt u.a. 1980.

124 Friedrich Engels, Vorwort zu »Karl Marx vor den Kölner Geschwornen«, in: MEW 21, S. 201 f.

125 OC, Bd. 3, S. 149.

126 Erich Mühsam, Ich bin verdammt zu warten in einem Büchergarten, hg. v. W. Haug, Darmstadt/Neuwied 1983, S. 137ff.

127 Peter Kropotkin, Der Anarchismus: Seine Philosophie und seine Ideale, in: ders., Die Eroberung des Brotes, a.a.O., S. 45.

128 Ebd., S. 36.

129 Peter Kropotkin, L'impôt, in: Temps Nouveaux, 3.-9. März 1910.

130 Benjamin Nelson, The Idea of Usuary. From tribal Brotherhood to universal Otherhood, London 1969, S. 136f.

131 Paradigmatisch Wolfgang Harich, Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und neuen Anarchismus, Basel 1971.

132 Karl Marx, Konspekt von Bakunins Buch »Staatlichkeit und Anarchie«, in: MEW 18, S. 633.

133 Karl Marx/Friedrich Engels, Revue, Mai bis Oktober (1850), in: MEW 7, S. 440.

134 Karl Marx, Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London, in: MEW 12, S. 3.

135 MEW 35, S. 175.

136 Der Begriff der Empörung ist bei Bakunin eine anthropologische Kategorie. Er schreibt: *»Drei Elemente oder drei Grundprinzipien bilden die wesentlichen Bedingungen aller gesellschaftlichen und persönlichen menschlichen Entwicklung in der Geschichte: 1. die menschliche Animalität; 2. das Denken; 3. die Empörung. Dem ersten entspricht die soziale und private Wirtschaft, dem zweiten die Wissenschaft, dem dritten die Freiheit«* (Werke, Bd. 1, S. 96). Der Bezug, den Bakunin hier zwischen Empörung und Freiheit herstellt, weist sozialgeschichtlich auf das Verlangen nach moralischer und kultureller Autonomie.

137 OC, Bd. 8, S. 414.

138 Friedrich Engels, Von der Autorität, in: MEW 18, S. 305 - 308. Hier schreibt Engels: *»Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt«* (S. 308).

139 Michael Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie, hg. v. Horst Stuke, Frankfurt u.a. 1972, S. 560f.

140 OC, Bd. 8, S. 387.

141 Vgl. Staatlichkeit und Anarchie, a.a.O., S. 422.

142 Ebd.

143 Vgl. hierzu Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt 1973, passim.

144 La Réaction dans L'Internationale, in: Temps Nouveaux, 7.-13. Sept. 1901.

145 Conclusions, in: Temps Nouveaux, 3.-10. März 1903.

146 L'œuvre réactionnaire de la Démocratie Sociale, in: Temps Nouveaux, 4. Sept. 1909.

147 Conclusions, in: Temps Nouveaux, 12.-18. Sept. 1903 – *»Mais à mésure que les socialistes deviendront un parti du gouvernement et partageront le pouvoir avec le bourgeoisie, leur socialisme dura necessairement pâlir.«*

148 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Nachdruck der 2. Aufl., Stuttgart 1970, besonders S. 328 ff, wo Michels sich u. a. mit Syndikalismus und Anarchismus auseinandersetzt.

149 Conclusions,

150 Vgl. Die Eroberung des Brotes, a. a. O., S. 276 f.

151 Peter Kropotkin, Worte eines Rebellen, hg. von Pierre Ramus, 2. Ausg. Klosterburg/Mannheim 1924, S. 34.

DER KOMMUNISMUS

ENTWICKELT SICH IM KAMPF

- GEGEN DIE ARBEIT

- GEGEN DIE QUALIFIKATION

- FÜR MEHR LEBEN

Die zweite Auflage des mittlerweile legendären AUTONOMIE-Readers enthält u.a.:

Karl Marx: Abschweifungen über produktive und unproduktive Arbeit

K.-H. Roth / D. Hartmann: Dialektik der Arbeit

Carlo Jäger: Arbeiterstandpunkt und politische Ökonomie

D. Hartmann: Gewalt der formalen Logik

und weitere Artikel von Karl Marx bis Raniero Panzieri

Preis: 6,- DM

2. Auflage

AUTONOMIE
reader

Bezug über die Redaktionsanschrift

Wolfgang Dengel

Stadtsanierung in Bochum: Das Heusnerviertel

1.

Das Heusnerviertel besteht im wesentlichen aus einer etwa 200 m langen Staße, die einstmals komplett mit Wohnhäusern bebaut war. Es liegt am westlichen Rand Bochums, angrenzend an den Stadtteil Wattenscheid. Rundum wird es beinahe lückenlos von Gelände der Firma Krupp und anderen Industriegrundstücken eingerahmt. Die Häuser dieses Viertels, von denen einige im letzten Krieg Luftangriffen auf Bochum zum Opfer fielen, die in den ersten Nachkriegsjahren nur teilweise wieder aufgebaut wurden, werden seit einiger Zeit nach und nach den Abrißbirnen ausgeliefert. Das Heusnerviertel und die nähere Umgebung waren bis in die siebziger Jahre hinein durch Kriegsbrachen und Ruinenreste geprägt; sicherlich ein seltsamer Anblick in einer von hektischem Wiederaufbau geprägten Stadt, aber ein 1936 verfügter Baustopp, von dem Teile des Heusnerviertels betroffen waren, galt ohne Unterbrechung auch nach dem Kriege.
Die Lücken, die der Bombenkrieg in die Bebauung riß, stellen den Zusammenhang zur heutigen Sanierungspraxis her. Dem Augenschein nach herrscht noch immer Krieg im Heusnerviertel. Heute werden keine Menschen umgebracht, aber ein knapp hundertjähriger Stadtteil liegt endgültig im Sterben: Das Heusnerviertel und seine Bewohner sind heute wie damals Opfer von politischen und bürokratischen Entscheidungsprozessen.

2.

Der Aufbau des Heusnerviertels begann in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und war 1912 abgeschlossen. Zu dieser Zeit gehörte das Heusnerviertel zum Amt Weitmar, das am 1.4.1926 nach Bochum eingemeindet wurde. Maßgeblich beteiligt am Aufbau des Viertels war Georg Heusner, nach dem die Heusnerstraße benannt wurde, *»weil er«*, so das Bochumer Adreßbuch von 1926, *»die Straße gebaut hat«*. Ihm und seinen Söhnen gehörten im nahen Umkreis zeitweise fast die Hälfte aller Gebäude; über Jahrzehnte hinweg besaß die Familie Heusner nahezu ein Monopol an Kolonialwaren- und Lebensmittelläden. In einem ihrer Häuser im Viertel vermieteten sie zwischen 1910 und 1914 zwei Arrestzellen und eine dazugehörige Polizistenwohnung an das Amt Weitmar; später wurde die Polizeiwache im Zusammenhang mit der Bebauung im Norden Weitmars verlegt. Neben den Läden der Familie Heusner existierten im Viertel später noch ein Bäcker, eine Gemüsehandlung, zwei Metzger und zwei Schankwirtschaften; ein Arzt ließ sich im Viertel nicht nieder. Das Heusnerviertel war ein reines Wohngebiet und fast ausschließlich von Industriearbeitern und ihren Familien bewohnt. Dies änderte sich erst in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, als sich der Anteil der Invaliden und Witwen signifikant erhöhte. Im Heusnerviertel lebten seit der Fertigstellung durchschnittlich zwischen 400 und 600 Menschen.

3.

Im Rahmen eines Generalbebauungsplans für das Ruhrgebiet, der auch Bochum einschloß, hatte der 1920 gegründete »Siedlungs-Verband-Ruhr« (SVR) ein rasterförmiges Verbandsstraßennetz entworfen, dessen Ost-West-Verbindungen die Bezeichnung OW erhielten, während die Nord-Süd-Verbindungen mit NS abgekürzt wurden.[1] Bereits seit Anfang der zwanziger Jahre gab es Überlegungen, Umgehungsstraßen um das zukünftige Groß-Bochum herumzuführen. Nach dem städtebaulichen Prinzip der aufgelockerten Großstadt wurden die Radien der Außenringe immer weiter abgesteckt, bis zur heutigen Version. So wurde gegen Ende der zwanziger Jahre im Fluchtlinienplan der Stadt Bochum nördlich des Heusnerviertels eine Entlastungsstraße projektiert, die das Viertel nicht beeinträchtigt hätte. Man kann darin die Urplanung der heute umkämpften Westtangente sehen. Diese Entlastungsstraße wurde vom »Siedlungs-Verband-Ruhr« als NS VII e in das Verbandsverzeichnis aufgenommen.
Wenige Jahre später wurde diese NS VII e mit der geplanten Trassenführung einer Reichsbahnstrecke nach Gelsenkirchen verbunden; diese V 45 genannte Strecke wäre quer durch das Heusnerviertel verlaufen. Dementsprechend wurde am 8.9.1936 ein Teile des Heusnerviertels betreffendes Anbauverbot erlassen, welches die Verwirklichung dieser Baupläne durch die von den Nationalsozialisten geführte Verwaltung vorbereitete. In der 1938 veröffentlichten Gesamtverkehrsplanung für das Ruhrgebiet tauchte die NS VII e wieder auf und war dadurch überregional ausgewiesen. Im Baustufenplan der Stadt Bochum aus dem Jahr 1961 griff man auf diese Vorarbeiten zurück. Unabhängig von der Neuerung, die das heute geplante Auffahrtkleeblatt bedeutet, entsprach der zur Durchführung des Pro-

jekts geplante Kahlschlag im Heusnerviertel genau dem, was in den letzten Jahren betrieben wird. Dabei wurde damals wie heute das Gelände des »Bochumer Vereins« im Süden (»Westfälische Stahlwerke«) ausgespart, das Gelände des »Bochumer Vereins« im Norden nur am äußersten Rand berührt. Die Schrebergartenanlage Engelsburg, die damals erst wenige Jahre alt war, wäre genau wie heute größtenteils verschwunden.
Bei der Ausarbeitung des Wirtschaftsplans der Stadt Bochum aus dem Jahr 1937, auf den nach dem Krieg wörtlich Bezug genommen wurde, ging man im wesentlichen von den Daten zur wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und bevölkerungspolitischen Entwicklung des Jahres 1936 aus. Neue Wohnungen wurden hauptsächlich in den Außenbezirken geplant, ein weit verzweigtes Radwegenetz war vorgesehen und der Anschluß Bochums an die weiteren Wirtschaftsräume des Reiches durch Autobahnen sollte vorangetrieben werden. 1940 begann die Arbeit am Sanierungsplan der Innenstadt. Um der erwarteten Verkehrsentwicklung Rechnung zu tragen, betrachtete man als beste Lösung die Verbindung aller Ausfahrtstraßen durch einen Ring. Dieser sollte einen Straßenbahnkörper, Radwege, Bürgersteige und Bepflanzungen erhalten und 40 bis 44 Meter breit werden. Aus luftschutztechnischen Überlegungen sollte eine Abtrennung des Geschäftsviertels von der Industrie und eine Auflockerung der dicht besiedelten Stadtgebiete unter Anlage von genügend weiten Räumen, die als Parkmöglichkeiten genutzt werden sollten, durchgeführt werden.
Im Mai 1941 wurde ein *»Gesetz über die Neugestaltung der Stadt Bochum«* erlassen. Der damalige Gauleiter Wagner vertrat die Ansicht, es gehe dabei darum, *»nicht nur die Altstadt zu sanieren, sondern die Stadt Bochum überhaupt neu zu gestalten, d. h. neu zu bauen.«*[2] Dieser Art Planung kam der weitere Verlauf des Bombenkrieges in Bochum entgegen, der am Ende ledig-

lich 4 % der Wohnungen unbeschädigt ließ, bei gleichzeitig vergleichbar geringer Zerstörung von Industrieanlagen und Gewerbeflächen. Der Neuordnungsplan umfaßte neben anderen zum Teil nach dem Kriege verwirklichten Projekten auch die Fertigstellung des Außenrings.
Beim Siedlungs- und Wohnungsbau sollte eine wesentliche Rolle den Baugenossenschaften zufallen, die unter dem Aufsichtsratsvorsitz des Baudezernenten oder eines anderen dem Geschäftsführer gegenüber weisungsbefugten Beamten der Stadt in einer GmbH zusammengefaßt werden sollten. Außerdem sollte die Stadt Bochum zumindest 51 % der Gesellschaftsanteile erhalten. Im März 1941 war die Stadt Bochum an der »Bochumer Heimstätten Gesellschaft« mit 48,5 %, an der »Vereinigten Baugesellschaft« mit 51 % beteiligt.[3]
1948 wurde ein auf dem Gesetz vom Mai 1941 beruhender Neuordnungsplan der Bochumer Innenstadt vorgelegt. Im Leitplan der Stadt Bochum aus dem Jahr 1954 berief man sich auf die statistisch-wirtschaftlichen Grundlagen alter Wirtschaftspläne aus den Jahren 1935 und 1942. 1961 hatte die Stadt vor, die NS VII e entsprechend den Plänen der Jahre 1936/37 auszubauen.
Offensichtlich änderten sich beim Übergang von der nationalsozialistischen Diktatur zum demokratischen System der Nachkriegszeit weder die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen noch die bevölkerungspolitischen Zusammenhänge und Anschauungen in einem Maße, daß eine in ihren Strukturen grundlegend neue Planung nötig war. Die Kontinuität einer bürokratischen Planungsmaschinerie führte dazu, daß die unter dem nationalsozialistischen Regime erlassenen Neuordungsvorschriften in der Wiederaufbauphase, vom groben ideologischen Ballast befreit, städtebaulich wirksam wurden.

4.

1976 wurde der Bebauungsplan für das westliche Teilstück des Außenrings, die Westtangente rechtskräftig. Den Abriß des Wohngebietes Heusnerviertel hielt man dabei für vertretbar, da es sich um eine städtebaulich isolierte Bebauung handele, in der teilweise schlechte Bausubstanz anzutreffen sei. Bei der Planung wurde darauf geachtet, industrielle Gewerbeflächen nicht anzuschneiden; benötigtes Baugelände sollte, soweit noch nicht geschehen, durch die Stadt aufgekauft bzw. enteignet werden. Die angestrebten Baumaßnahmen hätten diesem Plan zufolge die Beseitigung von zwei Schulen, 43 Häusern mit 160 Wohnungen, Schrebergärten und Grüngürteln zur Konsequenz.
Das gesamte Heusnerviertel soll dem Bau des Auffahrtkleeblattes der umstrittenen Westtangente weichen, die, so die offizielle Begründung, *»den Ring um Bochum schließen soll«*.
Das östliche Teilstück des Rings war in den sechziger Jahren im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Opel-Werke in Bochum errichtet worden. Der sich im Norden mit der A 430 (Ruhrschnellweg) deckende Ring war ursprünglich zusammen mit der im Süden projektierten A 44 (DÜ-BO-DO)[4] geplant worden. Die Belastungsprognosen für den Außenring beruhten auf der Planung der Westtangente als Verbindung zwischen den beiden Autobahnen. Infolge der Ablehnung des Baus der A 44 durch den Rat der Stadt Bochum im Dezember 1979 verlor die Belastungsprognose für die geplante Westtangente ihre Grundlage. Trotzdem hielt man an dem seit 1976 rechtskräftigen Bebauungsplan für die Westtangente fest; teilweise aus Geldmangel und wohl auch aus politischer Rücksichtnahme auf das wachsende Aufbegehren der betroffenen Anwohner nahm man dann im Februar 1984 in einer sogenannten Sparlösung kleinere Abstriche an der ursprünglichen Pla-

ABRIP
NIE

ABRIP
NIE

nung vor. Das Auffahrtkleeblatt soll jedoch weiterhin auf dem Gebiet des Heusnerviertels entstehen. Im August 1984 wurde bereits das Mittelstück der Westtangente, ein Autobahntunnel, dem Verkehr übergeben. Die Planung für die Fertigstellung weiterer Teilstücke befindet sich teilweise, z. B. hinsichtlich der Unterführung durch einen Eisenbahndamm, noch in einem sehr frühen Stadium. Gelder zur Durchführung der weiteren Arbeiten sind zwar vorhanden bzw. bewilligt, Bau- und Abrißvorhaben teilweise auch schon erledigt, für die endgültige Fertigstellung der Westtangente muß allerdings mit Fristen von bis zu fünf Jahren gerechnet werden. Die Vorgänge um den Bau der Westtangente lassen sich als prägnantes Beispiel für die Anwendung einer Salamitaktik in der Straßenbaupolitik verstehen. Sind erst einmal Teilstücke fertiggestellt, dient deren Existenz als Argument für die weitere Durchführung längerfristig geplanter Projekte, auch wenn diese sich in der Zwischenzeit als unnütz erwiesen haben.

5.

Die Bevölkerung des Heusnerviertels setzte sich noch Anfang der siebziger Jahre vorwiegend aus alten Menschen zusammen; der Anteil der Schulpflichtigen lag um 14 % unter dem Stadtdurchschnitt, der Anteil der über 65-jährigen lag um 22 % darüber. Im Heusnerviertel lebten rund 47 % Rentner und Sozialhilfeempfänger und unterdurchschnittlich wenig Studenten, was sich seit 1981 änderte, als die Stadt – nachdem der Bau der Westtangente sich verzögerte – über die »Vereinigte Bochumer Wohnungsgesellschaft« und das »Aka-

demische Förderungswerk« wieder Wohnungen (besonders an Studenten) vermietete. Einige der bereits leerstehenden Wohnungen wurden im Laufe der Zeit besetzt.
In den Jahren zuvor hatte die Stadt Umzugswilligen Ersatzwohnungen angeboten, die Umzugskosten übernommen und neue Teppichböden und Gardinen finanziert, was zum Auszug vieler Alteingesessener führte, die davon ausgingen, daß die Stadt diese Beihilfen später streichen würde und der Abbruch der Häuser unvermeidlich sei. Die heute dort heimische Bevölkerung setzt sich, abgesehen von den übriggebliebenen alten Bewohnern, überwiegend aus Studenten, Arbeitslosen und Punks zusammen.
Als Ende 1983 der Bau der Westtangente wieder aktuell wurde, kündigte die Stadt Bochum sämtlichen Mietern in stadteigenen Wohnungen und ließ Räumungsklagen folgen, wenn die Bewohner nicht bereit waren, auszuziehen. Sobald ein Haus vom letzten offiziellen Mieter verlassen wurde, arbeiteten Speditionsfirmen, die den Hausrat abtransportierten, Angestellte der Stadtwerke, die sofort sämtliche Leitungen abklemmten, und Abrißunternehmen Hand in Hand. Nachdem bei den Auseinandersetzungen ein Bagger und ein Raupenfahrzeug über Nacht ausgebrannt waren, fanden die folgenden Abrisse unter Polizeischutz statt und die Abbruchfahrzeuge wurden nach ihrem jeweiligen Einsatz sofort wieder abtransportiert.
Während des von der Stadtverwaltung inszenierten Untergangs erfährt das Heusnerviertel in Verbindung mit dem Widerstand gegen die endgültige Vernichtung eine neue innere Blüte. Diese ist augenfällig von den verbliebenen Fassaden abzulesen, den Bemalungen und Beschriftungen der alten Mauern von Hand ihrer neuen und letzten Bewohner. In der ehemaligen Schule an der Pestalozzistraße entstand das »Thealozzi Kulturhaus«. Es finden Konzerte und kontinuierliche Musikkurse statt, freie Theatergruppen und Veranstaltun-

gen mit Kindern haben dort ihren Platz ebenso wie Kunstausstellungen und 'Messen' alternativer Produktionen und Kultur.
Der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern des Heusnerviertels und der Stadt war die Eröffnung des ersten Hausbesetzermuseums und seine kurz darauf folgende Zerstörung durch die Stadt im April 1985. Die von den Bewohnern des Heusnerviertels eingerichtete Ausstellung umfaßte u.a. die Ausrüstung und Wohnungseinrichtung eines Hausbesetzers und 'Junge Kunst' aus dem Heusnerviertel. Da die Besetzerszene einen wichtigen Aspekt des gesamtkulturellen Geschehens darstellt, und da jede Kultur mittlerweile ihr Museum oder ihr Archiv hat, erfuhr die Eröffnung des Museums wohlwollende Berichterstattung durch die Medien; erwartungsgemäß ließ die Stadt sich jedoch nicht davon abhalten, das Besetzermuseum dem Erdboden gleichzumachen. Ein Teil der Exponate wurde auf den Müll geworfen, der andere Teil wurde sichergestellt und konnte am nächsten Tag von Bewohnern des Heusnerviertels bei der Stadt ausgelöst werden. Diese brachten die Gegenstände ins Foyer des Museums der Stadt Bochum, wo sie kurze Zeit ausgestellt blieben und schließlich im Keller eingelagert wurden.
Vielleicht gibt es bald – nachdem bereits Archive und Museen zur Arbeitergeschichte und Institute zur Geschichte der Arbeiterbewegung eröffnet und integriert wurden – ein offiziell anerkanntes und etabliertes Hausbesetzermuseum.

ANMERKUNGEN

1 Dieses in den zwanziger Jahren entworfene System blieb bis in die siebziger Jahre hinein die Basis aller Verkehrsplanungen des SVR und der beteiligten Städte. Die Trassenführung der A 430 (Ruhrschnellweg) ist nahezu identisch mit der damals projektierten OW IV, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den dreißiger Jahren bis zum Krieg ihren ersten Ausbau erfuhr. Die spätere A 44 (DÜ-BO-DO) hatte die Bezeichnung OW V, eine NS VII entspricht der heutigen A 43.

2 Brief an den Oberbürgermeister Dr. Piclum vom 21. Aug. 1941.

3 Als Parallele dazu: 1976 ist der SPD-Vorsitzende Hossiep Geschäftsführer und der SPD-Oberbürgermeister Eickelbeck Aufsichtsratsvorsitzender der im gleichen Jahr aus den früheren Wohnungsbaugesellschaften hervorgegangenen »Vereinigten Bochumer Wohnungsgesellschaft«. 67 % der Anteile gehören der Stadt, 6,9 % den zu 100 % stadteigenen Stadtwerken, den Rest teilen sich die Friedrich Krupp Hüttenwerke, Aral, die beiden großen Kirchen, die Westfalenbank und die Rheinische Hypotheken Bank. Die »Vereinigte Bochumer Wohnungsgesellschaft« war und ist Verwalterin der stadteigenen Wohnungen und Häuser, auch im Heusnerviertel.

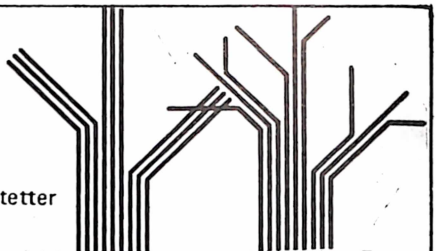
4 Die DÜ-BO-DO wäre nach der ursprünglichen Planung ein Teil der Fernautobahn Kassel–Belgien gewesen und verbände Düsseldorf, Bochum und Dortmund. Planungen dazu gehen zurück bis in die zwanziger Jahre. Mittlerweile wurden in einer Salamitaktik einzelne Teilstücke fertiggestellt, andere sind im Bau. Als 1972 der weitere Ausbau der DÜ-BO-DO öffentlich angekündigt wurde, gründeten Bewohner der durch die Trassenführung bedrohten südlichen Stadtteile Bochums Bürgerinitiativen dagegen. Im Dezember 1979 beschloß der Rat der Stadt Bochum, den weiteren Ausbau der A 44 abzulehnen. 1984 sprach sich der Bochumer SPD-Parteitag gegen die DÜ-BO-DO und auch gegen jede Ersatzlösung aus. Nach der Landtagswahl 1985 soll der Anschluß der A 44 an den Bochumer Außenring innerhalb von 5 Jahren fester Bestandteil der Bundesfernstraßenplanung werden.

(Der Abdruck der ersten drei Bilder erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Stadtarchivs Bochum; die übrigen Aufnahmen stammen vom Autor des Artikels.)

BRONX

Heusnerviertel
staatsfreie Zone
BESETZER-
GREASE

Befreiung der Subjektivität



Michel Foucault
Freiheit und Selbstsorge

Interview 1984 und Vorlesung 1982
eingeleitet von Helmut Becker und Lothar Wolfstetter
ca. 80 S. A 5, ca. 12,80 DM, Oktober

»Der Kreis der Argumentation Foucaults schließt sich nun jetzt erstmals. Und angesichts seines Todes bekommt seine neue Theorie der Subjektivität so etwas wie den Charakter eines Vermächtnisses.

Foucault rekonstruiert aktualisierend die antike Ethik — Plato/Sokrates, die Stoa, den Neuplatonismus — unter dem von ihm zur zentralen Kategorie erhobenen Begriff der Selbstsorge (Epimeleia heautou, cura sui, Souci de soi). Er wendet sich damit gegen die primär erkenntnistheoretische Auffassung (Descartes usf.) der Philosophie, wie sie immer noch vorherrscht, und wertet stattdessen wieder Philosophie als Praxis des Lebens und als Praxis der Freiheit auf. Zugleich wendet er sich gegen die christlich-kirchliche Konzeption des Selbstverzichts, die nach seiner Ansicht zum okzidentalen Primat der Objektivität entscheidend beigetragen hat.

Die Ethik der Selbstsorge ist für Foucault aber auch der selbst praktizierte Modus und der Maßstab, um einen Paradigmenwechsel vorzunehmen: nicht mehr die objektive Logik der Gesellschaft steht im Mittelpunkt, sondern die Logik des Subjekts und seiner Beziehungen. Objektive und subjektive Logik werden von ihm in zwei getrennte Betrachtungsweisen geschieden und nicht mehr unter dem Primat des Objekt ineinsgesetzt, wie etwa im Marxismus.

Die einzelnen Individuen, die von den Individualisierungsstrategien der neuzeitlich-okzidentalen, institutionellen Diskurse und Dispositive als Massenphänomen mit hervorgebracht wurden, können sich nun aktual den Ort verschaffen und die Zeit nehmen, sich als Subjekt zu konstituieren, indem sie die Maximen von Sokrates aufnehmen: »Kümmere Dich um dich selbst!«, »Erkenne Dich selbst!« und »Kümmere Dich um Dich selbst vermittels der Sorge um die Wahrheit!« Sie können diese Maximen in ihre Lebenspraxis umsetzen.

Die von Foucault durch verschiedene Transformationen hindurch vorangetriebene Aktualisierung der platonisch-stoischen Selbstpraxis gibt so eine reflektierte Form ab, die eine Freiheitspraxis des Subjekts begründet. Diese ist in sich selbst politisch, indem Frei-Sein bedeutet, kein Sklave zu sein — weder Sklave von anderen, noch von sich selbst und seinem Begehren. Die richtige Bemeisterung seiner selbst ist dabei die Grundlage, sich richtig um die Anderen zu kümmern. Die Beziehungen und das richtige Verhalten in ihnen rückt so für Foucault in den Mittelpunkt, während die Frage der richtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zurücktritt.« (L.W.)

Peter Brückner
Freiheit, Gleichheit, Sicherheit

Von den Widersprüchen des Wohlstands
164 S. A 5, 19,80 DM

»In der Form der explizit gemachten Herstellung der Verbindung der Programmatik der Französischen Revolution mit der Analyse der heutigen Realität gelingt es P.B. sehr eindrücklich, einen Maßstab zu gewinnen, um die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht nur als Wohlstandsgesellschaft zu beschreiben, sondern diese Charakterisierung zugleich als verkehrte Einlösung der Programmatik der Französischen Revolution zu begreifen. Dies wiederum bildet den Rahmen, den P.B. mit der ins einzelne gehenden Kritik der Wohlstandsgesellschaft füllt. ...

Mit der Ein- und Ausübung der Verkehrung wird diese dem Subjekt immer weniger bewußt. Dies wird von P.B. an der Korrumpierung der programmatischen Werte gezeigt, z.B. der Gleichheit durch Sicherheit, der Freiheit durch Konsumfreiheit, des Friedens durch die Friedhofsruhe. Für das Konsumverhalten stößt P.B. zur Erkenntnis eines Syndroms vor: dem exogen (Werbung, Medien, Erziehung, Alltag im Betrieb) induzierten und vom Subjekt endogen bestätigten und 'frei' nachvollzogenen 'Zwang zum repetitiven Konsum'.« (L.W.)

»Die politische Psychologie Peter Brückners hat schon vor Foucault den Zusammenhang von Psyche und Herrschaft thematisiert. Das vorliegende Buch, das sich dem Selbstverständnis der Französischen Revolution entlang bewegt, um die Beziehung zu den Erscheinungsformen des gegenwärtigen Status quo zu analysieren, kann so als Vorarbeit zu Foucaults letzten Werken gelten.« (W. Neumann)

Materialis Verlag Rendeler Str. 9 — 11 . D-6000 Frankfurt 60
Tel.: (069) 45 08 82 + 65 52 65

Wolfgang Braunschädel / Alexander Brandenburg

Anmerkungen zur Auferstehung alter Mythen in neuem Gewand

Es hat mich allmählich übersättigt, bis in unsere Zeit hinein zu vernehmen, wie peinlich genaue, gleichsam auf dem Reißbrett erarbeitete Anleitungen zum Bau vollkommener Welten einer unvollkommenen Menschheit von einer Herrschaft Weiser hatten aufgezwungen werden sollen. Aus vielen, gleich Zuchtruten drohenden Sätzen jener Weltbaumeister ... war mir die Luft ranziger Tugend der Besserungsanstalten strenggläubiger Orden entgegengeschlagen, so wie aus der Beschreibung der öden Wohneinheiten und Arbeitshäuser aller Ikarien schon der Geruch der Lagerküchen und -latrinen unserer Jahre.

Georg K. Glaser

Aus dem hohen Norden erreicht uns eine letzte frohe Botschaft: In Heft 14 der ins staatliche Vereinsregister eingetragenen »Autonomie NF« wird einmal mehr eingeklagt, was im Verlauf bisheriger sozialrevolutionärer Bewegungen nicht hat eingelöst werden können. Es ist jener von der Intelligenz so gern erhobene *»revolutionäre Gesamtanspruch«*, der *»Anspruch aufs Ganze«*, der, notwendigerweise *»aus einer minderheitlichen Position heraus«*, endgültig zur Geltung gebracht werden soll. Um diese anspruchsvolle Minderheit mit dem umgewälzten Ganzen ein für allemal zu versöhnen, bedarf es einer systematischen Denkanstrengung, die mit drei Größen zu operieren hat: der trikontinentalen Massenarmut, dem minoritären Proletariat der Metropolen und der sozialrevolutionären Avantgarde. Die Frage nach dem Verhältnis von revolutionären Organisationen zu spontanen Massenbewegungen hat offensichtlich nichts an Aktualität eingebüßt.

Auf der Suche nach einem revolutionären Subjekt hat die autonome Intelligenz mittlerweile nahezu den ganzen Erdball umwandert. Da der traditionelle europäische Industriearbeiter sich schon längst behaglich im System eingerichtet hatte, machte die Suche *»nach einem hegemonialen Arbeitersubjekt«* Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre kurzfristig bei den wilden Kämpfen der italienischen Massenarbeiter halt. Während die operaistischen Theoretiker noch ihrer Erkenntnis nachhingen, daß auch die fortgeschrittensten Arbeiterkämpfe die andere Seite immer wieder zu entsprechenden sozialintegrativen Maßnahmen verleiten, war die hiesige autonome Intelligenz schon in den Iran weitergewandert. Begeistert vom revolutionären Elan der dortigen Massen und Avantgarden und doch erschreckt vom Regime der islamischen Pfaffen, hat man sich rechtzeitig wieder auf die Socken gemacht und läßt sich jetzt immer dort häuslich nieder, wo die Massenarmut beim Schopf zu fassen ist, sei es in Haiti, der Dominikanischen Republik, in Ägypten, Ma-

rokko oder beim quebraquebra (dem »großen Bruch«) im brasilianischen Sao Paulo. Unterwegs kündigt man ganz beiläufig dem marxistischen Revolutionsbegriff und den politökonomischen Verengungen des Klassenbegriffs die Treue und bekundet hiermit doch nichts anderes als die eigene Befangenheit Kategorien gegenüber, deren Alleinvertretungsanspruch schon längst keine Gültigkeit mehr hat. Subsumiert unter den zwar von systematisch-logischer Denkarbeit zeugenden, über historische und aktuelle Differenzen und Vielfältigkeiten jedoch großzügig hinwegsehenden Begriff »Nichtarbeit« werden die trikontinentalen Massen ins historische Rennen geschickt. Als letzte Ausläufer sollen sie den sozialromantischen Gelüsten der autonomen Intelligenz einmal mehr zum Ausdruck verhelfen.

Obwohl *»aus dem Material der Sozialgeschichte keine politische Strategie zu zimmern«* ist, sichert die autonome Intelligenz ihre Strategien und politischen Modelle historisch ab und findet es völlig einleuchtend, daß zwischen der frühindustriellen Massenarmut und der trikontinentalen Armut *»eine epochale Analogie besteht«*. Allerdings hält sie es nicht mit den sozialintegrativen Schlußfolgerungen der Modernisierungstheoretiker, die mit eben diesem Analogiemodell seit Jahr und Tag arbeiten, sondern bezieht sich auf die sozialrevolutionären Bewegungen in der frühen Industriegesellschaft, als deren erfolgreicheres Spiegelbild sie sich offensichtlich die Hungerrevolten in der heutigen 'Dritten Welt' imaginiert. Die wesentliche Differenz zwischen jenen letztlich erfolglosen frühindustriellen Revolten und den heutigen revolutionären Bewegungen ist im weiten Bereich der *»organisatorischen Defizite«* zu suchen, an jenem Punkt also, an dem die Intelligenz sich selbst als Demiurg letzter Entscheidungen ins Spiel bringt.

Ein charakteristisches Merkmal der autonomen Intelligenz scheint zu sein, gegensätzliche Erfahrungen und Ereignisse in einer übergreifenden Begrifflichkeit verschwinden zu lassen. Im Zentrum ihrer sozialhistorischen Begrifflichkeit steht das *»Recht auf Existenz«*, das *»den Angelpunkt des Kampfs zwischen dem Proletariat und dem Kapital«* bildet. Das tradierte *»Recht auf Existenz«* hatte solange eine revolutionäre Bedeutung, wie es von den unmittelbar Betroffenen direkt in Anspruch genommen wurde. Es verfiel dem Verdikt der Enteignung, als es auf der einen Seite von den Organisationen der Arbeiterbewegung, auf der anderen Seite von der staatlichen Sozialpolitik erobert wurde. Das auf diese Weise enteignete revolutionäre Proletariat der frühindustriellen Massenarmut degenerierte zur industriellen Arbeiterklasse, die sich satt und genügsam den Spielregeln des Systems unterworfen hat.
Die Erfahrungen der Periode zwischen den bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 eignen sich – auf rechte Weise betrachtet – vorzüglich als *»sozialhistorisches Paradigma«*, unter dessen Schirmherrschaft die verlorenen Schlachten dieser frühen Jahre heute aufs neue geschlagen werden. Da das theoretisierende Subjekt die ihm zu Bewußtsein gekommene Komplexität des historischen Geschehens nun einmal zu einem weltgeschichtlich bedeutsamen Paradigma verdichtet und aufgeladen hat, wird es sich schwerlich davon abhalten lassen, der es bedrängenden Vielfalt aktueller Ereignisse mit eben diesem Paradigma Einhalt zu gebieten: Das gleiche *»Recht auf Existenz«*, das sich seinerzeit in den frühindustriellen Revolten äußerte, kommt demzufolge heute erneut zum Ausdruck in den Aufständen und Hungerrevolten der trikontinentalen Massen und, allerdings recht marginal,

in den *»minoritären Reflexen«* der *»Verschrotteten«* in den Metropolen. Der entscheidende Faktor der frühindustriellen Revolten, die ihre Legitimation aus einer *»Tradition der Subsistenzökonomie«* herleiten konnten, war die Tatsache, daß aus ihnen *»erstmals der Kommunismus als eine Massenforderung hervorging«*. Da somit der unmittelbare Zusammenhang von *»Recht auf Existenz«* und *»Kommunismus als Massenforderung«* einmal hergestellt ist, folgt daraus, daß sich die trikontinentalen Massen (wie auch das *»minoritäre Proletariat«* der Metropolen) in stetem Einsatz für den Kommunismus befinden.
Weder das *»Recht auf Existenz«* noch der *»Kommunismus als Massenforderung«* werden auch nur an einer einzigen Stelle näher bestimmt. Zwischen dem, was sich ein frühindustrieller Proletarier und ein heutiger Slumbewohner unter dem *»Recht auf Existenz«* und dessen Realisierung vorstellen, mögen Welten liegen; sicherlich erst jenseits dieser Welten findet man das, was sich die autonome Intelligenz der Metropolen unter eben diesem Begriff herausnimmt.

Der Verlauf der frühindustriellen Revolten wird von der autonomen Intelligenz auf der einen Seite zwar zum Paradigma erklärt, auf der anderen Seite wird jedoch erkannt, daß diese Bewegungen sich *»tatsächlich als eine einzige Kette von Niederlagen«* abzeichnen (der hier gebrauchte Begriff von *»Niederlage«* wäre allerdings zu hinterfragen). Die damaligen Kämpfe sind aufgefangen und integriert worden sowohl durch die Interessenvertretungsorgane der Arbeiterbewegung als auch durch die staatliche Sozialpolitik; sicherlich reformistische, jedenfalls aber Anstalten zur Sicherung des *»Rechts auf Existenz«* soweit es die unmittelbaren Überlebensbedürfnisse angeht. Gerade dieser Aspekt ist hinsichtlich der trikontinentalen Hungerrevolten nicht ohne Belang, auch wenn an dieser Stelle apodiktisch behauptet wird, daß *»eine solche Entwicklung ... gegenüber der quantitativen Zunahme des Weltproletariats heute nicht mehr«* möglich ist, reformistische und sozialstaatliche Eindämmungsstrategien also nicht mehr durchsetzungsfähig sind. Dies ist nun auch der Punkt, an dem die autonome Intelligenz zur Sache kommt: Die Revolten der Hungernden, so heißt es, haben *»gegenüber dem Weltkapital keine funktionale Bestimmung als nur die, Voraussetzung und Ort des Kampfes gegen es zu sein«*. Spätestens an dieser Stelle läßt sich die Frage nach demjenigen, der dem Hungernden diese *»funktionale Bestimmung«* zuschreibt, nicht mehr weiter unterdrücken.

Die sozialen Revolten in der Epoche der Frühindustrialisierung sind, es wurde bereits erwähnt, der hier skizzierten Argumentation zufolge samt und sonders gescheitert; das ihnen immanente Ziel, der Kommunismus, wurde nicht erreicht. Und dies hat einen triftigen Grund: Es kam nämlich in jenen Tagen *»nicht zu Verbindungslinien zwischen Bewegungen der Massenarmut und Ansätzen sozialrevolutionärer Organisation«*. Im Gegenteil, die Bewegungen wurden *»in kleinbürgerlich-radikales Fahrwasser, in marxistische und schließlich bolschewistische Entwicklungskonzepte«* umgelenkt; mit anderen Worten, die Massen haben sich offensichtlich verführen und für dumm verkaufen lassen. Auf der einen Seite herrscht also ein Mangel an Organisation, dominieren *»die organisatorischen Defizite im Verhältnis zur Spontaneität von Massenrevolten«*, auf der anderen Seite kommen die falschen Organisationen zum Zuge; entweder die Massen wollen einfach nicht oder sie wollen falsch. Das nun läßt die autonome Intelligenz nicht ruhen, besonders wo ihr offensichtlich plötzlich ein Licht über ihre auf Abwegen wandelnden Klassengenossen, die radikalen Kleinbürger, die

Marxisten und die Bolschewiki aufgegangen zu sein scheint. Kein Zweifel also, es *»stellt sich neuerlich die Frage von Organisation«*, und nicht nur das: es *»wäre eine revolutionäre Organisation aufzubauen«*. Da aber, die Geschichte beweist es, die Massen sich entweder gar nicht oder aber falsch organisiert haben, kann auch heute nicht davon ausgegangen werden, daß sich daran etwas Entscheidendes ändert; hier bedarf es behutsamer Eingriffe und Anstöße. *»Der Einfachheit halber«* nennt die autonome Intelligenz ihr Vorhaben, den immer noch verwaisten Sessel zwischen den Stühlen einzunehmen, auf denen ein falsch oder auch gar nicht organisiertes Proletariat noch immer verharrt, blanquistisch. Das nun soll heißen, daß auf der einen Seite *»die Eigendynamik sozialer Bewegungen«* anerkannt, auf der anderen Seite die *»Selbstorganisation revolutionärer Avantgarden«* angestrebt wird. Haben beide potentielle Partner erstmal ihre Stellungen eingenommen, läßt sich die Frage nicht mehr umgehen, wie denn nun zueinander zu finden sei; daß soziale Bewegungen immer wieder ohne Avantgarden, diese wiederum ohne soziale Bewegungen ausgekommen sind, ist aus der Geschichte schließlich hinreichend bekannt. Aber auch ein Drittes ist nicht unbekannt geblieben: *»die Transformation von Bewegungen der Armut in die politische Herrschaft von Advokaten der Mittelklasse«*; eben dies wird am Beispiel der bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 nachzuweisen versucht. Es gilt also ein wachsames Auge auf jene Intelligenz zu haben, die wieder einmal von der *»Notwendigkeit«* und den *»spezifischen Aufgaben der Organisation«* zu berichten weiß und diese *»aus dem historischen Schnittpunkt, in dem die revolutionäre Aktion – gegen die Staatsmacht, das Militär, die Repression gewendet – den Durchbruch für einen Massenaufstand schafft«*, zu begründen weiß. Ist dieser Durchbruch einmal geschafft, ergibt sich aus dem *»Verzicht auf die Idee ... eines jenseits der Subjekte liegenden Ziels«* vorläufig nicht mehr als die *»Permanenzerklärung des Aufstands«* und der *»Wiederaneignung der Subsistenzmittel«*. Wie ein solches Unternehmen, das doch in der paradigmatischen Periode von 1789 bis 1848 immer wieder gescheitert ist, gerade auch angesichts des dieser Periode gegenüber immens angewachsenen Gewaltpotentials der Gegenseite, das der Einfachheit halber erst gar nicht ins Blickfeld gerät, zum Erfolg geführt werden soll, bleibt unergründlich. Die sich autonom organisierende Intelligenz jedenfalls beruft sich auf ihre *»revolutionäre Moral«* und ihr *»revolutionäres Handeln, welches nicht in Verachtung der Massen umschlägt«*. Den heutigen Nachfolgern jener ehemaligen Avantgarden, die es als Sozialdemokraten oder Bolschewiki zu Amt und Würde gebracht haben, bleibt also nichts als jene vage Hoffnung, mit ihrer *»revolutionäre(n) Aktion ... den Durchbruch für einen Massenaufstand«* zu schaffen, gleichzeitig jedoch mit einer politisch-moralisch begründeten Verzichterklärung vorläufig von der Bühne abzutreten, um diese mit einer letzten beschwörenden und zuschreibenden Geste den Massen zu überlassen.

Ohne Massen hat es die sich als revolutionär definierende Intelligenz nur selten treiben wollen. Immer wenn es in der bisherigen Geschichte zu einer geglückten Liaison gekommen war, sei es, daß man sich reformistisch mit Wenigem zufrieden gegeben oder revolutionär nach allem gegriffen hat, entpuppte sich die Intelligenz als der überlegenere Partner. In entscheidenden Situationen wurden die Liebesworte beiseite geschoben, um den eigentlichen Interessen der an die Futtertröge gesellschaftlicher Macht strebenden Intelligenz Platz zu machen. Hatte sich die erstaunliche Vielfalt der Liebesbeteuerungen einmal in alle Winde verflüchtigt, blieb nichts als ein rein zynisches Herrschaftsinteresse. Die Massen hatten immer nur die Kohlen aus dem Feuer zu holen, auf denen die Intelligenz ihr eigenes Süppchen zu kochen gewillt war. Die auf diese Art und Weise domestizierte Arbei-

terklasse hat sich in den Industrieländern ins System integrieren lassen, um zumindest als Beteiligte und Mitbestimmende ihren Teil vom Ganzen abzuschöpfen. Der neuerlich zur revolutionären Tat treibenden autonomen Intelligenz sind beide Fakten nicht verborgen geblieben; man erkennt durchaus die hinsichtlich einer zu entwickelnden revolutionären Strategie desillusionierende Realität einer integrierten Arbeiterklasse sowie die fatale Rolle, die ihre früheren Anverwandten im Kontext der organisierten Arbeiterbewegung bisher gespielt haben. Statt sich jedoch diesem anerkannten Dilemma und den sich daraus ergebenden Problemen hinsichtlich einer Selbstbestimmung im hiesigen gesellschaftlichen Kontext zu stellen, begibt man sich flugs auf fremdes Terrain. So wie die Intelligenz früherer Jahrzehnte sich in den Gefilden der Arbeiterklasse herumtrieb, so begibt sich die heutzutage im revolutionären Geschäft tätige autonome Intelligenz aufrechten Mutes in die Slums der trikontinentalen Massenarmut, um dort zu ihrer angeschlagenen Identität zurückzufinden. Die Hungernden in den Slums der 'Dritten Welt' werden, indem ihnen die *»funktionale Bestimmung«* zugeschrieben wird, *»Voraussetzung und Ort des Kampfes gegen«* das Weltkapital zu sein, in einem gleichermaßen mythischen wie zynischen Aneignungsprozeß zum Objekt einer von der mit sich selbst hadernden autonomen Intelligenz erdachten revolutionären Strategie.
Die Massen müssen auch in diesem Fall wieder unbedingt als Legitimation für eine von der autonomen Intelligenz sich selbst zugeschriebene Radikalität herhalten, die ihre Kraft offensichtlich nicht aus sich selbst zu schöpfen in der Lage ist, die also den Verdacht nahelegt, daß ihr nur insoweit zu trauen ist, als die Massen sich die ihnen zugeschriebene Bestimmung gefallen lassen. Diese permanent fremdgehende Radikalität einer identitätssüchtigen Intelligenz schwankt in ihrem Verhältnis den wortreich geliebten Massen gegenüber zwischen zwei extremen Polen: Der mythisierenden Zuschreibung geschichtsträchtiger Taten entspricht im geeigneten Moment die eigenen Interessen dienende zynische Funktionalisierung. Eine sich gerade angesichts der Erfahrungen der vergangenen fünfzig Jahre immer noch über die Massen definierende Intelligenz wird sich aufgrund der vorprogrammierten Enttäuschungen als eine sich mit ihrer angestammten gesellschaftlichen Rolle zufrieden gebende Mittelschicht ins System integrieren lassen; die Massen der 'Dritten Welt', denen die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse wohl näher liegt als die ihnen von einer sich selbst nicht genügenden europäischen Intelligenz zugeschriebene Rolle in einem »Weltrevolution« überschriebenen Theaterstück, werden einmal mehr das Nachsehen haben, wenn sie sich die ihnen zugedachten Kostüme überstülpen.

In ihrer programmatischen Reduzierung von Komplexität stilisiert die autonome Intelligenz einige wesentliche Züge einer kurzen Epoche der westeuropäischen Sozialgeschichte, der sozialen Bewegungen zwischen 1789 und 1848, zu einem handhabbaren Beziehungsraster, mit dem nun, nachdem das einheimische Proletariat die ihm zugedachte Rolle nicht hat spielen wollen, die trikontinentalen Massen auf ihre letzte Rolle vorbereitet werden sollen. Aus dem begrenzten geschichtlichen Material der bearbeiteten und auf den Begriff gebrachten Epoche lassen sich, so wird suggeriert, die Lösungen aller entscheidenden Welträtsel herausdestillieren. Eigenartigerweise geraten aber gerade die so hoch gehandelten Massen der 'Dritten Welt' in ihrem konkreten Dasein überhaupt nicht ins Blickfeld der offensichtlich nur noch strategisch denkenden Intelligenz. Würde sich der analysierende Blick, mit dem ein Teilaspekt der europäischen Sozialgeschichte untersucht worden ist, mit gleicher oder auch nur ähnlicher Intensität jener Massen annehmen, die so leichtfertig

in strategische Systeme integriert werden, dann könnte die Intelligenz wohl kaum umhin, sich von ihrer eigenen geschlossenen Gedankenwelt ein für allemal zu verabschieden. Die intellektuelle Unbedarftheit, mit der hier ein analytisches Destillat unterschiedlichsten sozialen Bewegungen und Revolten verschiedenster Länder und Kulturen aufgepfropft wird, erinnert an die fatale Tradition europäischer Kolonisatoren, die, ihren eigenen Verlautbarungen zufolge, seit jeher nichts anderes im Sinn hatten, als jenen Wilden und Barbaren die Nachricht von dem ihnen eigentlich zustehenden Glück zu bringen. Wieder einmal plustert sich hier ein eurozentrisches Denken zu ihm genehmen welthistorischen Dimensionen auf. Die Intelligenz kann und will es offensichtlich nicht sein lassen: Sie möchte unbedingt Avantgarde spielen und sich der dazu benötigten Objekte zumindest begrifflich bemächtigen. In dem Maße, in dem sie sich in ihrer eigenen sozialen Realität aller überkommenen Illusionen beraubt sieht, begibt sie sich auf die Suche nach den alten Mythen, um sich an dem verlogenen Versprechen ihrer eigenen Größe zu berauschen.
Der strategische, jeglichen Sinn für Differenzen verlierende Blick auf die trikontinentalen Massen ist letztlich nichts anderes als die radikal vereinfachte Variante des ebenso strukturierten Blicks auf die westeuropäische Sozialgeschichte. Ohne Zweifel wird sich die hier herablassend als *»linksromantisch«* bezeichnete Geschichtsbetrachtung – gerade auch im Hinblick auf die wohlbekannte akademische Selbstgenügsamkeit – darüber Gedanken machen müssen, zu welchem Zweck sie betrieben wird. Allerdings wird in diese Gedanken die einfache, nichtsdestotrotz offensichtlich nicht für jeden einsichtige Tatsache eingehen müssen, daß auch die europäische Sozialgeschichte mit ihren Revolten und Aufständen, ihren kleinen Siegen und großen Niederlagen sich erheblich komplexer ausnimmt, als dies jegliches von vorneherein strategisch verkürztes Denken wahrhaben möchte. Gleich ob die autonome Intelligenz die vielfältigen Aspekte der europäischen sozialrevolutionären Bewegungen auf einen praktikablen Begriff zu bringen trachtet oder ob sie sich die trikontinentalen Massen zum Objekt ihrer Begierde zurechtphantasiert: Diese an sich selbst verzweifelnde Intelligenz ergeht sich einmal mehr in jenem alten europäischen Projekt einer teleologischen Geschichtsbetrachtung. Sie hat zwar mit ihren *»Vorschlägen und Projekten für eine neue Orientierung ... nie gut im Strom gelegen«*, hält aber krampfhaft an ihrem Projekt einer Negation komplexer Realitäten zugunsten eines positiven Systems fest.

Die autonome Intelligenz wird erst dann zu sich kommen, wenn sie von ihren tradierten Fiktionen einer systematisch zu ordnenden Weltgeschichte abläßt und sich ihrer eigenen jeweils spezifischen Individualität stellt. Allen gegenteiligen Illusionen zum Trotz ist ihr keine spezifische Avantgarde- oder sonstige Rolle im Weltgeschehen zugeteilt, weder in praktischer noch in theoretischer Hinsicht. Ernst genommen werden kann diese Intelligenz zukünftig nur noch insofern, als sie ihre jeweilige subjektive Bedürfnislage, ihren jeweils subjektiven Glücksanspruch und ihren jeweiligen subjektiven Willen zu bestimmenden Faktoren ihres Denkens und Handelns werden läßt. Die Widersprüche, die sich daraus ergeben, sind erst einmal auszuhalten; ebensowenig wie Geschichte läßt sich jeweils spezifische Subjektivität zu einem System erniedrigen.

Rezensionen und Hinweise

Wolfgang J. Mommsen / Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, Klett-Cotta, 476 Seiten, DM 98,–.
Heinrich Volkmann / Jürgen Bergmann (Hrsg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984, Westdeutscher Verlag, 354 Seiten, DM 44,–.
Manfred Gailus (Hrsg.), Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980), Berlin 1984, Verlag Europäische Perspektiven, 223 Seiten, DM 19,80.

»Ohne Gewalt geht nichts!« In diesem Satz aus einem Berliner Flugblatt der frühen achtziger Jahre kommt die ganze Problematik des Umgangs mit gesellschaftlicher Gewalt zum Ausdruck: Auf der einen Seite die Einsicht, daß sich jedes politisch-soziale System, auch das demokratisch legitimierte, auf Gewalt stützt, auf der anderen Seite die Erkenntnis, daß, um sich dieser systemimmanenten Gewalt zu widersetzen, wiederum Gewalt, Gegengewalt notwendig ist. Die bürgerliche Gesellschaft hat sich gegenüber dem Feudalsystem nur mit Gewalt durchsetzen können und sie hat diese Gewalt wiederum zu einem konstitutiven Pfeiler ihres eigenen Systems werden lassen; für alle diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, denen die ökonomische und politische Emanzipation des Bürgertums nichts anderes als die Etablierung eines neuen unterdrückenden Gewaltsystems bedeutete, stellt sich notwendigerweise die Frage, wie diesem neuen Gewaltsystem zu begegnen sei. Der Widerstand gegen die bürgerliche Industriegesellschaft läßt sich, sicherlich stark vereinfacht, in drei unterschiedlichen Erscheinungsformen, die sich sowohl zeitlich als auch inhaltlich immer wieder überschneiden, zusammenfassen. Zum einen, typisch eher für die Epoche der Frühindustrialisierung, die vornehmlich reaktiven Formen von Widerstand, die sich auf althergebrachte und überlieferte Rechte berufen und diese gegen eine traditionelle Arbeits- und Lebensformen rapide zerstörende Industrialisierung vielfach unter Anwendung von Gewalt verteidigen. Zum zweiten die sich im Laufe der Jahrzehnte herauskristallisierenden Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und politischen Parteien, die sich weitgehend ins System integrierten und dort, zumeist unter dem Vorzeichen eines Verzichts auf die Anwendung von gewaltsamen Mitteln, um ihren Anteil an gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftspositionen kämpfen. Und drittens schließlich diejenigen Individuen und Organisationen, die zur Durchsetzung ihrer auf eine Transformation des Systems zielenden politischen Zielvorstellungen ganz bewußt zu Mitteln der Gewalt greifen.
Die insgesamt 42 Beiträge der drei vorliegenden Bände befassen sich ausschließlich mit den erst- und letztgenannten Erscheinungsformen von Widerstand. Abgesehen von der Gewalt von rechts, mit der sich einige Beiträge des aus einer wissenschaftlichen Tagung des Deutschen Historischen Instituts in London hervorgegangenen Bandes »Sozialprotest, Gewalt, Terror« beschäftigen (italienischer Faschismus, Fememorde in der Weimarer Republik, SA vor 1933), handelt es sich dabei durchweg um Formen von Widerstand, die sich in emanzipatorischer Absicht gegen das bürgerlich-kapitalistische System als Ganzes oder gegen spezifische Ausformungen dieses Systems wenden. Der bereits erwähnte Band des Deutschen Historischen Instituts versucht dabei, *»ein präzises Bild der zahlreichen politi-*

schen Gruppen und Bewegungen zu zeichnen, die im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte ... zu Gewaltstrategien oder individuellem Terror griffen, um einer widerstrebenden Gesellschaft oder einer nicht selten autoritären Staatsordnung bestimmte politische Zielsetzungen aufzuzwingen oder gar einem revolutionären Umsturz den Weg zu bahnen.« Auch wenn sich die erstrebte Präzision nicht in allen Beiträgen wiederfinden läßt, enthält der Band doch eine ganze Reihe von lesenswerten Texten, so Walther Berneckers Beitrag über »Strategien der 'direkten Aktion' und der Gewaltanwendung im spanischen Anarchismus«, in dem er sich mit den unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Tendenzen im spanischen Anarchismus beschäftigt, die sich zu einem guten Teil aus den unterschiedlichen sozialen Strukturen seiner beiden regionalen Zentren (Andalusien und Katalonien) ergaben, Andrew R. Carlsons Beitrag zu einen nahezu unbekannten Kapitel aus der Geschichte des deutschen Anarchismus (»Anarchismus und individueller Terror im Deutschen Kaiserreich, 1870-1890«), die Beiträge von Maureen Perrie und Manfred Hildermeier über die russische Sozialrevolutionäre Partei und Ulrich Linses Beitrag über »'Propaganda der Tat' und 'Direkte Aktion'. Zwei Formen anarchistischer Gewaltanwendung«. Nur zwei Autoren (Malcolm I. Thomis, Hans-Gerhard Husung) widmen sich dem Zeitabschnitt, dem die Beiträge des aus einer Arbeitstagung des von der Freien Universität Berlin geförderten Projekts »Historische Modernisierungsforschung« hervorgegangenen Bandes »Sozialer Protest« gewidmet sind: den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung. Zum bestimmenden Thema der Beiträge dieses Bandes, der einen *»annähernd repräsentativen Überblick über den Stand der empirisch-historischen Protestforschung in der Bundesrepublik«* liefern will, wird nicht die unmittelbar zielbewußt angewandte politische Gewalt, sondern der Versuch, eine Vielfalt von kollektivem Protestverhalten ins Blickfeld zu bekommmen und dessen *»Ursachen, Motive, Manifestationsbedingungen, Formen und Funktionen ... zu erhellen«*. Ohne auf die einzelnen Texte nun näher eingehen zu können (so beschäftigen sich u.a. Hans-Gerd Husung mit Protest in Norddeutschland 1815-1847, Rainer Wirtz mit Protest in Baden 1815-1848, Manfred Gailus mit Protestbewegungen 1847-1849, Lothar Machtan/René Ott mit süddeutschen Bierkrawallen 1873, Bernhard Parisius mit oldenburgischen Landarbeitern 1800-1848 und Alf Lüdke mit der Analyse alltäglicher Widersetzlichkeit), zeigt sich in ihnen – wie auch in den Beiträgen des Bandes über »Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin«, die jedoch, indem sie Ereignisse aus verschiedenen Zeitabschnitten aufgreifen (Vormärz, sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, 1900-1923, Spätphase der Weimarer Republik, 17. Juni 1953, achtziger Jahre dieses Jahrhunderts), nachzuweisen suchen, *»daß bestimmte Grundformen der Massenaktion immer wieder neu auflebten«* – beispielhaft jene besessene Lust am Detail, die seit geraumer Zeit, weitgehend im Gefolge der Rezeption englischer und französischer Sozialgeschichtsschreibung, hierzulande zu einer Modeerscheinung zu werden droht. Ohne Zweifel kommt dieser ausufernden Sozialgeschichtsschreibung das Verdienst zu, all jenen Geschichtsbetrachtungen entgegenzuarbeiten, denen sich die Vielfalt und Widersprüchlichkeit historischen Geschehens immer wieder zu einem mehr oder weniger stringenten teleologischen Modell verdichtet. Auf der anderen Seite gefällt sich diese Geschichtsschreibung vielfach darin, in einer Mischung aus Historismus und Positivismus jegliche übergreifenden Fragestellungen von vorneherein abzuwehren und sich mit der detaillierten Aneinanderreihung begriffsloser Einzelheiten zufrieden zu geben. Eine Frage, die sich bei der Beschäftigung mit historischen Erfahrungen aus dem Umfeld von Widerstand, Protest und Gewalt notwendigerweise stellt, ist die nach dem aktuellen Gebrauchswert der Ergebnisse einer solchen Beschäftigung. *»Historische Betrachtungen«*, schreibt Klaus-Jürgen Scherer in seinem Beitrag »Berlin (West): Hauptstadt der Szenen«, *»die nicht*

zum Selbstzweck verkommen sollen, müssen mit dem Blick auf die Gegenwart verbunden werden«. Tatsächlich ist es so, daß die auch aktuelle Brisanz der Thematik vielfach im Würgegriff einer akademischen Beliebigkeit zu Tode geforscht und sogar eine *»politisch-pädagogische Auswirkung konkreter Forschungsergebnisse«* (so im Vorwort zu dem Band »Sozialer Protest«) anvisiert wird. Jenseits eines durchaus berechtigten methodisch bestimmten Erkenntnisinteresses ist jeoch auch auf dem Interesse zu beharren, das sich den Zielvorstellungen, die sich immer wieder in Widerstand, Protest und auch in Gewalt manifestiert haben, verbunden weiß; dieses Interesse weiß sich auch jener Materialien und Forschungsergebnisse zu bemächtigen, die akademische Selbstgenügsamkeit aus den verstaubten Archiven der Vergangenheit ans Licht der Öffentlichkeit befördert hat. *Wolfgang Braunschädel*

Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1983, Campus Verlag, 542 Seiten, DM 68,–.

Lore Heer-Kleinert wagt den überfälligen, weil bisher kaum gewagten Versuch, die Gewerkschaftspolitik der KPD über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik darzustellen. Die Autorin will mit ihrer Untersuchung nicht nur einen Beitrag zur Geschichte der KPD leisten; darüber hinaus beansprucht sie, zur Kritik der III. Internationale beizutragen (ein Aspekt, der gegen Ende der Arbeit deutlich in den Hintergrund rückt), sowie der *»aktuellen Strategiedebatte der linken Bewegung«* Impulse zu vermitteln.
Ihr *»vorrangiges Interesse«* gilt dennoch der *»Bestimmung des Verlaufs kommunistischer Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik«*, die sie einmal auf der Ebene der offiziellen Parteipolitik, zum anderen auf der Ebene der realen Klassenauseinandersetzungen vor Ort zu leisten versucht. Heer-Kleinert bemängelt an den bisherigen Darstellungen zur Gewerkschaftspolitik der KPD vor 1933 die durchweg mangelnde Berücksichtigung der Erfahrungen des Proletariats in konkreten Arbeitskämpfen. Aus diesem Grunde stützt sie ihre Untersuchung nicht nur auf das bisher publizierte Material, sondern verarbeitet außerdem Materialien aus etwa einem dutzend überregionaler und lokaler Archive. Beim aktuellen Stand der Forschung zur Sozialgeschichte der Arbeiterklasse in Deutschland ermöglicht dieses Vorgehen dennoch keine apodiktischen Aussagen, was die Verfasserin erfreulicherweise selbstkritisch eingesteht.
Ausgehend von einer Skizzierung der Opposition gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften gewährt Heer-Kleinert der Darstellung der KPD-Gewerkschaftspolitik bis zum Jahr 1923 besonders großen Raum. Sie zeigt auf, wie in der KPD die ursprünglich mehrheitlich vertretene Position der Ablehnung der Arbeit in den Gewerkschaften seit Herbst 1919 der Auffassung der innergewerkschaftlichen Arbeit mit dem Ziel ihrer Revolutionierung weicht. Topoi der KPD-Politik in der Gewerkschaftsfrage dieser Phase bilden das Unionsmodell, die Betriebsrätefrage und im Jahr 1921, als mit dem Scheitern der Märzaktion die allerletzten Hoffnungen auf eine sozialistische Revolution in Deutschland begraben werden müssen, die Einheitsfrontpolitik. Nach Überwindung der Krise in der Gewerkschaftspolitik in den Jahren 1923 und 1924 gelingt es der KPD bis 1927, Einfluß in etlichen Gewerkschaften zu gewinnen, bis dann das *»Ende gewerkschaftlicher Politik«* einsetzt. In der Phase der *»Revolutionären Gewerkschaftsopposition«* degeneriert die KPD nebst ihren gewerkschaftlichen Gruppierungen zu einer Arbeitslosenorganisation, die ihren Gewerkschaftseinfluß einbüßt.
Die Verfasserin zeichnet diese Entwicklung nicht nur organisationsgeschichtlich nach,

sondern bemüht sich gemäß ihrer methodischen Prämissen Erkenntnisse bezüglich Struktur, Zusammensetzung und Erfahrungshorizont des Proletariats abseits seiner parteipolitischen Organisierung in die Untersuchung einfließen zu lassen.
Dieses Vorgehen erweist sich nicht immer als problemlos. Heer-Kleinerts Behauptung etwa, die revolutionäre Bewegung des November 1918 habe sich im Frühjahr 1919 zur Lohnbewegung entschärft, ist zumindest vor dem Hintergrund der Tatsache, daß diese These durch Untersuchungen gestützt wird, die vielfach von der Intention der Apologie der konterrevolutionären, sozialintegrativen Politik der Sozialdemokratie bestimmt werden, fragwürdig. Es scheint zumindest möglich, daß nicht apologetisch orientierte Untersuchungen der Klassenrealität des Jahres 1919 eine Falsifikation von Heer-Kleinerts These ergäben. Ebenso verhält es sich mit den Aussagen der Verfasserin zur Unionsbewegung in der Frühphase der Weimarer Republik.
Die von Paul Levi vorgetragene Syndikalismus-Invektive wird übernommen, die Diffamierung der rätekommunistischen Unionen fortgesetzt. Eine Auseinandersetzung mit den originären Quellen des Unionismus hätte derartige Fehlinterpretationen verhindert.
Diese Beispiele mögen genügen, um aufzuzeigen, wo die Mängel von Heer-Kleinerts Untersuchung anzusiedeln sind. Gerechterweise muß der Autorin zugestanden werden, daß die sozialgeschichtliche Forschungslage die Einlösung ihrer Ambitionen beträchtlich behindert. Folglich ist ihr Versuch, die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik unter nicht nur organisationsgeschichtlichen Aspekten aufzuarbeiten, als den Umständen entsprechend gelungen zu bezeichnen. Es bleibt zu hoffen, daß die Nachfolgeuntersuchungen, deren Notwendigkeit Heer-Kleinerts Arbeit offenlegt, bald erfolgen werden.

Johannes Materna

Jörg Kammler, Ich habe die Metzelei satt und laufe über ... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939-1945). Eine Dokumentation (Kasseler Quellen und Studien. Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel, Bd. 6), Fuldabrück 1985, Verlag Hesse, 270 Seiten, DM 19,80.

»Es gibt keine Geschichte der Desertion und der Deserteure ...«, kommentierte Bodo Scheurig in Heft 4/1979 der »Frankfurter Hefte« das annähernd vollständige Fehlen jeglichen Quellenmaterials, das Licht in das Dunkel der Beweggründe hätte geben können, warum der *»gemeine Mann«* – Hauptakteur der Desertionen – fahnenflüchtig wurde. Jetzt ist erstmals in der Nachkriegsgeschichtsschreibung über Soldaten ein solcher Versuch unternommen worden. Die Aufarbeitung einer *»Geschichte der Desertion und Deserteure«* nahm bereits 1981 in einer Debatte in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung ihren Anfang. Es ging dort angesichts der Ehrung des Widerstandes der Männer des 20. Juli 1944 um die Frage, inwieweit der vereinzelten *»kleinen Leute«* gedacht werden könne, die keine andere Möglichkeit als den passiven Widerstand durch Fahnenflucht vor Augen sahen. Im Anschluß an diese Debatte beschloß die Stadtverwaltung Kassels Anfang dieses Jahres, im Ehrenmal der Stadt eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Soldaten des Zweiten Weltkrieges anzubringen, *»die in der Fortführung des Krieges keinen Sinn mehr sahen und dafür verfolgt, eingekerkert oder getötet wurden«*. Zu einer namentlichen Benennung aller Kriegsgegner konnte sich die von der SPD dominierte Stadtverwaltung leider nicht durchringen.
Die Dokumentation Jörg Kammlers berücksichtigt nicht nur Deserteure, sondern auch Bibelforscher, Menschen, die nur augenblicklich aufbegehrten, Kriegsverräter, Spanien-

kämpfer und die Männer des 20. Juli. Ihnen ist jeweils ein Kapitel mit sich anschließendem umfangreichen Quellenmaterial gewidmet. Die Auswahl richtet sich dabei nicht nach der Schwere oder Härte des Schicksals, sondern beschränkt sich auf die Herkunft der Personen aus der Stadt Kassel. Von den 114 Menschen, von denen der Band berichtet, wurden 26 zum Tode verurteilt und 17 davon hingerichtet; 16 Menschen kamen auf andere Weise ums Leben.

In dem den Deserteuren gewidmeten Kapitel stellt Kammler die These auf, daß der politisch bewußte, dem illegalen Arbeiterwiderstand verbundene Kommunist eine ähnliche Ausnahme darstellte wie jene Soldaten, die sich dem aktiven militärischen Kampf gegen das Regime anschlossen. Sich gegen die propagandahörige oder durch die Kameradschaft der Truppe gebundene Mehrheit zu stellen, erforderte, so Kammler, ein hohes Maß an Eigenständigkeit, Unangepaßtheit oder nicht verschütteter Wahrnehmungsfähigkeit für das Unrecht des Krieges. Schaut man sich die dem einleitenden Text nachfolgenden Kurzbiographien und Dokumente an, so entnimmt man neun dieser Biographien, daß die Verurteilten entweder durch die Eltern politisch vorbelastet waren, sie sich einer Widerstandsgruppe angeschlossen hatten oder ihre Ablehnung des Waffendienstes christlicher Gesinnung entsprang. Von weiteren sieben Betroffenen hatte einer buchstäblich *»keine Lust«*, einem war jegliche Form von *»kasernierter Existenz«* zuwider, einige wollten den Angehörigen in der Heimat beistehen, andere nannten subjektive menschliche Gründe. In den restlichen 18 Kurzbiographien findet sich keine Begründung für Fahnenflucht. Die Dokumente widersprechen damit Kammlers Behauptung, daß der *»gemeine Mann«* im Widerstand nicht politisch bewußt gehandelt habe. Obendrein setzt die genannte Eigenständigkeit schon ein Maß an reflektiertem und widerstandsfähigem Ich voraus, das in einer Gemeinschaft, die das Ich absorbierte, zur Voraussetzung politischen Handelns werden konnte. Kammler entnimmt seine Quellen u.a. den Entschädigungsakten der Kasseler »Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte«. Interessant ist nun, daß in den Wiedergutmachungsverfahren der Nachkriegszeit nur wenige der verfolgten Soldaten als Opfer des Regimes anerkannt wurden. Die Wiedergutmachungsbehörden gingen dezisionistisch von der rechtlichen Unanfechtbarkeit der kriegsgerichtlichen Urteile und Strafen aus und mißbilligten noch im Nachhinein die bestraften Handlungen. Die Betroffenen mußten vor der Wiedergutmachungsbehörde ihre politische Verfolgung ausführlich nachweisen.

Kammler zitiert zudem mehrmals Fälle, wo trotz der Kapitulation und der von den Besatzungsmächten verfügten vollständigen Demilitarisierung die Tätigkeit der deutschen Militärgerichtsbarkeit keineswegs beendet war. Ein Deserteur, Alfred Gail, wurde wegen Desertion noch einen Tag nach der Gesamtkapitulation der Wehrmacht vor ein Kriegsgericht gestellt und am 10. Mai 1945 hingerichtet; am 27.4.1946 wurde ein Urteil wegen Desertion noch bis Ende 1947 zur Bewährung ausgesetzt! Kammler hält fest, daß die Zahl und die Härte der Verurteilungen mit Kriegsende zunahm.

Ein weiteres wichtiges Kapitel in Kammlers Dokumentation berichtet über die Spanienkämpfer und die sogenannten »Bewährungseinheiten« wie die Feld- und Ersatzeinheit 500, das Strafbataillon 999 und die berüchtigte Einheit Dirlewanger. Außer in der DDR ist bislang über die Geschichte der »999er« nicht viel publiziert worden. Feinden und Opfern der Diktatur wurde die *»Wehrwürdigkeit«* bedingt rückerkannt, damit sie sich im Kampf *»bewährten«*. Dieses Vorhaben gelang zum größten Teil schon deshalb nicht, da die Strafgefangenen der Bewährungseinheiten vorwiegend politische Gefangene waren, die trotz Repressalien illegale Zirkel bildeten und Kontakte zur Zivilbevölkerung wie auch zu den Be-

freiungsbewegungen der besetzten Gebiete herstellten. Erlebnisberichte ehemaliger »999er« schließen das Kapitel ab.
Das letzte Kapitel berichtet über den Widerstand des 20. Juli, worauf näher einzugehen unnötig ist, da über diese 'etablierte' Widerstandsbewegung schon genügend geschrieben wurde; viel Neues hat Kammler auch nicht hinzuzufügen.
Ein Manko der Dokumentation besteht darin, daß das Leiden der Frauen bzw. Familien der Widerständler kaum Beachtung findet, obwohl gerade auch diese infolge der Sippenhaft enormen Repressalien ausgesetzt waren. Wenn einerseits der *»gemeine Mann«* nicht so reibungslos in Hitlers Kriegsmaschinerie funktionierte, wie es die Propaganda der Nazis glauben machen wollte, andererseits der politisch bewußte Arbeiterwiderstand die Ausnahme gegenüber dem gros von Widerstandsmotiven – Alltagssorgen, Familien- und Lebensversorgung, wirtschaftliche Probleme – des *»kleinen Mannes«* war, so hätte ein Bezug hergestellt werden müssen zwischen Herkunft und Umfeld des *»kleinen Mannes«* und den Beweggründen, die ihn zur Desertion bewogen.
Kammler hat umfangreiche Archivalien durchforstet; davon zeugen die vielen Quellen und Dokumente, die Ungeheuerlichkeiten ans Licht bringen wie Nachkriegsgerichtsverhandlungen und -urteile über Deserteure und die beleidigenden Untersuchungsverfahren der Wiedergutmachungsbehörden. Das ist sein Verdienst. Er hat es jedoch unterlassen – möglicherweise um den Eindruck einer wertenden Rangordnung zu vermeiden –, die einzelnen Schicksale nach Motiven und Beweggründen zu befragen.

(Thea A. Struchtemeier)

Gerhard Paul, »Deutsche Mutter – heim zu Dir!« Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 bis 1945, Köln 1984, Bund-Verlag, 434 Seiten, DM 39,80.
Ralph Schock (Hrsg.), Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungskampf 1935, Berlin/Bonn 1984, Verlag J.H.W. Dietz, 360 Seiten, DM 29,80.
Theodor Balk, Hier spricht die Saar. Ein Land wird interviewt, mit einem Nachwort von Ralph Schock, St. Ingbert 1984, Werner J. Röhrig Verlag, 176, XVI Seiten, DM 18,–.

Der Versailler Friedensvertrag von 1919 umfaßte u. a. das sogenannte »Saarstatut«, demzufolge das Saarland für fünfzehn Jahre als eigenständige politische Region konstituiert wurde. In dieser Zeit wurde die Regierungsgewalt einer vom Völkerbundsrat zu ernennenden fünfköpfigen Regierungskommission übertragen. Nach Ablauf der fünfzehn Jahre sollte die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über die Zukunft des Saarlandes entscheiden; die Möglichkeiten, die sich anboten, waren: Beibehaltung der Völkerbundsverwaltung, Angliederung an Frankreich oder Rückkehr zu Deutschland. Bis zum Januar 1933 war es, abgesehen von einer kleinen Minderheit, für alle entscheidenden politischen Kräfte und Parteien, gleich ob links oder rechts orientiert, keine Frage, daß das Saarland wieder Bestandteil des Deutschen Reiches werden würde. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten sollte sich die Frage neu stellen; in den zwei Jahren bis zur Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 hatte das Nazi-Regime mit seinen politischen Verfolgungen, seinem Antisemitismus, seinen Konzentrationslagern und seinen Bücherverbrennungen deutlich

gemacht, was von ihm zu erwarten war.
Bei den letzten Wahlen vor der Volksabstimmung, den Landesratswahlen vom März 1932 erhielten das katholische Zentrum 43,2% der Stimmen, die KPD 23,2%, die SPD 9,9% und die NSDAP 6,7%. Im August 1933 erklärte der sozialdemokratische Parteivorsitzende Max Braun, daß *»die Saar niemals zu Hitlerdeutschland zurückkehren«* dürfe; noch im Frühsommer 1934 ging die KPD mit einer angesichts der realen Machtverhältnisse in Deutschland eigenartig absurd klingenden Forderung nach einer *»roten Saar im roten Rätedeutschland«* hausieren. Im Juli 1934 fanden sich die beiden Arbeiterparteien zu einer Einheitsfront zusammen, die in den noch verbleibenden Monaten für den »Status quo«, d. h. für die Beibehaltung der Völkerbundsverwaltung agitierte. Am 13. Januar 1935 schritten die Saarländer(innen) zur Tat: 90,8% sprachen sich für die von der nationalsozialistischen »Deutschen Front«, der sich auch die kleineren bürgerlichen Parteien angeschlossen hatten, propagierte Rückkehr zum damals schon anvisierten »Großdeutschen Reich« aus, nur 8,8% plädierten für den »Status quo« und 0,4% für den Anschluß an Frankreich.
Gerhard Paul ist in seiner instruktiven Arbeit den Voraussetzungen und Motiven nachgegangen, die *»hinter den großen ideologischen Forderungen der gegnerischen Fronten als stumme Kräfte wirksam wurden und ein Handeln nach Gesetzen politischer Vernunft auf der Höhe der Zeit verstellten«*. Die erhoffte Resistenz des katholischen Milieus und seitens der Arbeiterorganisationen erwies sich angesichts der Massenpropaganda und des Terrors der »Deutschen Front«, die zudem von den Saarindustriellen und der katholischen Obrigkeit unterstützt wurde, als nicht durchsetzungsfähig. Die grundlegenden *»Erfahrungen der 'großen Krise' am Vorabend des Abstimmungskampfes, die einmütige Ablehnung des aufgezwungenen Völkerbundregimes und autoritäre Persönlichkeitsmuster ... (die) eine autoritär-faschistische Lösung zumindest begünstigten«* verbanden sich stattdessen mit dem *»starken Wunsch nach Verortung in der Nation«*. Auch der Versuch, trotz der inneren Zersplitterung und Erosion des linken Lagers eine antifaschistische Gegenöffentlichkeit herzustellen, konnte diesem Wunsch nach Geborgenheit in dem als Heimat empfundenen Deutschland nichts Effektives entgegensetzen.
In den letzten Monaten des Jahres 1934 hatten sich zahlreiche linke, besonders der KPD zugehörige oder nahestehende Intellektuelle in den Auseinandersetzungen um die anstehende Volksabstimmung engagiert. Erich Weinert, Gustav Regler, Arthur Koestler, Manès Sperber hielten sich zeitweise im Saarland auf, viele andere sprachen sich für den »Status quo« aus. Von dem Engagement dieser und zahlreicher anderer Autoren zeugen die Texte, die Ralph Schock, unterteilt in drei Kapitel (Impressionen, Prognosen, Propaganda; Analysen, Interpretationen, Kommentare; Erinnerungen), in seiner Dokumentation zusammengefaßt hat.
Mitte des Jahres 1934 hatte Theodor Balk mit den Recherchen für seine bereits Ende des Jahres in vier verschiedenen Ausgaben (Sowjetunion, England, Schweiz, Saarland) vorliegenden Reportage »Hier spricht die Saar« begonnen. Balk, 1900 im heutigen Jugoslawien geboren, war 1929 nach Berlin gekommen, wo er sich der KPD und dem dieser zugehörigen »Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« anschloß. Nach der Emigration 1933 hielt er sich zeitweise in der Tschechoslowakei und in Frankreich auf, beteiligte sich später am Spanischen Bürgerkrieg, wurde danach in Frankreich interniert, emigrierte weiter nach Mexiko, kehrte 1945 nach Jugoslawien zurück und lebte schließlich, nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin, seit 1948 in der Tschechoslowakei, wo er im März 1974 starb.
Theodor Balk hatte in den wenigen Wochen, die ihm für seine Reportage geblieben waren, mit Vertretern aller Gesellschaftsschichten und politischen Organisationen gesprochen,

mit Kommunisten und Sozialdemokraten, mit Katholiken und Faschisten, mit Arbeitern, Bauern, Gewerkschaftern, Industriellen und Ministern. Eine Entscheidung für den »Status quo«, ein Sieg über Hitler, so nicht nur seine Hoffnung, hätte der Anfang vom Ende des nationalsozialistischen Regimes sein können. *»Verlaßt euren friedlichen Alltag. Denn es ist Krieg«*, forderte Balk am Ende seiner Reportage; eine Forderung, die auf taube Ohren stieß. Die Saarländer(innen) erwiesen sich als gute Deutsche: Nationale Mythen behaupteten sich wieder einmal gegen den ungetrübten Blick auf soziale Realitäten.

Wolfgang Braunschädel

Candace Falk, Love, Anarchy & Emma Goldman. A Biography, New York 1984, Holt, Rinehart and Winston, 603 Seiten, US $ 25,– (eine deutschsprachige Übersetzung dieser Biographie erscheint 1986 im Karin Kramer Verlag, Berlin zum Preis von ca. DM 48,–).

Die meisten der in dieser Neuerscheinung beschriebenen Begebenheiten aus dem politischen Leben der Anarchistin und Feministin Emma Goldman sind aus ihrer umfangreichen Autobiographie 'Living my Life' (New York 1931; deutsch im Karin Kramer Verlag: Gelebtes Leben, 3 Bde., Berlin 1980) einem breiten Publikum bereits bekannt.
Emma Goldman wurde 1869 in einer verarmten jüdischen Familie geboren und verlebte eine unglückliche Kindheit in der Provinz Kurland, in Königsberg und St. Petersburg. 1885 emigrierte sie in die USA (Rochester, New York), wo sie sich ihren Lebensunterhalt als Arbeiterin verdiente und Veranstaltungen deutscher Sozialisten und Anarchisten besuchte. Die Haymarket-Affäre (1886) sowie der Einfluß von Johann Most förderten die Ausprägung ihrer anarchistischen Weltsicht. Ab 1889 betrachtete Emma Goldman sich bereits als überzeugte Anarchistin und verbrachte die nächsten 30 Lebensjahre in den USA mit mündlicher und schriftlicher Propagandaarbeit. Sie publizierte eine Zeitschrift, schrieb zahlreiche Artikel und Pamphlete und unternahm Agitationsreisen durch die USA. Als 'Red Emma' wurde sie zur prominenten und gefürchteten Vertreterin des amerikanischen Anarchismus. Während des 1. Weltkriegs eskalierten Zensur- und andere Repressionsmaßnahmen gegen Emma Goldman und gipfelten schließlich in ihrer Deportation in die Sowjetunion im Jahr 1919. Desillusioniert von der sowjetischen Entwicklung und den Resultaten der Oktoberrevolution, in die sie große Erwartungen gesetzt hatte, verließ sie 1921 die Sowjetunion, verbrachte einige Jahre als unwillkommene Emigrantin in verschiedenen europäischen Ländern und ließ sich dann in Südfrankreich nieder. Den Kampf für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele gab sie auch nach ihrer Ausweisung aus den Vereinigten Staaten niemals auf und blieb der internationalen anarchistischen Bewegung bis zu ihrem Lebensende 1940 verbunden.
Die Goldman-Biographen Drinnon (Rebel in Paradise, Chicago 1962) und Shulman (To the Barricades. The Anarchist Life of Emma Goldman, New York 1971) haben sich vor allem mit der politischen Figur Emma Goldman befaßt, während die kürzlich erschienene Arbeit von Alice Wexler (Emma Goldman. An Intimate Life, New York 1984) den Hauptakzent auf das Privatleben Emma Goldmans setzt. Mit der Arbeit von Falk liegt seit Drinnons 'klassischer' Biographie seit mehr als zwanzig Jahren wieder eine vollständige Lebensgeschichte Emma Goldmans vor.
Emma Goldman selbst hat sich in ihrer Autobiographie nicht nur als politische Persönlichkeit porträtiert, sondern auch ihrem Privatleben vergleichsweise breiten Raum gewidmet und für damalige Verhältnisse recht freizügig über ihre Freundschaften und Liebesbe-

ziehungen berichtet. Es hätte ihrer Auffassung von Anarchismus widersprochen, das Privatleben völlig den Erfordernissen einer politischen Karriere zu opfern; statt dessen trat sie für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen privatem Glück und dem Leben für die anarchistische Bewegung ein. Wie Candace Falk anhand ausführlicher Zitate aus Emma Goldmans Privatkorrespondenz nachweist, hat sie diesen Anspruch für sich selbst nur selten verwirklichen können. Ihre privaten Briefe offenbaren seelische Probleme, die viel tiefere Krisen auslösten, als sie in ihrer Autobiographie zugab; das volle Ausmaß ihres persönlichen Glücks und Leids hat sie ihren zeitgenössischen Lesern bewußt verschwiegen und die Publikation der entsprechenden Dokumente zu ihren Lebzeiten tatkräftig verhindert.
Den Schlüssel zu einem komplexeren, neuartigen Verständnis der bisher vorwiegend als unermüdliche Kämpferin und selbstsichere Propagandistin bekannten Emma Goldman, deren Emotionen allenfalls eine sekundäre Rolle spielten (ein Mythos, zu dessen Verbreitung sie selbst viel beigetragen hat), liefert ihre Korrespondenz mit ihrem langjährigen Liebhaber und Manager Ben Reitman, einem amerikanischen Arzt und früheren Wanderarbeiter.
Es mutet geradezu abenteuerlich an, wie die Verfasserin zu diesen Dokumenten kam. Als Mitte der siebziger Jahre unter amerikanischen Feministinnen eine Emma Goldman-Modewelle ausgebrochen war und T-Shirts mit ihrem Konterfei getragen, Töchter und Hunde nach ihr benannt wurden, brachte Candace Falk beim Besuch eines Freundes in Chicago das Gespräch zufällig auf Emma Goldman. Der Bekannte erzählte ihr, daß er vor einigen Jahren im Dachgeschoß eines Nachbarhauses zahlreiche Briefe Emma Goldmans gefunden und an sich genommen habe. Dabei handelte es sich um Hunderte von Privatbriefen an Ben Reitman, dem das betreffende Haus früher gehört hatte. Bis dahin hatte Falk sich lediglich peripher mit Arbeit und Leben Emma Goldmans befaßt. Nach der Lektüre ihrer Privatbriefe und überrascht durch deren depressiv-resignativen Ton, der so wenig zum bekannten Bild von der kämpferischen 'Roten Emma' zu passen schien, beschäftigte sie sich immer intensiver mit der Privatperson Emma Goldman. Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis des Versuchs, Emma Goldmans politisches und privates Leben vollständig zu rekonstruieren und dabei die willensstarke Politikerin mit der emotional verunsicherten Geliebten in Einklang zu bringen. Dabei entdeckte Falk in Emma Goldmans Leben häufig wiederkehrende Verhaltensmuster, die von zwei zentralen Punkten – Liebe und Anarchie – gesteuert wurden.
Trotz intensiver Archivarbeiten der Verfasserin in Europa und den USA sind sicher viele Briefe Emma Goldmans bisher unentdeckt geblieben. In Ergänzung zu der bisher verfügbaren Korrespondenz interviewte die Autorin alte Freunde und Zeitgenossen von Emma Goldman. Ihre anarchistischen Gefährten haben in ihren eigenen Lebenserinnerungen die Rolle Reitmans in Emma Goldmans Leben bewußt unterminiert, einerseits weil sie ihn weder menschlich noch als politische Figur akzeptierten, andererseits weil sie glaubten, durch allzu starke Betonung des Privaten der Sache des Anarchismus zu schaden. Emma Goldman selbst hatte sich zwar zu Lebzeiten vehement einer Veröffentlichung ihrer Briefe an Reitman widersetzt, andererseits aber mit deren Publikation nach ihrem Tod gerechnet, denn sie versah alle Briefe mit genauen Daten und deponierte persönlich einige Stücke aus dieser Korrespondenz im Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
Candace Falk hat in dieser Biographie nicht nur bisher unbekannte Seiten der Persönlichkeit Emma Goldmans beleuchtet, sondern hat im Umgang mit sensiblem Quellenmaterial viel Taktgefühl bewiesen, so daß sich die Leser nicht wie Voyeure fühlen müssen.

Beate Fieseler

Eileen Power, Als Adam grub und Eva spann, wo war da der Edelmann? Das Leben der Frau im Mittelalter, Berlin 1984, Karin Kramer Verlag, 142 Seiten, DM 18,–.
Eva Schirmer, Mystik und Minne. Frauen im Mittelalter, Berlin 1984, Elefanten-Press, 160 Seiten, DM 19,80.
Edith Ennen, Frauen im Mittelalter, München 1984, Beck Verlag, 300 Seiten, DM 39,80.
Peter Ketsch, Frauen im Mittelalter. Quellen und Materialien, Band 1: Frauenarbeit im Mittelalter, Band 2: Frauenbild und Frauenrechte in Kirche und Gesellschaft, hrsg. von Annette Kuhn, Düsseldorf 1983/1984, Schwann-Bagel, 365 und 436 Seiten, DM 32,– und 36,–.
Gunnar Heinsohn / Otto Steiger, Die Vernichtung der weisen Frauen, Herbstein 1985, März Verlag, 366 Seiten, DM 29,80.

»Das Weib ist bitterer als der Tod« (Malleus Maleficarum, 1487)
Im Gegensatz zur traditionellen Geschichtsschreibung, die Frauen zumeist einen Platz in der Komparserie zuweist, bemüht sich seit einigen Jahren eine hauptsächlich von Historikerinnen geleistete Forschung um die »vergessene« Geschichte des weiblichen Teils der Menschheit. Gerade weil aber Frauen ihr Leben und ihre Umwelt nicht in gleichem Maße wie die Männer mitgestalten konnten, muß ihre Geschichte aus der »allgemeinen« Geschichte herausgefiltert werden. In verstärktem Maße rückten Mitte der siebziger Jahre feministische Historikerinnen besonders das Thema *»Hexen und Hexenverfolgung«*, das als Bezugsgröße in ihrem eigenen Kampf für die gesellschaftliche Befreiung der Frau eine neue Renaissance erlebte, in das Licht der Öffentlichkeit. Das Interesse von Frauen, sich ihrer Geschichte zu erinnern, setzte sporadisch aber schon früher ein. Der Karin-Kramer Verlag veröffentlichte vor kurzem Eileen Edna le Poer Powers schon in den zwanziger Jahren begonnene Materialsammlung über das städtische und ländliche Alltagsleben der Frauen im Mittelalter, die sie aufgrund ihres unerwarteten Todes nicht mehr zu einer Studie ausarbeiten konnte. Ihr Mann stellte das Buch aus Vortrags- und Rundfunkaufzeichnungen zusammen. Eileen Power beschränkte ihre Untersuchungen auf den englisch- und französischsprachigen Raum und legte den Schwerpunkt auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Stellung der Frau im Zeitraum vom 12. bis 16. Jahrhundert. Im Eingangskapitel skizziert sie Ursprung und Entwicklung der Ideen, die das Mittelalter zu Frauen formulierte. Was als zeitgenössisches mittelalterliches Denken galt, entsprang zwei Quellen: der Kirche und dem Adel. Dies bedeutete, daß das Bild der Frau von gesellschaftlichen Kräften geprägt wurde, die gesamtgesellschaftlich nur einen geringen Teil der Bevölkerung ausmachten und die am allerwenigsten mit der überwiegenden Mehrheit der Frauen zu tun hatten. Es folgen Abschnitte über Adel und Großbürgertum, Arbeitswelt, Erziehung und Klöster. Eileen Power sieht eine freiere Stellung der Frau im Mittelalter in Abhängigkeit von der Schicht- und Ortszugehörigkeit sowie des Famlienstandes. Eine freiere Stellung resultierte einerseits aus einem höheren Bildungsniveau, andererseits aus der Übernahme von Verantwortung, was nur für adelige Frauen bzw. Bürgerfrauen infrage kam; ledige Frauen und Witwen waren im Recht der Besitzverwaltung dem Mann ebenbürtig. Frauen der Unterschichten dagegen errangen sich ihre Gleichberechtigung durch die Arbeit, in der sie dem Mann gleichgestellt waren. Letztlich wurde das wirtschaftliche Leben von Männern geregelt, den Vätern, Ehemännern oder den von Männern verwalteten Zunftordnungen.
Die sicherlich nicht allzu differenzierte Darstellung (so vermisse ich die Problematik der

Hexenverfolgungen sowie die Erwähnung damaliger Alltagsvorstellungen und -mythen) – ein Anspruch, den sich die Autorin laut Vorwort auch gar nicht stellt – schließt mit einem Sachregister und einer im Thema weiterführenden Bibliographie englisch- und deutschsprachiger Literatur. Eileen Powers Text eignet sich als Einführungslektüre und bietet einen ersten kurzen Überblick über die vielfältigen Lebensweisen von Frauen im Mittelalter, ohne dabei – wie häufig in der Literatur anzutreffen – die Frauen der unteren Schichten auszugrenzen.

Eva Schirmers »*Mystik und Minne*« setzt offensichtlich die Tradition der seit den siebziger Jahren entwickelten feministischen Wiedererweckungsgeschichtsschreibung fort, die darauf abzielt, sich selbst in der Geschichte zu entdecken; dabei wird Eva Schirmer zwischenzeitlich auch bekennerhaft persönlich. Ausgangspunkt für Schirmers Beschäftigung mit dem Thema war die Frage, welche Rolle die Kirche im Laufe der Geschichte in bezug auf Unterdrückung oder Befreiung von Frauen spielte. Nicht wirtschaftliche Interessen haben ihrer Meinung nach zu Hexenverbrennungen geführt, sondern die Verschränkung von Ökonomie, Ideologie und politischer Macht. Vom Ende des Vernichtungsprozesses her gesehen sieht sie die mittelalterliche Frauenbewegung als gescheitert an. Einer kurzen Einleitung in die allgemeine wirtschaftliche Situation im Mittelalter folgen Eva Schirmers Frauenlob sowie ihre Abrechnung mit den Kirchenvätern, wobei immer krampfhaft versucht wird, etwaige wirtschaftliche Ursachen hinsichtlich der Tendenz, den Machtbereich der Frauen immer mehr einzuschränken, zu umgehen. Schirmer behauptet, daß in den Städten Frauen fast alle Berufe erlernen und ausführen konnten und die Bezahlung der der Männer gleichwertig war. Andererseits wurden Frauen seltener in Steuerlisten geführt, d. h. daß sie keinem Haushalt vorstanden und somit nicht selbständig arbeiteten oder lebten. Der Widerspruch zwischen rechtlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit bleibt ungeklärt. Die Angst der mittelalterlichen Männer um Arbeitsplätze, die Zunftbeschränkungen für Frauen werden keiner Erklärung (z. B. Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt) für würdig erachtet. Diese Art einer unmöglichen Argumentation mit Behauptungen setzt sich in der Arbeit weiter fort. Immer wieder darf der Leser Verbindungslinien und Schlußfolgerungen selbst ziehen, die für das Verständnis der Behauptungen aber von Wichtigkeit sind. Die Antwort der Frauen des Mittelalters auf ihre soziale Lage, konstatiert Schirmer weiterhin, sei ihr Andrang ins religiöse Leben gewesen; die Antwort sei somit sozial und religiös. Was dabei nun das Religiöse und Soziale ist, bleibt unbeantwortet. Verschwiegen wird die Vorinformation, daß der mittelalterliche Jungfrauenkult eine größere gesellschaftliche Achtung wie auch eine bevorzugte Behandlung im Jenseits versprach. Das bedeutet, daß der Nonnen-, Kloster- oder Beginenboom eher dem Wunsch nach persönlichem Machtstreben entsprach und sei es nur, um zumindest an der Himmelsmacht zu partizipieren. Daß Jenseitsvorstellungen aber gesellschaftlich, d. h. auch sozial projiziertes Wunschdenken sind, haben auch schon andere Denker behauptet. Eva Schirmer konzentriert sich in ihrer Arbeit auf den Zeitraum vom 11. bis 17. Jahrhundert. Quellen sind wohl angegeben, aber zum größten Teil offensichtlich weder im Original gelesen noch im Original zitiert; zitiert wird aus Sekundärliteratur. Das Bild der arbeitenden unselbständigen Frau bleibt unterrepräsentiert. Das liegt wohl daran, daß sich Schirmers Untersuchung auf den theologischen Sektor beschränkt, in dem die Frauenbewegung eine religiöse war und im Nonnenwesen mündete, dessen Anhängerinnen zumeist der Adelsschicht entstammten.

Ein völlig anderes Niveau zeigen die Bücher von Edith Ennen und Peter Ketsch. Edith Ennens »*Frauen im Mittelalter*« umfaßt einen äußerst großen Zeitraum, der Frankreich, Italien und Deutschland vom 6. bis 16. Jahrhundert einschließt. Das Hauptgewicht der Arbeit

liegt auf der Darstellung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung. Ennen zeigt auf, daß es Ansätze zu weiblicher Emanzipation nur innerhalb der dünnen Adelsschicht des 10. Jahrhunderts gab. Durch den Aufstieg der Städte sei die Frau dem Mann wirtschaftlich gleichrangig geworden. Eine bürgerliche Freiheitsbewegung, die politische Ziele verfolgte, habe es unter den Frauen in den mittelalterlichen Städten nicht gegeben, im Gegensatz dazu aber eine starke weibliche Frömmigkeitsbewegung. Nach Ennen hätten die Frauen aber auch keine politische Verantwortung erstrebt, denn – und hier wiederholt sie leider das Klischee der gefühlsbetonten Frau – die Frau lebe eher aus der Emotionalität heraus. Dem ist entgegenzuhalten, daß die religiösen Forderungen der Frauen (z. B. nach Frauenklöstern) nur schwerlich von politischen Forderungen zu trennen waren. Mangelnde Beteiligung der Frau am politischen Leben hängt wohl eher mit dem massiven Widerstand einer patriarchalisch organisierten Gesellschaft zusammen. Die Arbeit der Autorin zeugt von einem umfangreichen Detailwissen, insbesondere über das mittelalterliche Stadtwesen. Am Schluß des Buches finden sich ein umfangreiches Personenregister sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis für den mißtrauischen und neugierigen Leser.

Mindestens genauso hervorzuheben ist die umfangreiche, kommentierte Dokumentation zum Thema Frauen im Mittelalter von Peter Ketsch. Was seine Arbeit so spannend macht, sind die Quellentexte, an denen man sich festlesen kann sowie die den bisherigen Diskussionen entgegengesetzten, kontroversen Thesen. So läßt sich nach Ketsch die These von der gleichberechtigten Stellung der Frau in den Handwerkszünften nicht aufrechterhalten. Der bisher behauptete Frauenüberschuß im Mittelalter wird infragegestellt, die angenommene gleichberechtigte Erwerbstätigkeit beruht auf einer Fehleinschätzung; zudem bestanden erhebliche Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Der erste Band bezieht sich auf Frauenarbeit im Mittelalter im deutschen Sprachraum in der Zeit bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Der Autor bedauert, daß er keine gleichwertigen Materialien für die verschiedenen weiblichen Arbeitsbereiche bereitstellen konnte, da kaum geeignetes Quellenmaterial über die alltäglichen Betätigungen von Frauen in bäuerlicher und städtischer Hauswirtschaft zur Verfügung stünden. Interessant ist das Kapitel über Gesundheit und Fürsorge. Bis ins hohe Mittelalter war die Heilkunst das Betätigungsfeld der Frauen, auch noch, als sich langsam der Ärztestand herausbildete. Die Herausdrängung der Frauen aus dem ärztlichen Betätigungsfeld und schließlich die grausame Verfolgung der weisen Frauen in den Hexenverfolgungen stand in engem Zusammenhang mit dem Eindringen der antiken medizinischen Tradition, die weniger auf praktischen Erfahrungen als auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaute. Reste antiker medizinischer Tradition vermochten sich nach dem Niedergang des Römischen Reiches vor allem in den damaligen Klöstern zu erhalten. Die Klostermedizin erbrachte für den mitteleuropäischen Raum erstmals eine starke männliche Beteiligung am Heilwesen. Ihr Kenntnisdefizit versuchten die Ärzte durch Auskünfte bei den Hebammen zu erweitern, die dazu aber nicht immer bereit schienen. Die Auskunftspflicht wurde deshalb in die Hebammenordnung mit aufgenommen. Parallel zu dem Eindringen des Mannes als Arzt in den Bereich der Geburtshilfe schränkte man auch die ausgiebigen Frauenfeste im Zimmer der Wöchnerin ein. Ein weiterer Bereich weiblicher Identitätsbildung wurde den Frauen somit entwunden.

Der zweite Band umfaßt zeitlich das gesamte Mittelalter und greift auch auf antike Quellen zurück. Er bezieht sich nicht nur auf den deutschsprachigen, sondern den gesamten mitteleuropäischen Raum, das übrige katholische Abendland und Vorderasien. Besondere Schwerpunkte liegen auf den Aspekten des Frauenbildes und der rechtlichen Stellung der Frau. Hervorheben möchte ich das Kapitel über das Frauenbild in der Märendichtung, in

der sich selten uneingeschränkt positive Frauendarstellungen finden lassen. Innerhalb dieser Schwankerzählungen (1250-1500), die häufig das Thema Ehebruch behandeln, ist ein Normenwandel ersichtlich. Der Frau wird einerseits ein Recht auf die eheliche Treue des Mannes zugestanden, andererseits findet weiblicher Ehebruch seine moralische Entschuldigung wegen der rüden Sitten des Mannes. Nicht aber die moralischen Implikationen sind zentrales Anliegen der Mären, sondern die List der Frauen, der die Männer kaum etwas entgegenhalten können. Zusätzlich findet sich in den Quellen ein ungemein belustigendes Arsenal mittelalterlicher weiblicher Flüche. So werden dem Schlaf zuneigende Männer von den *»Hübschen«* mit *»der verdammte Mehlsack«* und *»du Weinschlauch«* tituliert. Zusätzlich finden sich in Ketschs Arbeit Informationen über das Nonnen- und Beginentum. Frauen blieben während des gesamten Mittelalters von der kirchlichen Hierarchie in kirchenrechtlicher Hinsicht ausgeschlossen. Eine Alternative zum Nonnenwesen, dem wegen der angestrebten klösterlichen Besitzvermehrung fast nur adelige Frauen angehören konnten, bildeten die freien Frauengemeinschaften, z.B. der Beginen.
Im Anhang beider Bände findet sich jeweils eine themenspezifische Bibliographie mit Sachregister. Bei solch einem komplexen Opus wäre es allerdings angebracht gewesen, am Ende ein thesenförmiges Resümee zu erstellen, um die Ergebnisse festzuhalten.
Gunnar Heinsohn und Otto Steiger intendieren mit ihrer Untersuchung über *»Die Vernichtung der weisen Frauen«* nicht unbedingt eine historische Analyse,, sondern sie nehmen die Hexenverfolgungen, die ein Phänomen der Neuzeit sind, zum Anlaß, um Bevölkerungsgeschichte als Bevölkerungspolitik bereiflich zu machen. In der europäischen Neuzeit wird die Entscheidung zur Fortpflanzung der einzelnen Frau entzogen und zum Bestandteil staatlicher Politik; das hat sich bis heute so gehalten.
Die Untersuchung von Heinsohn und Steiger gliedert sich in zwei Bereiche. Im ersten berichten sie über den Zusammenhang von Hexenverfolgung, Menschenproduktion und Bevölkerungswissenschaft. Nicht nur die Hexenverfolgungen beseitigten weitgehend die Geburtenkontrolle, sondern die Vernichtung der weisen Frauen wurde in bewußter bevölkerungspolitischer Absicht von Kirche und Staat inszeniert. Die neuzeitliche Hexenverfolgung war eher ein Nebenprodukt der Geburtenkontrollbekämpfung, der ein rationales Kalkül zugrundelag. Der zweite Teil der Arbeit ist sicher für Pädagogen von Wichtigkeit, stellt er doch den Zusammenhang von Hexenverfolgung, Kinderwelten und Erziehungsproblemen dar. In einer Gesellschaft, in der das Wissen um Contrazeptiva verschwunden war, mußte die Kinderschar, die sich auch versorgt wissen wollte, drastisch ansteigen. Da die Kindestötung bei unerwünschtem Kindersegen längst unter Strafe gestellt wurde, mußten Findelhäuser die Familien ersetzen. Dies geschah aber nicht aus pädagogischem Impetus, sondern die Konzeption der Findelhäuser entsprach bevölkerungspolitischen Interessen. In diesen Häusern überlebten nur wenige Kinder; zudem überstieg die Kindersterblichkeit der Neuzeit die Zahl der Kindestötungen im Mittelalter. Aus der staatlich erzwungenen Menschenproduktion resultierten schließlich die Erziehungsprobleme der Neuzeit.
Die Inquisition der Neuzeit grenzte sich bewußt von der früheren Inquisition gegen die Häretiker ab. Sie richtete sich voll gegen das Schwangerschaftswissen, so daß auch Männer, wenn sie die Kunst der Empfängnisverhütung beherrschten, verfolgt wurden. Bei der Ausrottung der Hexen setzte häufig eine Sippenhaft aufgrund der Annahme ein, daß die Töchter die Mütter um Veranlagung und Wissen beerbten. Der Anteil der verbrannten Frauen an den insgesamt Verfolgten betrug annähernd 80%. In zwei Dörfern in der Eifel blieb jeweils nur eine Frau am Leben. Schon Ende des 16. Jahrhunderts befürchteten einige

Stadträte, daß, wenn man so fortführe, keine Frauen mehr übrig blieben. Auch Friedrich von Spee äußerte sich schon besorgt über den Eifer zur Gerechtigkeit *»bei uns Teutschen«*. Das seit der Antike tradierte Wissen um Bevölkerungskontrolle stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der *»Bevölkerungskatastrophe«*, die um 1360 einen Höhepunkt erreichte und zu einem Arbeitskräftemangel führte. Hier setzte auch die erste regionale Tötung von Hexen in größerer Zahl ein. Die kirchliche Verfolgung entsprang keineswegs religiösem Eifer, sondern dem weltlichen Interesse des Klerus an der *»Wiederbemannung«* seiner Güter. Der Vernichtungsfeldzug gegen die weisen Frauen und ihr Wissen führte auf der einen Seite zum ins staatliche Kontrollsystem integrierten Beruf der Hebamme, die den Schwangeren nicht mehr mit ihrem Heilwissen zur Seite stehen durfte und konnte, auf der anderen Seite zur als *»Engelmacherin«* tätigen Hebamme, die bei der Ausübung ihrer verbotenen Tätigkeit das Leben der werdenden Mütter gefährdete. Die Bevölkerung stieg keineswegs durch die Abnahme von Sterblichkeit, sondern durch die Bekämpfung der Geburtenkontrolle. Mit Bezug auf die heutige Zeit stellen die beiden Autoren fest, daß der Eingriff staatlicher Autoritäten in die Privatsphäre immer noch nicht verschwunden ist. Sie erheben die Forderung, den staatlichen Familienfinanzierungsapparat abzubauen, damit die Vollmacht der Frau über ihren Körper wieder hergestellt werde. Schwangerschaft, Geburt und Aufzucht der Kinder seien keine Spaziergänge, so sagen sie, nach denen sich wirklich freie Frauen jemals gedrängelt hätten. Es gelingt Heinsohn und Steiger aufzuzeigen, daß die Maßnahmen des staatlichen Kampfes gegen die freie Geburtenplanung auch nach dem Verglühen der Scheiterhaufen fast überall auf der Welt in anderer Weise bis heute fortgesetzt werden.

Thea A. Struchtemeier

Wolfgang Schivelbusch, Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München/Wien 1983, Carl Hanser Verlag, 229 Seiten, DM 48,–.

Schivelbusch beginnt seine Abhandlung über die Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert mit der Darstellung der Grundlagen der Beleuchtungstechnologie und beschreibt wichtige Stadien ihrer Entwicklung. Dem Kapitel »Die Lampe« folgen die Abschnitte »Die Strasse« (mit einem »Exkurs: Nachtleben«), »Der Salon« und »Die Bühne«. Schivelbusch beschränkt sich lobenswerterweise nicht nur auf die Aneinanderreihung technischer Fakten und Details und einer deskriptiven Auflistung von Entwicklungsstadien. Die Ausführungen zur Entwicklung der Beleuchtungstechnologie werden vielfach unterbrochen durch Reflexionen über die gesellschaftlichen Implikationen, die die Innovationen auf dem Beleuchtungssektor begleiteten. Diese Vorgehensweise macht Schivelbuschs Arbeit auch für einen nicht primär technikgeschichtlich interessierten Leser interessant. So versucht Schivelbusch die Motive, die zur Anwendung der Möglichkeiten einer entwickelten Beleuchtungstechnologie führten, in ihrer ordnungspolitischen Dimension herauszuarbeiten. Dabei gerät der Widerstand gegen die künstliche Beleuchtung als Überwachungstechnologie ins Blickfeld, dem der Autor besonders im Kapitel »Die Strasse« beträchtlichen Raum widmet.

Daß in Frankreich der absolutistische Staat die Möglichkeiten zur Schaffung von künstlicher Helligkeit forciert nutzte, um in Form der öffentlichen Beleuchtung seine gesteigerten machtpolitischen Ambitionen zu realisieren, verdeutlicht die ordnungspolitische Brisanz der Beleuchtungstechnologie. Schivelbusch zeigt überzeugend die Verwendbarkeit der künstlichen Beleuchtung als Mittel einer effektiveren Herrschaftssicherung auf. Daß

künstliche Lichtquellen als Symbole staatlicher Obrigkeit begriffen wurden, beweist die im 17. und 18. Jahrhundert verbreitete Gewohnheit der Laternenzerstörung, die von Schivelbusch als symbolischer Akt der Herrschaftsauslöschung interpretiert wird. Den fünfzehn Jahre nach der Pariser Kommune diskutierten Vorschlag, die Stadt mittels eines riesigen Sonnenturms total auszuleuchten, versteht Schivelbusch als unbewußten Reflex der Bourgeoisie auf das von ihr traumatisch erlebte Kommune-Ereignis. Das Turmbauprojekt erscheint als Präventivmaßnahme zur Verhinderung eines weiteren revolutionären Aufstands.
Ist die Überlegung, als Antriebskraft zur Entwicklung künstlicher Beleuchtungstechnologien einen Zusammenhang zwischen *»philosophischer Aufklärung«* und *»Licht-Interessen reeller Natur«* zu vermuten, noch als origineller Interpretationsversuch zu akzeptieren, so büßen die vielfach eingestreuten interessanten Fragestellungen und Interpretationsversuche jedoch dadurch an Wirkung ein, daß die Gedankengänge nicht stringent weiterverfolgt werden. Exemplarisch sei hier auf Schivelbuschs Beobachtung hingewiesen, daß in der Französischen Revolution Laternenhalterungen als Exekutionsinstrumente genutzt wurden. Daß in den Pariser Revolutionen und Aufständen des 19. Jahrhunderts das *»Laternisieren«* keine Rolle mehr spielte, wird lapidar vermerkt aber nicht mehr problematisiert oder gar analysiert. In dieser Verfahrensweise entlarvt sich der im Grunde feuilletonistische Charakter der gesamten Arbeit. Die reichhaltigen Illustrationen, die gelegentlich nur einen weitläufigen Themenbezug haben und die Schlußabschnitte »Der Salon« und »Die Bühne« unterstreichen diesen Eindruck. Schivelbusch vergibt die Chance, Material und Thema eine fundierte analytische Dimension abzugewinnen, was aber zugegebenermaßen offensichtlich nicht seine Intention war: folglich verkommt vieles zu *»nichtigen Interessantheiten«*.

Johannes Materna

Hubert Ch. Ehalt (Hrsg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Wien/Köln/Graz 1984, Böhlau, 375 Seiten, DM 44,–.

Als eine auf den österreichischen Diskussions- und Forschungsstand zugeschnittene Beschäftigung mit dem weiten Feld dessen, was seit geraumer Zeit unter den Begriff einer »Geschichte von unten« subsumiert wird, verstehen sich die von Hubert Ch. Ehalt zusammengestellten Beiträge des vorliegenden Bandes. Ehalt selber faßt in seinem einleitenden Text die vielfältigen Aspekte zusammen, die sich zu dem Konzept einer »Geschichte von unten« verdichten, verstanden als *»Umgang mit Geschichte zwischen Wissenschaft, politischer Bildung und politischer Aktivierung«*. Er betont zum einen den grundsätzlichenStellenwert der Öffnung der traditionellen Geschichtswissenschaft für die Ansätze und Fragestellungen der modernen Sozialwissenschaften, benennt andererseits aber auch den Einfluß, den bestimmte *»gegenaufklärerische Tendenzen«* (Neopositivismus, Neobiologismus, funktionalistische Systemtheorien, Strukturalismus, Neomystizismus) im neuen Umgang mit Geschichte gewonnen haben. Als zentrale Kategorien der neuen Forschungsrichtung erweisen sich die Begriffe *»Alltag«* und *»Kultur«*, die im hier gemeinten Kontext beide auf einen radikalen *»Perspektivewechsel von der bloßen Skizzierung objektiver Lebensbedingungen ... zum Verständnis sozialer Wahrnehmungsformen und soziokultureller Verhaltensweisen«* abzielen. Auch wenn die Begrifflichkeit sich vielfach als recht unspezifisch und allgemein erweist, gewinnt das neue Interesse an der Geschichte, die *»Hinwendung zum regionalen, loka-*

len und sozialen Detail« und die damit verbundene *»Suche nach vergangenen und gegenwärtigen Formen des Widerstandes«* im Kontext von Stadtteilarbeit, Aufarbeitung von Betriebsgeschichten, Geschichtswerkstätten und ähnlichen Projekten vielfach auch einen unmittelbaren politischen Stellenwert.
In seinem Beitrag über »Neue Wege in Forschung und Vermittlung von Geschichte« faßt Helmut Konrad die widersprüchlichen Tendenzen, die in der Beschäftigung mit Regional-, Lokal-, Alltags-, Familien- und Frauengeschichte zum Ausdruck kommen, noch einmal zusammen. Gegenüber der *»Sehnsucht nach Geborgenheit, nach ganzheitlichen zumindest teilweise irrationalen, harmonischen Antworten auf die großen weltweiten Konflikte«* beharrt Konrad jedoch auch auf der Möglichkeit, *»mit deutlich konfliktorientierten Geschichtsbildern zwar einerseits den Identifikationsprozeß zu unterstützen, andererseits aber die Harmonie- und Geborgenheitssehnsüchte zumindest auf jenes Maß zu reduzieren, in dem sie nicht mehr Hemmschuh für politische Aktivitäten werden können.«*
In weiteren eher methodisch orientierten Texten befassen sich Helmut Paul Fielhauer mit »Volkskunde als demokratische Kulturgeschichtsschreibung« und Gero Fischer mit »Autobiographische(n) Texte(n) als historische Quelle«. Es folgen schließlich eine ganze Reihe von Beiträgen, in denen jeweils konkrete Arbeits- und Forschungsprojekte vorgestellt und diskutiert werden, u. a. reflektiert Gertrude Langer-Ostrawsky die Möglichkeiten der »oral history« im Kontext einer »Geschichte von unten«. Hervorzuheben bleiben noch die Beiträge von Birgit Bolognese-Leuchtenmüller »Zur Sozialgeschichte einer vernachlässigten Mehrheit«, in dem sie *»die Lebensverhältnisse von Frauen der Unterschicht als Thema für Frauenforschung, Arbeitergeschichte und Alltagsrekonstruktion«* problematisiert und des schwedischen Historikers Sven Lindquist »Grabe, wo du stehst«, in dem er sein Konzept einer von den jeweils Betroffenen selbst zu realisierenden Geschichtsschreibung vorstellt. Abgeschlossen wird der insgesamt einen recht brauchbaren Überblick über Probleme und Fragestellungen zur »Geschichte von unten« liefernde Band mit einigen kürzeren Beiträgen, die sich mit didaktischen Problemen bei der Aufarbeitung und Vermittlung von Geschichte beschäftigen.

Wolfgang Braunschädel

Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983, Siedler Verlag, 272 Seiten, DM 48,–.
Ich bin der Weg. Revolutionäre Flugschriften 1922-1925. Herausgegeben von Theodor Plivier, Reprint im Originalformat mit einem Vorwort von Ulrich Linse, Schlitz 1983, Verlag der Slitese, 50 Seiten, DM 29,–.

Zu den wohl eigenartigsten Erscheinungen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg gehörte in Deutschland das Auftauchen der später so genannten Inflationsheiligen. Ulrich Linse, ausgewiesen durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Anarchismus und zur Jugendbewegung, hat sich in einer trotz schwieriger Quellenlage gut dokumentierten Arbeit dieser Suchenden in unruhiger Zeit angenommen. *»Die Inflationsheiligen«*, schreibt er, *»sind Ausdruck einer millenarischen Strömung, welche in der Weimarer Zeit, insbesondere in den Jahren der Inflation von 1919 bis 1923 und dann wieder in der Depression von 1929 bis 1933 große Bedeutsamkeit gewann. Ein Verständnis der Inflationsheiligen ist nur in den einer solchen Entwicklung zugrunde liegenden Kategorien wie Existenzangst, Katastrophe und chiliastische Hoffnung möglich.«* Im traditionellen Spektrum politischer Parteien und Organisationen sind die Inflationsheiligen und ihre Anhänger nur sehr schwer zu verorten; ihre

Kontakte und Verbindungen reichten von linksaußen bis rechtsaußen. So vereinigte die Kopfleiste des »Stark«, der Zeitung von Leonhard Stark, Hammer und Sichel mit dem Hakenkreuz; Ludwig Haeusser, der zeitweise den ehemaligen Links- und späteren Nationalkommunisten Fritz Wolffheim zu seinen Anhängern zählte, sah offensichtlich keine Probleme darin, gleichzeitig *»Hitler, Ludendorff, Max Hölz, Ehrhardt, Liebknecht als ehrliche, das Beste wollende Männer«* zu achten und Max Schulze-Sölde wandelte sich vom Anarcho-Syndikalisten zum Anhänger linker Nationalsozialisten und erstrebte eine *»Organisation des Religiösen National-Kommunismus«*, um sich schließlich auch mit dem NS-Regime zu arrangieren.

Neben der *»Affinität der Inflationsheiligen zu anarchistischen und linksradikalen Positionen und Gruppen«* und dem gleichzeitig nicht zu übersehenden Hang zu *»Volksgemeinschaftsphantasien und protofaschistischer Führersehnsucht«* gab es gleichzeitig weitreichende Beziehungen zu Lebensreformern und Kulturerneuerern (Gusto Gräser und der Oberdada Johannes Baader werden von Linse als Anreger apostrophiert), zu Vagabunden und Landstreichern, die in den späten zwanziger Jahren mit der von Gregor Gog initiierten Kunden-Bewegung zu einer eigenen Organisationsform fanden, zu Jugendbewegten und zur künstlerischen Bohème. Es war wohl gleichermaßen der Enttäuschung über die ausgebliebene Revolution wie der Erwartung einer bevorstehenden alles erfassenden Umwälzung zu verdanken, daß sich *»Gesellschaftskritik und religiöse Erneuerung, Provokation und Leidenspathos, Selbstentblößung und Maskerade, Moralismus und Libertinage, Anarchie und Führerkult, Revolte und Konterrevolution«* zu einem kaum zu entziffernden Konglomerat unterschiedlichster und gegensätzlichster Gedanken- und Ideensplitter vermischte, deren gemeinsamer Nenner allenfalls in dem Bedürfnis nach einer individuell-geistigen, aus dem Bewußtsein gespeisten Revolution zu sehen ist. Nicht die Klassenzugehörigkeit, sondern die Mentalität wurde zum verbindenden Element der Inflationsheiligen und ihrer Anhängerschaft.

Abgesehen von dem Versuch einer historischen und ideengeschichtlichen Einordnung der Inflationsheiligen, widmet sich Linse neben den Anregern Gusto Gräser und Johannes Baader, den Stuttgarter Christ-Revolutionären um Carl Strünckmann, dem Uracher Kreis um Karl Raichle, Gregor Gog und Theodor Plivier, den Haeusser-»Nachfolgern« Franz Kaiser (ein bis zu seiner Umkehr erfolgreicher Architekt) und Leonhard Stark in besonderem Maße dem *»Messias von Thüringen«* Friedrich Muck-Lamberty, dem *»Johannes der Jugend«* Max Schulze-Sölde und der wohl dominierenden Figur, dem *»geistigen Monarchen«* Ludwig Christian Haeusser.

Friedrich Muck-Lamberty, 1891 in Staßburg geboren, *»geprägt durch Lebensreform, Vegetarismus und völkische Jugendbewegtheit«*, hatte 1920 Aufsehen erregt, als er mit einer Schar Gleichgesinnter durch Thüringen und Franken zog, um, so im Geleitwort seines Wanderbuches, im *»Kampf für die Volksgemeinschaft gegen alles Gemeine, gegen Ausbeutung«* die Jugend um sich zu sammeln. Nach Abschluß der Wanderung, am Ende des Jahres, wurde eine Handwerkersiedlung ins Leben gerufen, die, nach vielerlei Schwierigkeiten, noch nach 1945 als Familienunternehmen weitergeführt wurde.

Max Schulze-Sölde, 1887 als Sohn eines Generalstaatsanwalts in Hamm geboren, hatte zuerst Jura, dann Kunst studiert und war während des Krieges als Zivilgefangener auf Korsika interniert. Nach seiner Rückkehr kam er in Kontakt mit Karl Ernst Osthaus, dem Begründer des Hagener Folkwang-Museums und lernte dort Ernst Fuhrmann und Hugo Hertwig kennen, an dessen Siedlungsversuch auf dem Lindenhof er sich kurzfristig beteiligte. 1920 wurde er Bergarbeiter, publizierte in anarchistischen Zeitungen und wurde Anfang 1921, als er zum Solidaritätsstreik mit den Aufständischen in Mitteldeutschland auf-

rief, entlassen. *»Die äußerste Linke und die äußerste Rechte müssen sich finden«*, schlußfolgerte er zu dieser Zeit. Gut zehn Jahre später, nach vielfach verschlungenen Umwegen, begann er wieder mit der Malerei und kehrte ins bürgerliche Leben nach Hamm zurück.
Die beherrschende Gestalt aus dem Milieu der Inflationsheiligen war der 1881 geborene Ludwig Christian Haeusser. Bis in die ersten Jahre des Ersten Weltkriegs hinein war er in Frankreich mit unterschiedlichem Erfolg als Geschäftsmann tätig und hatte das übliche Familienleben geführt. Schließlich brach er mit seinem bisherigen Leben, hielt Ende 1918 in Zürich seine ersten öffentlichen Vorträge und wurde Anfang 1919 nach Deutschland abgeschoben. Ausgehend von seiner Heimat Württemberg verschaffte er sich in relativ kurzer Zeit eine feste Gefolgschaft. Haeusser entwickelte politische Ambitionen, gründete Ende 1922 die »Christlich-radikale Volkspartei« und erließ eine Proklamation, in der u. a. die Öffnung *»alle(r) Strafanstalten, Erziehungs- und Zwangsanstalten jeglicher Art, inkl. Irrenhäuser und Krankenhäuser«* gefordert und *»die freiwillige Besitzlosigkeit angeordnet«* wurde. Die Partei wurde 1924 aufgelöst, statt dessen beteiligte sich der neugegründete »Haeusser-Bund« an den Reichstagswahlen vom Mai und Dezember 1924 und den Reichspräsidentenwahlen von 1925. *»Der Versuch, als Katalysator einer Sammlungsbewegung der rechten und linken Splittergruppen zu wirken«*, blieb jedoch erfolglos. 1926 hatte Rudolf Arnheim eine Haeusser-Versammlung besucht; entdeckt hatte er im Publikum dabei einen *»schwer beschreibbare(n) kleinbürgerlich-autodidaktische(n) Intellektuellentyp ..., eingeklemmt in die verbogenen Koordinaten einer affektvollen Weltanschauung, in der es von verschwommenen mystischen Zusammenhängen und abgegriffenen Symbolen wimmelt«*, einen Typ, dem es wichtig war, daß da *»Einer stand, der sie führen wollte, dem sie vertrauten, der schimpfte wie sie und die Erfüllung aller ihrer unbestimmten Ideale versprach.«* Haeusser starb im Juni 1927, auf seinen Führer mußte das Publikum noch einige Jahre warten.
Linses Studie gebührt das Verdienst, einen Einblick in ein Milieu *»politische(r) Religiosität«* zu geben, von der er meint – und mancherlei aktuelle Ereignisse scheinen ihm in dieser Hinsicht recht zu geben –, daß *»wir nicht mehr mit Sicherheit behaupten können, daß sie bei uns eine Sache der Vergangenheit sei.«* Abgeschlossen wird die Arbeit, zu der Hagen Schulze einen einleitenden Essay »Gesellschaftskrise und Narrenparadies« beigesteuert hat, mit Angaben zu Quellen und Literatur und einer Bibliographie ausgewählter Sekundärliteratur. Erwähnenswert ist zudem die graphische Gestaltung des Bandes, der, abgesehen von zahlreichen Fotos und Faksimiles, dem Leser neben dem Haupttext in einer zweiten Spalte eine ganze Reihe von dokumentarischen Zitaten zur Kenntnis bringt.
Auch Theodor Plivier, später durch seine Romane bekannt geworden, stand in den frühen zwanziger Jahren in engem Kontakt zu dem hier skizzierten Milieu. 1892 in Berlin geboren, war er schon in jungen Jahren von zuhause ausgerissen und ging, so Linse im Vorwort zum Reprint von Pliviers Flugschriften, *»den damals typischen Weg der aufbegehrenden Proletarierjugend: Vagabondage, Asyl, Gefängnis, Schub über die Grenze ... Das Dasein eines Tramps war auch in diesem Falle die radikalere proletarische Parallele zum Protest des bürgerlichen Wandervogels gegen die Welt der Väter«*. Im November 1918 war Plivier an der Matrosenrevolte in Kiel beteiligt, ließ sich aber kurz darauf mit seinen Freunden Karl Raichle und Gregor Gog im schwäbischen Urach nieder, wo sie eine Siedlung begründeten, die in den folgenden Jahren zum Treffpunkt gesellschaftlicher Außenseiter wurde. Nach einem Streit mit Raichle um die geistige Urheberschaft seiner 1919 erschienenen Broschüre »Anarchie« verließ Plivier, der mittlerweile verheiratet war, zusammen mit seiner Frau Urach und zog Ende 1920 nach Berlin, wo er 1922 eine weitere Schrift unter dem Titel »Weltwende« veröffentlichte. Im gleichen Jahr erschien die erste der zehn nachweisbaren großformatigen

Flugschriften (Plivier hatte noch weitere angekündigt), deren letzte drei Jahre später im Sommer 1925 gedruckt wurde.
Auf jeweils vier Seiten, in einer Auflage, die von 13 000 Exemplaren auf 45 000 Exemplare anstieg, rief Plivier zu *»Aufbruch! Aufstand! Wandlung!«*, zu *»Revolution, Menschheitsdämmerung, Weltwende«* auf. In jenen frühen zwanziger Jahren fühlte sich Plivier dem linksradikalen Lager verbunden; er publizierte in anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Zeitungen, ohne jedoch in einer bestimmten Organisation aufzugehen. Als Autoren für seine eigene Flugschriftenreihe, die sich mit aktuellen Themen wie der Lage der Hungernden in der Sowjetunion, den Reichstagswahlen und dem Stellenwert des Parlamentarismus, dem Militarismus und der Situation der politischen Gefangenen beschäftigte, gewann er u. a. Rudolf Rocker, Erich und Zenzl Mühsam, Oskar Kanehl und den russischen Anarchisten Joseph Gottverstein. Als seit Mitte der zwanziger Jahre das anarchistische und linkskommunistische Milieu, in dem Plivier sich bis dahin bewegt hatte, immer stärker marginalisiert wurde, orientierte er sich nach und nach auf ein anderes Publikum, bis er mit seinem Roman »Des Kaisers Kuli« 1929 einen ersten literarischen Durchbruch schaffte. Er konnte jedoch, so Linse, *»unter Abstoßung der speziellen Bindung an linksradikale Traditionen und Organisationen, durch Ablegung des äußerlichen Propheten- und Agitations-Habitus seine wesentliche geist-revolutionäre Botschaft über den Niedergang des Linksradikalismus hinweg retten«*.

Wolf Raul

Franz Pfemfert, Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische und literaturkritische Aufsätze, hrsg. von Wolfgang Haug, Darmstadt/Neuwied 1985, Sammlung Luchterhand 559, 260 Seiten, DM 16,80.

Franz Pfemfert, 1879 in Ostpreußen geboren und 1954 in Mexiko gestorben, ist in erster Linie als Herausgeber der »Aktion« bekannt geworden, die von 1911 bis 1932 in Berlin erschien. Rezipiert wurde Pfemfert vorwiegend als Förderer expressionistischer Literatur; daß er in der Vorkriegszeit und auch während der Kriegszeit sich nicht nur mit dem Zeitgeschehen im allgemeinen, sondern auch ganz besonders mit seinen sozialdemokratischen Zeitgenossen kritisch auseinandersetzte, wurde eher beiläufig zur Kenntnis genommen; daß er die »Aktion« nach 1918 in eine politische Zeitschrift der radikalen rätekommunistischen Linken umwandelte, in der literarische Beiträge eine zweitrangige Rolle spielten, wurde zumeist verschwiegen oder, wenn überhaupt zur Kenntnis genommen, als eher abwegige Entwicklung zur Seite geschoben. So beschränkte sich Paul Raabe in seiner unter dem Titel »Ich schneide die Zeit aus« 1964 erschienenen Textauswahl von vorneherein auf die Zeit bis 1918. Die von Knut Hickethier, Wilhelm Heinrich Pott und Kristina Zerges 1973 herausgegebene Textsammlung »Die Revolutions G.M.B.H.« präsentierte zwar auch Texte aus den zwanziger Jahren, gleichzeitig sahen die Herausgeber sich jedoch veranlaßt, auf Distanz zu gehen und festzustellen, daß Pfemfert *»zwar nach dem Kriege die Annäherung an die Arbeiterbewegung (gelingt), jedoch zunehmend dem Linksradikalismus (verfällt)«*.
Die Parzellierung, die in solchen Betrachtungsweisen zum Ausdruck kommt, wird der Person Pfemferts in keiner Weise gerecht. Pfemfert kam in Berlin, wo er aufwuchs, schon in jungen Jahren mit dem Anarchismus der dortigen Bohème in Kontakt. Zur ersten wichtigen Etappe seiner Laufbahn wurde die Begegnung und Zusammenarbeit mit Senna Hoy, der seit Anfang 1904 die Wochenschrift »Kampf – Zeitschrift für gesunden Menschenverstand« herausgab, in der u. a. Erich Mühsam, Peter Hille, Paul Scheerbart, Else Lasker-

Schüler und eben auch Pfemfert Texte veröffentlichten. *»Diese personelle Zusammensetzung«*, so Wolfgang Haug, *»und die daraus sich entwickelnde Verbindung von Literatur und Politik machten den 'Kampf' zu der vielleicht wichtigsten Vorläuferzeitschrift der expressionistischen Bewegung. Er stellte zugleich die Verbindung zwischen dem politisch motivierten Spätnaturalismus der 'Jungen', der neuen Generation der Expressionisten und der späteren Revolutionäre her. Die Basis dafür lieferte ein als 'geistige Revolution' klassenübergreifend verstandener Anarchismus.«*
Seit 1909 publizierte Pfemfert Beiträge in der von Heinrich Illgenstein herausgegebenen Zeitschrift »Das Blaubuch«, im Januar 1910 wurde er verantwortlicher Schriftleiter der Zeitschrift »Der Demokrat«. Als der Herausgeber Zepler im Februar 1911 in Pfemferts Kompetenzbereiche eingriff, gründete dieser innerhalb weniger Tage sein eigenes Blatt: Am 20. Februar 1911 erblickte das erste Heft der »Aktion« das Licht der Welt.
Wolfgang Haug hat die von ihm gesammelten Texte Pfemferts, die bis auf wenige Ausnahmen allesamt zuerst in der »Aktion« erschienen, in vier Kapitel unterteilt: »Politische Beiträge 1911-1914«, »Kulturelle Beiträge 1909-1914«, »Zwischen den Zeilen 1915-1918« und »Die 'Aktion' und der Rätekommunismus 1919-1932«. Pfemfert hatte schon frühzeitig zum Ausdruck gebracht, daß es ihm um mehr und anderes ging, als eine bloß literarische Bewegung, die alsbald zum modischen Genuß verkommen mußte. Gegenüber der *»große(n) Suggestion, die die Sozialdemokratie während einiger Jahrzehnte auf das politische Leben Deutschlands ausgeübt hat«*, beharrte er bereits 1911 darauf, daß die *»Sozialdemokratie nicht revolutionär (ist) ... Sie hat eine Riesenorganisation von exakt funktionierenden Wahlgängern geschaffen, wo sie Persönlichkeiten erziehen sollte. Sie hat geknechtete Proletarier zu Normalbürgern gemacht, wo sie Rebellen züchten sollte.«* Rosa Luxemburg, die auch heutzutage noch in vielerlei Hinsicht als Integrationsfigur herhalten muß, war ihm bereits damals *»eine unheilbare Optimistin«*. Als der literarische Expressionismus, dem er ganz entschieden zum Ausdruck verholfen hatte, sich in den ersten Nachkriegsjahren etabliert hatte und zur gleichen Zeit die Sozialdemokraten sich in einer typisch deutschen Variante von Revolution versuchten, bewegte sich Pfemfert längst schon auf Pfaden, die ihn in den folgenden Jahren immer mehr in die Isolation treiben sollten. Bereits 1915 hatte er die »Antinationale Sozialistische Partei« ins Leben gerufen, die sich, so Haug, *»als Sammelbewegung für progressive Intellektuelle«* verstand; später schloß er sich nacheinander dem Spartakusbund (1918), der KPD (1919), der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands und der Allgmeinen Arbeiter Union (1920), der Allgemeinen-Arbeiter-Union-Einheitsorganisation (1921) sowie dem Spartakusbund II (1926) an. »Die Aktion« wurde in diesen Jahren in immer stärkerem Maße zum Sprachrohr seiner politischen Überzeugungen; dies bedingte, analog zur rapide fortschreitenden Isolierung und Zersplitterung der rätekommunistischen Linken, ein immer selteneres Erscheinen der Zeitschrift. Pfemfert hatte sich schon Mitte der zwanziger Jahre ein Fotoatelier eingerichtet und sich auf Porträtfotografie spezialisiert, eine Tätigkeit, die ihm in den Jahren des Exils, das ihn über Prag und Paris nach Mexiko führte, den Lebensunterhalt sicherte. Einundzwanzig Jahre lang, von 1911 bis 1932, war die »Aktion«, anfangs regelmäßig, später nur noch sporadisch, erschienen; einundzwanzig Jahre lang, von 1933 bis zu seinem Tod am 26. Mai 1954 sollte auch Pfemferts Emigrantenleben andauern.
Die vorliegende Textsammlung, eingeleitet durch eine instruktive, vom Herausgeber verfaßte »biographische Skizze« Pfemferts, wird ergänzt durch eine Liste der Publikationen aus dem Verlag »Die Aktion« sowie eine Bibliographie, in der sich allerdings auch eine falsche Angabe findet: Friedrich Georg Hermanns Arbeit »Otto Rühle als politischer Theoretiker« erschien nicht bereits 1919 in Heft 1 der »Erde«, sondern erst in den Heften 17/1972

und 18/1973 der »Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«.
Hinzuweisen bleibt in diesem Zusammenhang noch auf den unter der Redaktion von Alfred M. Fischer vom Städtischen Kunstmuseum Bonn (Rathausgasse 7, 5300 Bonn 1) herausgegebenen Katalog **»Die Aktion. Sprachrohr der expressionistischen Kunst«** (320 Seiten, DM 8,–). Der Katalog enthält neben Vorwort, Einleitung und Artikeln von Ludwig Rubiner, Ivan Goll, Paul Hatvani und Franz Pfemfert auf den Seiten 30 bis 285 eine beeindruckende Bilddokumentation, die deutlich macht, daß die »Aktion« nicht nur literarische und politische Akzente gesetzt hat, sondern sich auch zahlreichen Künstlern als Forum anbot. Vertreten in dieser Dokumentation sind u. a. Gerd Arntz, Conrad Felixmüller, Otto Freundlich, George Grosz, Heinrich Hoerle, Frans Masereel, Ludwig Meidner, Max Oppenheimer, Hans Richter, Christian Schad, Karl Schmidt-Rottluff und Franz Wilhelm Seiwert. Abgeschlossen wird der Katalog mit einem alphabetischen Verzeichnis der im Verlag »Die Aktion« erschienenen Schriften sowie Kurzbiographien der mit Abbildungen vorgestellten Künstler. *Wolf Raul*

Georg K. Glaser, Aus der Chronik der Rosengasse und andere kleine Arbeiten, Berlin/Bonn 1985, Dietz Verlag, 155 Seiten, DM 28,–.
Georg K. Glaser, Jenseits der Grenzen. Betrachtungen eines Querkopfs, Düsseldorf 1985, Claassen, 368 Seiten, DM 38,–.

»Die Wissenschaft ist gegen Dich«: Worte, die Georg K. Glaser in seinem auch in dem Sammelband kleinerer Arbeiten nur als Fragment veröffentlichten Drama »Marinus van der Lubbe« Hammer (Dimitroff) zu dem Ausländer (van der Lubbe) sagen läßt. Eine Aussage, die auch gut dreißig Jahre nach der Erstveröffentlichung des Dramenfragments in der schweizerischen Monatszeitschrift »Du« (1. Akt) und in der von Alfred Andersch herausgegebenen Zeitschrift »Texte und Zeichen« (2. und 5. Akt) noch Bestand hat.
Das Fanal, das der niederländische Rätekommunist Marinus van der Lubbe mit seiner Brandstiftung am Abend des 27. Februar 1933 setzte, ist immer noch der Punkt, an dem sich der deutsche Widerstand gegen die Nationalsozialisten und die autoritäre deutsche Staatsfixierung, die wesentlich zu dessen Machtübernahme beigetragen hat, messen lassen muß. Indem van der Lubbe seinen Angriff gegen das zentrale Symbol der Staatsgewalt richtete, hätte diese Tat zum Ausgangspunkt jener Aktion werden können, die als Befreiung der Arbeiterklasse jahrzehntelang propagiert worden war. Die Geschichte jedoch, jene besonders von den intellektuellen Apologeten der zu einer Propagandalüge verkommenen Befreiung der Arbeiterklasse gerne als letztrichterliche Instanz herangezogene und als solche beliebig manipulierbare Abstraktion, verwies van der Lubbe ins Abseits: *»Schon in der Nacht des Brandes, kaum verhaftet, mußte er, der die Sache nicht verlassen, erkennen, daß die Sache ihn verlassen hatte ... Zuletzt konnte er nur noch schweigen, das einzige Mittel, noch zu beweisen, daß er allein war. Er wurde unter dem Beifall der kommunistischen und faschistischen Welt und unter der Gleichgültigkeit der übrigen geköpft, ohne gesprochen zu haben.«*
Fünf Bücher hat Georg K. Glaser bisher veröffentlicht: 1932, in jungen Jahren, den Roman »Schluckebier«, eine aus eigener Erfahrung gespeiste Geschichte des gleichnamigen Fürsorgezöglings (1979 im Verlag Klaus Guhl wieder aufgelegt), 1951 seinen *»autobiographischen Bericht eines Einzelkämpfers«*, »Geheimnis und Gewalt« (neu aufgelegt als Rowohlt Taschenbuch), 1968 die Erzählung »Die Geschichte des Weh« und zuletzt die beiden hier

anzuzeigenden Bände. Glaser, 1910 geboren, hatte schon frühzeitig mit Fürsorgeheim und Gefängnis Bekanntschaft gemacht, engagierte sich in der Kommunistischen Partei, begann zu schreiben, war 1933 im Widerstand aktiv, emigrierte 1934, nach einer Zwischenstation im Saarland, nach Frankreich, nahm auf französischer Seite am zweiten Weltkrieg teil, geriet unter falschem Namen in deutsche Kriegsgefangenschaft und kehrte 1945 nach Frankreich zurück. In Paris ist er seit Ende der vierziger Jahre in seiner eigenen Werkstatt als *Dinandier* tätig, ein Beruf, der *»je ein Drittel von drei Handwerken (umfaßt): das der Silberschmiede, das der Gürtler und das der Kupferschmiede«*. Glaser versteht sich als Arbeiter, als Handwerker, nicht als Schriftsteller; der Geist, der sich eher darin gefällt *»etwas für die Arbeiter zu tun als Arbeiter zu sein«*, wie er in einem Gespräch äußerte, ist ihm fremd. In diesem Sinne sind sowohl seine Texte als auch seine Werkstücke Zeugnisse einer permanenten, nicht zur Ruhe kommenden Suche nach individuellem Ausdruck: *»Mühe, Fähigkeit, daraus ergibt sich dann am Ende ein Genuß«*.

Der vorliegende Sammelband kleinerer Arbeiten enthält eine Reihe von Texten, die Glaser Anfang der dreißiger Jahre geschrieben hat, eine Rezension, die Siegfried Kracauer seinerzeit zu »Schluckebier« verfaßt hatte, einen Bildbericht aus der Werkstatt des Dinandiers Glaser, den Titelaufsatz »Aus der Chronik der Rosengasse«, in dem Glaser von den Leuten in seiner Straße im alten Pariser Judenviertel erzählt und schließlich, im Mittelpunkt des Bandes, das schon erwähnte Dramenfragment »Marinus van der Lubbe«.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß Glaser sich schon frühzeitig mit diesem *»Häretiker«*, der *»eine Tat allein erdacht und allein ausgeführt hatte«* beschäftigte; eine Anteilnahme, die, bedenkt man, daß Glaser das komplette Manuskript immer noch zurückhält, wohl auch zu keinem Abschluß finden wird. In einer Zeit, in der die Unmündigkeit zur einigenden Gemeinsamkeit vordergründig rivalisierender Parteiungen geworden ist, hat sich Glaser auf die Seite derjenigen geschlagen, die als Revolteure ein Schattendasein führen. Am Ende steht dann die Frage, die er Marinus van der Lubbe in den Mund legt: *»Wollt ihr meine eine Wahrheit stehlen, daß ich allein bin?«*

Mit **Jenseits der Grenzen** liegt jetzt die Fortsetzung seines autobiographischen Berichts »Geheimnis und Gewalt« vor, der ihm zumindest eine untergründig wirksame Bekanntschaft eingebracht hatte. Glasers Leben nach dem Krieg ist bestimmt durch den Versuch, sich gegen den ihn umgebenden und alles niederwalzenden Fortschritt der industriellen Gesellschaft ein eigenes selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Gegen die große Industrie, die er durch seine Arbeit bei Renault hautnah kennengelernt hatte und gegen die längst ins System integrierten Organisationen der Arbeiterbewegung beharrte er auf seinem *»Recht auf den eigenen Versuch.«* Im Milieu der Existentialisten der vierziger und fünfziger Jahre war er zu Hause und den Anarchisten hat er sich nahe gefühlt. Aber es hat ihn *»allmählich übersättigt, bis in unsere Zeit hinein zu vernehmen, wie peinlich genaue, gleichsam auf dem Reißbrett erarbeitete Anleitungen zum Bau vollkommener Welten einer unvollkommenen Menschheit von einer Herrschaft Weiser hatten aufgezwungen werden sollen. Aus vielen, gleich Zuchtruten drohenden Sätzen jener Weltbaumeister ... war mir die Luft ranziger Tugend der Besserungsanstalten strenggläubiger Orden entgegengeschlagen, so wie aus der Beschreibung der öden Wohneinheiten und Arbeitshäuser aller Ikarien schon der Geruch der Lagerküchen und -latrinen unserer Jahre.«*

Der Mai '68 ist ihm *»eine über die Stränge geschlagene Fastnacht geblieben«*, in deren Folge ihm klar geworden ist, daß die Wege zu den gesellschaftlichen Machtpositionen sich geändert hatten: *»Sich mit den Mitteln der Schriftgelehrten des 'geistigen Überbaues' zu versichern, konnte dem Griff nach Wirtschaft und Waffengewalt vorangehen.«*

Glasers eigentliches Anliegen ist es wohl gewesen, mit seiner Tätigkeit als Handwerker *»zur*

Wiederehrlichsprechung der Arbeit« beizutragen und *»den lebenden Menschen als Maß der 'Entwicklung' und des 'Fortschritts'«* zu betrachten, ein Blickwinkel, von dem aus betrachtet *»die Maschine eine Rückkehr in die Vorzeit«* bedeutet. Als eine *»Gegenprobe«* hat Glaser sein *»ganzes Dasein«* angelegt; ein Unternehmen, bei dem er der Erinnerung an jene Person treu geblieben ist, die ihn *»besessen und gequält«* hat, jenen Marinus van der Lubbe, in dessen Gestalt der *»Begriff überhaupt des sich selbst bestimmenden Lebenden geschändet und geächtet«* wurde.

Wolf Raul

»Max Hölz lag mir viel weniger. Ich fand ihn arrogant und auf Schaustellung bedacht. Seine Autorität als Räuberhauptmann aus dem Vogtland würde nicht lange vorgehalten haben, wenn man ihn allein gelassen hätte. Bei aller Großsprecherei verstand er nicht, sich durchzusetzen, weder nach oben noch nach unten. In dem Augenblick, als er politisch unbequem geworden war, schrumpfte er zusammen ... Wirklich sympathisch war mir Plättner. Sein Anteil am Osteraufstand war größer als der von Hölz, wenn auch weniger in der Öffentlichkeit breitgetreten. Karl Plättner verstand sich darauf, in der Provinz Kassenüberfälle zu organisieren, wenn gerade kein politischer Auftrag akut war und Ebbe in der Parteikasse.« Ganz anderer Meinung als der hier zitierte **Franz Jung**, der in seiner gerade wieder neu aufgelegten Autobiographie **Der Weg nach unten** (Hamburg, 1985, Edition Nautilus, 441 Seiten, DM 24,–) noch aus eigenen Erfahrungen berichtet, ist der DDR-Historiker Werner Bramke. Im Nachwort zu **Max Hoelz'** Erinnerungen **Vom 'Weißen Kreuz' zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse** (Röderberg Verlag, Frankfurt/Main 1984, 543 Seiten, DM 19,80) wirft er diesem zwar eine mangelnde *»Bändigung des Spontanen ... durch die klare Erkenntnis des geschichtlich Notwendigen«* vor, hält ihm jedoch zugute, daß er sich schon bald nach seiner Gefangennahme im Sommer 1921 der *»Disziplin der proletarischen Partei einfügen wollte«* und sich die Gefängnisjahre zu einer Zeit *»des menschlichen und politisch-weltanschaulichen Reifens«* werden ließ. Für Karl Plättner dagegen, so Bramke, *»war die Befreiung des Proletariats wohl doch eine zweitrangige Sache«.*

»Über Sinn, Zweck, Resultate des von mir propagierten und praktizierten organisierten Bandenkampf werde ich in einem besonderen Buch, das in Vorbereitung ist, berichten.« Das Buch, das **Karl Plättner** im Vorwort zu seinen im Herbst 1930 im ASY-Verlag erschienenen Erinnerungen **Der Mitteldeutsche Bandenführer. Mein Leben hinter Kerkermauern** angekündigt hatte und anhand dessen sich vielleicht hätte nachweisen lassen, daß der DDR-Historiker mit seiner abschätzigen Meinung schief liegt, ist wohl nie erschienen. Plättner, so heißt es bei Franz Jung, *»soll im Frühling 1933 im Riesengebirge beim Übertritt in die Tschechoslowakei von der Grenzwache erschossen worden sein«.* Im Herbst des gleichen Jahres fand Max Hölz in der Sowjetunion den Tod. Für Bramke lassen sich *»die genauen Umstände seines Todes ... wahrscheinlich nie ganz klären«.* Schon in seiner 1936 im Züricher Resoverlag erschienenen Broschüre **Max Hölz. Der letzte deutsche Revolutionär. Auf der Flucht ... ertrunken** hatte **Rudolph Philipp** jedoch darauf hingewiesen, daß Max Hölz offensichtlich einen jener gewaltsamen Tode gestorben war, die im Reich von Väterchen Stalin in jenen Jahren zum Alltag gehörten.

Es ist sicherlich müßig, Max Hölz und Karl Plättner gegeneinander auszuspielen; Tatsache ist, daß beide in den sozialrevolutionären Auseinandersetzungen der Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in einer Art und Weise engagiert waren, die es den selbsternannten,

in Parteien organisierten Interessenvertretern des Proletariats schwierig werden ließ, sie in ihre Vorstellungen eines geordneten Revolutionsverlaufs zu integrieren. Die Bewältigungsstrategien, denen beide sich ausgesetzt sahen, sind entsprechend; Plättner wurde weitgehend vergessen und verdrängt, Hölz überlebte als Mythos.

Über die knapp drei Jahre des spanischen Bürgerkrieges zu schreiben, heißt notwendigerweise Stellung zu beziehen: **Andreas Bohl** hat in seiner Arbeit **Revolution in Spanien** (Verlag Andreas Bohl, Weißenburgerstr. 17, 8000 München 80, 1984, 160 Seiten, DM 16,–) die wesentlichen Ereignisse der auf den faschistischen Putsch vom Juli 1936 folgenden Monate und Jahre noch einmal zusammengefaßt. Die Geschichte des Widerstandes gegen die von Deutschland und Italien unterstützten spanischen Faschisten – das zeigt auch die Arbeit Bohls, die zwar keine neuen Forschungsergebnisse, jedoch einen brauchbaren Einstieg und Überblick liefert – muß unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden. Auf der einen Seite der spontane, weitgehend von Anarchisten getragene unmittelbare Widerstand gegen den Putsch im Juli 1936, der in den folgenden Monaten nicht nur auf die Abwehr der faschistischen Gefahr, sondern, einmal in Gang gesetzt, auf die seit langer Zeit herbeigesehnte soziale Revolution zielte; auf der anderen Seite der aufgrund einer geschickten Bündnispolitik und ganz besonders aufgrund der Unterstützung durch die Sowjetunion in der Folgezeit sich verstärkende Einfluß der spanischen Kommunisten. Zum wohl entscheidenden Ereignis in den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten auf der einen und Anarchisten und POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) auf der anderen Seite wurden die Kämpfe vom Mai 1937 in Barcelona, als, unter entscheidendem Einfluß der Kommunisten, das von der CNT besetzte Telegraphenamt geräumt werden sollte. Bald danach hatte sich die Lage endgültig geklärt: *»Die spanische Republik wurde nicht mehr von ihnen (den Anarcho-Syndikalisten) und den anarcho-syndikalistischen Revolutionsergebnissen und revolutionären Fortentwicklungen geprägt. Die Republik lag fest in den Händen der Sozialisten, genau gesagt, in den Händen der Kommunisten, denn diese bestimmten die Geschicke der Sozialisten und ihrer Gewerkschaft UGT«*. Die Hoffnungen auf eine soziale Revolution hatten sich damit zerschlagen, Kommunisten und Sozialisten hatten nicht mehr als eine geordnete bürgerliche Republik vor Augen; ein Ziel, das sich dann zwei Jahre später für lange Zeit als illusorisch erweisen sollte.
Abgeschlossen wird das hier angezeigte Buch mit einem von Sabine Behn und Monika Mommerz verfaßten Exkurs über »Die Frau in Revolution und Bürgerkrieg«, der kurz auf die (kommunistischen) »Mujeres Antifascistas« und die (libertären) »Mujeres libres« hinweist, und die Probleme anreißt, die sich auch für die in linken Gruppierungen organisierten und aktiven Frauen in einer traditionell patriarchalischen Kultur ergaben.

Der spanische Bürgerkrieg der Jahre 1936 bis 1939 wurde nicht nur in Spanien entschieden. Der **Arbeitskreis Regionalgeschichte Neustadt** hat in seiner Arbeit **Fliegerhorst Wunstorf 1933-1939** (Aurora Verlag, Nieschlagstr. 5, 3000 Hannover 91, 1984, 177 Seiten, DM 14,80) einmal mehr auf die Rolle der deutschen »Legion Condor« hingewiesen. Bereits Ende Juli 1936, also einige Tage nach dem Putsch des spanischen Militärs, starteten die ersten deutschen Flugzeuge zu deren Unterstützung nach Spanisch-Marokko, ab November des gleichen Jahres wurden unter dem Namen »Legion Condor« die ersten Einsätze geflogen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich zum einen mit der spezifischen Rolle

des seit 1934 angelegten Fliegerhorsts Wunstorf, zum anderen mit den Einsätzen der »Legion Condor« in Spanien, speziell mit der Zerstörung Guernicas.

Mit der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Auswirkung auf die lokale Arbeiterbewegung beschäftigt sich der vom **Arbeitskreis Faschismus der DGB-Jugend Schweinfurt** herausgegebene Band **Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen. Arbeiterbewegung in Schweinfurt zwischen 1928 und 1945** (Vorndran Verlag, Niederwerrner Str. 5, 8720 Schweinfurt, 167 Seiten, DM 14,80). Zahlreiche Aspekte, die zum einen die faschistische Machtübernahme erleichterten, zum anderen die Herrschaftsstruktur des Faschismus kennzeichneten, finden in dem mit Fotos ausgestatteten Band Berücksichtigung: die einheimische Großindustrie (Wälzlagerindustrie), die der Machtübernahme einhellig positiv gegenüberstand, die Schwäche der Arbeiterorganisationen, die *»schlecht auf Illegalität und Widerstand vorbereitet«* und bald zerschlagen waren, die Verfolgung der Juden, der Einsatz von Zwangsarbeitern und die wenigen Versuche, dem System Widerstand zu leisten.

Unter dem Titel **Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945** (Fuldabrück 1984, Verlag Hesse, 495 Seiten, DM 48,–) haben Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar, Siegfried Kujawski, Wolfgang Prinz und Robert Wilmsmeier im Anschluß an eine Ende 1983 in der Kasseler Orangerie gezeigte Ausstellung eine *»kommentierte Dokumentation der Nazizeit aus lokalgeschichtlicher Perspektive«* vorgelegt. Die Autoren haben bei der Zusammenstellung des großformatigen Bandes vorrangig Wert auf den Abdruck zahlreicher Bilder und Dokumente gelegt, denen eher sparsame Kommentare beigegeben sind. Die Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft wird chronologisch von den Anfängen der Bewegung in den zwanziger Jahren bis zum Ende des Krieges im Frühjahr 1945 nachverfolgt. Besonders herausgehoben werden dabei die von den Nationalsozialisten propagierten Begriffe 'Volksgemeinschaft' und 'Volksfeinde'; zum einen wurde damit der *»Wunsch nach einer harmonischen, gerechten und von Hilfsbereitschaft getragenen Lebensgemeinschaft«* für die eigenen Zielvorstellungen dienstbar gemacht, zum anderen konnten *»immer neue Gruppen von Menschen, keineswegs ausschließlich bewußte Gegner, sondern auch zunehmend kleine Gemeinschaften und einzelne, die ihr eigenes Leben frei von jeglicher staatlichen und parteilichen Lenkung führen wollten«* erfaßt und ausgegrenzt werden. Besondere Kapitel werden daneben der Judenverfolgung, der Jugend, der Gestapo, der politischen Justiz sowie dem Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gewidmet, der jedoch, *»zumal nach dem Scheitern der Untergrundorganisationen der Arbeiterbewegung, vor allem die Sache einzelner«* war. Als Ergänzung zu der vorwiegend visuell ausgerichteten Dokumentation zur nationalsozialistischen Herrschaft in Kassel ist ein zweiter Band angekündigt, der in zahlreichen Textbeiträgen einzelnen Aspekten dieser Periode nachgehen wird.

Gerade in der Beschäftigung mit offizieller oder offiziöser Lokalgeschichtsschreibung bieten sich immer wieder Anknüpfungspunkte zur konkreten Auseinandersetzung mit dem Verhalten während der Herrschaft des Nationalsozialismus, so vor allem wenn man, wie Hanns Wienold und Hans-Günther Thien (**Überwältigte Vergangenheit – Erinnerungsscherben. Faschismus und Nachkriegszeit in Münster i. W., hrsg. v. H. G. Thien, H. Wienold u. S. Preuß**, Münster 1985, Verlag Westfälisches Dampfboot, 195 Seiten,

DM 17,90) davon ausgeht, daß es heute erneute Aktualität gewinnt, *»auf der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen des deutschen Faschismus zu bestehen«*. Denn: *»Die Ersetzung der Frage nach den Ursachen durch die Frage nach der Schuld ist geeignet, sich der eigenen Betroffenheit und Verfangenheit zu entwinden«*. Kann man von dem Sammelband zwar keine systematische Aufarbeitung der Ursachen des Nationalsozialismus erwarten, so bieten die einzelnen Beiträge jedoch neben dem Essay der Herausgeber zum Umgang mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte Materialien und Studien zur Judenverfolgung, zum Problem der »displaced persons«, der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, zum Wiederaufbau der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, zur Restauration des höheren Schulwesens und, der Besonderheit Münsters entsprechend, Auseinandersetzungen und Materialien zum katholischen Widerstand. Entgegen der weitverbreiteten Vorstellung, Münster sei eine Hochburg des katholischen Widerstandes gewesen, kommt Doris Kaufmann in ihrem Beitrag über Pater Friedrich Muckermann zu dem Ergebnis, daß der katholische »Widerstand« *»ausschließlich die Verteidigung der katholischen kirchlichen und kulturpolitischen Belange«* betraf, eine Einsicht, die auch in den Gesprächsaufzeichnungen mit einem Mitglied der Katholischen Sturmschar in Münster zum Ausdruck kommt: *»Also im Endeffekt war das ja alles bei uns eine passive Gegnerschaft. Es war kein aktives politisches Wehren. Wir waren auch zu jung«*.
Der Geschichte der Kriegsgefangenen und »Fremdarbeiter« in Münster ist eine im gleichen Verlag erschienene Studie von **Marcus Weidner** gewidmet: **Nur Gräber als Spuren. Das Leben und Sterben von Kriegsgefangenen und 'Fremdarbeitern' in Münster während der Kriegszeit 1939-1945** (Münster 1984, 134 Seiten, DM 26,–). Weidner skizziert kurz die Wege der Kriegsgefangenen und »Fremdarbeiter« in die deutschen Arbeitslager und widmet sich im Hauptteil seiner Arbeit der Beschreibung der konkreten Lebensumstände und Arbeitsverhältnisse der Gefangenen in den Lagern im Raum Münster. Abgeschlossen wird der Band, der auch zahlreiche Fotos enthält, durch eine Reihe von hier zumeist zum ersten Mal veröffentlichten Dokumenten, die ein beredtes Zeugnis ablegen von dem Wahn, die Gefangenen *»als Sklaven für unsere Kultur«* (Himmler) zu gebrauchen.

Als ein Stück linker Heimatgeschichte in aufklärerischer Absicht präsentiert sich die als Band 2 der Schriften der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach und Umgebung erschienene Broschüre **'Furchtlos und Treu'. Die Geschichte des Marbacher Kriegerdenkmals** (115 Seiten, DM 6,–; Bezugsadresse: Klaus Schönberger, Heilbronner Str. 29, 7142 Marbach). Ausgehend von einem aktuellen Konflikt (der zum Nachdenken über Sinn und Zweck eines solchen Denkmals anregenden Tätigkeit eines anonymen Sprayers, der zum 'Denk Mal!' aufgefordert hatte) wird die Entstehungsgeschichte des Kriegerdenkmals von den anfänglichen Diskussionen noch während des Ersten Weltkriegs bis zur Einweihung am 4.11.1934 nachverfolgt. Als *»versteinertes Stück nationalsozialistischer Kriegspropaganda«*, so die Autoren, erinnert das Kriegerdenkmal allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz in erster Linie nicht an die Schrecknisse des Krieges, sondern ist Ausdruck jener Gesinnung, die diese Schrecknisse zu verantworten hat.

In zwei Bänden haben **Hans-Dieter Schmid, Gerhard Schneider** und **Wilhelm Sommer** »Dokumente und Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten 1933 bis 1945« zusammengestellt (**Juden unterm Hakenkreuz, Band 1: Verdrängung und Verfolgung, Band 2: Vertreibung und Vernichtung**, Düsseldorf 1983,

Schwann, 179 u. 288 Seiten, DM 28,– u. 32,–). Die als *»Lern- und Arbeitsbuch«* angelegte Dokumentation, die *»den Gesamtzusammenhang der Geschichte der Juden während der NS-Herrschaft unter Einbeziehung neuer Materialien belegen«* will, ergibt ein brauchbares Gerüst, um diesen immer wieder gerne verdrängten *»Teil unserer Geschichte«* in seiner Entwicklung nachvollziehen zu können. Die zahlreichen Dokumente bieten dabei nicht nur einen Einblick in die von oben geplante und gesteuerte Politik der systematischen Vernichtung der jüdischen Mitbevölkerung, sondern auch in das Verhalten derer, die das Geschehen »unten« miterlebt, mitgetragen und somit auch mit zu verantworten haben. In insgesamt zehn Kapiteln dokumentieren die Autoren »Judentum und jüdisches Leben vor 1933«, die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik von den ersten antisemitischen Äußerungen bis zur Praxis der Massenvernichtung, den jüdischen Widerstand, die Reaktionen auf die Verfolgung der Juden sowie die Bilanz der sogenannten »Endlösung der Judenfrage«.

In Heft 15 der Zeitschrift **Fotogeschichte** (Bezugsadresse: Fichardstr. 52, 6000 Frankfurt 1; 84 Seiten, DM 32,–) haben Diethart Kerbs und Ute Matschull-Mesfin in ihrem Beitrag »Die Märzrevolution 1920 und die Rote Ruhrarmee. Über die Schwierigkeiten der Bildquellenforschung« den historischen Dokumentationswert der mühsam zuammengesuchten Bilder zu diesem *»größten bewaffneten Volksaufstand in der deutschen Geschichte seit den Bauernkriegen«* wie folgt zusammengefaßt: *»1. ein vergessenes und verdrängtes Ereignis und seine Akteure anschaubar zu erhalten, also die 'Spuren der Besiegten' zu dokumentieren und ihre historische Existenz zu vergegenwärtigen; 2. geben uns diese Aufnahmen konkrete Informationen über das Alter, das Aussehen, die Bekleidung und Bewaffnung der Angehörigen der Roten Armee; 3. können die Bilder auch eine emotionale Funktion haben, die von der emphatischen Zuwendung bis zur familiengeschichtlichen, ortsgeschichtlichen oder klassenkämpferischen Identifikation (also auch Traditionsbildung) gehen kann. Und 4. können diese Bilder auch Anlaß und Anstoß zu diskursiver Auseinandersetzung, zum interpretierenden Gespräch über Form und Inhalt oder zur Diskussion von Klassenkampf und Konterrevolution, Geschichte und Gegenwart sein.«*
Exemplarisch nachvollziehen lassen sich diese vier Aspekte – Dokumentation, Information, Identifikation und Diskussion – anhand der Fotos, die **Diethart Kerbs** in der von ihm herausgegebenen und bisher dreizehn Bände umfassenden **Edition Photothek** (Berlin 1983 ff, Dirk Nishen Verlag in Kreuzberg, jeweils 32 Seiten, DM 9,–) veröffentlicht hat. Von den politischen Auseinandersetzungen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg – in kurzen Nachworten von Diethart Kerbs jeweils prägnant skizziert – zeugen die Bilder der Bände IV (Die Novemberrevolution Berlin 1918/19 in zeitgenössischen Foto-Postkarten), V (Willy Römer, Januarkämpfe Berlin 1919), IX (Willy Römer, Bürgerkrieg in Berlin März 1919) und XI (Die Rote Ruhrarmee März 1920). Die Bilder stammen dabei fast ausschließlich, und dies gilt auch für Band VI (Johann Hamann, Arbeit im Hafen Hamburg 1889-1911), der daran erinnert, *»daß die Menschen als Teil eines Wirtschaftszusammenhanges gebraucht wurden«* (Walter Uka im Nachwort), von handwerklich ausgebildeten Berufs-und Pressefotografen. Die revolutionären Bewegungen der Nachkriegszeit, die, so Kerbs, über *»kein eigenes Bildmedium«* verfügten, verdanken diesen somit *»ihr eigenes historisches Erinnerungsbild«*.

Strategie in Italien, den jeweiligen Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft sowie, im Hauptteil, der kommunistischen Gewerkschaftspolitik in den beiden Ländern seit Anfang der siebziger Jahre.

Als »Beiheft 11« zum »Archiv für Sozialgeschichte« erschien ein von **Dieter Dowe** erarbeiteter **Führer zu den Archiven, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung** (Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, 226 Seiten, DM 48,–). Die Absicht bei der Herausgabe des Bandes bestand darin, so Dowe in den Vorbemerkungen, *»den Forschern wie den Mitarbeitern der betreffenden Forschungsstätten eine erste Orientierungshilfe zu geben«*. Aufbauend auf einem zwölf Punkte umfassenden Fragebogen, der u.a. nach Adresse, Träger, Forschungsschwerpunkten, Schriftenreihen, Zeitschriften, Hauptsammelgebieten, Zahl der Bücher, Broschüren und Periodika und Archivbeständen fragt, hat Dowe insgesamt 402 Institutionen in 26 europäischen und 5 außereuropäischen Ländern erfaßt. Ergänzt wird dieses außerordentlich informative Verzeichnis durch eine Liste internationaler Vereinigungen, die nicht nur mit der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung befaßt sind, sondern offensichtlich auch die *»Gründung einer Internationale der Arbeiterbewegungshistoriker«* ins Auge gefaßt haben, sowie einen Anhang, der insgesamt 449 Adressen der wichtigsten europäischen National-, Akademie-, Universitäts- und sonstigen wissenschaftlichen Bibliotheken sowie 137 Adressen der wichtigsten Staatsarchive in Europa umfaßt.

Herausgegeben vom **Informationszentrum Sozialwissenschaften** in Zusammenarbeit mit der **Friedrich-Ebert-Stiftung** und bearbeitet von **Michael Kluck** und **Rüdiger Zimmermann** liegt unter dem Titel **Arbeiterkultur. Forschungs- und Literaturdokumentation 1979-1982** (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, 5300 Bonn 1, 370 Seiten, DM 48,–) ein Nachschlagewerk vor, das einen umfassenden Überblick über die im angegebenen Zeitraum erschienene Literatur sowie die bekannt gewordenen Forschungsvorhaben bietet. Aufgenommen wurden allerdings *»nur Titel aus dem deutschen Sprachraum«*, und zwar Monographien, Zeitschriftenaufsätze, Beiträge aus Sammelwerken, Graue Literatur sowie laufende, abgeschlossene und geplante Forschungsvorhaben; nicht berücksichtigt wurden Dissertationen, die über Leihverkehr nicht zugänglich sind sowie Literatur zur Nachkriegskultur der Arbeiterschaft. Die Dokumentation versteht sich als Weiterführung und Ergänzung der Bibliographie zur Arbeiterkultur, die Klaus Tenfelde in dem von Gerhard A. Ritter 1979 herausgegebenen Sammelband »Arbeiterkultur« veröffentlicht hatte. Dementsprechend haben die Bearbeiter die von Tenfelde vorgenommene Untergliederung in neun Sachpunkte übernommen. Die vorliegende Dokumentation unterscheidet sich von Tenfeldes Biographie jedoch grundsätzlich dadurch, daß die nachgewiesenen Titel *»nicht nur formal angezeigt, sondern mit Kurzreferaten versehen (werden), um den Einstieg in die gesuchte Literatur erheblich zu erleichtern«*. Nachgewiesen wurden insgesamt 409 Titel, davon 102 Forschungsprojekte und 307 Literaturtitel, *»die auf der Auswertung sämtlicher relevanter sozialwissenschaftlicher und historischer Fachzeitschriften und aller einschlägigen Monographien aus dem deutschsprachigen Raum«* beruhen. Ein Autorenregister sowie ein Personen-, Orts- und Sachregister machen diese Dokumentation, die auch für die folgenden Jahre fortgeführt werden soll, zu einem brauchbaren Nachschlagewerk. Wünschenswert wäre allerdings, daß der von den Bearbeitern auf drei Seiten nur oberflächlich

umschriebene Begriff der Arbeiterkultur in dem angekündigten Nachfolgeband eine umfassendere und differenziertere Würdigung erfährt und daß die ausgewerteten *»relevanten«* Fachzeitschriften aufgelistet werden.

Seit 1978 erscheinen im Hamburger **ergebnisse**-Verlag (c/o Dagmar Filter, Vereinsstr. 46, 2000 Hamburg 6) Arbeiten junger Historiker(innen), die zumeist aus Staatsexamens- oder Magisterarbeiten hervorgegangen sind, welche über den Prüfungsakt hinaus einem weiteren praktischen Nutzen und einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden sollen. In der Regel enthält jedes Heft eine Arbeit mit einem dazugehörigen Dokumentenanhang. Eine Ausnahme bildet u. a. Heft 26 zum Thema »Arbeiterkultur in Deutschland«, das neben einem Forschungsüberblick von Dieter Langewiesche zur Kultur der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik regionale Fallstudien zu sozialdemokratischer Arbeiterbildungspolitik (Nürnberg, Köln, Hamburg) enthält. Schwerpunkt der bisher erschienenen Hefte bilden neben Themen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Untersuchungen zur Frauengeschichte, zur demokratischen Bewegung und zur Unterschichtenproblematik, wobei die Hamburgische Geschichte eindeutig im Vordergrund steht.
Unter den letzten Heften findet sich eine Untersuchung über das öffentliche Armenwesen zwischen Armenfürsorge und staatlicher Repression (Heft 17: Bernhard Mehnke, Armut und Elend in Hamburg). Manfred Heede (Heft 18: Die Entstehung des Volksschulwesens in Hamburg) zeichet nach, in welch langwierigem Prozeß sich in Hamburg (Rechtsangleichung aufgrund des Beitritts zum Norddeutschen Bund) Reformen zur Etablierung des Rechts auf Bildung für alle Kinder durchsetzen mußten. In Heft 22 beschäftigt sich Wolfgang Schmidt mit der demokratischen Bewegung in Hamburg in der Revolution von 1848/49, wobei er sich nicht nur um eine umfassende Darstellung der Revolutionszeit in Hamburg, sondern auch um die Herausarbeitung von Besonderheiten der Hamburger Entwicklung und die Rolle der frühen Arbeiterbewegung bemüht.
Obwohl die *»Chancen für die Demokratie ... in Hamburg so günstig gewesen (sind) wie in kaum einem der rund drei Dutzend germanischen Winkelfürstentümer«* und die demokratische Bewegung *»echten Massencharakter«* gewann, gelang es der Reaktion *»beinahe reibungslos, ihre Machtgrundlagen zu erhalten«*, heißt es in der Schlußbemerkung. Interessant sind hier die Ausführungen zur *»Mittelstands-Utopia«* der demokratischen Bewegung, die sich am Bild einer Gesellschaft freier, selbständiger Kleineigentümer orientiert. Aktionen der Arbeiter werden eher kursorisch abgehandelt, der größte Raum wird dem Kampf um die und den Auseinandersetzungen in der Konstituante gewidmet. Detlef Zunker (Heft 23: Hamburg in der Franzosenzeit), der sich ebenfalls eine »Epoche« der Hamburgischen Geschichte vorgenommen hat, beschäftigt sich mit der Volkskultur und dem Volksprotest im napoleonisch besetzten Hamburg, wobei er deren Erscheinungsformen als Ausdruck der »moral economy« zu interpretieren versucht. Besonderes Gewicht gewinnt dabei die Darstellung der *»Schmuggelökonomie«*: *»Die Not erfand hundert neue Wege, die Douane und die verhaßten Douaniers zu täuschen. Und die Schleichhändler fanden fast überall bereitwillige Hilfe, sie konnten fest darauf rechnen, daß niemand sie verraten werde ...«* heißt es in einer zitierten älteren Geschichte der Stadt Bremen. Kam es auch nicht zu dauerhaftem Widerstand gegen die Besatzer und fanden Schmuggelaktionen *»in Abhängigkeit von der Hamburger Bourgeoisie«* statt, so brachte doch *»die alltäglich und massenhaft verübte Schmuggeltätigkeit ein zunehmend selbstverständlicher werdendes Widerstandsgefühl. Niemand hielt es mehr für verwerflich, ge-*

gen obrigkeitliche Maßnahmen zu handeln, weil diese als unmoralisch empfunden wurden – eine Verallgemeinerung solch kritischen Bewußtseins wurde vor allem aus Kreisen des lokalen Bürgertums befürchtet«.

Die **ergebnisse**, seit Heft 19 mit dem Untertitel »Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft« versehen, erscheinen viermal im Jahr und können für DM 9,20 pro Heft abonniert werden. Das zuletzt erschienene Heft (28) beschäftigt sich mit »Nicaraguas Wirtschaft«, angekündigt für dieses Jahr ist ein Heft über Wilhelm Weitling.

Band XXIV des **Archiv für Sozialgeschichte** (Bonn 1984, Verlag Neue Gesellschaft, 823 Seiten, DM 132,–) enthält, abgesehen von dem üblichen, Forschungsberichten und Rezensionen gewidmeten Teil, ausschließlich Beiträge, die sich mit der Geschichte, Rolle und Funktion von ausländischen Arbeitern beschäftigen. Bis auf eine Ausnahme – Hartmut Keils Beitrag über »Einwandererviertel und amerikanische Gesellschaft«, der von der »Integration deutscher Einwanderer in die amerikanische städtisch-industrielle Umwelt des ausgehenden 19. Jahrhunderts am Beispiel Chicagos« handelt – befassen sich alle Autoren mit den verschiedensten Aspekten des Einsatzes ausländischer Arbeiter in Deutschland. Rainer Fremdling beschäftigt sich mit der »Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts«, Klaus J. Bade mit »Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg«, Ulrich Herbert mit der »Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg«, Jochen August mit dem Einsatz von »polnischen zivilen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen« während des Zweiten Weltkriegs, Anton Grossmann mit »Polen und Sowjetrussen als Arbeiter in Bayern 1939-1945«, Jürgen Fijalkowski mit der »Bedeutung der Arbeitsimmigration für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland« und Albrecht Lehmann mit der »Erfahrung des 'Ausländers' in der Lebensgeschichte von Hamburger Arbeitern«.

Dieser neue Tatsachenfanatismus, diese Freude an kleinen lebensnahen Beobachtungen, diese Betonung der Alltagsmomente ist eine Flucht vor dem Ganzen in die Einzelheiten. Denn aus Einzelheiten kann man keine Konsequenzen ziehen ... (Sie verdecken) die Wahrheit mit der Wirklichkeit.

Béla Balász

DM 22,–